

DIE WELTWOCH



Der schlaue Tessiner

Wie Ignazio Cassis die Schweizer Aussenpolitik belebt.

Von Hubert Mooser

Drittes Geschlecht

Wir basteln uns eine Identität. Von Katharina Fontana

Europas Hoffnung

Annegret Kramp-Karrenbauer schleicht sich an die Macht.

Von Roger Köppel und Erik Ebnetter

4 194407 006904 50

Linus Reichlin
Faustregeln für
Weihnachten



PATEK PHILIPPE

GENEVE

Beginnen Sie eine
eigene Tradition.

Mehr Informationen erhalten Sie bei den unten genannten
Patek Philippe Partnern sowie im autorisierten Fachhandel.

Eine vollständige Liste unserer Partner in der Schweiz
finden Sie auf patek.com

Ascona

Orologi Gioielli Herschmann,
Piazza Giuseppe Motta/Lungolago

Basel

Gübelin, Freie Strasse 27
Seiler, Gerbergasse 89

Bern

Zigerli+Iff, Spitalgasse 14

Davos Platz

Chronometrie Stäuble, Promenade 71

Gstaad

Villiger Gstaad AG, Promenade

Interlaken

Kirchhofer Haute Horlogerie II,
Höheweg 56

Klosters

Maissen, Bahnhofstrasse 15

Lugano

Gübelin, Via Nassa 27
Mersmann SA, Via Nassa 5
Somazzi SA, Via Nassa 36

Luzern

Gübelin, Schwanenplatz

St. Moritz

Gübelin, Via Serlas/Palace Galerie

Vaduz/FL

Huber im Weissen Würfel

Zermatt

Haute Horlogerie Schindler SA,
Bahnhofstrasse 15

Zug

Lohri AG, Neugasse 9

Zürich

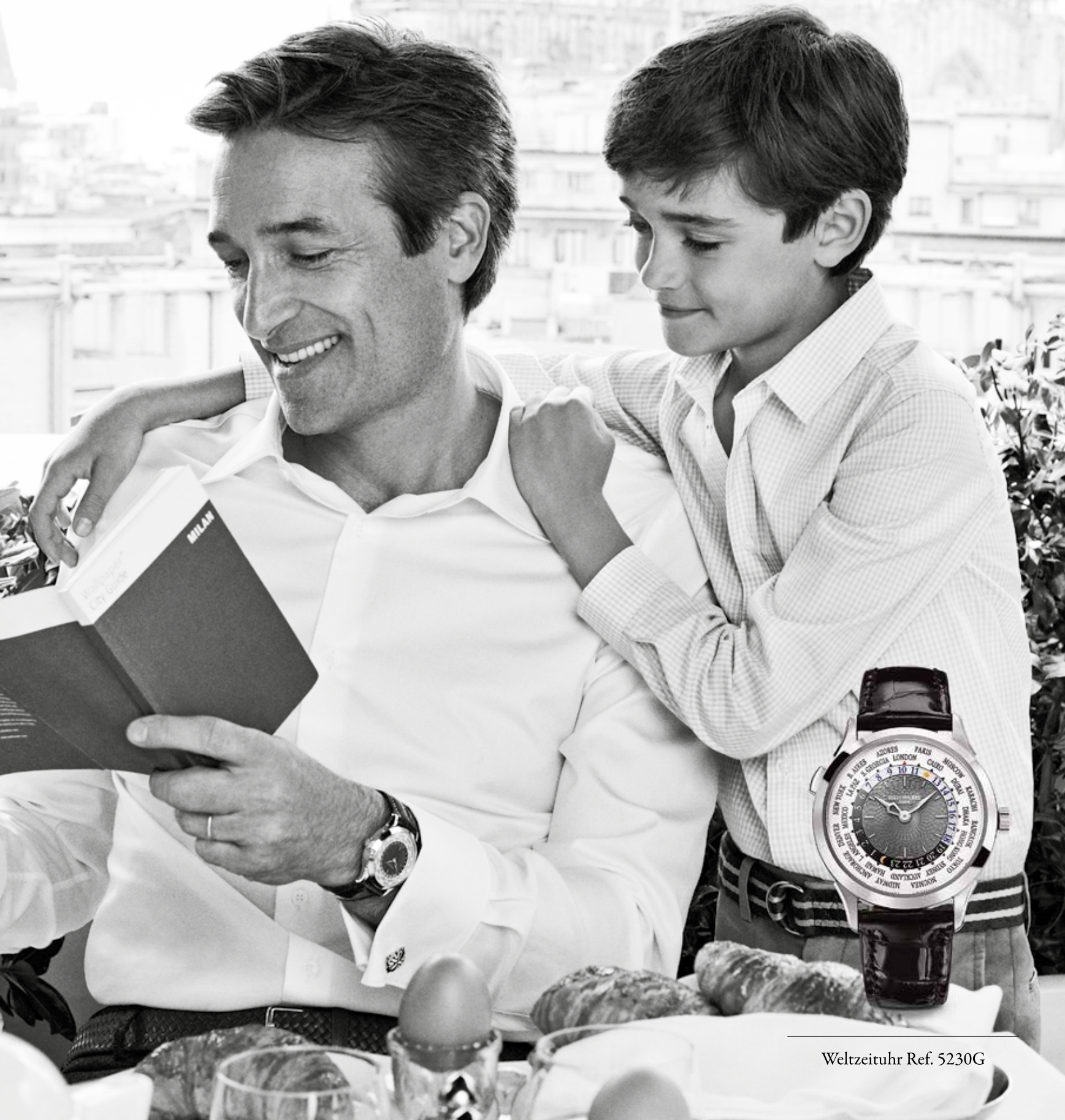
Patek Philippe Boutique at Beyer,
Bahnhofstrasse 31

Gübelin, Bahnhofstrasse 36



Eine Patek Philippe gehört einem
nie ganz allein.

Man erfreut sich ein Leben lang an ihr,
aber eigentlich bewahrt man
sie schon für die nächste Generation.



CUPRA ATECA



SETZ DIR ZIELE. KEINE GRENZEN.

CUPRA ATECA. CREATE YOUR OWN PATH.

Ein Beschleunigungswunder – dank 300 PS, 4x4 und 7-Gang-DSG in nur 5,2 Sekunden von 0 auf 100. Eine Design-Ikone – mit 19"-Felgen im Diamantschliff sowie carbon-, silber- und kupferfarbigen Raffinessen. Das ist der CUPRA Ateca. Jetzt ab Fr. 47'500.–

CUPRA Ateca 2.0 TSI, 300 PS, 7-Gang-DSG, 4Drive, Fr. 48'500.– ./ Fr. 1'000.–
SWISS CUPRA Bonus (gültig bis 31.12.2018) = Fr. 47'500.–. Empfohlener Verkaufspreis inkl. MwSt. Normverbrauch gesamt 7.4 l/100 km, 168 g CO₂/km (133 g Ø Neuwagen), 38 g CO₂/km Eng. Bereitstellung, Energieeffizienz-Kategorie: G.





Die spinnen, die Europäer.

Die Cover-Zeile dieser Ausgabe hätte auch lauten können: «Die spinnen, die Europäer. Wie die EU die ältesten Demokratien des Kontinents bedrängt». Die gallischen Dörfer dieser Geschichte sind Grossbritannien und die Schweiz. Sie bekommen mit dem Brexit-Vertrag und dem Rahmenabkommen die volle Macht des Imperiums zu spüren. Die Schweiz setzt auf ein grosses Konsultativverfahren, um den Druck der EU abzufedern. Es könnte der Anfang einer neuen Aussenpolitik sein, wie Bundeshausredaktor Hubert Mooser schreibt (Seite 18). Die Briten trotzen der EU mit ihrem ehrwürdigen Parlament, auf dessen Gästetribüne unser ehemaliger Auslandredaktor Hanspeter Born vor vier Jahrzehnten erstmals sass. Am Samstag besuchte er den Westminster-Palast wieder einmal. «Wer das politische System von Grossbritannien verstehen will, muss das Parlament verstehen», sagt Born. Für die *Weltwoche* hat er aufgeschrieben, was man wissen muss. **Seite 50**

E. Y. Meyer gehört zu den grossen Autoren der Schweizer Nachkriegsliteratur. Sein Romanerstling «In Trubschachen» galt 1973 als Sensation, der legendäre Suhrkamp-Verleger Siegfried Unseld meinte: «Das Emmental kann und wird niemals mehr eine so detaillierte Darstellung erhalten.» Nun hat er für die *Weltwoche* so etwas wie einen Entwurf für einen aktuellen Heimatroman verfasst, inspiriert von der vergangenen Bundesratswahl. «Heidi versucht Bundesrätin zu werden» heisst diese aussergewöhnliche, aber lesenswerte Zeitanalyse des bedeutenden Berner Schriftstellers. **Seite 62**

Das Interview «Trump packt es nicht» (Ausgabe letzte Woche) von *Weltwoche*-Auslandchef Urs Gehrig mit Fox-News-Star Tucker Carlson hat in den USA hohe Wellen geschlagen. Kaum war das Interview in englischer Version im Internet aufgeschaltet, wurde es flächendeckend im ganzen Land zitiert und sorgte für einen Twitter-Sturm.

Die *Washington Post* bezeichnet das Interview in einem längeren Bericht als «beeindruckend». Yahoo News warnte in einer Schlagzeile, Carl-

sons Geständnisse in der *Weltwoche* seien ein «möglicherweise starkes Indiz für Ärger für Trump». Mediate.com – massgebend für Meinungsmacher und Nachrichtenproduzenten – bemerkte, Gehrig habe Carlson «bisher unbekanntes Gefühle über Trump» entlockt. Der konservative Blogger Rod Dreher rief seine Leser bei *The American Conservative* dazu auf: «Lesen Sie das ganze Interview. Ernsthaft.» Medienkenner bemerkten, dass noch nie eine Schweizer Publikation mit einem Artikel so viele Schlagzeilen generiert habe wie Gehrigers *Weltwoche*-Interview.



«Beeindruckend»: Carlson (l.), Gehrig.

Tucker Carlson zählt zu den grössten TV-Stars in den USA. Selbst Präsident Trump gehört zu seinen Fans. Tucker hingegen offenbarte Gehrig über Trump: «Ich denke nicht, dass er sich auf etwas lange fokussieren kann. Ich denke nicht, dass er das System versteht [...] Er hat viel weniger erreicht, als er sollte. Er ist nicht fähig dazu.»

Das Interview kann auf www.weltwoche.ch nachgelesen werden.

Ihre Weltwoche

SCHLAFLOS? ÜBERMÜDET? GEREIZT?

ZEIT FÜR EINE AUSZEIT.

Bei uns finden Sie das ideale Umfeld
und ein umfassendes medizinisches
Angebot dafür.



Seeklinik Brunnen | Gersauerstrasse 8 | 6440 Brunnen
T 041 825 48 48 | www.seeklinik-brunnen.ch

Ein Klinikum der AMEOS Gruppe

Impressum

Herausgeberin: Weltwoche Verlags AG,
Förlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich
Die *Weltwoche* erscheint donnerstags.

Redaktion: Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69,
E-Mail-Adressen: vorname.name@weltwoche.ch,
leserbriefe@weltwoche.ch

Verlag: Tel. 043 444 57 00, Fax 043 444 56 07,
E-Mail: verlag@weltwoche.ch

Internet: www.weltwoche.ch

Abo-Service: Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91
E-Mail: kundenservice@weltwoche.ch

Jahresabonnement Inland Fr. 334.– (inkl. MwSt.)
Schnupperabonnement Inland Fr. 38.– (inkl. MwSt.)
Weitere Angebote für In- und Ausland unter
www.weltwoche.ch/abo

Gründer: Karl von Schumacher (1894–1957)

Verleger und Chefredaktor: Roger Köppel

Chefredaktion: Philipp Gut (Stv.),

Beat Gygi (*Wirtschaft*)

Produktionschef: Lukas Egli

Redaktion:

Michael Bahnert, Rico Bandle (*Leitung Kultur*),
Alex Baur, Erik Ebner, Katharina Fontana,
Urs Gehrig (*Leitung Ausland*), Hubert Mooser,
Christoph Mörgeli, Florian Schwab,
Roman Zeller (*Volontär*)

Redaktionelle Mitarbeiter:

Miroslav Barták, Peter Bodenmann,
Silvio Borner, Henryk M. Broder,
Peter Hartmann, Pierre Heumann,
Andreas Honegger, Peter Holenstein,
Mark van Huiseling, Hansrudolf Kamer,
Peter Keller, Wolfram Knorr, Wolfgang Koydl,
Franziska K. Müller, Matthias Matussek,
Daniela Niederberger, Linus Reichlin,
Chris von Rohr, Peter Ruch, Peter Rüedi,
Thilo Sarrazin, Kurt Schiltknecht,
Beatrice Schlag (*Los Angeles*), David Schnapp,
Claudia Schumacher, Hildegard Schwaninger,
Sacha Verna (*New York*), Max Wey,
Sami Yousafzai (*Pakistan/Afghanistan*),
Kurt W. Zimmermann

Produktion: Benjamin Bögli, Roy Spring

Layout: Daniel Eggspühler (*Art-Director*),
Karin Erdmann

Bildredaktion: Martin Kappler,
Sebastian Scholz (*Assistent*)

Korrektorat: Cornelia Bernegger (*Leitung*),

Viola Antunovits, Renate Brunner,
Nadia Ghidoli, Sandra Noser,

Katharina Dillier, Dieter Zwicky

Sekretariat: Sabine Mähner (*Leitung*),

Inga-Maj Hojaij-Huber

Verlagsgeschäftsführer: Guido Bertuzzi

Anzeigenverkauf: Sandro Gianini (*Leitung*),

Gabriel Lotti, Brita Vassalli

Anzeigen-Innendienst: Samuel Hofmann (*Leitung*)

Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07

E-Mail: anzeigenid@weltwoche.ch

Online-Vermarktung: Jonlinio GmbH

Tarife und Buchungen: weltwoche@jonlinio.com

Druck: Print Media Corporation, PMC,

Oetwil am See

Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise
oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung
der Redaktion gestattet.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine
Haftung übernommen.

Der *Weltwoche*-Inhalt ist gedruckt auf Recyclingpapier,
das aus 100 % Altpapier hergestellt wird.
Es schont Ressourcen, Energie und somit die Umwelt.

The Breitling Cinema Squad
Brad Pitt
Adam Driver
Charlize Theron



AIR
LAND
PREMIER
SEA



BREITLING 1884

#SQUADONAMISSION

BREITLING BOUTIQUE
GENEVA • LAUSANNE • ST. MORITZ
ZERMATT • ZURICH

AKK

Eine neue faszinierende Politikerin. Bundesrat und Rahmenvertrag.

Von Roger Köppel

Die neue CDU-Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer (AKK) ist interessant. Ihre Bewerbungsrede am Hamburger Parteitag war beeindruckend. Sie hat alles richtig gemacht. Sie wirkte ehrlich, geerdet, authentisch. Sie war leidenschaftlich. Sie war klar. Fast flehentlich schärfte sie es ihren Parteikollegen ein: «Wir werden nicht ruhen!» Um diese CDU wieder nach vorne zu bringen.

Die kleine, zierliche Frau mit der Brille hat Power. Sie ist eine mitreissende Rednerin, obschon man ihr das Gegenteil nachsagt. Sie ist mehr als nur ein Schatten, ein Plagiat, eine Bonsai- oder Mini-Merkel. Sie hat keine scharfkantige Ideologie, aber sie demonstrierte Persönlichkeit und Führungswillen.

Natürlich wird sie unterschätzt. Mit ihrer Brille und der widerspenstigen Frisur wirkt sie wie die Sekretärin, die alle übersehen, bis das Büro in Flammen steht, sie die Führung packt und alle überrascht. Sie verkörpert eine Kraft, die aus der Normalität kommt. Nichts an ihr wirkt gekünstelt, angelernt, einstudiert.

Sie ist bei sich selber. Das war ihr grosser Vorteil. Rivale Friedrich Merz erschien dagegen abgehalftert, ein Echo aus vergangenen Zeiten. Er, der für viele der Sehnsuchtsmann, der Hoffnungsträger vor diesem Parteitag war, konnte den Sinn fürs Existenzielle, fürs Not-Wendige seiner Kandidatur in diesem Schlüsselmoment nicht rüberbringen. Sein Referat: brillant formulierte, glanzvolle Leere.

AKK wiederum, dieser Albtraum aller PR-Agenturen, trumpfte auf. Fröhlich steht sie für die Provinz, aus der sie kommt, in der sie lebt. Das ist als Kompliment gemeint. AKK ist kein glattfrisiertes Lifestyle-Produkt, keine telegene Sprechpuppe, keine vorgeschobene Vorzeigefrau. Sie ist echt. Und sie ist das Produkt ihrer eigenen Leistungen.

Anders als andere aus ihrer Partei ging sie immer wieder ins Risiko. 2011 wurde sie Ministerpräsidentin im Saarland. Kurz darauf warf sie die FDP aus der Regierung, Merkel schäumte, doch AKK gewann die Neuwahl. Erst kürzlich triumphierte sie erneut, während die CDU anderswo längst kräftig bluten musste.

Unkonventionell war auch ihr Sprung in die nationale Politik. Von sich aus trat AKK als erfolgreiche Ministerpräsidentin ab, um der angeschlagenen Angela Merkel als Generalsekretärin zu dienen. An der Seite der Angezählten würde sie ihre Chancen mindern, hiess es. Das Gegenteil trat ein.

Deutsche Kollegen sind zurückhaltend. Sie halten AKK für gut, aber womöglich nicht für gut genug, um die kommenden Aufgaben zu meistern. Das grosse Thema in Deutschland ist die EU. Das Unbehagen wächst. Die Folgen der Fehlkonstruktion werden spürbar: Euro, Migration, Brexit. Frankreich lodert. Italien nabelt sich ab. Es bebt und mottet fast überall.



Kraft, die aus der Normalität kommt.

Niemand weiss, ob AKK auf diesen Schlachtfeldern bestehen wird. Die Voraussetzungen bringt sie mit. Sie strahlt Autorität, Energie und Lebensklugheit aus. Ähnlich wie Merkel scheint sie keine ausgeprägte Eitelkeit zu haben. Das Europa der grossen Visionen und Würfe ist längst tot. Jetzt braucht es Samariter und Ingenieure, die den Laden aufräumen, flicken und auf gesunde Fundamente stellen. AKK ist verblüffend. Mal sehen, was da kommt.

Während in Frankreich die Gelbwesten wüten und in Grossbritannien der Brexit droht, hat sich der Bundesrat entschieden, sich ins Volk fallen zu lassen, sich hinter der direkten Demokratie zu verkriechen. Das hätte er schon längst tun sollen.

Mindestens fünf Jahre haben die Magistraten mit Brüssel über den ominösen institutionellen Rahmenvertrag verhandelt. Jetzt liegt endlich ein Entwurf vor. Er ist so schlecht, dass ihn der Bundesrat dem Volk und interessierten Gruppen zu «Konsultationen» vorlegt, ohne selber eine Meinung preiszugeben.

Die EU hat sich auf der ganzen Linie durchgesetzt. Sie hat die automatische Rechtsübernahme. Sie hat die fremden Richter. Sie setzte sich sogar über die roten Linien des Bundesrats beim Lohnschutz hinweg. Die Schweiz würde der EU rechtlich unterstellt. Die EU diktiert: Es wäre das Ende des gleichberechtigten bilateralen Wegs, den alle angeblich so gut finden.

Jede normale Regierung hätte zu einem solchen Ergebnis nein gesagt. Das war's. Verhandlungen gescheitert. Aber der Bundesrat ist eben keine normale Regierung. Eigentlich ist er überhaupt keine Regierung. So drückte es dieser Tage sogar ein nicht genannt sein wollendes Mitglied desselben aus: Der Bundesrat sei lediglich «ein Rat, der das Parlament und das Volk berät».

Die Schweiz ist ein lustiges Land. Wenn die Regierung, die keine mehr sein will, überfordert ist, schiebt sie einfach das Volk vor, das sie sonst so gern belehrt und bevormundet. Lustig, aber auch schlau. Es ist die Pointe unserer Staatsform, dass sie den Bundesrat daran hindert, sich wie eine richtige Regierung zu benehmen. Wir sind ein Land der souveränen Bürger, nicht der souveränen Politiker.

Die Rechten klagen, der Bundesrat hätte Brüssel falsche Hoffnungen gemacht. Stimmt. Vielleicht aber war es einfach nur gute Diplomatie. So falsch ist es nicht, den grossen Nachbarn bei guter Laune zu halten, während man es selber achselzuckend zulässt, wie der von den andern gewollte Kolonialvertrag am Hartbeton der direkten Demokratie zerschellt.

Wir vermuten allerdings, dass die Widerstände gegen das institutionelle Abkommen bald nachlassen werden. Die Linke ist zerrissen. Sie will in die EU, aber sie muss den Lohnschutz hochhalten. Vermutlich wird ihr der Bundesrat entgegenkommen. Dann hätten in Bern die EU-Anbinder wieder die Mehrheit, und die SVP wäre allein.

Diese Euro-Turbos hoffen natürlich, dass die Konservativen bei den nächsten Wahlen verlieren. Danach würde das Parlament den Rahmenvertrag durchwinken. Und der Bundesrat wäre wieder mutig, wenn auch in die falsche Richtung.

Am Ende wird das Volk entscheiden. Es geht, einmal mehr, um die Frage aller Fragen: Will die Schweiz eine Willensnation bleiben? Oder lässt man sich ermattet fallen unter das so freundlich gepolsterte, vergoldete Joch einer auswärtigen Macht? Nicht Juncker und Konsorten, nur die Schweizer können der Schweiz gefährlich werden.

Gelenkprobleme soll man nicht auf die leichte Schulter nehmen.

Gelenk- und Sportchirurgie. Eines der Fachgebiete in Ihrer Privatklinik für Chirurgie und individuellen Service. pyramide.ch

25 JAHRE KLINIK PYRAMIDE Spitze für Sie PYRAMIDE KLINIK AM SEE



Ohne Glück: Theresa May. Seite 50



Tricks: Postauto Schweiz. Seite 30



«Die eine oder andere Rakete lasse ich schon noch krachen.»

Cecilia Bartoli: Seite 66

Titelgeschichte

18 **Der schlaue Tessiner**

Ignazio Cassis steht für einen neuen Stil in der Aussenpolitik

Kommentare & Analysen

7 **Editorial** AKK

- 11 **Kommentar** Erst Minne, dann Mais
- 12 **Steuern** Wildes Geld
- 12 **Europa** Die Stunde der Weltfremden
- 13 **Eilmeldung** Treibjagd in Boswil
- 14 **Kopf der Woche** Viola Amherd: Der Betriebszufall
- 22 **Das selbstgebastelte Ich** Mann, Frau oder ein Drittes?
- 26 **Mörgeli** Stilllosigkeit der Stil-Ikone
- 26 **Bodenmann** CVP im VBS: Wer ist der Depp?
- 29 **Medien** Huldigungsjournalismus
- 29 **Die Deutschen** Europa total

Inland

- 19 **Schon vergessen** Fake News zum Rahmenabkommen
- 20 **Brief aus Brüssel** Die Reihen sind geschlossen
- 30 **Postauto Schweiz** Einladung zur Manipulation
- 31 **Berner Fortepiano** Geld für den Folterstaat Usbekistan
- 32 **Steinewerfer im Glashaus** Kritik im «Maison de la Paix»
- 33 **Freiheitliches Solothurn** Gegenrede von Stefan Nünlist
- 34 **Sommarugas Flugflüchtlinge** «Neuansiedler» aus Krisengebieten
- 36 **Esoterische Kettenreaktion** Bundesamt für Gesundheit in Aufruhr

- 42 **Kampf ums Recht** Der Autohändler Robert Steiner am Pranger

Ausland

- 40 **Inside Washington** Unter Erben
- 48 **Lust am Königsmord** Keimzelle der «Gilets jaunes»
- 50 **Rule, Britannia!** Brexit – ein grandioses Schauspiel
- 53 **Brexit und Versailles** War da nicht schon was?
- 54 **Ritt auf dem Einhorn** Die CDU ist gespalten wie nie zuvor
- 57 **Brief aus Berlin** Merkels Erbe
- 58 **Artem Rybchenko** Der ukrainische Botschafter in der Schweiz zum Konflikt mit Russland

Wirtschaft & Wissenschaft

- 38 **Schweiz–USA** Historische Chance für ein Freihandelsabkommen
- 39 **Bundesrat** Mission Parmelin
- 41 **Michael Pieper** Mein Amerika
- 43 **Otto** Internet-Angriff aus dem Norden
- 44 **Plötzlich sehr alleine an der Spitze** PKZ-Chefin Manuela Beer
- 70 **Mysterien der Weltgeschichte** Edwin Darlings Albtraum

Kultur & Gesellschaft

- 24 **Anleitung für Weihnachten** Checkliste von Linus Reichlin
- 46 **Santiago Solari** Ein Poet trainiert Real Madrid
- 47 **«Race across Antarctica»** Das kälteste Rennen der Welt
- 60 **Ikone der Woche** Die Kirche ist weiblich

62 **Heidi versucht Bundesrätin zu werden** E. Y. Meyer über einen überfälligen Romanstoff

- 65 **T wie Tyrann** Shakespeare-Forscher Stephen Greenblatt
- 66 **Cecilia Bartoli** «Meine Kehle ist weiterhin ganz gut geölt»
- 67 **Nonsens der Oberklasse** Ursus & Nadeschkin

Rubriken

- 11 **Im Auge** Pamela Anderson
- 16 **Personenkontrolle**
- 17 **Nachruf** Känguru Roger
- 68 **Die Bibel** Friede auf Erden
- 68 **Kino** Film- und Serientipps für die Festtage
- 69 **Knorrs Liste**
- 69 **Jazz** The Art Ensemble of Chicago and Associated Ensembles
- 71 **Fragen Sie Dr. M.**
- 71 **Gewinner der Woche** Lastminute.com
- 72 **Thiel** Beichte
- 72 **Namen** Freudentränen für Cremeschnitten
- 72 **Fast verliebt** Sinn des Lebens
- 73 **Unten** durch Strahlen
- 74 **Wein** Muhammad Ali unter den Weinen
- 74 **Salz & Pfeffer** Innenhof in Saint-Germain
- 75 **Auto** Lego Technic Bugatti Chiron
- 76 **Darf man das?/Leserbriefe**

Sunrise

Die Nummer 1 für 3 Millionen.



Ein wichtiger Teil von Calanda: Sunrise.

Einfacher, schneller, effizienter: Dank Sunrise extra SIM surf & talk können die Mitarbeitenden von Calanda mit der gleichen Nummer bis zu fünf Geräte bedienen. Mehr über unsere Lösungen für Geschäftskunden auf sunrise.ch/business



Brief aus dem Silicon Valley

Die monatliche Kolumne zu den neusten Trends der Digitalisierung. Von Swisscom und Weltwoche.

Nächste Woche wieder in der *Weltwoche* mit dem Thema:
«Köpfe, die Sie kennen sollten – Schweizer im Silicon Valley»

Weitere Briefe aus dem Silicon Valley folgen:

Weltwoche vom 17.01.19

Weltwoche vom 21.02.19

Weltwoche vom 21.03.19

DIE  **WELTWOCH**

Ihr Kolumnist



Die Swisscom verfolgt weltweit das Geschehen in der digitalen Welt. Ihr Netzwerk reicht von Schanghai bis ins Silicon Valley. Einer ihrer führenden Spezialisten ist **Simon Zwahlen**. Aus erster Hand berichtet er monatlich für die *Weltwoche* über die neuesten Trends und faszinierendsten Entwicklungen.

Erst Minne, dann Mais

Von Christoph Mörgele — Die Rochade der Departemente im Bundesrat sorgt für Aufregung. Die Verteilung begann kollegial und endete im kontrollierten Dissens.



Powerplay: Bundespräsident Berset (SP).

Bundespräsident Alain Berset (SP) stand bei der Departementsverteilung von Seiten seiner Partei unter Druck, seiner wechselwilligen Genossin Simonetta Sommaruga zu einem einflussreicheren Departement zu verhelfen. Gleichzeitig gab er sich alle Mühe, die beiden Sitzungen so harmonisch und kollegial wie möglich – in seinen Worten: *aimable* – zu gestalten.

Parmelins «Fahnenflucht»

Am Anfang lief alles aufs schönste: Weder Innenminister Berset noch Finanzminister Ueli Maurer (SVP) oder Aussenminister Ignazio Cassis (FDP) wünschten einen Wechsel. Im Konsens entschied das Gremium, dass neben der länger amtierenden Simonetta Sommaruga auch Guy Parmelin (SVP) wechseln dürfe. Nun wurden beide präsidial aufgefordert, ihre Präferenz zu erklären. Die bisherige Chefin des Justiz- und Polizeidepartements (EJPD) nannte das Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Uvek). Dem amtsjüngeren Chef des Verteidigungsdepartements (VBS) verblieb das Wirtschaftsdepartement – was den Berufskollegen von Parmelin besser passen dürfte als der in Landwirtschaftsfragen ziemlich störrische Johann Schneider-Ammann (FDP).

Eigentlich hätten es die bürgerlichen Parteien SVP und FDP in der Hand gehabt, der SP per Mehrheitsentscheid das kostenintensive,

prestigeträchtige Infrastrukturdepartement Uvek streitig zu machen und es mit Parmelin zu besetzen. Als zweiten Streich wäre es dieser Koalition von Mitte-rechts problemlos gelungen, die neugewählte Karin Keller-Sutter (FDP) in ihrem Wunschdepartement, nämlich dem Ressort für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF), zu installieren. Doch zu diesem parteipolitischen Kraftakt mochten sich die vier Exponenten von SVP und FDP nicht aufraffen.

Es verblieb das ungeliebte Verteidigungsdepartement. Dieses wollte keine der Neuen, weder Viola Amherd (CVP) noch Karin Keller-Sutter, übernehmen. Nun kam es zu leidenschaftlichen Diskussionen, was aber dem sitzungsleitenden Bundespräsidenten Berset ziemlich gleichgültig war, weil seine SP das Uvek mit Sommaruga in trockenen Tüchern hatte. Und Berset selber bewegt sich nicht weg von seinem Posten in der Hoffnung, den 68-jährigen Ueli Maurer Ende 2019 im Finanzdepartement zu beerben. Eine Horrorvorstellung für die Bürgerlichen, denn dann könnte Berset die Ausgabenschleuse öffnen, um sie direkt in Sommarugas Infrastrukturen zu leiten.

Beim Verteidigungsdepartement war mit Bersets *aimable*-Strategie Schluss. Viola Amherd und Karin Keller-Sutter erklärten deutlich ihr Desinteresse und zogen beidseits das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement entschieden vor. Amherd konnte auf ihre juristische Ausbildung, Keller-Sutter auf ihre Regierungserfahrung an der Spitze des St. Galler Sicherheits- und Justizdepartements verweisen. Nun kam es doch noch zum Powerplay von SVP und FDP gegen SP und CVP. Berset liess abstimmen, und die Ostschweizerin ging beim EJPD ins Ziel, während die Walliserin bei Sport und Militär sitzenblieb.

Guy Parmelin wurde in den Medien umgehend «Fahnenflucht» unterstellt; ein Vorwurf, von dem Sommaruga verschont blieb, obwohl sie ihr Asylossier sicher nur allzu gerne weiterreicht. Genau jene Parlamentarier, die jetzt öffentlich Parmelins Fähigkeiten anzweifeln, haben ihn 2015 gewählt – und nicht die ebenfalls portierten SVP-Kandidaten Thomas Aeschi oder Norman Gobbi. Nach 23-jähriger SVP-Verantwortung im VBS wird es Zeit für einen Wechsel. Zumal die andern Parteien die Armeepolitik bestimmten. Der Verteidigungsminister konnte bringen, was er wollte – es wurde aus parteipolitischen Gründen abgeschmettert. Kaum kommt eine CVP-Chefin, geht's im Parlament wundersam vorwärts mit der Neubeschaffung von Kampffjets und Boden-Luft-Raketen.

Starke Farben



Pamela Anderson, Polit-Aktivistin.

Auch eine amerikanisch-kanadische Jeanne d'Arc solidarisiert sich mit den *gilets jaunes*. Weltberühmt wurde Pamela Anderson, 51, im letzten Jahrhundert als blonde Rettungsnixe noch im straffen roten Schwimmenteiler, aber auch ohne, im *Playboy* zum Aufklappen. Dort feierte das aufgepumpte Busenwunder 2004 ein hüllenloses Comeback, nunmehr mit einer eindeutig moralischen Botschaft: besser nackt als Tierpelz-umhüllt. Unlängst stellte sich Pamela auf der Pariser Place de la République in einem Gitterkäfig als Tierschützerin aus. Die frühere Barbie kämpft für eine bessere Welt der Wale und Seehunde, Fabrikschweinchen und Batteriehühner. «Aktivismus ist sexy», sagt sie. Und sie redet und schreibt den Mächtigen ins Gewissen. Der leidenschaftliche Jäger Wladimir Putin hat die Veganerin sogar mehrmals in den Kreml eingeladen. Es kursierten Gerüchte über ein transatlantisches Techtelmechtel. Offen verehrte Pamela den in der ecuadorianischen Botschaft in London verbarrikadierten Wikileaks-Aufklärer Julian Assange, den sie während zweier Jahre immer wieder besuchte. Sie hat drei Ehen hinter sich; Tommy Lee, den ersten Mann und Schlagzeuger von Mötley Crüe, heiratete sie 96 Stunden nach dem *coup de foudre* gleich noch am Strand. Zuletzt führte sie ihre Lebenskurve nach Frankreich, ihr Sweetheart ist der Profifussballer Adil Rami, 32. Mit ihm lebt sie in Marseille und hat Feuer gefangen für die neue Signalfarbe: die *gilets jaunes*.

Aber die Feministinnen werden nicht schlau aus ihr. Nach eigenem Bekenntnis wurde Pamela als Sechsjährige von einem Kindermädchen sexuell geplatzt. Mit zwölf vergewaltigt und nochmals als Teenager von der Bande ihres Boyfriends.

«Meine Mutter sagte mir: Gehe nie mit einem fremden Mann in ein Hotel. Und wenn jemand die Tür öffnet im Bademantel zu einer Geschäftsbesprechung, dann würde ich eine andere Chance suchen.» Die MeToo-Bewegung lähmt die Männer, bedauert sie, und für diese Meinung werde sie vielleicht verbrannt.

Peter Hartmann

Wildes Geld

Von Beat Gygi — Lieber amerikanische Firmen als mehr Staatseinnahmen.

In den Bundesfinanzen zählen Entwicklungen, die auf den ersten Blick günstig aussehen, zu den grössten Risiken: Es kommt auf so vielfältige Art derart viel Geld in die Kasse, dass die Begehrlichkeiten steigen und die Ausgaben in die Höhe treiben. Die Verrechnungssteuer hat sich für den Bundeshaushalt in den vergangenen Jahren zu einer enorm ergiebigen Quelle und Gefahr entwickelt. Der jährliche Zufluss ist auf gut acht Milliarden Franken gestiegen, stärker als prognostiziert, und viel zügiger als vor einigen Jahren erwartet. Vor allem aber schwankten die Einnahmen von Jahr zu Jahr so wild, sodass man eher vorsichtig budgetierte und bei den häufigen positiven Überraschungen sofort Begehrlichkeiten am Hals hatte.

In der Finanzverwaltung vermochte man die Entwicklung der Verrechnungssteuer nicht genau zu deuten, man hatte laut den Angaben zu wenig Daten über die Zusammenhänge. Man wusste etwa, dass die Steuererträge stark mit der Dividendenausschüttung von Unternehmen zusammenhängen. Man wusste auch, dass ausländische Firmen einen Teil in der Schweiz lassen müssen, wenn sie Gewinne in ihr Heimatland verschieben, dass also dieses Geld einen besonders schwer berechenbaren Ertrag darstellt. Dieses Jahr ist eine neue Unsicherheit dazugekommen.

Positives Urteil

Die Trump'sche Steuerreform erleichtert den US-Unternehmen die Gewinnrückführung. Da die Firmen dabei fünf Prozent in der Schweiz belassen müssen, diese aber wegen des unerledigten Doppelbesteuerungsabkommens Schweiz–USA nicht zurückerstattet erhalten, ist das eine kostspielige Aktion. Sie haben den Anreiz, ihren Sitz ins Ausland zu verlagern, um diese Kosten zu vermeiden, wie kürzlich von Ebay gemeldet. Wenn die Schweiz eine solche Abwanderung verhindern will, gibt es praktisch nur eine Lösung: auf diesen Teil der Verrechnungssteuer zu verzichten. Das tut einem Kassenwart nur auf den ersten Blick weh. Wenn man bedenkt, dass mit dem Ausfall dieser Beiträge der Kassenstand weniger verlockend aussieht und weniger Begehrlichkeiten geweckt werden, kommt man netto zu einem positiven Urteil: Es bleiben mehr US-Firmen in der Schweiz, die Interessengruppen blicken weniger gierig in die Kasse, das kommt auch den Steuerzahlern zugute.

Stunde der Weltfremden

Von Rolf Hürzeler — Der Europäische Gerichtshof lockt Grossbritannien mit einem Urteil zurück in die Gemeinschaft. Aber keiner nimmt es zur Kenntnis – nicht einmal in Brüssel.

Die schottischen Nationalisten wollten es genau wissen. Könnte Grossbritannien allenfalls vom Brexit zurücktreten, erkundigte sich ein schottisches Gericht beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg. Ganz sicher, entschieden die Richter freudig. Es liege in der nationalen Kompetenz jedes EU-Landes, den Austrittsartikel 50 anzurufen und später das Verfahren zu stoppen. Denn bis zum vollzogenen Abschied bleibe das Land ja Vollmitglied der Gemeinschaft mit allen Rechten und Pflichten. Zu diesem EuGH-Entscheid ist es gekommen, nachdem schottische Brexit-Gegner über den juristischen Weg ein Urteil von Luxemburg in der Frage provozierten.

Schnell musste es gehen in einem Eilverfahren. Denn die Antwort sollte noch vor der Abstimmung des Unterhauses über den Brexit-Deal von Theresa May vorliegen, jener Abstimmung also, die nun auf unbestimmte Zeit verschoben wurde. Das Kalkül dahinter: Ein Wink vom Kontinent könnte zu einem Umdenken bei den Unterhausabgeordneten führen. Diese würden sich Asche aufs Haupt streuen, eine neue Volksabstimmung anberaumen, damit das Land reumütig in die Arme der EU zurückkehre. So schlecht kennt man sich.

Frust in Luxemburg

Doch in der chaotischen Brexit-Unterhausdebatte der letzten Tage mit Voten von 164 Parlamentariern jeglicher Couleur wurde der Brexit-Fall vor dem EuGH kaum je erwähnt. Gewiss, eine zweite Volksabstimmung über den Austritt war immer wieder ein Thema, aber dazu bräuchte es keinen Entscheid aus Luxemburg. Die Regierung May liess über ihren Brexit-Gegner Jeremy Hunt vielmehr verlauten, dass ein Exit vom Brexit für die Regierung nicht in Frage komme.

Sein Kabinettskollege, Umweltminister Michael Gove, erinnerte an die 17,4 Millionen Briten, die für den Austritt stimmten und ihre politischen Rechte nicht respektiert sehen. Er bezichtigte die schottischen Nationalisten, die nach Luxemburg pilgerten, einen demokratischen Volksentscheid zu missachten. Recht hat er oder auch nicht: Denn die Schotten stimmten im Gegensatz zu den Walisern und den Engländern gegen den Brexit; sie wurden also von den anderen Teilen im UK überstimmt.

Im Mittelpunkt der aktuellen Parlamentsdebatte standen jedoch nicht die EU-freundli-

chen Schotten, viel wichtiger war die Zukunft der Nordiren. Trotz der unendlichen Diskussionen ist die zentrale Frage banal: Wie kann die Provinz Ulster nach dem Brexit gleichzeitig zum UK gehören und eine offene Grenze zum EU-Mitglied Irland haben?

Nach menschlichem Ermessen gibt es zumindest vorderhand keine Antwort darauf; es sei denn, Grossbritannien bleibe der EU in einer Zollunion verbunden. Das Unterhaus kann viele weitere Tage mit dieser Debatte verbringen, ein Konsens wird sich nicht finden. Im Grunde wissen das alle Tories und die Labour-Opposition. Aber sie tun so, als würden sie doch zu einem Schluss finden, indem sie die Gegner – für einen Brexit oder eine EU-Mitgliedschaft – zu einem Meinungsumschwung bewegten. Viele weltfremde Vorstellungen geistern in diesem Disput umher – in London, in Edinburgh oder in Luxemburg.

Besonders in Luxemburg. Denn dort stiess man mit dem Entscheid selbst bei den eigenen Leuten auf keine Begeisterung. «Kommt nicht in Frage, den Brexit einseitig abzublasen», liess die EU-Kommission verlauten. Nachdem sie in diesen Verhandlungen mit den Briten so viel erreicht hatte, will sie sich nun nicht um die Früchte bringen – Entscheid der eigenen Gerichtsbehörde hin oder her.

Mehr zum Thema Seite 50



Kein Konsens in Sicht: Brexit-Gegner Hunt.

Halali in Boswil

Von Alex Baur — Vergewaltiger gehörten an die Wand gestellt, postete Daniel Wicki auf Facebook. Niemanden kümmerte es, bis der *Blick* daraus einen Skandal machte. Protokoll einer Treibjagd.



Mit Gnade konnte er nicht rechnen: Gemeindegeschreiber Wicki.

Das Mail erreicht Daniel Wicki am 4. Dezember am späteren Nachmittag. *Blick*-Reporter Flavio Razzino konfrontierte ihn mit vier Einträgen auf seiner Facebook-Seite. Wicki antwortete noch am selben Abend. Es sei ihm klar, dass das eine oder andere etwas hart formuliert sei. Doch erstens hätten seine privaten Facebook-Posts nichts mit seinem Amt als Gemeindegeschreiber von Boswil AG zu tun; zweitens stehe er, anders als viele anonyme Worttäter, mit seinem Namen zu seiner Meinung; und drittens seien die Botschaften ja schon zwei Monate bis über zwei Jahre alt.

Vergewaltiger mutieren zu Flüchtlingen

Nachdem eine Gruppe von neun Arabern im letzten Oktober in Freiburg (D) eine 18-jährige Studentin vier Stunden lang vergewaltigt hatten, schrieb Wicki, man sollte diese Täter «an die Wand stellen» und ihnen eine «9mm-Impfung» verpassen. Die anderen Posts drehten sich um Migranten, die auf der Reise übers Mittelmeer stets ihren Ausweis verlieren, nie aber ihr Handy, um explodierende Fürsorgekosten im Asylbereich und um Prügel für Kriminaltouristen, die nicht ausgeschafft werden.

Der zweifache Familienvater bat die *Blick*-Redaktion, seine Privatsphäre zu wahren. Nicht einmal der Vierfachmörder von Rapperswil werde mit voller Identität an den Pranger ge-

stellt, und auch nicht der Gemeindeammann von Rapperswil, der öffentlich die Todesstrafe für den Mörder gefordert hatte. Die lakonischen Antworten der Redaktion machten ihm schnell klar, dass er nicht mit Gnade rechnen konnte. *Blick* brachte den Knaller am 6. Dezember mit Bild und Namen: «Gemeindegeschreiber von Boswil hetzt gegen Flüchtlinge». Immerhin hatte Wicki den Gemeinderat vorgewarnt.

Über kriminelle Asylanten zu lästern, so musste Wicki erfahren, ist in diesem Land schlimmer als ein Massenmord. Sein in Rage hingeschriebener Post mit der «9mm-Impfung» mäandert seither in einer Art Endlosschleife durch die Schweizer Medien, wobei die Vorgeschichte in der Regel unterschlagen wird. Nationalrat Cédric Wermuth (SP) deutete die Vergewaltiger von Freiburg flugs zu Opfern um: «Der Gemeindegeschreiber von Boswil ruft auf Facebook zur Erschiessung von Flüchtlingen auf.» Das war fortan der Tenor. Wickis frühere Posts wurden nach dem ersten *Blick*-Artikel kaum noch wörtlich zitiert, sie flossen fortan unter dem Titel «Hassbotschaften» oder «Hetze» in die Berichterstattung ein.

Es ist die schulbuchmässige Inszenierung einer Boulevardkampagne, deren Ziel von Anfang an klar ist: Gemeindegeschreiber Daniel Wicki muss weg. «Abschuss» nennt sich die so-

ziale Todesstrafe im Branchenjargon. Es handelt sich um eine Art Rudeljagd, bei der sich Journalisten, Politiker und Experten gegenseitig zudienen. Wer aus der Meute ausschert, riskiert, mit dem Gejagten in den sozialen Orkus befördert zu werden. Wicki konnte so viel Asche auf sein Haupt streuen, wie er wollte, es nützte ihm nichts. Das Urteil stand längst fest.

In einem ersten Akt nahm *Blick*-Reporter Razzino das «Dorf des Hetzers» ins Visier. Ein Kaff von tumben Hinterwäldlern, so erfahren wir, solidarisiert sich mit dem Bösewicht. Nur der Pfarrer mahnt: «Auch Jesus war Asylant.» Wicki entschuldigt sich in aller Form, auf *Blick*-Deutsch heisst das: «Er jammert.» *Aargauer Zeitung* und *Watson* setzten nach: «Kostet es Gemeindegeschreiber Wicki diesmal den Job?» Das Fragezeichen steht nicht für eine Frage, es ist Aufforderung und Drohung in einem.

Sprachpolizeilich nicht tolerierbar

In der nächsten Eskalationsstufe kommen die Experten zum Zug. Natürlich nur jene, die finden, man könnte die Posts zumindest «nahe der Rassendiskriminierung» einstufen. Aus sprachpolizeilicher Sicht, darüber herrscht Konsens, ist die schnoddrige Wortwahl auf jeden Fall untolerierbar. Wer will dem schon widersprechen, er würde sich ja selber als Grusel outen. Daniel Wicki habe «das zwingend notwendige Vertrauen» in die Behörden zerstört, belehrt uns die *Aargauer Zeitung*. Ein Lehrer, der sich vor den Gemeindegeschreiber stellt – nicht weil er die Sprüche gut findet, sondern weil er ihn als hilfsbereit und umgänglichen Menschen kennt –, wird schnell zum Schweigen gebracht. Ein Lehrer, so gibt man ihm zu verstehen, muss aufpassen, was er sagt!

Aufpassen muss auch der Gemeindeammann Michael Weber, der den fleissigen und zuverlässigen Wicki partout nicht entlassen will. Weber gehört nämlich (anders als der CVP-nahe Wicki) der SVP an. Ja, der SVP! Nur ganz knapp, so weiss die *Aargauer Zeitung*, hat das Dorf die Selbstbestimmungsinitiative abgelehnt. Alles klar. Weber muss in den Ausstand treten. Auch im Dorf, so wird bald georakelt, wachse die Unzufriedenheit. Gemeindegeschreiber Wicki, in den sozialen Medien längst als Nazi und Rassist betitelt, wird privat mit anonymen Drohungen eingedeckt.

Was wir nicht erfahren: Die Polizei patrouilliert nach Todesdrohungen regelmässig vor Wickis Haus. Auf polizeilichen Rat dürfen seine Kinder nicht mehr unbegleitet zur Schule gehen. Wegen anonymer Drohungen musste das Gemeindehaus von Boswil am Montag geschlossen werden. In einer Sitzung an einem geheimen Ort beschloss der Gemeinderat, Wicki bis auf weiteres zu beurlauben. Man will nun abwarten, ob sich die Anti-Hetzer mit dem Streifschuss zufriedengeben, oder ob sie auf finale Vollstreckung beharren.

Der Betriebszufall

Von Philipp Gut — Viola Amherd ist glorios in den Bundesrat eingezogen. Dass es so weit kam, war zwar kein Betriebsunfall, aber so nicht vorgesehen. Konkurrenten fielen wie Dominosteine. Prominentester Verlierer ist CVP-Parteipräsident Gerhard Pfister.



Unscheinbare Macht-Taktikerin: neue CVP-Bundesrätin Viola Amherd.

Am Resultat gibt es nichts zu deuteln. Die CVP – mit einer Ein-Frau-Show die schwächste Partei im Bundesrat – brachte ihre favorisierte Kandidatin Viola Amherd locker und souverän im ersten Wahlgang ins Ziel. Von aussen betrachtet, scheint alles zu glänzen im Lager der Christlichdemokraten. Überall Applaus, überall lachende Gesichter. Überall?

An der Wahlfeier der Fraktion in einem Berner Restaurant, so wird kolportiert, sei Parteipräsident Gerhard Pfister mit hochrotem Kopf am Tischende gesessen. Grund

für seine Verstimmung war ein vergiftetes Lob von CVP-Bundesrätin Doris Leuthard. Sie hob die Verzichtskvalitäten Pfisters hervor,

In diesem Drama spielen die Aushängeschilder der Partei die Hauptrollen.

die einer Frau den Weg in den Bundesrat ebneten. Die Anekdote versinnbildlicht ein persönliches Drama, in dem die beiden leuchtendsten Aushängeschilder der Partei – eben

Leuthard und Pfister – die Hauptrollen spielen. Der ebenso wortgewaltige wie machtbewusste Zuger Nationalrat gehört nämlich trotz, ja wegen des Triumphzugs der Briger Notarin Amherd zu den Verlierern dieser Bundesratswahl.

So klar diese am Ende ausfiel, so wenig lässt sich kaschieren, dass das Ergebnis zwar kein Betriebsunfall, aber doch ein Betriebszufall war: Die CVP-Rennleitung hatte ursprünglich etwas ganz anderes im Sinn. Aber durch eine Kette von Zufällen, Fehlern und Missgeschicken blieb am Ende eine Kandidatin

siegreich, die zuerst kaum jemand auf dem Radar gehabt hatte und die manche in der Partei als mittelmässig begabt erachten.

Wie im alten Rom

Es ist ein offenes Geheimnis im Bundeshaus, dass Gerhard Pfister gerne selber Bundesrat geworden wäre. Hinter der Nichterfüllung seines politischen Traums steht eine spannungsreiche Konstellation der CVP-Alphatiere: Letztlich hat Bundesrätin Doris Leuthard Pfisters Kandidatur mit ihrer späten Rücktrittsankündigung verunmöglicht.

Am Anfang stand ein verbaler Ausrutscher. In einem Interview mit dem Westschweizer Fernsehsender RTS äusserte sich Leuthard über ihren möglichen Rücktritt. Sie befände sich «am Ende ihrer letzten Legislatur». Das war im Juli 2017 – und es war der mediale Startschuss für Spekulationen, wann dieses Ende genau sein sollte. In der nächsten Session? Oder nach der Abstimmung zur Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren («No Billag»-Initiative)? Monat für Monat deuteten Medien und Politbeobachter alle möglichen und unmöglichen Anzeichen für einen baldigen Abgang der Uvek-Vorsteherin. Es war ein bisschen wie bei den Vogel-schauen im antiken Rom.

Doch Leuthard ging und ging nicht. In die Quere kam ihren Rücktrittsplänen der Post-auto-Skandal im Frühsommer 2018. Der Zeitpunkt des Rücktritts verschob sich bis in den Herbst. Allerdings kam es auch hier zu einer Panne: Der sonst eher behäbige Johann Schneider-Ammann war schneller gewesen und hatte Tage zuvor seine Demission bekanntgegeben. Doris Leuthard stolperte hinterher – und mit ihr die Parteileitung.

Gerhard Pfister setzte sich als Präsident und Mitglied der Findungskommission gleich selber schachmatt. Er wusste insgeheim: Ein Jahr vor den Wahlen konnte es keinen Führungswechsel mehr geben. Seine Chancen auf den Bundesratssitz waren schon in der Hitzeperiode während der Sommersession dahingeschmolzen, weil Leuthard damals nicht Laut gab und ihre lange erwartete Abschiedsankündigung vertagte. Damit beerdigte sie Pfisters Ambitionen endgültig.

Weg ins selbstgewählte Abseits

Horcht man etwas tiefer ins Innere der Partei hinein, zeigt sich: Der linke Flügel der CVP akzeptiert den profilierten Vertreter der Partei-rechten gerade noch als Präsident, mehr aber würde man ihm kaum gönnen. Die immer lauter erschallenden Schalmeeingesänge, Pfister möge doch bitte, bitte im Amt bleiben, hatten deshalb nicht selten diesen Widerhaken. Der sensible Präsident spürte das.

Immer mächtiger drängte dann die Frauenfrage auf die Agenda – ein weiteres Knock-out-Argument gegen Pfister. Die These scheint

nicht zu gewagt: Wäre Gerhard Pfister eine Frau, sie wäre jetzt Bundesrat.

An der medial befeuerten Frauenfrage – aber nicht nur – scheiterten reihenweise andere hochgehandelte Aspiranten. Der St.Galler Regierungsrat Benedikt Würth fürchtete, FDP-Frau Karin Keller-Sutter in die Quere zu kommen, weil er aus demselben Kanton stammt wie sie, und begrub seine Ambitionen. Auch andere, die jahrelang als Papabili galten, brachen weg: Der Solothurner Ständerat Pirmin Bischof führte familiäre Gründe für seinen Verzicht auf eine Kandidatur an, im Stillen dürfte er allerdings auch gegewöhnt haben, dass seine Verwicklung in das Debakel um die Solothurner Kantonalbank in den 1990er Jahren wieder zum Thema werden könnte.

Ihm folgte ein weiterer aussichtsreicher Kandidat ins selbstgewählte Abseits: Stefan Engler verzichtete aufgrund einer Mischung aus persönlichen und politischen Überlegungen. Ihm nahestehende Kollegen bestätigen, dass sich Englers zurückhaltendes Naturell nur schwer mit dem exponierten Amt eines Bundesrates vertragen würde. Dazu kamen die Nachwehen des Bündner Kartell-Skandals: Die Preisabsprachen fielen in Englers Amtszeit als Baudirektor. Obwohl niemand seine

Wäre Gerhard Pfister eine Frau, sie wäre jetzt Bundesrat.

Integrität in Frage stellte, fürchtete er das absehbare Medienfeuer.

Als natürlicher Leuthard-Nachfolger galt lange der Luzerner Konrad Graber. Doch der heimliche Strippenzieher im Ständerat – er kungelte zuletzt den AHV-Steuer-Deal mit der Linken aus – hatte schon zuvor erklärt, nächstes Jahr nicht mehr zu den Parlamentswahlen antreten zu wollen. Die Phantomschmerzen aufgrund des Verzichts auf eine mögliche Bundesratskarriere dürfte Graber allerdings verkraften: Mit seinen lukrativen Wirtschaftsmandaten verdient er beinahe das Doppelte eines Bundesrats. Warum sollte er also, sechzig verweht, die Komfortzone verlassen und auf den Verschleissjob hinter den Aktenbergen setzen, zumal er bei einer Kandidatur dem Risiko ausgesetzt gewesen wäre, gegen eine Frau antreten zu müssen?

Ähnliche Bedenken mochte auch der Obwaldner Ständerat Erich Ettlín getragen haben, von dem Parteikollegen sagen, er hätte Viola Amherd gefährlich werden können. Doch auch Ettlín nahm sich selbst aus dem Rennen. Der einzige Mann, der sich am Ende aus der Deckung wagte, war der Ständerat und ehemalige Zuger Regierungsrat Peter Hegglin. Hätte er parteiintern überzeugt, wären ihm durchaus Wahlchancen zuzutrauen ge-

wesen, heisst es in der CVP-Fraktion. Doch Hegglin tat selbst einiges, das ihn schwächte. In der Partei rechnet man es ihm als Fehler an, dass er seine Bundesratsabsichten via *NZZ am Sonntag* verkündete. Er liess sich sodann frühzeitig in der *Schweizer Illustrierten* ablichten, ohne offiziell nominiert gewesen zu sein.

Vor allem aber gelang es ihm nicht, seine Ständeratskollegen hinter sich zu scharen. Am Tag nachdem er seine Kandidatur verkündet hatte, erschienen bereits kritische Kommentare von Ratskollegen in der Presse – ein ungewöhnlicher Vorgang, denn der Korpsgeist schweisst die Ständeratsmitglieder normalerweise rissfest zusammen, über Parteigrenzen hinweg.

Ende gut, alles gut?

Kurzum: Die CVP-Kandidatenkür glich einem Domino, ein Favorit nach dem anderen fiel um. Übrig blieb die unscheinbare Machttaktikerin Viola Amherd und drei weitere Kandidatinnen und Kandidaten aus dem zweiten Glied, die der Walliserin wegen ihrer Selbstüberschätzung (Elisabeth Schneider-Schneiter), ihrer Ungeschicktheit (Peter Hegglin) oder Unbekanntheit (Heidi Z'graggen) kaum mehr ernsthaft Paroli bieten konnten.

Natürlich bedeuten diese Befunde nicht, dass die bestens vernetzte Viola Amherd nicht auch Qualitäten mit sich bringt. Ihre Kandidatur sei mit Abstand am professionellsten vorbereitet gewesen, rühmt man im Bundeshaus. Im Hintergrund zog die erfahrene Königinnenmacherin und Oberwalliser Kompatriotin Brigitte Hauser-Süess die Fäden, die sich schon im Gefolge von Eveline Widmer-Schlumpf nützlich gemacht hatte. In der Fraktion punktete Amherd «bis weit in den rechten Flügel hinein», wie Augenzeugen berichten.

Ende gut, alles gut? Zumindest aus Sicht des rechten Parteilagere gilt das sicher nicht. Kritische Stimmen hadern im Nachhinein mit der Wahl. «Wenn wir auf einem solchen Ticket hockenbleiben, ist das entweder ein schlechtes Zeugnis für die Partei – oder für das Amt», sagt eine für ihre scharfe Zunge bekannte Parteiponentin.

Auch andere geraten ins Grübeln. Die These geistert herum, dass das Bundesratsamt womöglich an Anziehungskraft verloren habe, besonders bei Männern, die im Wirtschaftsleben erfolgreich sind. Man kennt es von anderen Berufen: Werden sie feminisiert – wie etwa das Unterrichten in der Primarschule –, nehmen das viele Männer als Attraktivitätsmindernd wahr. Vielleicht aber ist das auch nur eine Schutzbehauptung jener männlichen Kandidaten oder Beinahe-Kandidaten, die sich nicht in die Arena trauten. Nicht das Amt hätte sie dann abgeschreckt, sondern der gefährvolle, unberechenbare Weg dorthin.

Personenkontrolle

Berset, Cassis, Leuenberger, Pfister, Pardini, Heer, Molina, Leutenegger Oberholzer, Marti, Frei, Galladé, Amherd, Bregy, Bieger, Ehrenzeller, Silberschmidt, Rimoldi, Markwalder, Ruppen, Glauser

Alain Berset, Selbstimagepfleger, hält sich von den dornigen Dossiers wie der EU-Politik gerne fern. Lieber sind dem SP-Bundesrat die Empfänge auf dem roten Teppich oder bei Cüpli und Häppchen. Es passt perfekt ins Bild, wenn jetzt bekannt wird, dass der Bundespräsident nie die Absicht hatte, persönlich zur Unterzeichnung des Migrationsabkommens nach Marrakesch zu reisen. Haben ihn die kritischen Stimmen aus dem Ausland vertrieben? Befürchtete der imagebewusste Gutmensch im Bundesrat einen Reputationsschaden? Noch bevor die SVP und Aussenminister Ignazio Cassis (FDP) auf die Schwachstellen dieses Paktes hinwiesen, hatte Berset dem Uno-Kongress in Marrakesch bereits eine Absage erteilt. (hmo)

Adolf Ogi, Mann der klaren Worte, möchte die Geschichte zurechtrücken. Die mittlerweile zum festen Bestandteil der Bundesratshistorie gehörende Erzählung, dass der damalige SVP-Bundesrat 1995 von seinen Bundesratskollegen schnöde gezwungen worden sei, sein geliebtes Verkehrs- und Energiedepartement abzugeben und ins wenig begehrte Militärdepartement zu wechseln, sei «ein Blödsinn». Das sagte Ogi diese Woche in der Radiosendung «Echo der Zeit». Und wiederholte damit, was er zuvor schon in etlichen Interviews beteuert hatte. Er habe selber den Wunsch nach einem Wechsel verspürt, zudem habe man das Verteidigungsdepartement nicht dem Sozialdemokraten Moritz Leuenberger überlassen wollen, so Ogi. Doch offenbar will ihm das niemand so recht abnehmen. Genauso wenig wie man CVP-Präsident Gerhard Pfister glauben mag, dass er über die Zuteilung des Verteidigungsdepartements an die CVP hochofreut ist. (fon)

Corrado Pardini, Rhetoriker, gerät beim Thema EU-Rahmenvertrag in den eigenen Reihen unter Druck. Auf allen Kanälen bekämpft er das institutionelle Abkommen mit Argumenten, die direkt aus dem SVP-Argumentarium stammen könnten: Der Gewerkschafter und SP-Nationalrat wehrt sich gegen die EU-Fremdbestimmung beim Lohnschutz, bei den flankierenden Massnahmen. Scherz-



Nachrückerin: SP-Frau Marti.



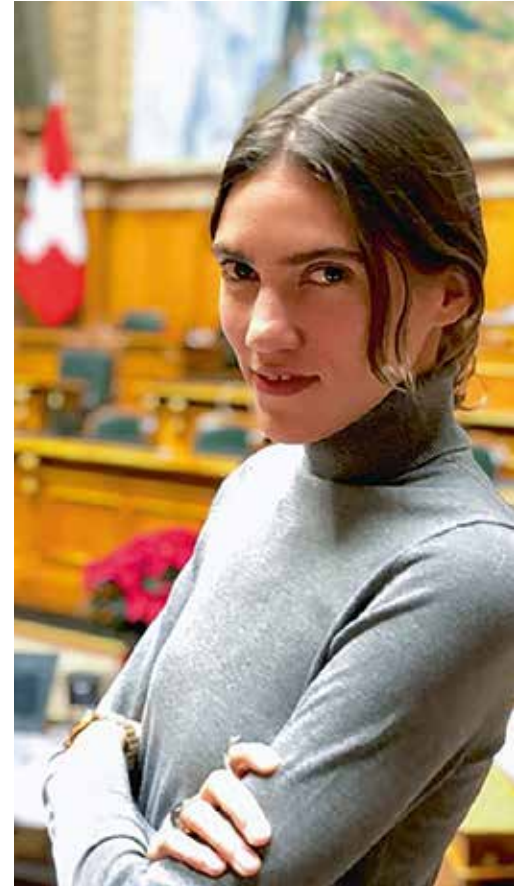
«Blödsinn»: alt SVP-Bundsrat Ogi.



Selbstfindung: Gewerkschafter Pardini (SP).



Kunststück: Jungfreisinniger Rimoldi.



Unterwegs fürs Klima: Topmodel Glauser.

haft bot ihm deshalb SVP-Nationalrat Alfred Heer am Rande der Session eine Mitgliedschaft bei der Volkspartei an. Pardini reagierte wenig amüsiert, doch SP-Kollege Fabian Molina gab Heer recht. Pardini sei mit seinem EU-kritischen Kurs nicht mehr auf der Linie der Sozialisten, die doch für den Rahmenvertrag eintreten würden. Die beiden SP-Südländer gerieten sich darauf ziemlich in die Haare. Den Sozialdemokraten stehen interessante europapolitische Selbstfindungen bevor. (RK)

Susanne Leutenegger Oberholzer, linke Powerfrau, ist seit dieser Woche nicht mehr Nationalrätin. Die Baselbieterin hat vor Ende dieser Legislaturperiode der nachrückenden Samira Marti Platz gemacht. Sie wurde letzten Montag zusammen mit Daniel Frei, dem

Nachfolger von SP-Nationalrätin Chantal Galladé, im Nationalrat vereidigt. Auch Galladé hat sich aus der Bundespolitik zurückgezogen. Der Nachfolger für die frischgewählte CVP-Bundesrätin Viola Amherd, der Anwalt Philipp Matthias Bregy aus Naters, wird dagegen erst auf die Frühjahrssession hin für die Brigerin Einzug halten. (hmo)

Thomas Bieger, Jungfraubahnler, hat seiner Universität St. Gallen (HSG) einen Bären dienst erwiesen. Wir erinnern uns: Der HSG-Rektor war wegen fragwürdiger Aktiengeschäfte der Jungfraubahnen, deren Präsident er ist, in die Kritik geraten. In der Folge beschloss er, dass sein Nachfolger keine Nebentätigkeiten in der Privatwirtschaft ausüben dürfe. So sollte die Angriffsfläche vermindert werden. Die Folgen

zeigen sich jetzt: Offenbar fällt es sehr schwer, überhaupt einen neuen Rektor für Bieger zu finden. In St. Gallen verdichten sich die Hinweise, dass womöglich der Präsident der Findungskommission mangels geeigneter Kandidaten selber in die Hosen steigen muss: der CVP-nahe Staatsrechtler **Bernhard Ehrenzeller**, 65. Bei der Stabsübergabe 2020 wäre er im 67. Lebensjahr. Ob er den erhofften Aufbruch an der HSG bringen wird? (fsc)

Andri Silberschmidt, Kapitän des Jungfreisinns, ist mit einer Meuterei konfrontiert. Wie an dieser Stelle bereits vermeldet, unterlag der Präsident der Jungfreisinnigen Schweiz in seiner eigenen Zürcher Sektion, als er den Mitgliedern ein Ja zur Steuerreform mit AHV-Finanzierung (Staf) schmackhaft machen wollte. Auch St. Gallen und Schwyz sagen nein zur Staf. Zudem haben sich auch die Jungfreisinnigen der beiden Kantone Luzern und Bern – wo die nach Zürich nächstgrösseren Sektionen beheimatet sind – für eine aktive Unterstützung des Referendums gegen die Staf ausgesprochen. Massgeblich daran beteiligt war beide Male der Luzerner Kantonal-Vizepräsident **Nicolas A. Rimoldi**. Ihm gelang das Kunststück, die normalerweise eher auf der etatistischen Linie von **Christa Markwalder** politisierenden Berner Jungliberalen zu überzeugen. Um Silberschmidt wird es einsam bei dem Thema. (fsc)

Franz Ruppen, Wurmspezialist, bohrt nach. Im Abstimmungsbüchlein zum Urnengang vom 25. November 2018 sei der Wurm drin gewesen, stellte der SVP-Nationalrat aus dem Oberwallis fest. Er wollte daher vom Bundesrat wissen, was dieser zur Vermeidung von Fehlern in den Erläuterungen des Bundesbüchleins zu tun gedenke. Nun, der Bundesrat hat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die sich diesem Problem annehmen wird, bekam Ruppen von der Landesregierung zur Antwort. Man fragt sich: Vielleicht täten es auch einfach ein paar Korrektoren? (hmo)

Tamy Glauser, Globetrotterin, macht sich Sorgen um unsere Umwelt. Das androgyne Model mit der rauhen Stimme und dem einschläfernden Ton will die Welt wecken, bevor es zu spät ist. Sie überlegt sich eine politische Karriere im Nationalrat, wobei sie von der Grünen Partei heftig umworben wird. «Ich bin sehr am Klimawandel interessiert und hoffe, ich kann da bald etwas bewegen», diktierte Glauser den andächtig notierenden Bundeshausjournalisten. Der Frau wie dem Klima kann geholfen werden. Nämlich durch einen Berufswechsel. Als Topmodel, das beruflich ständig durch alle Kontinente fliegt, trägt sie nämlich nicht eben zum Umweltschutz bei. Wahrscheinlich wäre Tamy Glauser von Bundesbern ohnehin enttäuscht. Eine dortige Session ist nämlich fast noch langweiliger als ihre Fotosessions. (mö)

Nachruf



Bester Kumpel: Känguru Roger.

Roger (2006–2018) — Das letzte Foto zeigt ihn, wie er völlig entspannt unter dem weiten australischen Himmel liegt – mit unerschütterlicher Überlegenheit und Zufriedenheit. Ein Alphamännchen, das – wie es ein Trauernder auf Facebook formulierte – «sein Leben voll und stolz gelebt» hat.

Tatsächlich liess Roger zeit seines Lebens niemanden neben sich gelten, nicht einmal Chris «Brolga» Barns, der das rote Riesenkänguru als Junges vor dem sicheren Tod gerettet und aufgezogen hatte, nachdem seine Mutter von einem Auto überfahren worden war. Die langen Ohren hätten ihn an

den Cartoon-Hasen Roger Rabbit erinnert, sagte Barns zur Namenswahl.

Kuschelig wie ein Kaninchen war Roger nie. «King Roger» erreichte stehend eine Grösse von 1,80 Metern und ein Gewicht von 90 Kilogramm. Seine Muskelpakete hätten Sylvester Stallone oder Arnold Schwarzenegger erblassen lassen, und sein Lieblingstrick erstaunte und verzückte Menschen auf der ganzen Welt: Nach dem Abendessen zerdrückte er den Bleicheimer, in dem ihm das Essen serviert worden war, wie einen Pappbecher zwischen seinen Pfoten.

Seine internationale Fan-Gemeinde war fast so gross wie jene des gleichnamigen Schweizer Tenniskönigs: 900 000 Follower auf Instagram, eine halbe Million auf Facebook. TV-Auftritte weltweit, dazu widmete ihm die britische BBC eine eigene Fernsehserie mit dem Titel «Kängaroo Dundee».

Roger hatte Barns dazu inspiriert, in Alice Springs im Norden Australiens, ein Schutzgebiet für Kängurus einzurichten. Doch Schutz brauchte der Wildhüter wohl eher selber, denn sein früherer Zögling betrachtete ihn als Rivalen um die Gunst seiner zwölf Weibchen. Immer wieder ging er auf den eher schwächtigen Barns los, der keine Chance gegen das Känguru mit der Bodybuilder-Figur hatte.

Gegen Ende seines Lebens wurde Roger milder. Die Arthritis setzte ihm zu, ausserdem sah er nicht mehr so gut. «Brolga» Barns trägt ihm seine Attacken nicht nach: «Sicher, er war wie ein schwieriger Teenager», meinte er. «Aber er war immer mein bester Kumpel.» *Wolfgang Koydl*



«Lebenslust kennt kein Verfalldatum.»

Markus Leibundgut
CEO Schweiz
zum selbstbestimmten Leben



Der schlaue Tessiner

Von Hubert Mooser — Ignazio Cassis bringt einen neuen, demokratischen Stil in die Schweizer Aussenpolitik. Will er das Rahmenabkommen mit der EU via Konsultationsverfahren elegant entsorgen?

Am Telefon mit EU-Kommissar Johannes Hahn habe sich Bundesrat Ignazio Cassis (FDP) noch ganz zufrieden gezeigt mit dem Verhandlungsergebnis, berichtete der *Tages-Anzeiger*. Aber bei der Pressekonferenz in Bern, ein paar Tage nach dem Telefonat, setzte der Tessiner bei der Präsentation des ausgehandelten institutionellen Rahmenvertrages eine Miene auf, als nehme er an einer Beerdigung teil. Cassis gab sich vorsichtig, achtete penibel darauf, kein falsches Wort zu sagen, und verhaspelte sich dann doch immer wieder. Es war wohl der bisher schwierigste Auftritt in seinem ersten Amtsjahr. Er musste als federführender Bundesrat verkünden, dass die Regierung den fertigverhandelten Rahmenvertrag nicht verabschiedet hat.

Nun ging es vor allem darum, die Kommissare in Brüssel nicht komplett vor den Kopf zu stossen. Und das hörte sich aus dem Mund von Aussenminister Cassis dann so an: «Der Bundesrat hat dieses Verhandlungsergebnis als Paket heute zur Kenntnis genommen und gesehen, dass dieses in weiten Teilen dem Verhandlungsmandat entspricht.» Die Idee zu dieser schwammigen Erklärung stammt nicht von Cassis. Laut bundesratsnahen Kreisen soll Simonetta Sommaruga (SP) dazu geraten haben. Sie hoffe immer noch, dass sich alle auf den Vertrag einigten – nach einer vom Bundesrat beschlossenen Konsultation bei den Aussenpolitischen Kommissionen (APK) von National- und Ständerat, bei den Kantonen und den Sozialpartnern.

Widerstand bleibt gross

Dafür müsste sich in der Schweiz etwas bewegen, für die EU seien die Verhandlungen beendet, sagte Cassis. Das ist aber einfacher gesagt als getan, denn der Widerstand gegen den Vertrag ist unverändert gross und breit. Das vorliegende Rahmenabkommen zwingt die Schweiz nicht bloss zur dynamischen Übernahme von EU-Recht. Die flankierenden Massnahmen (FlaM) werden aufgeweicht und in das institutionelle Rahmenabkommen eingebettet. Damit könnte ein EU-Land die FlaM bei der EU-Kommission anfechten und via Europäischen Gerichtshof (EuGH) die Schweiz hier zu Korrekturen zwingen.

Der Eidgenossenschaft droht auch die Übernahme der Unionsbürgerrichtlinie (UBRL). Der Bundesrat wollte, dass im Abkommen explizit erwähnt wird, dass die Schweiz diese Richtlinie nicht übernimmt, die EU wollte ge-



«Andere Wege»: Aussenminister Cassis.

nau das Gegenteil festlegen. Als Kompromiss steht nun kein einziges Wort darüber im Abkommen. Und das ist schlecht: Man könne nicht ausschliessen, dass die EU nach einer gewissen Zeit die Übernahme dieser Richtlinie fordere, und falls die Schweiz das ablehne, den Fall vor ein Schiedsgericht oder den EuGH ziehe, liess Cassis an der Medienkonferenz durchblicken. Mit der Unionsbürgerrichtlinie würden die EU-Bürger in der Schweiz den Inländern weitgehend gleichgestellt und hätten etwa Anrecht auf Sozialhilfe.

Das alles ist in der Schweiz nicht mehrheitsfähig, die UBRL und die FlaM wurden vom Bundesrat deshalb als rote Linien definiert. Dass es mit einer weiteren Konsultation gelingen könnte, die Fronten im Inland aufzuweichen, daran zweifeln Cassis' Parteileute, wie etwa Gewerbeverbanddirektor und FDP-Nationalrat Hans-Ulrich Bigler: «Wenn die Konsultationen unter dem Titel Gesichtswahrung laufen, kann ich das verstehen. Aber wenn man tatsächlich hofft, dass man zum Beispiel bei den flankierenden Massnahmen zu einem neuen Schluss kom-

men könnte, setze ich hinter diese Übung ein paar Fragezeichen.» Bigler erinnert daran, dass man den ganzen Sommer über in diesem Bereich die verschiedensten Szenarien durchgespielt habe und trotzdem zu keinem Ergebnis gekommen sei. «Ich sehe aktuell nichts Neues auf dem Tisch», so Bigler.

Cassis will einen Rahmenvertrag

Hat der schlaue Tessiner Cassis also einen bequemen Weg gefunden, den Rahmenvertrag von den Kantonen und den Sozialpartnern beerdigen zu lassen, damit er nicht selber zu Schaufel und Spaten greifen muss? Die SVP sieht in Cassis jedenfalls immer noch einen Verbündeten im Kampf gegen das ungeliebte Abkommen. «Ich bin überzeugt, dass es Bundesrat Cassis sehr ernst damit war, als er im Sommer vor einem Jahr sagte, beim institutionellen Abkommen müsse man den Reset-

Als sich die Stolpersteine nicht aus dem Weg räumen liessen, schlug er Alarm.

Knopf drücken», sagt etwa SVP-Präsident Albert Rösti. «Er hat bisher dafür noch nicht genügend Kraft gehabt.» Rösti findet zudem, für die Schweizer Wirtschaft dürfte es ohnehin besser sein, wieder normal bilateral mit der EU zu verhandeln, anstatt sich mit einem institutionellen Rahmenvertrag abzumühen, «an dem von links bis rechts kein guter Faden gelassen wird».

Dem widersprechen andere Parlamentarier: Cassis wolle schon einen Rahmenvertrag, gibt sich FDP-Ständerat Damian Müller überzeugt, «aber einen, der *verhebt* und gut für die Schweiz ist». Der Luzerner begrüsst die vom Bundesrat angekündigte Konsultation. «Wir gewinnen dadurch etwas Zeit und schlagen in Brüssel nicht alle Türen zu.» Von der Präsidentin der APK des Nationalrats, Elisabeth Schneider-Schneiter (CVP), bekommt man zu hören, dass der Aussenminister den Vertrag wolle, weil er wisse, dass die Wirtschaft ihn brauche.

Der Präsident der Konferenz der Kantonsregierungen, der St. Galler CVP-Regierungsrat Benedikt Würth, sagt, er wisse nicht, was Bundesrat Cassis wolle. Sicher habe die Landesregierung aber eine Stabilisierung der ausserwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und sichere Marktzugänge im Sinn. Der Weg dahin sei «offensichtlich umstritten, ebenso das Preisschild».

Sicher ist bei Cassis nur eines: Erstmals seit Jahren gestaltet ein Aussenminister seine Aussenpolitik in Einklang mit der Innenpolitik, wie FDP-Nationalrätin Doris Fiala das Vorgehen des FDP-Bundesrates erklärt. Auch sie ist der Meinung, er wolle ein Abkommen, «aber eben nur, wenn ein solcher Vertrag in der Bevölkerung Zustimmung findet». Darin un-

terscheidet sich Cassis von seinem Vorgänger Didier Burkhalter. «Burkhalter machte viele blumige Ansagen und vage Andeutungen zur EU-Politik», erinnert sich der Genfer Aussenpolitiker Yves Nidegger (SVP). «Aber er präzierte nie, was er vorhat.» Anders Cassis. Der Tessiner schaffe Transparenz in der Aussenpolitik, das habe man schon beim Migrationspakt gesehen, und das zeige sich jetzt auch wieder beim Rahmenabkommen. Ein neuer, demokratischer Stil hält Einzug.

Was für ihn Aussenpolitik bedeutet, machte der FDP-Bundesrat gleich nach seinem Amtsantritt im Januar 2018 klar, anlässlich der 30. Albisgütli-Tagung in Zürich vor der gesamten SVP-Corona. «Damit ich im Ausland gute Beziehungen aufbauen kann, brauche ich in unserer direkten Demokratie die Unterstützung im Inland», sagte Cassis und verkündete, er wolle dafür sorgen, «dass unser Tun im Ausland vom Schweizer Volk verstanden und mitgetragen wird». Er machte jedoch auch deutlich, dass die Schweiz den Zugang zum EU-Markt braucht – aber eben nicht um jeden Preis, fand er damals. Das war nicht bloss den Albisgütli-Besuchern nach dem Mund geredet. Cassis erbrachte in den Monaten danach den Tatbeweis.

Pardinis kühne These

Als sich die Stolpersteine beim Rahmenvertrag nicht aus dem Weg räumen liessen, schlug er Alarm. So bei einem Interview mit Radio SRF, in dem er in Sachen flankierende Massnahmen von «anderen Wegen» sprach, welche die Schweiz ins Auge fassen müsse. SP-Vertreter und Gewerkschafter empfanden die Aussagen als Sakrileg und witterten eine Verschwörung zur Aufweichung des Lohnschutzes. SP-Präsident Christian Levrat, in der Ära Burkhalter noch für den Rahmenvertrag, spuckte auf allen Kanälen Gift und Galle gegen Cassis und den Rahmenvertrag.

Für Unia-Gewerkschafter und Nationalrat Corrado Pardini ist Cassis ein «Schlaumeier». Er wirft ihm gar vor, er habe in Absprache mit Economiesuisse die Auseinandersetzung mit der EU zum Vorwand genommen, um den Lohnschutz in der Schweiz zu schleifen. Eine kühne These des Berners.

Nun liegt der Vertrag, den in dieser Fassung eigentlich niemand haben will, auf dem Tisch, samt Anhängen, Zusatzprotokollen und Erklärungen – in einem schwerverständlichen Diplomatenfranzösisch. Jetzt müsse bloss noch der Bundesrat in seiner neuen Zusammensetzung mit Karin Keller-Sutter für Johann Schneider-Ammann und Viola Amherd für Doris Leuthard die Gnade haben, endlich den Reset-Knopf zu drücken, fand ein SVP-Vertreter im Parlament. Ob es so weit kommt und ob das wirklich in seinem Sinn wäre, das weiss vielleicht nicht einmal der schlaue Aussenminister Cassis. ○

Zitate

Schon vergessen

Fake News zum Rahmenabkommen.

Endlich liegt der dreizehnseitige Entwurf des institutionellen Rahmenabkommens (Insta) zwischen der Schweiz und der EU auf dem Tisch. Das Ergebnis ist für Verfechter von Selbstbestimmung, Unabhängigkeit und direktdemokratischen Volksrechten wenig erbaulich. Vorgesehen werden nämlich eine automatische (keine dynamische) Übernahme von EU-Recht inklusive Ausgleichs- beziehungsweise Strafmassnahmen, regelmässige Tributzahlungen für den Zugang zum Binnenmarkt, die Einführung der Unionsbürgerrichtlinie sowie eine Super-Guillotineklausel – mit einer Kündigung des institutionellen Abkommens würden sämtliche unterstellten Abkommen gekündigt. Auch will die EU ihre Regeln beim Lohnschutz durchsetzen. Und die Streitschlichtung läuft letztlich auf die Entscheide des Europäischen Gerichtshofs hinaus.

Die FDP signalisiert bereits Zustimmung zum Vertragswerk. Dabei gab's im liberalen Lager eben erst noch lauter rote Linien. So sagte Präsidentin Petra Gössi: «Wir brauchen zuerst eine gute Lösung bei der Streitschlichtung und bei der automatischen Rechtsübernahme. Auch die Unionsbürgerschaft muss definitiv vom Tisch.» Nichts von alledem ist verwirklicht. Aber dennoch ist mit einem freisinnigen Ja zu rechnen. Aber lieber erst nach den Wahlen von 2019.

Angesichts von so viel aufschiebender Zurückhaltung erheitert Gössis Vorgänger Philipp Müller mit dieser Aussage: «Ich freue mich auf diese Auseinandersetzung. Wir werden uns dieser Schlacht um die Bilateralen lustvoll stellen. Davon kann Herr Blocher ausgehen.» Anfang dieses Jahres war in der *Neuen Zürcher Zeitung* über den Rahmenvertrag zu lesen: «Die FDP ist überzeugt, dass damit auch die Guillotineklausel abgeschafft werden kann.» Heute wissen wir es besser. So viel Guillotine war noch nie.

Aber auch die *Weltwoche* war nicht über alle Zweifel erhaben, konfrontierte doch ein Inlandredaktor Christoph Blocher mit folgenden Aussagen: «Sie malen schwarz. Nicht nur die SVP will der EU nicht beitreten, und das institutionelle Rahmenabkommen, das Sie fürchten wie der Teufel das Weihwasser, ist klinisch tot. Eigentlich könnten Sie Ihre Kampforganisation «Nein zum schleichen EU Beitritt» auflösen.» Damit nicht genug. Der Interviewer der *Weltwoche* widersprach Blocher entschieden, als dieser den Abschluss des Rahmenabkommens verhiess: «Ich behaupte das Gegenteil. Der Einzige, der ein Rahmenabkommen mit der EU will, heisst Didier Burkhalter.» *Christoph Mörgeli*



Brief aus Brüssel

Die Reihen sind geschlossen

Nach dem Brexit macht die EU aus der Not eine Tugend und besinnt sich auf ihren funktionierenden Kern: den Binnenmarkt. Alles, was ihn gefährdet, sehen die EU-Staaten als existenzielle Bedrohung. Das bekommt die Schweiz zu spüren.
Von Sebastian Ramspeck

Als ich im August 2014 nach Brüssel kam, war die Schweiz für die rund 900 EU-Korrespondenten aus mehr als fünfzig Ländern zum Gähnen langweilig. Wer an der täglichen Medienkonferenz der EU-Kommission eine Frage zum Verhältnis zur Eidgenossenschaft stellte, bekam es mit der aussenpolitischen Sprecherin zu tun. Sie rollte mit den Augen und fischte aus ihrem Stapel Sprechnotizen jene zur Schweiz heraus, zwischen Papua-Neuguinea und Tadschikistan. Verfasst hatte sie ein Beamter des Swiss Desk irgendwo im Europäischen Auswärtigen Dienst.

Das Schweizer Stimmvolk hatte damals gerade die Masseneinwanderungsinitiative gutgeheissen, doch der Streit um die Personenfreizügigkeit war für die EU bloss eine bilaterale Beziehungskrise. Das Rahmenabkommen, über das seit Mai 2014 verhandelt wurde, sollte die Beziehung auf eine neue Grundlage stellen, und die EU glaubte fest daran, dass dies gelingen würde. Aufregend erschien das nicht.

Heute wird der Schweiz in Brüssel aufgeregte Aufmerksamkeit zuteil. Zwei der einflussreichsten Beamten in der EU kümmern sich um sie: Martin Selmayr, Generalsekretär der EU-Kommission, und Richard Szostak, aussenpolitischer Berater von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker.

Die Aufmerksamkeit ist dem Brexit geschuldet. Die EU bereitet sich auf einen schmerzvollen Schrumpfungsprozess vor, gleichzeitig bekommt sie mit Grossbritannien unverhofft einen neuen, wirtschaftlich potenten Nachbarstaat. Wie die Schweiz will auch Grossbritannien mit und in den 27 verbleibenden EU-Staaten Geschäfte machen. Die EU sieht sich gezwungen, das Verhältnis zu den europäischen Nachbarstaaten neu zu ordnen. Sie ist entschlossen, aus der Not eine Tugend zu machen, und besinnt sich auf ihren funktionierenden Kern: den Binnenmarkt.

Der Binnenmarkt ist die offensichtlichste Daseinsberechtigung der EU. Als Jean-Claude Juncker im Juli in Washington vom amerikanischen Präsidenten Donald Trump empfangen wurde, um im Handelskrieg einen Waffenstillstand zu vereinbaren, dann nicht deshalb, weil Juncker Flugzeugträger und Atomwaffen be-

fehligen würde, das tut er bekanntlich nicht. Auch ist der Euro sehr weit davon entfernt, dem Dollar als Weltwährung Konkurrenz zu machen. Und für das «Friedensprojekt EU» interessiert sich Trump genausowenig wie für die «Wertegemeinschaft EU».

Aber der Binnenmarkt der EU ist – zumindest bis zum Austritt Grossbritanniens – der grösste der Welt. Regierungen von überall auf der Welt stehen Schlange, damit ihre Unternehmen mit und auf diesem Markt Geschäfte machen dürfen. Es ist der Binnen-

markt ist für viele der Inbegriff des EU-Skeptikers. Doch als 2017 ruchbar wurde, dass die Fischstäbchen bekannter europäischer Markenhersteller in Ungarn weniger Fisch enthalten als jene, die in Westeuropa verkauft werden, pochte Orbáns Regierung auf die Einhaltung der Binnenmarkt-Homogenität: Gleiche Fischstäbchen für alle EU-Bürger! Und es sind Diplomaten aus Osteuropa, die besonders penibel darauf achten, dass ihre Bürger von der Personenfreizügigkeit im Binnenmarkt profitieren dürfen.

Die EU hat die Reihen geschlossen. Es ist bemerkenswert, wie einhellig die Politiker, Diplomaten und Beamten aus Deutschland, Ungarn oder Österreich tönen, wenn sie nachmittags bei einem Kaffee oder abends bei einem Glas Wein auf Grossbritannien oder die Schweiz zu sprechen kommen.

Verflogen sind die eidgenössischen Hoffnungen, unter den EU-Staaten Verbündete gegen die «Kampfhunde für den Marktzugang» zu finden, wie der Schweizer Gewerkschafter Daniel Lampart die EU-Kommissare kürzlich bezeichnete. In den Verhandlungen über das Rahmenabkommen standen die EU-Regierungen stets hinter den Verhandlungsführern aus Brüssel.

Und niemand drückte die Brüsseler Ungeduld unmissverständlich aus als der österreichische Ministerpräsi-

dent Sebastian Kurz: «Irgendwann kommt der Moment der Entscheidung», sagte er der *Neuen Zürcher Zeitung* anlässlich seines Schweiz-Besuchs vor drei Wochen, «der ist jetzt.»

Gewiss, ohne Rahmenabkommen sind die bestehenden bilateralen Verträge kaum in Gefahr, zu sehr profitiert auch die EU davon. Aber die Schweiz wird langfristig nicht darum herumkommen, ihr Verhältnis zur EU zu überdenken. Denn die EU setzt auf «EU first», aus Angst vor dem Zerfall ihres funktionierenden Kerns, des Binnenmarkts. Häufiger als in der Vergangenheit wird sich die Schweiz zwischen wirtschaftlicher Nähe und politischer Selbstbestimmung entscheiden müssen. Die Zeit der wohligen Langeweile ist vorbei.

Sebastian Ramspeck ist Brüssel-Korrespondent des Schweizer Fernsehens SRF.



Aufgeregte Aufmerksamkeit: Kurz (l.), Juncker.

markt, welcher der EU Macht gegen aussen verleiht.

Und, noch wichtiger: Es ist der Binnenmarkt, der die EU als Interessengemeinschaft zusammenhält. Er hat Deutschland zum Exportweltmeister gemacht und Polen – nach dem Ende des Kalten Krieges so arm wie die Ukraine – zur Werkbank Europas. Alles, was den Binnenmarkt zu schwächen droht, sehen die EU-Staaten als existenzielle Bedrohung.

Die Schweiz bekommt das zu spüren. Wie nun auch die Briten hören die Schweizer am Verhandlungstisch die Binnenmarkt-Dogmen: Ohne die Übernahme des Binnenmarktrechts, ohne Binnenmarkt-Streitbeilegung, ohne Binnenmarkt-Personenfreizügigkeit ist die EU-Zentrale nicht bereit, über neue Marktzugangsabkommen zu reden. Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán

Hier war jemand schneller!

Suchen Sie nach einer zündenden Geschenkidee für Ihre Liebsten? Dann schenken Sie doch ein Abonnement der *Weltwoche*.

Auf www.weltwoche.ch/abo
einfach bestellen.

Einsendeschluss:
17. Dezember 2018



Das selbstgebastelte Ich

Von Katharina Fontana — Ob man als Mann, als Frau oder als etwas Drittes durchs Leben gehen will, wird man bald allein entscheiden können. Und das dürfte erst der Anfang der fluiden Identität sein.



Was bis anhin als unumstösslich galt, wird man überdenken müssen.

Deutschland führt in den nächsten Wochen ein neues Geschlecht ein. Neben Mann und Frau wird es künftig auch Personen geben, die offiziell in die Kategorie «divers» fallen. Gedacht ist die Bezeichnung für Intersexuelle, früher Hermaphroditen oder einfach Zwitter genannt. Für Menschen also, deren Geschlechtsmerkmale sich weder dem männlichen noch dem weiblichen Geschlecht eindeutig zuordnen lassen.

Deutschland ist hier eher Nachzügler als Vorreiter. Länder wie Australien, Dänemark, Kanada, Argentinien, Indien oder Neuseeland, um nur einige zu nennen, haben die dritte Form bereits eingeführt, jüngst hat sich auch Österreich dazugesellt. Häufig ist die dritte Option nicht ausschliesslich auf Intersexuelle begrenzt, wie es Deutschland vorsieht, son-

dern steht auch Personen zur Verfügung, die im biologischen Sinn zwar Mann oder Frau sind, sich aber nicht in diese beiden Kategorien einordnen lassen wollen – Transgender oder Nichtbinäre, wie sie sich nennen. Darunter fallen beispielsweise Geschlechtsfluide (die sich mal mehr als Mann, mal mehr als Frau fühlen), Pangender (die sich mit allen Geschlechtsidentitäten identifizieren), Agender (Geschlechtsneutrale) und zahlreiche andere. Der Bezeichnungen sind viele, der sprachlichen Fettnäpfe, in die man als Transgender-Unkundige treten kann, ebenfalls.

Die innere Überzeugung genügt

In der Schweiz gilt im Moment zwar noch das traditionelle Mann-Frau-Schema. Doch auch hier bahnen sich bemerkenswerte Änderun-

gen an. Im Frühling hat der Bundesrat einen Entwurf präsentiert, der es «Transmenschen und Menschen mit einer Variante der Geschlechtsentwicklung» erlauben soll, ihr amtliches Geschlecht schnell und unkompliziert zu ändern. Eine einfache Erklärung gegenüber dem Zivilstandsbeamten genügt – die Person muss kein medizinisches Attest vorlegen und keinen Nachweis erbringen, dass sie auch körperlich zum Mann beziehungsweise zur Frau werden möchte; eine Hormontherapie oder eine geschlechtsangleichende Operation sind nicht erforderlich. Die feste innere Überzeugung, einem anderen als dem im Personenstandsregister eingetragenen Geschlecht anzugehören, soll reichen; nur bei eigentlichen Juxgesuchen oder Missbräuchen darf das Zivilstandsamt nein sagen.

Wer seine Überzeugung im Laufe der Zeit wieder ändert, kann zum ursprünglichen Geschlecht zurückkehren – die Zahl der amtlichen Wechsel vom Mann zur Frau oder umgekehrt ist nicht begrenzt. Auch das dritte Geschlecht dürfte hierzulande nicht mehr lange auf sich warten lassen. Etliche Kantone, Parteien und Organisationen sind der Meinung, dass die Schweiz nachziehen und diese Option nun ebenfalls schaffen sollte; der Bundesrat ist derzeit daran, das Thema in einem Bericht aufzuarbeiten.

Was ist mit Privilegien?

Welche Konsequenzen sich aus der neuen, fließenden Geschlechtervielfalt ergeben werden, ist noch wenig überschaubar. Das fängt beim Alltäglichen an. Wenn es neben Mann und Frau neu noch eine zusätzliche Kategorie geben soll, wie viele Toiletten, Garderoben oder Duschen braucht es dann in öffentlichen Gebäuden? Zwei oder drei? Oder soll der Einfachheit und der Kosten halber künftig alles unisex sein? Wie steht es mit den Abteilungen in den Spitälern? Oder mit den Gefängnissen?

Weiter wird man über die Anpassung der Sprache reden müssen. «Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Diverse» dürfte noch leicht von den Lippen gehen, etwas schwieriger wird es beispielsweise bei Stellenausschreibungen und recht kompliziert bei Gesetzestexten. In Deutschland, so teilt die Bundesregierung mit, will man die Gesetzessprache nicht anpassen, das generische Maskulinum umfasse alle drei Geschlechter. In der Schweiz, wo man zumindest auf Bundesebene im Deutschen alles durchgängig geschlechtergerecht formuliert, dürfte die Sache mehr zu diskutieren geben. So ist noch völlig unklar, wie man nichtbinäre Personen bezeichnen und welche Pronomen man für das dritte Geschlecht verwenden soll – «er» und «sie» gehen kaum, und «es» wird in der Transgender-Gemeinde häufig als diskriminierend empfunden.

An Vorschlägen mangelt es nicht; unter den Pronomen-Favoriten rangieren etwa «en» oder «sier». Der Rat für deutsche Rechtschreibung, der sich im November über das Thema gebeugt hat, ist unschlüssig und hat noch keine Empfehlung herausgegeben. Man wolle zuerst abwarten, welche Bezeichnungen des dritten Geschlechts oder weiterer Geschlechter sich in der Praxis etablieren würden, heisst es.

Im Weiteren wird man sich überlegen müssen, wie sich die neue Geschlechterfreiheit auf die Rechtsordnung auswirken wird. Wenn man das traditionelle Mann-Frau-Schema als überholt ansieht, wie steht es dann beispielsweise mit dem Militärdienst, den in der Schweiz nur Männer leisten müssen? Was gilt für jene Sozialleistungen wie Rentenalter oder Witwenrente, bei denen Frauen privilegiert sind? Und vor allem: Was kommt auf das

Familien- und Abstammungsrecht zu, das nach wie vor von der Vorstellung ausgeht, dass es für die Zeugung eines Kindes einen Mann und eine Frau braucht?

Was bis anhin als unumstösslich galt, nämlich dass eine Mutter weiblich und ein Vater männlich ist, wird man überdenken müssen. Denn wenn man sein Geschlecht künftig nach Belieben wählen kann, unabhängig davon, was man, biologisch gesehen, ist, wird es Mütter geben, die ein Kind gebären und amtlich ein Mann sind – oder etwas Drittes. Und Väter, die biologisch Männer sind, aber neu als amtlich eingetragene Frauen ein Kind zeugen. Man kann sich viele abenteuerliche Konstellationen vorstellen. Klar ist nur: Die Sache wird kompliziert.

Vorab konservative Zeitgenossen werden diese Entwicklung absonderlich finden und als dekadente Erscheinungen einer Gesellschaft abtun, in der sich jeder Einzelne als Nabel der Welt sieht und keine anderen Probleme hat, als der eigenen Befindlichkeit nachzuspüren. Auch Liberale dürften sich insgeheim die Frage stellen, ob es wirklich notwendig sei, dass sich der Staat nach den Wünschen jeder noch so kleinen sexuellen Minderheit richtet. Oder ob es eigentlich nicht reiche, dass man als Angehöriger einer Splittergruppe frei leben und

Die Zahl der amtlichen Wechsel vom Mann zur Frau oder umgekehrt ist nicht begrenzt.

lieben kann, wie und wen man will. Von offizieller Seite wird beschwichtigt, dass nur sehr wenige Menschen einen amtlichen Wechsel ihres Geschlechts ins Auge fassen dürften – man solle die Sache also nicht unnötig aufbauschen und dramatisieren.

Fest steht, dass man den Anliegen der Transgender-Lobby seit ein paar Jahren weltweit, aber auch in der Schweiz mit enormem Wohlwollen begegnet und Transgender zu einer Art Dogma geworden ist. Nur wenige wagen es noch, das Geschlecht nicht nur als selbstbestimmtes Konstrukt anzusehen, sondern auch auf biologische Offensichtlichkeiten des Frau- und des Mannseins oder auf soziale Differenzen hinzuweisen.

Widerstand gegen Transrassismus

Gar keine Freude an der Einebnung der Geschlechtergrenzen haben etwa feministische Kreise. Sie tragen derzeit einen giftigen Streit mit Transgender-Aktivistinnen darüber aus, wer als «echte» Frau gelten darf. Denn nicht jede Feministin kann sich – verständlicherweise – mit der Idee anfreunden, dass ein Mann in null Komma nichts zur Frau werden kann und ein Mensch mit Penis plötzlich als weibliche Verbündete im Kampf gegen das Patriarchat anzusehen ist.

Die Entwicklung rund um die selbstgestaltete, man kann auch sagen selbstgebastelte Identität geht derweil weiter. So wird seit einiger Zeit angeregt über die Frage gestritten, ob eine Person, wenn es ihr danach ist, auch ihre «Rassenzugehörigkeit» wechseln kann – *transracialism* nennt sich das. Auslöser war die Affäre rund um die Amerikanerin Rachel Dolezal, die sich als Aktivistin einer Bürgerrechtsorganisation für die Rechte der Schwarzen einsetzte. Später stellte sich heraus, dass die vermeintliche Afroamerikanerin trotz beeindruckender Afrofrisur und dunkler Haut keineswegs schwarz ist, sondern in Tat und Wahrheit als weisses Kind weisser Eltern aufgewachsen war; ihr Äusseres hatte sie später justiert. Sie habe sich immer schwarz gefühlt und sich als schwarz identifiziert, verteidigte sich die Frau gegen den Shitstorm, der darauf über sie hereinbrach.

Alte Teenager

Kurioserweise kommt die heftigste Kritik gegen Dolezal und andere Transrassische vornehmlich aus linken Kulturkreisen, die sich, wenn es um die Geschlechtsidentität geht, besonders progressiv geben. Die falschen Schwarzen würden mit ihrem Verhalten die Transgender-Bewegung desavouieren, so die Befürchtung der linken Elite. Zudem stehe es ihnen als privilegierten Weissen nicht zu, das Leid der schwarzen Bevölkerung für sich in Anspruch zu nehmen – ein ähnliches Argument, wie es Feministinnen gegen jene Frauen vorbringen, die im herkömmlichen Sinn Männer sind. Allerdings gibt es auch Unterstützer, die Dolezal und Konsorten den Rücken stärken und es als unzulässig ansehen, einen Unterschied zwischen der freien Wahl des Geschlechts und jener der Rasse zu machen. Wenn Transgender eine legitime soziale Identität darstelle, müsse dasselbe auch für Transrassismus gelten.

Die jüngste Episode rund um die selbstkonstruierte Identität kommt aus den Niederlanden. Der 69-jährige Emile Ratelband hat kürzlich versucht, auf dem Rechtsweg um zwanzig Jahre jünger zu werden. Er fühle sich wie ein Endvierziger, argumentierte der Mann. Bei der Stellensuche komme er sich aufgrund seines vorgerückten Alters diskriminiert vor, zudem erfahre er als älterer Mann beim Internet-Dating Nachteile. Die Freiheit, die Transgender-Menschen bei der Wahl des Geschlechts hätten, müsse auch beim Alter gewährt werden. Das zuständige Gericht hat den Wunsch nach amtlicher Verjüngung zwar vor wenigen Tagen abgelehnt: Viele Rechte und Pflichten seien an das tatsächliche Alter gekoppelt, befand es.

Gut möglich, dass das letzte Wort in dieser Sache noch nicht gesprochen ist. Denn wenn es männliche Mütter geben kann und hellhäutige Schwarze, warum dann nicht auch in die Jahre gekommene Teenager?

Anleitung für Weihnachten

Von *Linus Reichlin* — An Heiligabend kommt es in vielen eigentlich intakten Familien zu Spannungen und Stress. Das liegt daran, dass Weihnachten meistens völlig willkürlich gefeiert wird. Es geht auch anders: mit einem strikten, verbindlichen Regelwerk.

Der Ablauf des grossen, mit so vielen Erwartungen verknüpften Abends folgt meistens einem Mischmasch unterschiedlicher Familientraditionen, die nicht mehr hinterfragt werden. Niemand weiss so recht, wann der Christbaum aufgestellt, wann er geschmückt werden soll und ob elektrische Kerzen oder solche aus Wachs die bessere Lösung sind. Jedes Jahr muss darüber wieder debattiert werden, und dort, wo nicht mehr darüber diskutiert wird, haben sich faule Kompromisse eingeschlichen, die dazu führen, dass keiner mit der Weihnachtsfeier so recht zufrieden ist.

Was fehlt, ist eine klare, international gültige Anleitung, wie der Heiligabend richtig und vernünftig gefeiert wird. Ein einheitliches Regelwerk bringt Ruhe in die Familie und vermindert die nervliche Anspannung der Beteiligten. Man soll sich an den Piloten ein Beispiel nehmen: Sie halten sich streng an die Checkliste und verzetteln sich nicht mit Fragen, ob die Triebwerke vor oder nach dem Essen gestartet werden sollen. Die sprichwörtliche Gelassenheit der Piloten beruht auf der sklavischen Befolgung der Checkliste, und diese Gelassenheit wird sich auf diejenigen Familien übertragen, die Heiligabend gemäss der folgenden Anleitung feiern.

1 — Der Christbaum

Wann kaufen: drei Tage vor Heiligabend – und nicht wieder im letzten Moment, wenn nur noch die Krummen übrig sind!

Höhe: Richtet sich nach dem Alter der Kinder. Faustregel: Je kleiner die Kinder, desto grösser der Baum.

Material: Holz! Wer einen Plastikbaum kauft, sollte Weihnachten besser gleich in Marokko verbringen.

Lagerung: Glauben die Kinder noch ans Christkind? Dann im Keller. Wünschen sie sich zu Weihnachten ein Netflix-Abo? Dann auf dem Balkon lagern (den Baum).

Wann den Baum schmücken: unabhängig vom Alter der Kinder immer erst drei Stunden vor der Bescherung. Das Wohnzimmer muss in dieser Zeit unzugänglich sein. Merke: Auch ältere Kinder sehnen sich nach der Zeit zurück, in der das Glöckchen klingelte und der erleuchtete Baum plötzlich im Wohnzimmer stand.

Wie schmücken: Alles ranhängen, das ganze Arsenal! Opernsängerinnen und Christbäume können gar nicht überschmückt sein! Verboten sind elektrische Kerzen und blinkende

LED-Schriftzüge mit «Merry Xmas!» oder «Sorry, we're closed!».

Krippe: Obligatorisch! Wir sind hier nicht im Iran! Achtung: Das Aufstellen einer Playmobil-Krippe wird mit 25 Peitschenhieben bestraft!

Wann den Baum entsorgen: am 6. Januar. Vom Balkon schmeissen. Aber zuerst runterrufen: «Achtung, ein Baum!»

2 — Das Rahmenprogramm

Singen: Ja. Aber vorher den Text von «Stille Nacht» ausdrucken und verteilen, sonst wird's bei der zweiten Strophe wieder peinlich. Und keine Blockflötenbegleitung! Denn auch wenn die Kinder lange geübt haben, verflöten sie sich in der Aufregung, und dann wird's noch peinlicher.

Gedichte aufsagen: Nein. Wenn die Kinder unbedingt gross rauskommen wollen, sollen sie ihre Geltungssucht in einer Talentshow abreagieren.

Zaubertricks vorführen: Nein.

Dressurnummern mit Katze/Hund: Nein.

Nachspielen der Schlacht von Sempach in historischen Kostümen: Ja, wenn genügend mitmachen.

3 — Die Geschenke

Wann kaufen: im Oktober.

Was kaufen: alles, was die Kinder sich wünschen, plus noch etwas, das von elterlicher Liebe zeugt. Ehepartner: Hängt von der Dauer der Ehe ab. Bei einer Dauer von unter drei Jahren alles kaufen, was der Ehepartner sich wünscht, plus noch etwas, das von Liebe zeugt.



«Ihr wisst ja, Opa trinkt an Weihnachten gern ein Glas zu viel»: Familie Hoppentstedt von Loriot.

Bei einer Dauer von über zehn Jahren 50 Prozent dessen kaufen, was der Partner sich gewünscht hat, plus noch etwas Praktisches (Unterwäsche, Socken).

Wann verpacken: im Oktober.

Wann Bescherung: Absolut immer *nach* dem Essen! *Warnung!* Eine Bescherung vor dem Essen führt zu einem Spannungsabfall! Aus dem Fest ist die Luft raus, ganz ähnlich, wie wenn eine Frau mit einem Mann schlafen will, der gerade aus dem Puff kommt.

Wann den Verpackungsabfall entsorgen: am zweiten Weihnachtstag. Tut man es an Heiligabend, wirft man versehentlich immer irgendein Geschenk weg. Tut man es am ersten Weihnachtstag, beraubt man sich der Möglichkeit, den Verwandten, die zu Besuch kommen, zu zeigen, wie viele Geschenke man sich leisten konnte.

4 — Das Weihnachtessen

Wann für Heiligabend einkaufen: im Oktober.

Was kaufen: Es ist völlig egal, was auf den Tisch kommt. Man muss es nur a) im Oktober schon kaufen können, es muss b) jedes Jahr exakt dasselbe sein, und c) muss es so aussehen, als

sei die Zubereitung des Essens mit viel Arbeit verbunden gewesen, damit die grösseren Kinder sagen können: «Mama, du hast dir wieder so viel Mühe gemacht, du hattest bestimmt viel Stress!»

Guetsli selber backen: Ja. Aber Achtung: Nicht nach dem Rezept der Grossmutter! Unsere Vorfahren hatten ein anderes Verhältnis zu

Faustregel: Je kleiner die Kinder, desto grösser der Baum.

Butter und Zucker als wir. Sie lebten in Zeiten des Weltkriegs und der Spanischen Grippe. Für viele von ihnen waren die Weihnachtskekse das Letzte, was sie zu sich nahmen, da kam es auf ein Pfund Butter mehr auch nicht mehr an.

Alkohol: Ja. Aber Vorsicht! An Weihnachten neigen viele Väter dazu, zu denken, sie hätten das Jahr über etwas geleistet und es folglich verdient, sich ein Gläschen mehr zu gönnen. Das endet oft mit dem versehentlichen Zerbrechen der Krippenfiguren.

Diese Checkliste ermöglicht einen reibungslosen Ablauf der Weihnachtsfeier, aber natürlich garantiert sie ihn nicht. In beratungsresistenten Familien wird es trotzdem zu den üblichen Streitigkeiten kommen. Doch Regeln helfen auch hier. Folgende Anweisungen sorgen für den reibungslosen Ablauf des Familienstreits.

1. Vorbereitungen: Weisen Sie Ihre Familienmitglieder schon im Oktober auf die Möglichkeit eines Streits an Weihnachten hin: «Ihr wisst ja, Opa trinkt an Weihnachten gern ein Glas zu viel, es gibt sicher wieder Streit.» Tun Sie so, als sei ein Streit unvermeidlich, und nennen Sie die Namen von Leuten, die ihn verursachen werden. Bestücken Sie vor der Weihnachtsfeier die Türen Ihrer Wohnung mit Dämpfern, die ein Zuknallen abfedern. Entfernen Sie kostbare Teppiche, decken Sie das Sofa mit Plastikfolie ab. Sichern Sie den Christbaum mit Spannfäden gegen vorsätzliche Versuche, ihn umzureissen.

2. Beginnen Sie den Streit mit einer dieser drei Bemerkungen:

a) «Schatz, man schmeckt, dass du diese Würstchen schon im Oktober gekauft hast.»

b) «Weihnachten war schöner, als noch keins unserer Kinder Blockflöte spielte.»

c) «Meine Ex-Frau / mein Ex-Mann hätte mir nie einen zu grossen Pullover / eine zu grosse Bluse geschenkt.»

3. Falls Ihre Familienmitglieder unter dem Vorwand, dass Weihnachten das Fest der Liebe sei, es ablehnen, mit Ihnen zu streiten, sagen Sie: «Ich hasse dieses heuchlerische Getue! Dieses kleine Playmobil-Baby dort in der Krippe wurde später an ein Kreuz genagelt, von Leuten wie euch!»

4. Ziehen Sie sich, sobald der Streit in Gang gekommen ist, auf die Position des Schlichters zurück. Trösten Sie Ihre Kinder mit den Worten, dass ihre Mutter / ihr Vater an Weihnachten immer gestresst sei und nur deshalb so böse Sachen sage. Falls Ihre Eltern/Schwiegereltern zu Besuch sind, sollten Sie ihnen gleichzeitig die Schuld zuschieben und ihnen vergeben: «Nicht mal an Weihnachten könnt ihr euch beherrschen! Aber das ist bei den vielen Krankheiten, die ihr habt, auch völlig verständlich.»

Wenn Sie dieser Anleitung folgen, wird der Eindruck entstehen, dass Sie schon im Oktober gehaut haben, dass es Streit geben wird und dass Sie ihn nicht verursacht, sondern beendet haben. Wenn Sie am Schluss dann noch sagen: «Anstatt uns zu streiten, sollten wir alle endlich wieder einmal in die Mitternachtsmesse gehen!», werden Sie neben dem Christkind das Heiligste sein, was es in dieser stillen Nacht gibt.

Linus Reichlin ist Schriftsteller und Kolumnist. Der Schweizer lebt seit vielen Jahren in Berlin.



Stillosigkeit der Stil-Ikone

Von Christoph Mörgeli

Ihre Stilsicherheit gilt als unbeschreiblich. Darum wird sie ununterbrochen beschrieben. Durch ihr Outfit bringt Doris Leuthard vor allem die Ringier-Medien fast aus dem Häuschen. Ob hauteng oder luftig, ob boden- oder knielang, ob einfarbig oder bunt: Als Botschafterin der Marke Akris zeigt sich Leuthard in der heutigen Mode, die morgen von gestern sein wird. Die *Schweizer Illustrierte* fotografierte die Bundesrätin mit ihrer Schuhsammlung. Sie ist zwar etwas kleiner als jene der philippinischen Diktatorenngattin Imelda Marcos. Aber wesentlich grösser als die von Heidi Affentranger aus Besenbüren.

Doch ausgerechnet in ihrer Schlussansprache liess Doris Leuthard den Stil vermissen. Die zurücktretende Bundesrätin rief der Bundesversammlung zu: «Wenn wir keinen geregelten Rahmen finden, um der Weiterentwicklung Rechnung zu tragen, büssen die bilateralen Verträge schleichend an Schlagkraft ein. Je länger wir keine Lösung mit der EU finden, umso höher wird der Preis.» Dies war ein unüberhörbarer Aufruf zum Abschluss des institutionellen Rahmenvertrags, wie ihn die EU von der Schweiz verlangt. Dabei hat sich der Bundesrat noch in keiner Art und Weise für diesen Rahmenvertrag ausgesprochen – im Gegenteil: Es herrscht nachweislich eine skeptische Mehrheit. Das vielgerühmte Kollegialitätsprinzip hätte es Doris Leuthard ganz einfach verboten, als Vertreterin der unterlegenen Minderheit einen Werbespot für den EU-Rahmenvertrag in die Welt zu posaunen.

Man stelle sich das Umgekehrte vor: SVP-Bundesrat Ueli Maurer, vom Parlament soeben glänzend zum Bundespräsidenten für das Jahr 2019 gewählt, wäre vors Parlament getreten und hätte Folgendes verkündet: «Wir haben geschworen, die Freiheit, die Volksrechte und die Unabhängigkeit des Landes zu wahren. Ein EU-Rahmenvertrag raubt uns unsere so heiss über Jahrhunderte verteidigte Freiheit. Denn dann entscheiden nicht mehr die Schweizerinnen und Schweizer, sondern die Vertreter der Europäischen Union und deren Gerichtshof.» Ein Orkan der Entrüstung wäre über Ueli Maurer ausgebrochen.

Doch den kollegialen Fauxpas von Doris Leuthard fanden alle chic. Schliesslich ist sie immer mit der Mode gegangen. Besonders bei ihrer Energiewende. Zum Glück war sie, nicht auch noch Gesundheitsministerin. Denn die Mode ist die teuerste aller Stoffwechselkrankheiten.

Der Autor ist Historiker und ehemaliger SVP-Nationalrat.

CVP im VBS: Wer ist der Depp?

Von Peter Bodenmann — Es war kein akustisches Missverständnis: Heidi Z'graggen nannte den CVP-Rentner einen «Deppen».



Der Videobeweis: Viola Amherd war amused ob dem derben Spass der Urnerin.

Doris Leuthard war ein bisschen offen, ein bisschen liberal, ein bisschen umweltfreundlich, ein bisschen sozial. Von allem ein bisschen, und das charismatisch. Zusammen mit Christophe Darbellay und Jean-Michel Cina zerstörte sie die rosa Zukunft der eigenen Partei. Die drei waren nicht in der Lage, zusammen mit der BDP und den Grünliberalen eine Partei der halbwegs modernen Mitte zu schaffen.

Gerhard Pfister will deshalb den langen Marsch zurück ins konservative Reduit antreten. Die Bundesratswahlen waren der Test. Gerhard Pfister stand – wie sein Tweet (oben, rechts) beweist – hinter der Kandidatur der rechten Urnerin Heidi Z'graggen.

Ausrede Pfister: Er habe sich seiner dicken Finger wegen vertippt. Trump lässt grüssen.

Für Heidi Z'graggen war der CVP-Rentner ein «Depp». Jeder kann das auf dem entsprechenden Video selber nachhören. Trotzdem behauptete unsere Urnerin, alles sei nur ein «akustisches Missverständnis» gewesen. Sie habe das nie gesagt. Auch Viola Amherd will nichts gehört haben.

Wahr ist das doppelte Gegenteil: Natürlich machte sich Heidi Z'graggen über den «Deppen» lustig. Und natürlich fand Viola Amherd das aufgrund des Videobeweises auch noch höchst amüsant.

Jeder Coach hätte Heidi Z'graggen geraten, bei der Wahrheit zu bleiben: In den Bergen



pflüge man halt eine direktere Sprache. Gut verstanden hätte sie die Oberwalliserin Viola Amherd, die ebenfalls höchst *amused* gewesen sei. Aber künftig werde sie ab Flüelen-Nord nie mehr so etwas sagen. Z'graggen hätte gepunktet.

Niemand hatte Heidi Z'graggen auf ihre Kandidatur vorbereitet. Weil Gerhard Pfister sie zu spät aus seinem Hut zauberte. Die Urnerin machte deshalb in den Hearings inhaltlich eine schlechte Falle. Obwohl die Rechten in der Vereinigten Bundesversammlung fast die Mehrheit haben, kam sie nur auf sechzig Stimmen. Auch weil die von Brigitte Hauser-Süess gut gecoachte Viola Amherd den *geldgiggerigen* SVP-Bauern einen warmen Subventionsregen versprochen hatte.

Wetten, dass die CVP die Wahlen 2019 verlieren wird. Der Doppelfehler: Gerhard Pfister ist angeschlagen. Viola Amherd im Departement, in das man 1995 – obwohl er das Gegenteil behauptet – gegen seinen Willen Adolf Ogi versetzt hatte. Gott straft die Seinen.

Der Autor ist Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz.



© fotolia.com

VIP-Reise «Sibirien»

Baikalsee – Perle Sibiriens

Mit einer Fläche von mehr als zehn Millionen Quadratkilometern ist Sibirien grösser als manches Land der Erde – unendlich weit, unvorstellbar kalt, voller Bodenschätze und interessanter Menschen. Lernen Sie die unbekanntere Gegend im nordasiatischen Teil der Russischen Föderation kennen. Ein überwältigendes Naturerlebnis!

Tundra, Taiga, Steppe, arktische Kältewüste: Sibiriens unberührte Natur beeindruckt mit ihren vielfältigen geologischen Besonderheiten. Auf unserer 9-tägigen Exkursion tauchen wir ein in das kulturelle Leben der Bewohner und in ihre Traditionen. Wir entdecken lebendige Ortschaften und geniessen einmalige Momente auf der alten Trasse der Transsibirischen Eisenbahn. Ein Erlebnis, das Ihnen unvergesslich bleiben wird.

1. Tag: Reise nach Sibirien

- Flug von Zürich nach Irkutsk

2. Tag: Irkutsk – die «Hauptstadt» am Baikalsee

- Stadtbesichtigung
- Privatkonzert im Dekabristenmuseum

3. Tag: Zugfahrt auf der Trasse der Transsibirischen Eisenbahn

- Fahrt mit der Baikalbahn auf der alten Trasse
- Zahlreiche Stopps, atemberaubender Blick auf den Baikalsee

4. Tag: Listwjanka und das Holzarchitektur-Museum Talzy

- Spaziergang durch Listwjanka
- Besuch des Freilichtmuseums Talzy
- Abendessen bei einer sibirischen Familie

5. Tag: Das ehemalige Goldgräberdorf Bolschije Koty

- Spaziergang am Baikalsee
- Der Pribaikalski-National-Park
- Mittagessen bei einer sibirischen Familie

6. Tag: Die herrliche Natur auf Olchon

- Überfahrt mit dem Luftkissenboot
- Besichtigung des Inselhauptorts Chuzir

7. Tag: Das schroffe Kap Choboi

- Fahrt auf abenteuerlichen Sandpisten
- Schroffe Steilküsten und lange Sandstrände

8. Tag: Fahrt nach Irkutsk

- Besuch der Markthallen

9. Tag: Rückreise nach Zürich

Platin-Club-Spezialangebot

VIP-Reise «Sibirien» 5. bis 13. August 2019

Leistungen:

- Flug von Zürich nach Irkutsk und zurück
- Alle Bus- und Schifffahrten während der Reise
- 2 Übernachtungen mit Frühstück in Irkutsk
- 3 Übernachtungen mit Frühstück in Listwjanka
- 2 Übernachtungen mit Frühstück auf Olchon
- 1 Aperitif
- 4 Mittagessen inklusive Mineralwasser und Kaffee/Tee
- 6 Abendessen im Hotel bzw. Restaurant inklusive Mineralwasser und Kaffee/Tee
- Gemeinsames Kochen mit Frühstück und Abendessen bei einer Familie in Listwjanka
- Rundreise laut Programm inklusive aller Eintritte und Fahrten

Preis:

Mit Weltwoche-Abo: Fr. 3850.– p.P. im DZ
 Für Nichtabonnenten: Fr. 4150.– p.P. im DZ
 Einzelzimmerzuschlag: Fr. 480.–

Anmeldung:

Buchen Sie Ihr Arrangement über Telefon 091 752 35 20 oder per E-Mail an info@mondial-tours.ch

Veranstalter:

Mondial Tours MT SA, Locarno

Detailliertes Reiseprogramm: weltwoche.ch/platinclub

www.weltwoche.ch/platinclub

Mehr Zeit für eine eigene

Meinung.



Der Sonntag beginnt schon am Samstag.

Samstags im Briefkasten. Samstag & Sonntag am Kiosk. Sonntags digitales Update.
Abo unter schweizamwochenende.ch oder Tel. 058 200 55 05.

Huldigungsjournalismus

Von Kurt W. Zimmermann — Es ist schon verblüffend, wie sich der politische Journalismus zur Regenbogenpresse wandelt.

Fällt Ihnen auch auf, wie lange schon Sie nichts mehr über Brigitte Macron gelesen haben? Nichts mehr über dieses «It-Girl» (*Tages-Anzeiger*). Nichts mehr über diese «Stil-Ikone» (*Berner Zeitung*).

Man kann es verstehen. Vor brennenden Barrikaden wirken die früheren Elogen über Madame Macrons neue Long-Bob-Frisur und ihr neues Louis-Vuitton-Kleid etwas deplatziert.

Auch so gehen Brigitte und Emmanuel Macron in die Mediengeschichte ein. Das französische Präsidentenpaar war der bisher extremste Fall eines eskalierenden Medientrends. Wir nennen ihn Huldigungsjournalismus.

Der Huldigungsjournalismus überträgt die zuckrigen Klischees der Regenbogenpresse nahtlos in den politischen Journalismus. Politische Journalisten liefern heute dasselbe hymnische Vokabular, das sonst ihre Kollegen der Yellow Press verwenden. Sie sind nicht mehr distanziert, wie sie es berufshalber müssten, sie sind entzückt.

Frankreichs Präsident Macron war darum ein «Hoffnungsträger» (*Tages-Anzeiger*), ein «Gottgesandter» (*Schweiz am Wochenende*), ein «Turboreformer» (*Blick*) ein «Napoleon für das 21. Jahrhundert» (*NZZ am Sonntag*), eine «Lichtgestalt» (*Berner Zeitung*), eine «Lichtfigur» (SRF), ein «Erlöser» (*Spiegel*), ein «Messias» (*Frankfurter Allgemeine*). Und er hatte «Souplesse» (*Südostschweiz*) und «Eleganz» (*NZZ*).

Die Bürger des eleganten Gottessohns zogen dann gelbe Vestons an und setzten sein Reich in Brand.

Der Huldigungsjournalismus ist ein relativ neues Phänomen. Die publizistische Verklärung von normalen Politikern zu überirdischen Heilsbringern entstand in republikanischen Ländern erst in den letzten zwanzig Jahren. Einzige frühere Vorläufer waren um 1960 die flamboyanten John F. und Jackie Kennedy.

Mit den Kennedys sind wir bei der Systematik des Huldigungsjournalismus. Nicht nur den jeweiligen Präsidenten schreiben die Medien zum Erlöser hoch, auch dessen Gattin wird als Engelswesen bejubelt. Man vergöttert ein Paar.

Für den aufgeklärten Westen ist das neu. Huldigungsjournalismus gab es lange Zeit nur bei glitzernden Diktatorenpaaren ausserhalb der Demokratie, etwa bei Reza Pahlavi und Farah Diba, Ferdinand und Imelda Marcos, Bhumibol und Sirikit oder Juan und Evita Perón.



«Stil-Ikone»: Brigitte und Emanuel Macron.

Dann schwappte der Trend zu uns. Bill und Hillary Clinton wie Tony und Cherie Blair machten es als Erste vor.

Aber sie waren nichts gegen das, was kurz nach ihnen kam. Es kam 2008 das Glamour-Paket Barack und Michelle Obama. Die Journalisten drehten in ihrer doppelten Heiligsprechung fast durch. Michelle Obama wurde, wie später Brigitte Macron, mit ihren Auftritten, ihrer Frisur und Couture stilbildend für das sogenannt emanzipierte Frauenbild. Für ein halbstündiges Referat bekommt sie heute 200 000 Dollar. Bei ihrem Mann ist es das Doppelte. Aber er muss auch doppelt so lang dafür reden.

Die Boulevardisierung des politischen Journalismus ist gnadenlos geworden. Auch beim Obama-Nachfolgepaar zeigt sich das täglich. Jeder Tweet von Donald Trump, jede Facette seiner Frisur wird nun zum Jahrhundertereignis. Und wenn Gattin Melania mal ein spezielles Jackett trägt, ist das von *NZZ* bis *Spiegel* die grossen Kommentare wert, aber nicht in der Modebeilage, sondern im Auslandteil.

Man kann nun einwenden, Donald und seine Melania hätten von den Journalisten auch viel Kritik erfahren. Aber die Besessenheit, mit der die Medien sich auf sie stürzen, belegt eher das Gegenteil.

Auch bei den Trumps erleben wir reinen Huldigungsjournalismus – einfach mit umgekehrten Vorzeichen.

Europa total

Von Henryk M. Broder — Das Schicksal der SPD.

Vor drei Monaten gab die amtierende Justizministerin der deutschen Bundesrepublik bekannt, sie wolle «rechtliche Möglichkeiten ausloten, um den Frauenanteil im Bundestag zu erhöhen», die gegenwärtige Situation sei «beschämend» und «ein fatales Signal für die Gleichstellung von Frauen in unserem Land»; sie kündigte an, «die Frauenfrage» zu einem «zentralen Thema» bei der anstehenden Reform des Wahlrechts zu machen.



Nun ist Katarina Barley selber eine gelernte Juristin, und als solche sollte sie wissen, dass im Wahlgesetz an keiner Stelle gefordert wird, im Bundestag sollten ebenso viele Frauen wie Männer sitzen. Bis jetzt kam auch niemand auf die Idee, «Quoten» für Katholiken, Protestanten, Juden, Muslime und Anthroposophen einzuführen. Auch im Baugewerbe, bei den Lokführern und Piloten sind Frauen unterrepräsentiert, was man ebenfalls als ein fatales Signal für die Gleichstellung von Frauen in unserem Land verstehen könnte.

Nun ist der Plan vom Tisch. Nicht weil Barley seine Fragwürdigkeit erkannt hätte, sondern weil sie befördert wurde – zur Spitzenkandidatin der Sozialdemokraten bei den Wahlen zum Europaparlament im Mai. Bei dieser «Schicksalswahl», so die Vorsitzende der Partei, Andrea Nahles, gehe es auch um das Überleben der SPD, deswegen werde man «alles reinwerfen, was wir an Kraft haben», und «unsere besten Leute nach vorn» stellen.

Auch die Spitzenkandidatin war von dieser Strategie überzeugt. Sie wies darauf hin, dass sie zwei Pässe habe, einen britischen und einen deutschen. Sie sei eine Europäerin, «vom Scheitel bis zur Sohle», den Vater ihrer Kinder habe sie «in Paris beim Erasmus-Studium kennengelernt [...] Mehr Europa geht nicht.»

Angesichts der Tatsache, dass die Werte der SPD derzeit noch schneller fallen als der Kurs der Deutschen Bank, kann man die Verzweiflung der Genossen nachvollziehen. Bei der letzten Europawahl warb die Partei noch mit dem Spruch: «Nur wenn Sie Martin Schulz und die SPD wählen, kann ein Deutscher Präsident der EU-Kommission werden.» Jetzt kehrt die Spitzenkandidatin ihren europäischen Stammbaum heraus. So ändern sich die Zeiten. Nur die SPD bleibt ein hoffnungsloser Fall.



«Doppelrollen der Mitarbeitenden»: Postauto Schweiz.

Einladung zur Manipulation

Das Bundesamt für Verkehr hat jahrelang nicht gemerkt, dass Postauto Schweiz unrechtmässig Subventionen einstrich. Ein brisanter vertraulicher Bericht stellt nun fest, dass die Prüfungsprozesse des Bundes völlig unzureichend waren. *Von Hubert Mooser*

Im Februar 2018 herrschte im Bundesamt für Verkehr (BAV) der Ausnahmezustand. Das Amt hatte bei einer Revision einen riesigen Subventionsskandal bei Postauto Schweiz aufgedeckt. Mit buchhalterischen Tricks hatte das staatseigene Transportunternehmen zwischen 2004 und 2017 insgesamt über 205 Millionen Franken an unrechtmässigen Subventionen erschlichen. Viele Medien feierten daraufhin das BAV und dessen langjährigen Direktor, Peter Füglistaler, als Helden – weil sie diesem Betrug auf die Schliche gekommen waren.

Später kam dann aber die Frage auf, weshalb das BAV nicht schon viel früher den Subventionsbeschluss bemerkte – immerhin hatte Preisüberwacher Stefan Meierhans die Gewinne des Unternehmens schon 2012 hinterfragt. Der *Weltwoche* liegt jetzt der vertrauliche Entwurf des Schlussberichts eines Audits vor, welches die Treuhandgesellschaft BDO beim BAV in den letzten Wochen durchgeführt hat – und das Antworten auf genau diese Frage liefert. Der Bericht wurde von der zuständigen Bundesrätin Doris Leuthard (CVP) und von Finanzminister Ueli Maurer (SVP) in Auftrag gegeben. Das Resultat der Untersuchung ist brisant: Die Zustände im BAV, der Aufsichtsstelle 120 konzessionierter Schweizer Transportunternehmen (KTU), erscheinen wie eine Einladung zur Manipulation.

Konkret heisst es über die Qualität der BAV-Revisionen im Audit: «Die Konzeption des



*Direktor
Füglistaler.*



*Preisüberwacher
Meierhans.*

Prüfprozesses (Aufbau), die Wirksamkeit und Angemessenheit der Prüfungshandlungen und insbesondere die Prüfungstiefe sind unzureichend.» Und weiter: «Bei der Rechnungsgenehmigung handelt es sich nicht um eine Prüfung im eigentlichen Sinne, sondern bestenfalls um ein Controlling.» Aus Sicht der Prüfer nehme das Transportunternehmen die rechnungsgenehmigende Instanz BAV primär unterstützend und beratend wahr. Und eben nicht kontrollierend.

Verstoss gegen Gesetz?

Die BDO-Auditoren bestätigen in ihrem Bericht auch eine gewisse Blauäugigkeit des BAV beim Prüfen der jeweiligen Jahresrechnungen. «Das heutige Prüfkonzept des BAV geht von der Annahme aus, dass die durch die KTU zur Verfügung gestellten Daten und Informationen im Grundsatz korrekt sind.» Und: «Entsprechend gestaltet sich die subventionsrechtliche Prüfung in ihren Grund-

zügen als ein Abgleich der erhaltenen Jahresrechnung mit dem Budget der KTU.»

Die Experten der Treuhandgesellschaft bezweifeln, dass mit diesem Rechnungsabgleich die gesetzlichen Vorgaben von Artikel 37 des Personenbeförderungsgesetzes erfüllt sind. Der Prüfungsauftrag sei umfassender zu verstehen, heisst es dazu in ihrem Bericht. Dem Gesetz entsprechend, habe das Amt zu prüfen, ob die Jahresrechnung der KTU mit den gesetzlichen Vorschriften und den darauf basierenden Vereinbarungen über Beiträge und Darlehen der öffentlichen Hand übereinstimme. «Mit dem aktuellen Prüfkonzept kann das BAV diesen Auftrag nicht vollumfänglich erfüllen», heisst es im Bericht.

Prüfer waren nicht unabhängig

Mehr noch: Die BAV-Revisionen waren nicht unabhängig. Laut Audit-Bericht wurde damit eine Grundvoraussetzung jeder korrekten Prüfung verletzt. Diese Unabhängigkeit sei «aufgrund der Doppelrollen der Mitarbeitenden, einerseits als Besteller der Leistungen bei den Transportunternehmen für das BAV, andererseits als Prüfer und Genehmiger der Jahresrechnung, nicht gewährleistet». Mit anderen Worten: Die gleichen Personen, welche bei Postauto und anderen Transportunternehmen die Leistungen für den Regionalverkehr bestellten und die entsprechenden Subventionen sprachen, kontrollierten als Revisoren, ob die Höhe der von ihnen gesprochenen Gelder auch korrekt war.

Die BAV-Revisoren hätten zudem ausschliesslich den subventionierten Bereich eines Transportunternehmens geprüft. «Die übrigen nicht konzessionierten Geschäftsbereiche wurden in die Prüfung nicht integriert», schreiben die Auditoren. «Somit können allfällige Fehlallokationen von Kosten oder Erträgen, welche sich bekanntlich auf den Abgeltungsbetrag auswirken können, nicht oder zufälligerweise festgestellt werden.» Wie man heute weiss, machte sich Postauto Schweiz AG genau diese Lücke zunutze, indem sie die Gewinne rentabler Postautolinien durch buchhalterische Tricks in nicht subventionierten, also in nicht kontrollierten Sparten des Unternehmens anfallen liess.

Es fehlte an Fachwissen

Die BDO-Experten bemängeln zum Schluss auch fehlendes Fachwissen und Personal. Mit den eingesetzten Ressourcen im Umfang von lediglich 500 Arbeitsstunden pro Jahr, den mangelnden Fach- und Methodenkompetenzen und dem ungenügenden Know-how der involvierten Mitarbeiter könne keine «dem Prüfauftrag entsprechende Prüfung der 120 Transportunternehmen im erforderlichen Ausmass abgewickelt werden». Bei den Personen, welche die Rechnungen genehmigten, insbesondere denjenigen mit Fachverantwortung, fehle «spezifisches Prüfer-Know-how», so die Kritik im Audit.

Im Bericht schlagen die BDO-Experten eine Reihe von kurzfristig umsetzbaren Massnahmen vor: zum Beispiel die Neukonzeption des Prüfkonzeptes mit verbindlichen Vorgaben zu Umfang, Tiefe und Zielen der Revision. Weiter wird die Sicherstellung der vollständigen Unabhängigkeit der rechnungsgenehmigenden Personen empfohlen sowie der Beizug externer Spezialisten, um die vertiefte Prüfung bei Transportunternehmen vorzunehmen. Notwendig seien auch die Anpassung des Anforderungsprofils und der Stellenbeschreibung für die Rechnungsprüfer und eine personelle Verstärkung des Teams. Einige dieser Punkte hat das BAV schon vorweggenommen, wie man auf der Website nachlesen kann.

Finanziell ist der Postauto-Skandal seit letztem September aufgearbeitet. Postauto zahlte die seit 2004 erschlichenen Subventionen an Bund, Kantone und Gemeinden zurück. Die Strafuntersuchung durch das Bundesamt für Polizei (Fedpol) von Bundesrätin Simonetta Sommaruga (SP) ist aber noch im Gange. «Wie dies bei Wirtschaftsdelikten oftmals der Fall ist», so die SP-Bundesrätin Anfang Dezember im Nationalrat, «sind die Ermittlungen im Fall Postauto aufgrund der sehr grossen Menge an auszuwertenden Daten sehr aufwendig.» Fedpol rechne mit einem Zeitrahmen von Monaten, könne jedoch kein Datum zum Abschluss des Strafverfahrens nennen. ○

Schweiz

Berner Fortepiano

Justizministerin Simonetta Sommaruga und die Bundesanwaltschaft wollen Usbekistan 800 Millionen Dollar überweisen. Die hiesigen Gläubiger gehen leer aus.

In einem der weltweit grössten Fälle von staatlich organisierter Kriminalität und Geldwäsche hat Bundesstaatsanwalt Patrick Lamon einen Entscheid gefällt, der auf Protokollen beruht, die mit grosser Wahrscheinlichkeit unter Anwendung von psychischem und physischem Zwang zustande gekommen sind. Der Präsident des Obersten Gerichtshofs von Usbekistan hat jedenfalls noch 2018 freimütig eingeräumt, dass die Folter Teil der dortigen Strafverfolgung sei. Die Uno-Antifolterkonvention von 1984 verbietet allerdings auch der Schweiz, Aussagen in Strafverfahren zu berücksichtigen, die unter Anwendung von Folter zustande gekommen sind.

Bundesstaatsanwalt Lamon hatte 2014 bei Genfer Banken insgesamt 800 Millionen Dollar beschlagnahmt. Es ging um Bestechungsgelder, welche die Tochter des früheren Präsidenten von Usbekistan, Gulnara Karimowa, für die Erteilung von Mobilfunklizenzen von westlichen Telekomaniern entgegengenommen hatte. Gemäss einer Meldung der staatlichen Nachrichtenagentur von Usbekistan vom Mai 2018 sollen nach dem Willen des Schweizer Bundesrates die 800 Millionen an die usbekische Regierung überwiesen werden.

Anspruch der Konkursmasse

Doch auf diesen Betrag erheben auch Gläubiger einer hiesigen Konkursitin Anspruch, welche zwischen 2002 bis zur Konkurseröffnung im Herbst 2010 den gesamten Erdgasaussenhandel für Usbekistan abgewickelt hat. Es geht um Forderungen in der Höhe von etwa 800 Millionen Franken, hat doch die Zeromax für die Republik Usbekistan einen gigantischen Staatspalast, Innenausstattungen für Privatheime der damaligen Präsidentenfamilie, Pipelineanlagen und technische Ausrüstungen geliefert.

Die Zeromax gehörte laut Bundesamt für Polizei (Fedpol) wirtschaftlich der Präsidententochter und führte zwischen 2014 und 2017 Verhandlungen mit der Bundesanwaltschaft über eine Rückzahlung der in Genf beschlagnahmten Gelder. Im Herbst 2017 entschied sich Bundesstaatsanwalt Lamon nach dreijähriger Verhandlung ohne jegliche Vorwarnung zum Verhandlungsabbruch. Wie aus heiterem

Himmel verneinte er aufgrund besagter Protokolle die Eigentümerschaft der früheren Präsidententochter an Zeromax. Den Aussagen von in Usbekistan langjährig eingekerkerten Personen mass er grösseres Gewicht bei als dem bestens dokumentierten Bericht des Fedpol. Die usbekische Generalstaatsanwaltschaft habe diese Dokumente in das Strafverfahren gegen Karimowa klammheimlich eingeführt, so ein mit dem Dossier bestens vertrauter Beobachter. Der Zeromax-Vertreter konnte jene Protokolle nie einsehen oder dazu Stellung nehmen; der Zeromax war der Gang ans Bundesgericht damals gesetzlich verwehrt.



Politiker-Tochter Karimowa.

Bundesstaatsanwalt Lamon hat – auch für juristische Laien ohne weiteres ersichtlich – die strafprozessualen Parteirechte missachtet. Beaufsichtigt wurde er von Olivier Thormann,

dem Avancen gegenüber einem Juristen eines grossen Weltsportverbandes zum Verhängnis wurden. Personen aus dem engsten Umfeld von Karimowa haben dem Bundesanwalt kürzlich Aussagen und brisante Dokumente zu deren wirtschaftlichen Eigentümerschaft an Zeromax angeboten. Zu mehr als einer mageren Eingangsbestätigung hat es bisher nicht gereicht, so die potenziellen Kronzeugen.

Es bleibt die Frage, wer letztlich den Bundesrat beaufsichtigt, um die von ihm im Frühjahr beschlossene Rückführung der in Genf beschlagnahmten 800 Millionen Dollar zu verhindern. Justizministerin Simonetta Sommaruga (SP) liess hierfür ihr Departement mit dem heutigen Staatspräsidenten der Republik Usbekistan verhandeln, noch bevor es in der Schweiz rechtsgültige Strafbescheide gab. Das Gewaltenteilungsprinzip wurde mit ihrem mehr als schrillen Fortepiano versenkt.

Derselbe Staatspräsident war übrigens seit 2003 die Nummer zwei in Usbekistan und leitete pikanterweise den Bau des Staatspalastes. Er führte im Sommer 2010 die Anordnungen des damaligen Staatspräsidenten Islam Karimow aus, die zum Konkurs der Zeromax im Kanton Zug führten. Heute lässt er sich international als grosser Reformier feiern. Höchste Zeit, dass die neue Bundesrätin Karin Keller-Sutter übernimmt.

Christoph Mörgeli

Steinewerfer im Glashaus

Der Bundesrat spricht einen Rahmenkredit von 128 Millionen Franken für drei internationale Stiftungen aus Genf. Dabei ist über Sinn und Zweck der teuersten Organisation ein Streit entbrannt – sogar intern. *Von Roman Zeller*



Zahnlos statt einzigartig: «Maison de la Paix» in Genf.

Am 7. Dezember 2018 entschied der Bundesrat, dass er drei internationale Organisationen in Genf mit einem Rahmenkredit in der Höhe von 128 Millionen Franken für die Jahre 2020 bis 2023 unterstützt. Das Parlament wird 2019 darüber befinden. Finanziert werden das Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik (GCSP), jenes für humanitäre Minenräumung (GICHD) sowie dasjenige für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte (DCAF). Alle sind internationale Stiftungen nach Schweizer Privatrecht. Die Stiftungen logieren im spektakulären Glashaus «Maison de la Paix», errichtet für rund 200 Millionen Franken. Aufgabe der drei Zentren ist es, den Rahmen für Friedenssicherung, Armutsreduktion und eine langfristig friedliche Entwicklung zu schaffen.

Massgeschneiderte Hilfe

Die jährlichen Bundesaussgaben für die drei Stiftungen beliefen sich in den letzten drei Jahren auf über dreissig Millionen Franken. So steht es im Finanzbericht des Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA). Die teuerste der drei Organisationen ist das DCAF. Für nächstes Jahr seien 11,29 Millionen Franken budgetiert, sagt Noémie Charton vom EDA. Zudem könnten projektabhängige, variable Beiträge vom EDA und vom VBS hinzukommen, wie der Direktor des DCAF, Thomas Gürber, mitteilt.

Somit komme die Organisation auf ein Jahresbudget von rund dreissig Millionen Franken, das von 62 Mitgliederstaaten getragen werde. Burkina Faso und der Libanon sind ebenso Mitglied wie die USA und die Schweiz. Die Eidgenossenschaft sei mit grob fünfzig Prozent des Gesamtbudgets die gewichtigste Geldgeberin, sagt Direktor Gürber.

Jährlich zahlt der Bund also rund fünfzehn Millionen Franken an das DCAF. Das soll nun weiterhin bis ins Jahr 2023 gelten. Widerstand hingegen fackert von ehemaligen und gegenwärtigen Mitarbeitern auf, darunter ein hochrangiger Interner. Sie wenden sich an die Medien und klagen über die Ausrichtung und das Wirtschaften des DCAF. Ihr Vorwurf lautet, dass sich unter Direktor Gürber eine zahnlose internationale «Überflieger-Organisation» mit Konferenzen und Vorträgen statt notwendiger Interventionen gebildet habe. Das entspreche nicht dem einstigen Gründungszweck des DCAF und somit nicht den Interessen der Schweiz. Wofür aber sprach die Schweiz damals die Millionen?

Aus der Botschaft des Bundesrats vom November 2014 geht hervor, dass das DCAF im Jahr 2000 für die «internationale Zusammenarbeit und Konfliktprävention, zur Stärkung und Umsetzung des humanitären Völkerrechts sowie als Schweizer Beitrag zur Partnerschaft für den Frieden (PfP)» gegründet wurde. Botschaf-

ter Theodor Winkler, erster DCAF-Direktor, nennt Bundesrat Adolf Ogi als treibende Kraft neben ihm bei der Stiftungsgründung.

Winkler war es damals wichtig, dass das Hauptaugenmerk auf den politisch relevanten Themen liege und die Stabilität und Sicherheit in Krisengebieten gefördert und junge Demokratien gestärkt wurden. Es ging ihm darum, die weltweiten Krisenherde direkt zu adressieren und die öffentliche Ordnung vor Ort wiederherzustellen. In den Statuten steht, dass die internationale Zusammenarbeit der «zivilmilitärischen Beziehungen» gefördert und die «demokratische Kontrolle der Streitkräfte» sowie der «paramilitärischen Kräfte» gestärkt werden sollte. Das heisst, dass die drei Ebenen Regierung, Sicherheitskräfte und Zivilgesellschaft in ein demokratisches und rechtsstaatliches System überführt werden und damit der Sicherheitsapparat strikten Kontrollen unterworfen wird.

Dafür seien Experten vor Ort eingesetzt worden, die «kontextspezifische und massgeschneiderte» Hilfeleistungen gewährt hätten,



Kritiker aus den eigenen Reihen: Gürber.

so Winkler. Als Anstoss diente der Balkan nach der Ära Milosevic. Korrupte Untergrundorganisationen und militärische «Staaten im Staate» sollten aufgelöst werden. Ein demokratischer Sicherheitsapparat sei unerlässlich für einen funktionstüchtigen Staat. Die Schweiz als neutraler, unparteiischer und diskreter Akteur sei für die Vorbildrolle prädestiniert, sagte Winkler. Er verfolgte diesen Zweck während seiner gesamten Amtszeit bis im Juni 2016, als er pensioniert wurde.

«Lediglich ein paar Formulierungen»

Ab Juli 2016 übernahm Thomas Gürber, ehemaliger EDA-Mitarbeiter, die Direktion des DCAF. Von 2007 bis 2013 hatte er auf der Schweizer Mission bei der Uno in New York gearbeitet. Bei seinem Amtsantritt beim DCAF erlangte er

den Botschaftertitel. Gürber blähe die Administration auf, wodurch die Stiftung defizitär geworden sei, heisst es jetzt aus Insiderkreisen. Das sei unter der Regie Winklers nie der Fall gewesen. In einer internen Mail an die Direktionsmitglieder, die der *Weltwoche* vorliegt, spricht die Ressourcenchefin, Sophie Pagnetti-Takorian, von nötigen Kosteneinsparungen in der Höhe von rund 1,2 Millionen Franken für 2019. Sonst könnten die zusätzlichen Ausgaben für die Personalabteilungen nicht getragen werden.

Das Kernproblem sei jedoch die Abkehr vom ursprünglichen Zweck. Im DCAF-Leistungsbericht des Jahres 2017 sind die Schlüsseltätigkeiten aufgelistet. Erwähnt werden zwar Dienstleistungen im Zusammenhang mit Sicherheitskräften. Konkret geht es aber um «effektives Training», «regulatorische Rahmenwerke», «Überwachung der Sicherheits-

Korrumpierte Organisationen und militärische «Staaten im Staate» sollten aufgelöst werden.

kräfte» oder «Voraussetzungen für Geschlechtergleichheit». Ein DCAF, das «hart am Wind» segelt, wie es Winkler nannte, sei das nicht, meint der hochrangige Mitarbeiter, der anonym bleiben möchte. Der sicherheitspolitische Zweck gehe verloren. Gürber selbst sieht das DCAF nach wie vor «praxisrelevant».

Die internen Kritiker widersprechen. Infolge der veränderten Stossrichtung seien die Statuten am 28. November 2018 angepasst worden, erklärt das anonyme Direktionsmitglied. Im Stiftungsratsprotokoll steht, dass der volle Name des DCAF geändert wurde. Zwar bleibe die Marke «DCAF» bestehen, neu heisse es aber «Genfer Zentrum für die Verwaltung des Sicherheitssektors» und nicht mehr «Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte». Im Gleichschritt wurde der Zweckartikel überholt: Künftig soll das DCAF der «Regierungsführung und Reform des Sicherheitssektors» statt der «demokratischen Kontrolle der militärischen und paramilitärischen Streitkräfte» verschrieben sein. Gürber meint diesbezüglich, dass «lediglich ein paar Formulierungen» dem Sprachgebrauch angepasst wurden. Der Zweck sei nicht angetastet worden.

Der erwähnte Mitarbeiter verdeutlicht im Gespräch mit der *Weltwoche*: «Wir sind unter Gürber weg von den Verteidigungs- und Sicherheitskräften und hin zu einer Soft-Form gedriftet.» Neben der Uno existiere ein Haufen solcher internationaler Organisationen – das alte DCAF hingegen sei einzigartig gewesen. Ob die Schweiz ein Interesse an einer internationalen Stiftung habe, die zahnlos werde, bezweifelt die Quelle. Gleichwohl beschloss der Bundesrat die Fortführung des Rahmenkredits, trotz Defizit und Zweckänderung – der Ball liegt nun beim Parlament. ○

Gegenrede

Freiheitliches Solothurn

Es ist kein Ruhmesblatt, am Tropf des Bundes zu hängen. Da gebe ich dem schreibgewaltigen Christoph Mörgeli recht. Dennoch hat der Historiker die Solothurner Seele missverstanden. Von Stefan Nünlist

In einigen Punkten, die der Autor in seinem Beitrag «Kolchose Solothurn» (*Weltwoche* Nr. 49/18) anführt, mag ein Körnchen Wahrheit stecken. Aber ob wir gerade in einer Kolchose leben? Als «munterer» Präsident der Solothurner Liberalen (Zitat Mörgeli) wage ich die Gegenrede.

Die Solothurnerinnen und Solothurner sind ein loyales, freiheitsliebendes Volk. Während Jahrhunderten unterstützten sie den Kampf der alten Eidgenossen gegen fremde Herrscher, kämpften im Bauernkrieg gegen den Stadtadel, brachen 1830 unter Führung des späteren freisinnigen Oltner Bundesrates Josef Munzinger die Herrschaft der Patrizier und wiesen im Kulturkampf den Bischof polizeilich aus seiner Wohnung. Solothurner sind nicht nachtragend. Sie sind versöhnlich und gesprächsbereit. Mehrten die Berner nach erfolgreicher Schlacht ihr Territorium, begnügte sich Solothurn mit den Fahnen. Patrizier und Bischof wurden zwar verjagt, aber nicht für lange. Heute residieren sogar zwei Bischöfe in Solothurn: ein Klerikaler für das Kirchvolk, ein Weltlicher vertritt die Interessen des katholischen Patriziats im Ständerat. Selbst die Schmach einer Abwahl ist nur vorübergehend. Auch abgewählte Regierungs- oder Nationalräte dürfen vor dem Volk auf Gnade und neue Ämter offen. Solothurn ist ein Brückenkanton – geografisch, kulturell und eben auch menschlich.

Lösungsorientiert und attraktiv

Dies erklärt, warum FDP-Nationalrat Kurt Fluri nach Lösungen bei der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative gesucht hat. Oder dass es für uns Solothurner selbstverständlich ist, unseren Beitrag ans Erfolgsmodell Schweiz zu leisten. Kein anderer Kanton trägt mehr Last an Infrastrukturen in unserem Land. In Gösgen allein werden über 15 Prozent des Schweizer Stroms produziert, in Oensingen über hundert Tonnen Fleisch im Tag verarbeitet. Der Nord-Süd- und der West-Ost-Transit auf Strasse und Schiene, die unseren Kanton durchqueren, bescheren viel Verkehr, Logistikbetriebe, Arbeitsplätze in Werkstätten und auf Zügen, aber halt wenig Steuereinnahmen.

Solothurn hat seit 1980 viele Unternehmen und Unternehmenssitze verloren. So etwa die Kantonalbank, Regionalbanken und diverse Industriebetriebe. Die fehlenden Einnahmen der juristischen Personen sind denn auch die grosse Herausforderung für den Kanton. Sein



Hartes Pflaster: FDP-Politiker Stefan Nünlist.

Ressourcenpotenzial besteht zu 80 Prozent aus Einkommen und Vermögen natürlicher Personen und nur zu 20 Prozent aus den Gewinnen juristischer Personen. Dabei liegt der Schweizer Schnitt für juristische Personen bei 38 Prozent. Der Solothurner Regierung ist zuzugutehalten, dass sie – und hoffentlich auch eine bürgerliche Mehrheit – diese Situation verändern will. Mit der Steuervorlage 17 wird ein mutiger Ansatz gewählt, Solothurn für Unternehmen attraktiver zu machen.

Die Ausgangslage dazu ist intakt. In den letzten paar Jahren haben Unternehmen ihre Präsenz im Kanton aus- oder neu aufgebaut. Solothurn ist ein attraktiver Kanton mit Potenzial, wunderbaren Juralandschaften, kultureller Vielfalt, Verkehrsgunst, herausragenden Bildungsstätten und kurzen Wegen. Die Regierung geht mit dem Geld haushälterisch um: Pro Einwohner werden gerade mal 11 925 Franken ausgegeben, ein Viertel weniger als etwa im Kanton Zürich.

Und wir haben Bürgerinnen und Bürger, die Freiheit, Fortschritt und Gemeinsinn verpflichtet sind. Der politische Kampf im Solothurnischen wird heute noch vorwiegend zwischen Freisinn, Sozialdemokratie und der lavierenden CVP geführt. Der Freisinn versteht sich als Bewegung aller liberal gesinnten Frauen und Männer, die Verantwortung übernehmen. Die FDP stellt über 50 Prozent der Gemeindepräsidien und ist mit 28 von 100 Kantonsratssitzen die stärkste politische Kraft. Mit Ideologie, Beraterrhetorik und Klamauk gewinnt man in Solothurn keinen Blumentopf. Für neuere Parteien bedeutet dies ein hartes Pflaster.

Stefan Nünlist ist Kantonalpräsident der Solothurner FDP.

Sommarugas Flugflüchtlinge

Justizvorsteherin Simonetta Sommaruga lässt jedes Jahr bis zu tausend weitere «Neuansiedler»-Flüchtlinge aus Krisengebieten in die Schweiz einfliegen. Sie seien bereit für die Integration, beteuert der Bundesrat. Wirklich? *Von Philipp Gut*

Es ist ein dickes Kuckucksei, das Justizministerin Simonetta Sommaruga (SP) kurz vor ihrem am Montag angekündigten Departementswechsel ihrer Nachfolgerin Karin Keller-Sutter (FDP) hinterlässt. Als eine ihrer letzten Amtshandlungen als Asylministerin will Sommaruga regelmässig eine grössere Zahl von Flüchtlingen direkt aus Krisengebieten in die Schweiz einfliegen lassen. Bis zu tausend pro Jahr dürfen es sein. Der Bundesrat – noch in seiner alten Zusammensetzung – stimmte Sommarugas Antrag am 30. November zu. Er wolle «für die kommenden Jahre am Grundsatz der Aufnahme von Flüchtlingen im Rahmen von Neuansiedlungen festhalten», teilte er mit.

Die Schweiz setzt damit eine Politik fort, mit der sie 2013 zunächst mit einem Pilotprojekt begonnen hat. Seither sind über 3000 Flüchtlinge auf diesem Weg in die Schweiz geholt worden. «Neuansiedlung» ist die deutsche Übersetzung für das englische *resettlement*. Das Wort macht in wünschenswerter Deutlichkeit klar, worum es geht: um eine gross angelegte Umsiedlungspolitik im internationalen Massstab. Organisiert wird sie vom Uno-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR). Die Schweiz wolle sich weiterhin an den Neuansiedlungsprogrammen beteiligen, betont der Bundesrat. «In den letzten Monaten ist die Zahl der in der Schweiz und in Europa gestellten Asylgesuche deutlich zurückgegangen», schreibt die Schweizer Regierung. «Die Schwierigkeiten in den verschiedenen Herkunftsregionen der Flüchtlinge und Migranten bleiben jedoch bestehen, und die humanitäre Situation ist vor allem in Syrien und dessen Nachbarländern nach wie vor dramatisch.» Für «besonders schutzbedürftige Personen», die weder in ihrem derzeitigen Aufnahmeland bleiben noch in ihre Heimat zurückkehren könnten, sei «eine Neuansiedlung die einzige dauerhafte Lösung». Mit anderen Worten: Weil die Asylzahlen in der Schweiz rückläufig sind, lässt der Bundesrat Flüchtlinge jetzt vermehrt direkt per Flugzeug herholen.

«Begleitung durch einen Coach»

Damit sie ins Umsiedlungsprogramm aufgenommen würden, müssten die Anwärter eine Reihe von Bedingungen punkto Sicherheit und Integration erfüllen, betonen die Verantwortlichen. Auch nach der Umsiedlung in die Schweiz würden die Flüchtlinge eng betreut. Erste Erfahrungen, die eine Bewertung des Erfolgs die-



«Einzige dauerhafte Lösung»: Bundesrätin Sommaruga.

ser Massnahmen ermöglichen, liegen vor. Eine Evaluation des Pilotprojekts von 2013 zeige, «dass eine frühzeitige und nachhaltige Betreuung, insbesondere die Begleitung durch einen Coach, die Integration der in die Schweiz ankommenden Personen deutlich verbessert».

Den Optimismus der Verantwortlichen in Ehren – aber wie steht es wirklich um den Integrationserfolg dieser Flüchtlinge? Welche Kosten verursachen sie? Darüber erfährt man in der Medienmitteilung des federführenden Staatssekretariats für Migration (SEM) nichts.

Bohrt man etwas tiefer, kommen Zahlen und Fakten zutage, die ein weniger helles Bild ergeben. Gemäss «Zwischenbericht Pilotprojekt Resettlement» vom Dezember 2016 waren 10 Prozent der aus Syrien eingeflogenen Flüchtlinge im erwerbsfähigen Alter komplette Analphabeten in ihrer Herkunftssprache, ein Drittel von ihnen kannte das lateinische Alphabet nicht. Nur ein Viertel kann ein bisschen Englisch auf Basisniveau. Die Arbeitsmarkterfahrung und die Berufspraxis insbesondere der Frauen werden vom SEM als gering eingestuft: Nur 44 Prozent der Frauen haben gearbeitet, und von dieser Gruppe die meisten (55 Prozent) weniger als fünf Jahre. Zudem sei zu beachten, so das SEM, «dass die Zuordnung der im Herkunftsland ausgeübten Tätigkeit zu einem Berufssektor nach schweizerischer Nomenklatur häufig schwierig ist».

Und die Gesundheit?

Auch der physische und der psychische Gesundheitszustand der Neuansiedler steht einer gelungenen Integration im Weg. 41 Prozent der 500 am Pilotprojekt Beteiligten wiesen eine «unbefriedigende» Gesundheit auf. Bei Personen im erwerbsfähigen Alter (16 bis 59 Jahre) sind es sogar über die Hälfte (53 Prozent). Von den Flüchtlingen mit psychischen Beeinträchtigungen leiden 71 Prozent an einer «vermuteten Traumatisierung».

Angesichts dieser Tatsachen fragte die *Weltwoche* beim Staatssekretariat für Migration nach, wie es die Eignung dieser Flüchtlinge zur Integration prüfen und garantieren wolle. «Tatsächlich wird nicht die Integrationsfähigkeit geprüft, sondern der Integrationswille», so die Antwort des SEM. In den Befragungen werde die Einstellung zu den Werten der Bundesverfassung getestet. Konkret würden «den Flüchtlingen vor Ort anhand von Alltagssituationen Fragen betreffend die Schulpflicht (Teilnahme am Schwimmunterricht) oder die Gleichstellung von Frau und Mann zur Diskussion gestellt». Es gehe also darum, zu eruiieren, «ob die Person bereit ist, sich den Schweizer Werten und Normen anzupassen, und nicht darum, wie ihr Alphabetisierungsgrad oder ihr Bildungsabschluss ist».

Nur fragt man sich: Was soll eine arabische oder afrikanische Frau, die keine Ausbildung und keinen Job hat und vielleicht nicht einmal lesen und schreiben kann, auf die Frage ant-

worten, wie sie zu den Werten der schweizerischen Bundesverfassung stehe und was sie über die Gleichstellung von Mann und Frau denke? Wie soll der junge Mann, der möglicherweise im Krieg war und seit Jahren an brutale Gewalt gewöhnt ist, angemessen auf «Alltagssituationen» in der Schweiz reagieren? Überhaupt: Wie soll die Integration dieser

«Tatsächlich wird nicht die Integrationsfähigkeit geprüft, sondern der Integrationswille.»

Menschen gelingen, wenn es erklärtermassen nicht um ihren Alphabetisierungsgrad und Bildungsabschluss geht («Integrationsfähigkeit»), sondern lediglich um eine Absichtserklärung («Integrationswille»)?

Stellt man auf den Tatbeweis statt auf rhetorische Bekenntnisse ab, bleibt das Interesse der Flüchtlinge an den von der Schweiz bereitgestellten Programmen gering. Zwar hätten die Rückmeldungen aus den Kantonen gezeigt, dass ein Grossteil der Flüchtlinge eine hohe Motivation zur beruflichen Integration mitbringe, heisst es im «Zwischenbericht Pilotprojekt Resettlement». Doch insgesamt hätten «jedoch lediglich 2,6 Prozent der Betroffenen im bisherigen Verlauf des Projekts eine Bildungsmassnahme und 9,7 Prozent eine berufliche Massnahme» absolviert.

Hoch bleiben dagegen die Kosten. In der Fragestunde des Nationalrats vom Montag dieser Woche wollte Manfred Bühler (SVP) erfahren, wie viel die Schweiz für die Integration der bisher eingereisten Neuansiedlungsflüchtlinge ausgegeben habe. Die Antwort des Bundesrats: «ungefähr 50 Millionen Franken». Auf die Frage, die den eigentlichen Lackmestest einer gelungenen Integration dar-

stellt, nämlich: wie viele dieser Flüchtlinge arbeiteten und wie viele von der Sozialhilfe abhängig seien, konnte der Bundesrat keine Antwort geben. Das Staatssekretariat für Migration weise diese Zahlen nicht extra aus.

Über 100 Millionen Franken

Das erstaunt. Der Bund verteilt demnach das viele Geld, ohne sich ernsthaft dafür zu interessieren, ob die Massnahmen auch tatsächlich etwas nützen. Geht man von der realistischen Annahme aus, dass die Mehrzahl der Betroffenen von der Sozialhilfe lebt, erhöhen sich die Kosten, welche die Steuerzahler für die Neuanesiedelten aufbringen, rasch um weitere Dutzende von Millionen. Die Rechnung ist schnell gemacht: Gibt der Bund für 3100 Flüchtlinge je 1500 Franken Sozialhilfepauschale pro Monat aus, ergibt das im Jahr einen Betrag von 55,8 Millionen Franken. Zusammengerechnet (Integrations- plus Sozialhilfepauschale) kommt man so auf einen Betrag von über 100 Millionen. Nimmt man an, dass 20 Prozent der Flüchtlinge einer Arbeit nachgehen, sind es immer noch fast 95 Millionen.

Die Kosten für den Bund dürften in Zukunft weiter steigen – und zwar nicht nur deshalb, weil der Bundesrat jedes Jahr weitere Uno-Flüchtlinge einfliegen lassen will. Bisher vergütete Bern den Kantonen die Sozialpauschale von 1500 Franken während fünf Jahren. Ab März 2019 wird er diese Pauschale während sieben Jahren ausrichten. Zudem zahlt der Bund «zur Umsetzung der Integrationsagenda» den Kantonen für jeden Flüchtling aus dem Umsiedlungsprogramm eine einmalige Pauschale von 18 000 Franken. Werden jährlich 1000 Personen in die Schweiz geholt, macht dies weitere 18 Millionen Franken. Später müssen dann Kantone und Gemeinden für die Flüchtlinge aufkommen. ○

FOKUSKMU
Die Sendung für Wirtschaft & Gesellschaft

Johann Wanner – ein Leben für Weihnachten

noch bis Sonntag, 16. Dezember 2018,
täglich um 17.35 Uhr auf

TELE BÄRN **TELE M** **TELE ZÜRICH**

und ab Montag, 17. Dezember 2018,
täglich um 17.25 Uhr auf

TELE Z

und unter:
www.fokus-kmu.tv

Esoterische Kettenreaktion

Halsketten mit natürlich strahlenden Steinchen aus China versetzten das Bundesamt für Gesundheit in Aufruhr. Der Strahlenspezialist der Armee gibt Entwarnung: Die Beamten in Bern haben sich um den Faktor 10 000 verrechnet. *Von Alex Baur und Paolo Dutto (Bild)*



Strahlenalarm: Therapeutin Horny-Kilcher (l.), Beraterin Wiederkehr.

Die Geschichte nimmt ihren Lauf Ende Januar 2018 im Flughafen von Frankfurt: Zöllner messen bei einer Sendung aus China eine erhöhte Radioaktivität. Der Strahlenschutz wird eingeschaltet. Fachexperte Dr. Werner Reulein gibt mit Schreiben vom 7. Februar 2018 Entwarnung: «Der Stoff gilt rechtlich nicht als radioaktiv im Sinne des §2 Atomgesetz.» Der Absender Alibaba – noch vor Amazon der weltweit grösste Online-Versandhändler – hatte den Inhalt des Paketes korrekt deklariert. Es handelte sich um 25 Kilo Gesteinspulver. «Der Inhalt Ihres Paketes enthält natürlich radioaktive Stoffe», schreibt Reulein der Empfängerin in der Schweiz, sie könne die Sendung abholen.

Bei der Empfängerin handelt es sich um Lilo Horny-Kilcher. Die freischaffende Therapeutin stellt unter anderem Schmuck her, dem in esoterischen Kreisen eine heilende Wirkung zugesprochen wird. Seit Jahren experimentiert sie unter anderem mit dem sogenannten «Negativ-Ionen-Gesteinspulver» aus China, welches sie zusammen mit anderen Stoffen in Halsketten einarbeitet. Zahlreiche Kundinnen schwören auf diese Ketten, die sie von lästigen Leiden aller Art – von Kopfschmerzen und Verspannungen bis zur Schlaflosigkeit – befreit haben. Die 25-Kilo-Ladung aus China hat die Schweizerin an eine Lieferadresse in Deutschland bestellt, weil Alibaba nicht in die Schweiz

liefert. Wie schon eine frühere Sendung wollte sie das Pulver an der Schweizer Grenze korrekt verzollen. Doch so weit kam es nicht.

Der Strahlenalarm beunruhigte Horny-Kilcher zuerst selber. Also kontaktierte sie das Bundesamt für Gesundheit (BAG) in Bern, wo sich der Strahlenspezialist Thomas Flury bereits der Sache angenommen hatte. Die deutschen Behörden hatten ihn informiert. Horny-Kilcher holte eine Probe des Steinpulvers aus Deutschland und übergab diese Flury, der mit einem Geigerzähler erschienen war, auf einer Autobahnraststätte.

Flury verlangte von ihr auch eine Liste von Kundinnen, die bereits früher mit den Heils-

ketten beliefert worden waren. Horny-Kilcher rückte die Daten sofort heraus. Wenn man die Leute warnen musste, wollte sie kooperieren. Sie konnte sich damals noch nicht vorstellen, welche Kettenreaktion das Pülverchen aus China in den Ämtern auslösen würde.

In Koordination mit der Schweiz beschlagnahmte die deutsche Polizei das Gesteinspulver. Horny-Kilcher hätte den Stoff freiwillig herausgerückt. Da man sie aber nicht fragte, schlugen die Beamten vorerst an der falschen Adresse zu. Doch damit war die Sache nicht erledigt. In Deutschland drohen nun ein Strafverfahren und Entsorgungskosten in fünfstelliger Höhe. Erst recht kompliziert wurde es in der Schweiz. Das BAG wollte auch die 25 Kilo Gesteinspulver beschlagnahmen, die Horny-Kilcher früher schon ganz offiziell und legal bestellt und zum Teil bereits in Ketten verarbeitet hatte.

Atom-Zwischenlager in Ikea-Taschen

Am 13. März warnte Flury vom BAG Horny-Kilcher per Mail vor einer «nicht zu unterschätzenden Gefahr für Mensch und Umwelt», ein Abtransport der Steinchen aus China sei nur «als Gefahrgut» zu verantworten. Als der BAG-Beamte endlich bei ihr erschien, um den ach so gefährlichen Stoff abzuholen, hatte er aber nur eine kleine Metallkiste dabei, in dem bloss ein Viertel des Gesteinsmehls Platz hatte. Der Beamte liess das vermeintliche «Gefahrgut» kurzerhand in drei Ikea-Plastiksäcken in Horny-Kilchers Garage zurück. Dort wäre es wohl vergessen gegangen, hätte sie nach zwei Wochen nicht beim Amt reklamierte. So gefährlich war der Stoff offenbar doch wieder nicht.

Zusammen mit der Lebensberaterin Malela Wiederkehr hatte Lilo Horny-Kilcher mehrere hundert Halsketten mit dem «Negativ-Ionen-Gesteinspulver» aus der früheren Ladung verkauft. Mit Schreiben vom 26. April 2018 wandte sich das BAG an die Käufer, soweit diese zu eruieren waren. «Das radioaktive Material in diesen Schmuckstücken erzeugt eine für die Hautzellen und die Epidermis schädliche Strahlung», schrieb das BAG, der Grenzwert von 50 Millisievert (mSv) pro Jahr werde überschritten. Das Risiko von Hautkrebs werde dadurch erhöht. Eine akute Gefahr bestehe zwar nicht, doch der Verkauf des Stoffes sei verboten, es müsse «davon abgeraten werden, solchen Schmuck am Körper zu tragen».

In einem Begleitschreiben entschuldigte sich Lilo Horny-Kilcher bei ihren Kundinnen für die Umtriebe und anbot den Eintausch der Ketten. Doch viele von ihnen liessen sich nicht beeindrucken, der Rückfluss war mässig. Dafür landete das Schreiben bei *Radio 24*, welches über die «strahlende Esoterik» berichtete. Die Schweizerische Depeschagentur (sda) nahm den Fall auf, und so verbreitete sich die Meldung über den «radioaktiven Schmuck» über das ganze Land.

Malela Wiederkehr und Lilo Horny-Kilcher wollten nun wirklich wissen, was Sache ist. In einer Internetrecherche stiessen sie auf Dr. Walter Rüegg. Der ehemalige Chefphysiker der Schweizer Armee gilt als Koryphäe auf dem Gebiet des Strahlenschutzes. Rüegg untersuchte das «Negativ-Ionen-Gesteinspulver» aus China. Sein Fazit ist peinlich für die Spezialisten des BAG: Die natürliche radioaktive Strahlung des Pulvers ist völlig harmlos.

Falls man die Kette permanent auf der Haut trage, sei eine Rötung zu erwarten, die monatlich drei Sekunden Sonneneinstrahlung entspreche, schreibt Rüegg in einem Kurzgutachten. Das Risiko, an Hautkrebs zu sterben, liege «im schlimmsten Fall bei 0,00004 %». Um sich radiotoxisch umzubringen, müsste man mehr als 25 Kilogramm des Gesteins essen. Sich mit Aspirin das Leben zu nehmen, wäre bedeutend einfacher, dazu reichten 10 Gramm. Von seiner alten Armbanduhr mit dem Leuchtzifferblatt gehe eine höhere Strahlung aus, er trage sie trotzdem ohne Bedenken.

Malela Wiederkehr lud Rüegg flugs in ihren *Youtube*-Blog* ein, wo der Experte seine Entwarnung wiederholte: Die esoterischen Ketten dürften bedenkenlos getragen werden. Das BAG reagierte am 25. Mai mit einem geharnischten Schreiben und drohte den Frauen mit strafrechtlichen Massnahmen. Diese Drohung richtet sich nun auch gegen die Kunden, denen befohlen wird, den Schmuck zu retournieren. Der Videoclip mit Rüegg sei als Aufforderung zu einer strafbaren Handlung zu werten. Da die Ketten «keinen nachweislichen Nutzen für die Gesundheit» hätten, so das BAG weiter, seien sie «grundsätzlich verboten». Bei häufigem Tragen sei möglich, dass der Grenzwert von jährlich 50 mSv überschritten werde.

Was nun? Gemäss Walter Rüegg hat sich das BAG um den Faktor 10 000 verrechnet. Lokal könnten die 50 mSv/Jahr, also auf wenigen Quadratzentimeter Haut, zwar tatsächlich erreicht werden. Doch massgeblich für das Krebsrisiko sei nicht die «Energiedosis» von 50 mSv/Jahr, sondern die sogenannte effektive Dosis. Die massgebende Dosis reduziert sich damit auf völlig harmlose 0,005 mSv/Jahr («erlaubt» ist 1 mSv/Jahr effektive Dosis). Das BAG hat diese korrekte Risikoabschätzung mittlerweile auch akzeptiert.

Doch selbst der Grenzwert von 1 mSv/Jahr ist gemäss Rüegg willkürlich definiert. Einzelne Forscher würden zwar vor solchen Kleinst Dosen warnen, doch die gesundheitlichen Auswirkungen sind unmessbar. Die Natur beglückt uns Schweizer gemäss BAG mit einer durchschnittlichen Jahresdosis von etwa

4 mSv. Tatsache ist aber, dass bis zu einer Dosis von mehreren hundert mSv/Jahr die statistischen Resultate in ihrer Gesamtheit auf kein erhöhtes Risiko hinweisen.

Grundlage für diese Erkenntnisse sind zum einen Langzeitstudien aus Hiroshima und Nagasaki. Zum andern gibt es auch Studien über Langstreckenpiloten oder Bewohner von Gebieten – etwa in der iranischen Stadt Ramsar, im brasilianischen Guarapari oder in den Schweizer

Alpen –, die einer natürlichen radioaktiven Strahlung ausgesetzt sind, welche die Grenzwerte um ein Mehrfaches übersteigt. Nirgends konnte eine erhöhte Krebsanfälligkeit festgestellt werden. Niemandem käme es in den Sinn, deshalb die Alpen zu evakuieren oder das Fliegen zu verbieten.

Walter Rüegg weist vielmehr darauf hin, dass ausgerechnet Städte wie Ramsar oder Guarapari, welche eine exorbitant hohe natürliche Radioaktivität aufweisen, seit Urzeiten als Kurorte gelten. Es gibt ernstzunehmende Studien, die einer hohen Ionisierung der Luft, die mit der Strahlung verbunden ist, eine gesund-

heitsfördernde Wirkung attestieren. Wie viel von der heilenden Wirkung von Ionen man dem Placeboeffekt zusprechen will, ist Glaubenssache. Immerhin vertrauen 67 Prozent des Schweizer Stimmvolkes der Alternativmedizin so sehr, dass sie diese 2009 für kassenpflichtig erklärten. Und wer über Esoterik mit Ionen schimpft, darf die Schweizer Strahlungsgrenzwerte getrost gleich mit einschliessen. Sie sind wissenschaftlich nicht besser belegt.

* www.youtube.com/watch?v=mlVkJ72lOK0k&t=2342s



Die natürliche radioaktive Strahlung des Pulvers ist harmlos.

DAS SCHWEIZER PORTAL FÜR IT-SPEZIALISTEN

Mit www.itjobs.ch die besten IT-Spezialisten finden!

stellen-anzeiger.ch GmbH
Technoparkstrasse 1
8005 Zürich
044 440 10 80
www.itjobs.ch

itjobs CH
KARRIERE AUF SICHER



Sagenhafte Entfaltung: US-Präsident Trump, Schweizer Bundesräte Berset, Schneider-Ammann, Cassis (v.l.) am World Economic Forum 2018 in Davos.

Amerikanischer Motor

Die Beziehungen zwischen der Schweiz und den USA sind so dynamisch geworden, dass sie die sogenannten Bilateralen mit der EU in den Schatten stellen. Das Klima für eine engere Zusammenarbeit ist günstig. *Von Beat Gygi*

«Die bilateralen Beziehungen sind zentral, lebenswichtig, bewahren und verteidigen muss man sie, um jeden Preis.» Täglich hört man diese Botschaft von Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften, Bundesämtern, Politikern und NGOs, die sich als Sprecher für die sogenannte Zivilgesellschaft auführen. Die Medien machen mit. «Droht eine neue bilaterale Eiszeit?» titelte die NZZ kürzlich mit Blick auf die verfahrenere Situation mit dem EU-Rahmenabkommen. Aber was heisst «bilateral» eigentlich?

Besteht die Welt im Prinzip aus zwei Teilen? Wer ist die andere Seite, die der Schweiz gegenübersteht? Sind das, wie meist unterschwellig gemeint, die 28 Länder der EU? Oder bald 27?

Langjähriger Boom

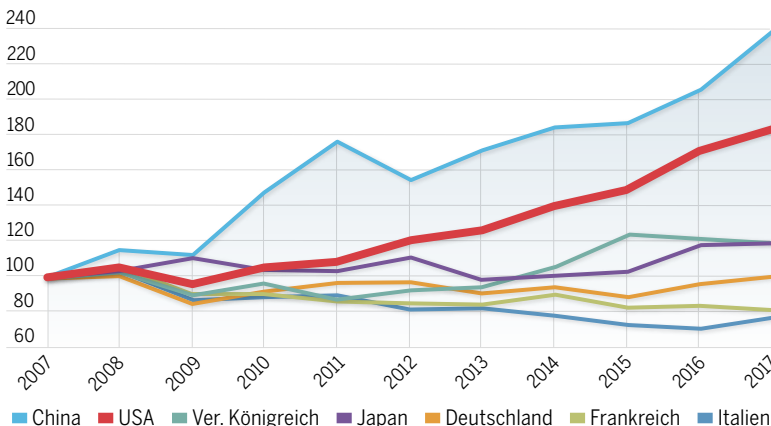
Der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse stellte das kürzlich so dar: «Rund 55 Prozent unserer Exporte gehen in den EU-Markt, die Schweizer Unternehmen, grosse wie KMU, sind in den europäischen Binnenmarkt inte-

griert. Das soll so bleiben.» Bilateral heisst offensichtlich «wir und die EU». Dies ist allerdings ein kleiner Ausschnitt aus der Wirklichkeit. Wenn man nämlich die aussenwirtschaftlichen Beziehungen der Schweiz anschaut, macht die EU zwar einen grossen Teil des Handels und der grenzüberschreitenden Investitionen aus, aber man kann auch sagen: den müderen Teil.

Der europäische Binnenmarkt hat während der vergangenen zehn Jahre für die Schweiz in

Aufwind aus Übersee

Entwicklung der Exporte aus der Schweiz in wichtige Abnehmerländer, indiziert (2007 = 100)



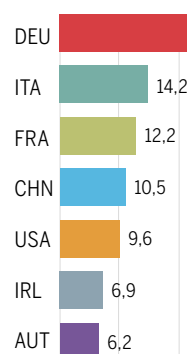
QUELLE: EIDGENÖSSISCHES FINANZDEPARTEMENT

In Chinas Windschatten.

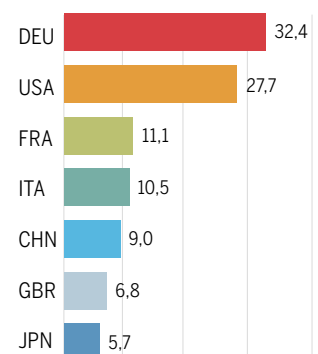
Die wichtigsten Handelspartner der Schweiz

Importe und Exporte, in Milliarden Franken, Januar bis September 2018

Herkunftsländer für Importe
Total: 153,3 Milliarden Franken



Zielländer für Exporte
Total: 165,9 Milliarden Franken



QUELLE: EIDGENÖSSISCHES FINANZDEPARTEMENT

Exportlokomotive Amerika.

Relation zu anderen Handelsräumen jedenfalls an Gewicht verloren. 2007 machten die Exporte von der Schweiz in die EU mit 128 Milliarden Franken noch 62 Prozent der gesamten Ausfuhren aus. Bis 2017 sank diese Quote auf 53 Prozent und liegt in den ersten neun Monaten des Jahres 2018 leicht darüber. Bei den Importen sieht es ähnlich aus, wobei die Lieferun-

«Wir exportieren mehr nach Amerika als nach Frankreich und Italien zusammen.»

gen in die Schweiz auf höherem Niveau als die Exporte und etwas widerstandsfähiger geblieben sind. Für die EU ist die Schweiz netto also eher eine Absatzregion.

Öffnet man den Blick, erkennt man ganz andere und kräftigere Motoren, man muss nur die Grafik links (Seite 38) anschauen: Der Aufschwung im Geschäft mit China ist keine Überraschung: Der langjährige Boom hat zahlreiche Schweizer Firmen mitgezogen und viel Aufsehen erregt. Was dagegen einiges mehr an Aufmerksamkeit verdient, ist die fast unglaubliche Entwicklung des wirtschaftlichen Austausches zwischen der Schweiz und den USA. «Diese sagenhafte Entfaltung von Handel und Investitionen zählt wahrscheinlich zu den bestgehüteten Geheimnissen in der Schweizer Öffentlichkeit», sagt Martin Naville, CEO der Schweizerisch-Amerikanischen Handelskammer Swiss-American Chamber of Commerce.

«Bei diesem Thema sind viele zurückhaltend, Amerika gilt immer noch als der Böse, der die Schweiz im Streit um Bankgeheimnis und Besteuerung mit Schlägen traktiert, dabei sollte man sich jetzt auf ganz anderes konzentrieren, auf Zusammenarbeit.» Naville hat vor etwa vierzehn Jahren die Stelle als Handelskammer-Chef angetreten – und während in dieser Zeit der Handel Schweiz–EU kaum gewachsen und vom Anteil her wie erwähnt gesunken ist, haben sich die Lieferungen zwischen der Schweiz und den USA fast verdoppelt. Entsprechend gewann die Beziehung zu Amerika an Gewicht; in den ersten neun Monaten 2018 machten die Schweizer Exporte in die USA fast 17 Prozent des Gesamtvolumens aus, dies im Vergleich mit lediglich 10 Prozent vor zehn Jahren.

Da hat sich eine starke Exportlokomotive vor die Wirtschaft gespannt, aber das Schlagwort «America first» wäre etwas zu hoch gegriffen, besser wäre «America second». Die in der Grafik rechts (Seite 38) dargestellten Angaben des Bundesamtes für Statistik zu Importen und Exporten zeigen die USA als zweitgrösste Absatzregion für die hiesigen Exporteure. Fast 28 Milliarden Franken machten die Lieferungen von hier nach Übersee in den ersten neun Monaten 2018 aus. Die Importe waren mit knapp 10 Milliarden Franken

deutlich niedriger, die Schweiz trägt also auch ein wenig zum Leistungsbilanzdefizit der USA bei, über das sich Trump so ärgert. Auf dem ersten Platz ist Deutschland, von den Exporten wie auch von den Importen her ist es der wichtigste Handelspartner der Schweiz – das gilt seit Urzeiten.

Unser Land hat in den ersten neun Monaten 2018 für knapp 41 Milliarden Franken Waren aus Deutschland importiert, während die Exporte nach Norden gut 32 Milliarden Franken ausmachten. Darin inbegriffen ist all das Hin und Her der Lieferungen von Vorprodukten und halbfertigen Fabrikaten, die schweizerische und deutsche Firmen wie im Pingpong einander zuspieren, als ob sie im gleichen Land wären. Wie steht es denn mit den nächsten Nachbarn Frankreich und Italien, mit denen man ja auch Pingpong spielen kann? Naville sagt dazu: «Als ich bei der Handelskammer begann, hat die Schweiz gleich viel nach den USA exportiert wie nach Italien oder wie nach Frankreich, die drei Länder hatten ähnliche Volumina. Heute exportieren wir mehr nach Amerika als nach Frankreich und Italien zusammen. Oder auch: doppelt so viel wie die summierten Lieferungen in die Brics-Staaten.»

In beide Richtungen

Moment, es geht noch weiter, über den Handel hinaus, und eigentlich ist der Ausspruch «America first» doch nicht fehl am Platz. In keinem anderen Land haben die Schweizer nämlich mehr investiert als in den USA. Roche, Novartis, Nestlé oder UBS sind nur die Spitze des Eisbergs. Und die Amerikaner bilden die Nummer eins bei den ausländischen Investoren in der Schweiz, aufsehenerregend sind da die Ansiedlungen von Google, Microsoft oder IBM. Der wirtschaftliche Austausch zwischen Ländern muss nicht nur über Importe und Exporte laufen, er kann auch über den Kauf einer Firma oder von Anteilen in einem anderen Land erfolgen.

Bildlich gesehen, verschränken zwei Partner ihre Hände ineinander, wenn sie gegenseitig Firmen oder Vermögen im anderen Land kaufen. 2016 war die Schweiz der sechstgrösste ausländische Investor in den USA, und nach provisorischen Zahlen dürften die gut 330 Milliarden von 2017 ähnlich gewichtig sein. Naville umschreibt es so: «Das Frappierende an den Beziehungen Schweiz–USA ist erstens, dass die Handels- und Investitionsflüsse nicht asymmetrisch sind, sondern je in beide Richtungen laufen, und zweitens, dass auf der Handelsachse wie auf der Investitionsachse enorm viel läuft. Schweizer Unternehmen investieren in den USA gleich viel wie die deutschen.»

Oft vergisst man, dass die USA im Grunde einen riesigen Binnenmarkt mit ziemlich schwacher Verbindung nach aussen bilden. Die Exporte machen gut 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus, die Importe rund 15 Prozent.

Bundesrat

Mission Parmelin

Der neue Wirtschaftsminister übernimmt das Dossier «Schweiz–USA».

Schweizer Medien berichten von Rückschlägen im Bemühen um ein Freihandelsabkommen Schweiz–USA. Ein echter Dämpfer sei es, dass beim Abschiedsbesuch von Bundesrat Johann Schneider-Ammann (FDP) in Washington vergangene Woche der US-Handelsbeauftragte Robert Lighthizer ein geplantes Treffen abgesagt habe und lediglich dessen Stellvertreter erschienen sei. Kurz darauf kam der zweite Schlag, als Guy Parmelin (SVP) das Volkswirtschaftsdepartement übernahm und die *Handelszeitung* entsetzt vom «Weinbauer aus dem Zuschusskanton Waadt» schrieb, der für Old Economy und Agrarsubventionen einstehe.

Bei genauerer Betrachtung sind die Aussichten für ein Freihandelsabkommen so intakt oder sogar noch besser als vor zwei Wochen. Das Treffen mit Lighthizer klappte nicht, weil Präsident Trump, gerade zurück vom G-20-Treffen, seinen Handelsbeauftragten ganztags ins Weisse Haus einbestellt hatte, um die China-Frage zu besprechen. Dass dann die Nummer zwei sofort für ein Treffen einsprang, verdeutlicht das Interesse der USA an der Schweiz.

Zudem hat Schneider-Ammann die Erwartungen unrealistisch hochgeschraubt. Er wollte noch rasch ein Bekenntnis der USA zu Verhandlungen erreichen. Involvierten Beobachtern war klar, dass die Gespräche noch nicht so weit waren. Die Schweiz muss den Amerikanern die Vorteile eines Abkommens mit der Schweiz noch überzeugender erklären: Zum einen könne dies den Druck auf die EU erhöhen, im Handelsstreit mit den USA einzulenken, zum anderen würden Schweizer Firmen so noch mehr als bisher in Amerika investieren und Stellen schaffen.

Diese Argumente zu schärfen, dürfte jetzt die Aufgabe von Wirtschaftsminister Parmelin werden. Anders als öffentlich gesagt wird, lehnt er ein Freihandelsabkommen mit den USA nicht ab. Als Landwirt kennt er auch die Sensibilitäten der Bauern und kann diese frühzeitig an Bord holen. Wie man hört, beharren die Amerikaner nicht mehr auf einer kompletten Liberalisierung des Agrarhandels. Eine geringere Abhängigkeit vom Handel mit der EU läge auf der politischen Linie von Parmelin, das ist ein starker Anreiz, das Dossier jetzt fest in die Hand zu nehmen. *Florian Schwab*



Inside Washington

Unter Erben

Neuster Aufreger: Wird Trumps Schwiegersohn von Saudi-Arabien manipuliert?

Jared Kushner, Berater und Schwiegersohn von Präsident Donald Trump, steht seit zwei Jahren in engem Kontakt mit dem saudischen Kronprinzen Mohammed bin Salman. Sie schicken einander SMS und telefonieren lange – man ist sogar per du. Der Kronprinz schätzt den eifrigen Austausch mit seinem Kontakt im Weissen Haus, am liebsten über Whatsapp. Am Wochenende liess die *New York Times* nun in dieser Sache eine Stinkbombe platzen. Unter dem Titel «Das Werben von Jared Kushner – Wie die Saudis zu einem Freund im Weissen Haus kamen» berichtete das Blatt von der «innigen Männerbeziehung» zwischen den beiden wohlhabenden Erben.

Das offizielle Washington und die Kritiker des Präsidenten sind in heller Aufregung. Der designierte demokratische Vorsitzende der parlamentarischen Kommission für die Aussenpolitik, Eliot Engel, versprach eine «eingehende Untersuchung der Beziehungen zwischen den USA und Saudi-Arabien». Insbesondere sollen die Reaktionen des Weissen Hauses auf die Ermordung von Jamal Khashoggi überprüft werden. Die *New York Times* stützt sich auf anonyme Quellen, darunter unbestimmte «frühere Spitzenbeamte», worunter führende Entscheidungsträger oder irgendwelche ehemalige Staatsdiener tieferen Ranges fallen können. Diese anonymen Quellen sind angeblich besorgt, «dass die mangelnde aussenpolitische Erfahrung den Herrn Kushner empfänglich für saudische Manipulationen machen könnte».

Kritiker monieren, dass Kushner seinem Wüstenbruder Ratschläge erteilt habe, wie «er den Sturm bewältigen könne». Für die *Times* ist das ein Hinweis auf den Tod von Khashoggi. Man darf nun für den Anfang des nächsten Jahres, wenn die neuen Abgeordneten ihren Amtseid abgelegt haben, sehr lange Hearings im demokratisch dominierten Repräsentantenhaus erwarten.

Amy Holmes

Der Einfuhrüberschuss ist seit langem typisch für die amerikanische Wirtschaft, der das Ausland immer wieder das Geld zuschiebt, um auf diese Art zu leben und zu arbeiten, beispielsweise über Direktinvestitionen. Auch wenn die Schweiz im Vergleich klein ist, in den USA treiben ihre Investitionen einiges an. Nach Angaben der Schweizer Botschaft in den USA dürfte etwa ein halbe Million Jobs damit verbunden sein; unter den grösseren Investoren zahlen die Schweizer durchschnittlich die höchsten Löhne und sind Spitze bei den Ausgaben für Forschung und Entwicklung.

Da treffen zwei Länder aufeinander, die in den Innovationsranglisten immer an der Spitze liegen. Die Pharmafirmen sind in den USA Schwergewichte in der Forschung sowie am Markt. Die USA waren in den vergangenen zwanzig Jahren der rentabelste Markt für Pharmakonzerne. Im Gegensatz zum Rest der Welt sind die Medikamentenpreise weitgehend frei, und die Volumina sind riesig. Ins Bild passt, dass die Schweizer auch in den USA auf den vorderen Plätzen der ausländischen Steuerzahler liegen.

Beziehungen sind das A und O

Aber war da nicht ein Bankenproblem? Der amerikanische Staat hat die Schweizer Banken doch mit Drohungen und Bussen gequält, etwa ein Dutzend Milliarden Franken aus der Branche herausgezogen, so dass das Engagement der Grossbanken in den USA langfristig ein Verlust war. Naville wendet ein, die Schweizer Banken seien von der amerikanischen Regierung nicht härter behandelt worden als die inländischen, die weitaus mehr Bussengelder abgeliefert hätten. Und wenn in den USA kein Geld zu verdienen wäre, wären die Schweizer Banken nicht seit zwanzig Jahren mit derart viel Personal da engagiert. Wer in Zürich als globale Bank auftreten wolle, müsse eben auch in New York präsent sein.

«Ich habe wenn immer möglich den direkten Weg in den US-Markt bevorzugt», sagt Stephan Rietiker – natürlich mit den nötigen Vorsichtsmassnahmen bei Investitionen. Der Schweizer, der auch amerikanischer Bürger ist und eine Zulassung als Arzt in der Schweiz wie in den USA hat, war in Führungspositionen in Pharma- und Medizinaltechnikunternehmen tätig, etwa bei Roche, Boehringer Mannheim, Schering-Plough, Sulzer Medica oder Lifewatch. Vor einem Jahr hat er ein Buch veröffentlicht, in dem er die Besonderheiten des amerikanischen Rechts- und Wirtschaftssystems erklärt.

Wie gut schlagen sich Schweizer Firmen in den USA? Rietiker sagt: «Wenn Leute vor Ort arbeiten und mit den Gesetzmässigkeiten, vor allem auch mit *legal and compliance*, vertraut sind, dann kann man meiner Ansicht nach viel Geld verdienen.» Wenn man hingegen einen Schweizer in die USA schicke, der

noch nie da gelebt habe, um ein Geschäft aufzubauen, sei der Misserfolg praktisch programmiert. Klar, es brauche bei lokalen Töchtern eine gewisse Führung von oben, aber Lokalkolorit, Beziehungen zu Industrieverbänden, zu Politikern und Lobbyisten seien nötig, um voranzukommen.

Wo liegen die Risiken in der Beziehung Schweiz–USA? Naville sieht mit den Handelsstreitereien zwar keine direkte Gefahr verbunden, aber indirekte Belastungen über die EU oder China könnten doch aufs Geschäft drücken. Aus Rietikers Sicht muss die Schweiz nun das Problem der Quellensteuer, also der Verrechnungssteuer auf Dividenden, lösen, die US-Firmen von ihrer Regierung nicht

Da treffen zwei Länder aufeinander, die bei der Innovation immer an der Spitze liegen.

mehr zurückerstattet erhalten, weshalb sie unter einer Doppelbelastung leiden. Dass US-Firmen deshalb aus der Schweiz abwandern, hat er in seinem Umfeld zwar noch nicht beobachtet, aber die Politik dürfe dieses Problem nicht vor sich herschieben. Die US-Firmen in der Schweiz nicht zu verlieren, sei wichtiger als ein paar Steuerprozente.

Der Zeitpunkt für das Aushandeln neuer Arrangements mit den USA sei zudem günstig. «Man kann durchaus Deals machen mit der gegenwärtigen US-Administration, die Chancen sind jetzt besser denn je», ergänzt er. Sein Eindruck sei jedoch, dass in Bern nicht die nötige Entschlossenheit herrsche. Jetzt müsse gelten: «Bite the bullet» statt abzuwarten, was die EU mache oder wie der Brexit herauskomme. Um erfolgreiche Verhandlungen zu führen, seien nicht Beamte, sondern Leute aus der Wirtschaft nötig, «die wissen, wie die Uhren drüben ticken», Führungskräfte, die in den USA wirklich zu Hause seien, aber auch das Schweizer System kennten. Natürlich sei auch der US-Botschafter in Bern miteinzubeziehen, der unserem Land sehr freundlich gesinnt sei.

Wenn allerdings aus der Bundesverwaltung zu hören sei, dass die erste Priorität die Beziehung zu Europa sei, wirke das weltfremd. «Priorität muss der Auf- und Ausbau von Handelsbeziehungen zu asiatischen Ländern und den USA haben – klar, gleichzeitig ist unsere EU-Beziehung zu stabilisieren.» Die Schweiz müsse sich nun in Position bringen, um möglichst rasch ein Freihandelsabkommen mit den USA zu erreichen. Nach all seinen täglichen Erfahrungen aus erster Hand sei man in den USA der Schweiz heute wieder sehr wohlwollend gesinnt. «Mit Amerikanern kann man arbeiten», meint er, sie tickten ein wenig anders als die Schweizer, aber das Zusammenarbeiten sei bestens möglich. ○



Unternehmer

Mein Amerika

Für unsere Wirtschaft ist der Austausch mit den USA wichtiger denn je. Jetzt bietet sich eine historische Chance für ein Freihandelsabkommen.

Von Michael Pieper

Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Schweiz und den USA sind eine grosse Erfolgsgeschichte. Während meines gesamten Berufslebens habe ich das starke Wachstum miterlebt. Aber – so eindrücklich die Statistiken über Handel und Direktinvestitionen sind – letztendlich leben geschäftliche Beziehungen vom menschlichen Kontakt. Die American Swiss Foundation tut viel dafür, Schweizer und Amerikaner zusammenzubringen. Seit 1980 organisiert die Stiftung jedes Jahr die Young Leaders Conference: Rund 25 junge Amerikaner, vor allem aus dem Bereich des öffentlichen Diensts, aber auch aus der Privatwirtschaft, kommen in die Schweiz und lernen hier 25 junge Vertreter von Schweizer Unternehmen und unsere Schweiz kennen. Das rund 1200 Personen umfassende Alumni-Netzwerk dieses Programms ist weltweit vermutlich einzigartig.

Begründerin der Young Leaders Conference war die frühere US-Botschafterin in der Schweiz, Faith Whittlesey, die leider dieses Jahr verstorben ist. Sie hat mit unglaublicher Initiative, Intelligenz, Präzision und menschlichem Fingerspitzengefühl die American Swiss Foundation zu dem gemacht, was sie heute ist. Sie kannte Gott und die Welt und war sich nie zu schade, den Telefonhörer in die Hand zu nehmen.

Dieses Jahr hat das Unternehmen Artemis/Franke das Programm der Besuchswoche gestaltet. Den Schwerpunkt haben wir vor allem auf mittelständische Unternehmen mit Initiative und Energie gesetzt, wie etwa Autoneum, Bucherer, Feintool, Forbo, Gübelin, Schindler, Sika, Victorinox – und natürlich Artemis/Franke. Die Besuche hinterliessen bei den amerikanischen Teilnehmern einen gewaltigen Eindruck. Sie haben so erfahren, wie unser Land politisch und wirtschaftlich tickt – insbesondere das duale Ausbildungssystem hat sie beeindruckt. Ich bin sicher, die meisten von ihnen sind am Ende der Woche als Freunde der Schweiz – und mit einem Victorinox-Messer im Gepäck – in die USA zurückgekehrt.

Den USA bin ich seit vier Jahrzehnten verbunden. Mit 32 Jahren ging ich nach Philadelphia, nachdem es Konflikte mit meinem Vater gegeben hatte. Ich war ein bisschen bekannt mit einem Partner von der Investmentbank Salomon Brothers. Er sagte mir: «Wenn du ein

Investmentbanker werden willst, musst du zuerst lernen, dich richtig anzuziehen und perfekt Englisch zu sprechen, und du musst mehr über Finanzen wissen.» Amerikanische Investmentbanker haben ja einen etwas überladenen Stil mit goldenen Manschettenknöpfen und so weiter. Er gab mir eine Referenz für die Wharton School of the University of Pennsylvania in Philadelphia, wo ich eine Managementausbildung absolvierte.

Nach dem Abschluss nahm ich einen Job bei der Philadelphia National Bank an, die damals zu den ältesten Geldhäusern in den USA



Initiative, Energie: Schweizer KMU in New York.

gehörte. Mein Einstiegsgehalt betrug 700 US-Dollar, wobei die Miete für mein Zimmer 400 US-Dollar verschlang. Ein Hamburger kostete damals etwa drei Dollar. Da machte man keine grossen Sprünge. Zum Glück hatte ich bald erste Erfolge: Ich wurde auf die amerikanische Niederlassung eines Basler Chemieunternehmens angesetzt. Der Finanzchef war Schweizer und mochte keine amerikanischen Banker. Er nahm bei uns ein Darlehen von 50 Millionen US-Dollar auf, was heute um einiges mehr wäre. Daraufhin wurde mein Gehalt verdoppelt. Auch bei der Ansiedlung von anderen europäischen Firmen wie Ikea in den USA war ich beteiligt.

Während meiner Tätigkeit in Philadelphia lernte ich dort eine junge Juristin kennen, die spätere Botschafterin Faith Whittlesey. Seither

sind wir in Kontakt geblieben. Als wir uns das letzte Mal vor einem Jahr hier in Aarburg trafen, sagte sie: «I am getting a little bit older.» Sie wusste bereits, dass sie nicht mehr lange zu leben hatte.

Nach meiner Rückkehr in die Schweiz übernahm ich 1989 Franke. Das US-Geschäft war damals noch relativ klein. Heute sind wir in den USA um einiges grösser. Wir beliefern Fastfoodketten wie McDonalds, Burger King, Kentucky Fried Chicken, Wendy's und Seven-Eleven mit Industrieküchen. Auch vom Kaffeeboom profitieren wir als Hersteller von Kaffeemaschinen sehr.

Unschätzbare Wert

Was die Zukunft der USA betrifft, bin ich optimistisch, weshalb wir unsere Investitionen in dem Land ausbauen. Die Wirtschaftspolitik der Regierung Trump gefällt mir. Endlich ein Politiker, der Unternehmer ist, und zudem noch einer, der nicht nur redet! Dass er den Chinesen einen Riegel vorschiebt, ist wichtig für die US-Wirtschaft. Obwohl in China die Löhne in den letzten Jahren um ein Vielfaches gestiegen sind, sind ihre Preise auf dem Weltmarkt beinahe dieselben geblieben. Die chinesischen Exporte sind also stark subventioniert. Dieses unausgewogene Verhältnis spricht Trump an.

Die Konzentration der Trump-Regierung auf die Wirtschaft ist auch in Bern angekommen. In US-Botschafter Edward T. McMullen haben Schweizer Unternehmen einen hervorragenden Ansprechpartner, wie ich schon mehrfach erleben durfte. Die Vorgespräche für ein Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und den USA begrüsse ich als Unternehmer, der in beiden Ländern tätig ist, sehr. Wie die American Swiss Foundation hätte auch ein solches Abkommen den unschätzbaren Wert, dass es unternehmerisch denkende Leute von beiden Seiten zusammenbringt. Die Schweiz sollte hier keine Zeit verlieren, sondern die Gelegenheit ergreifen.

Der Unternehmer Michael Pieper ist Eigentümer der Artemis Holding, zu der auch Franke gehört. Seit 1983 ist er Ehrenbürger der Stadt Philadelphia in Pennsylvania, USA.

Aufgezeichnet von Florian Schwab

Kampf ums Recht von Auto Steiner

Der Zürcher Autohändler Robert Steiner versteht die Welt nicht mehr. Durch ein Urteil des Handelsgerichts steht er als Hehler am Pranger – ohne Befragung und Strafverfahren.

Von Christoph Mörgeli

Robert Steiner war landesweit der Erste, der im Autogeschäft vollständig auf Occasionen setzte. Mittlerweile ist die markenunabhängige Firma Auto Steiner Zürich AG in Schwamendingen der grösste Occasionsverkäufer Zürichs. Permanent sind rund dreihundert hochwertige Neu- und Occasionsfahrzeuge auf dem grosszügigen Areal an der Winterthurerstrasse 700 ausgestellt. Das Familienunternehmen mit gegen 50 Millionen Franken Umsatz betätigt sich auch sehr erfolgreich im Immobiliengeschäft.

Als junger Metzger krampfte Robert Steiner von morgens um sieben bis abends um sieben. Weil ihm der Chef nicht mehr als tausend Franken Monatslohn bezahlen wollte, sattelte er 1970 beruflich um und begann mit dem Verkauf von Gebrauchtwagen im Zürcher Oberland. Drei Jahre später verlegte er das Geschäft ins boomende Schwamendingen – der beste Entscheid seines Lebens. Steiner setzte auf hochklassige, neuwertige Autos und traf damit exakt die Bedürfnisse der aufsteigenden Mittelschicht. Laufende Investitionen, Vergrösserungen, die moderne Werkstatt und eine glaubwürdige Werbung liessen das Unternehmen ständig wachsen, während viele Konkurrenten im Markt scheiterten.

368 Franken Gewinn

Mittlerweile besorgen die beiden Söhne Michael und Oliver Steiner den Ein- und Verkauf. Vater Robert brauchte in den letzten Jahren zunehmend Kraft und Nerven für einen aufreibenden Rechtshandel. Die Auto Steiner AG hatte 2011 von der ISSA Automobile in Schlieren, mit der seit 25 Jahren geschäftliche Beziehungen bestehen, ein Kombi-Fahrzeug der Marke BMW gekauft. Weder dem Verkäufer noch dem Käufer war damals bekannt, dass der Liechtensteiner Vorbesitzer das Fahrzeug nur geleast und bereits andere betrügerische Autogeschäfte getätigt hatte.

Bei Steiners Kauf inbegriffen war ein Original-Fahrzeugausweis ohne einschränkenden Code. Im Vertrag bestätigte der Verkäufer in Schlieren dem Käufer in Schwamendingen, «dass obiges Fahrzeug sein unbelastetes Eigentum ist und keine Ansprüche darauf bestehen». Der Preis betrug handelsübliche 48 000 Franken, der Kilometerstand lag bei 11 000. Es handelte sich beim BMW 520d Tou-



«Und ich war früher Metzger!»: Autohändler Steiner.

ring keineswegs um einen «Verkaufsrenner», denn bei fünf Neuwagen dieses Typs erzielte Auto Steiner lediglich einen Verkaufsgewinn von durchschnittlich 368 Franken.

Beim Versuch, den alten Fahrzeugausweis in Liechtenstein zu annullieren, retournierte das Fürstentum ein laut Überzeugung von Robert Steiner gefälschtes, zurückdatiertes Duplikat mit «Code 178». Diese Auflageziffer bedeutet «Halterwechsel verboten», womit der Wagen für Steiner wertlos war. Die Leasingfirma hatte nämlich zwischenzeitlich interveniert und ihre Eigentumsansprüche angemeldet. Tatsächlich hatte der betrügerische Vorbesitzer aus Liechtenstein den Wagen von BMW geleast, aber dennoch unterschriftlich bestätigt, unbelasteter Eigentümer zu sein. Zusätzlich hatte die Firma ISSA vor Vertragsunterzeichnung telefonisch bei der Motorfahrzeugkontrolle in Vaduz nachgefragt, ob der Wagen verkauft werden dürfe und ob kein «Code 178» eingetragen sei, was bestätigt wurde.

Die Auto Steiner sass jetzt auf einem unverkäuflichen Wagen und klagte vor dem Zürcher Handelsgericht gegen die leasende Firma. Ihr Rechtsbegehren lautete, sie sei als rechtmässige Eigentümerin des BMW 520d Touring festzustellen, und die Motorfahrzeugkontrolle Vaduz habe den Vermerk «Halterwechsel verboten» zu eliminieren. Auch seien Standschäden und Werteverlust von 10 000 Franken zu bezahlen. Doch das Handelsgericht schmet-

terte die Ansprüche von Auto Steiner ab. Der Preis des Fahrzeugs sei zwar im Rahmen des Marktes zu beurteilen, doch die Kombination von günstigem Preis und schnellem Halterwechsel lasse den guten Glauben vermissen. Dabei liegen acht Bestätigungen von Berufsverbänden und Berufskollegen vor, dass Verkäufe innert Tagesfrist im Occasionsgewerbe absolut üblich sind. Dass der aus Ungarn stammende Verkäufer – seit 22 Jahren ein unbescholtener Schweizer Bürger – zum Vornher ein vom Handelsgericht verdächtigt wurde, erzürnte Robert Steiner zusätzlich. Auf die Frage des Richters, ob er gewusst habe, dass der Ungarn-Schweizer vor 25 Jahren Tapezierer gewesen sei, erwiderte Steiner: «Und ich war früher Metzger!»

Bis vor Bundesgericht

Robert Steiner ist als aufrechter Staatsbürger, erfolgreicher Unternehmer und Steuerzahler von jährlich 1,3 Millionen grundsätzlich erbot: «Ich habe es bestimmt nicht nötig, irgendwelche finanziellen Ungereimtheiten zu inszenieren.» Doch auch die von ihm angestregten Straf- und Administrativverfahren gegen die Verantwortlichen der Liechtensteiner Motorfahrzeugkontrolle verliefen im Sand. Genauso wurde seine Beschwerde vom Bundesgericht abgeschmettert.

Nun beauftragte Steiner einen renommierten Prozessrechtler mit einem Gutachten über die gescheiterte Prozessführung seines Anwalts. Dieses rügte, dass die Chancen Steiners vor Handelsgericht wegen der mangelhaften Klageschrift gesunken seien und er bei einer kompetenteren Prozessführung mit einer Wahrscheinlichkeit von 80 Prozent gewonnen hätte. Darauf klagte Robert Steiner seinen Anwalt beim Zürcher Bezirksgericht ein, doch dieses wies die Klage ab. Vor drei Monaten hat die Auto Steiner Beschwerde beim Obergericht eingereicht. Robert Steiner ist bereit, den Fall bis vor Bundesgericht weiterzuziehen. Gekostet haben ihn die Händel bereits über 300 000 Franken. Doch er will partout nicht akzeptieren, als Hehler dazustehen – ohne dass überhaupt Befragungen und Untersuchungen stattgefunden haben. Vor allem ist der Autohändler entsetzt, dass Mitbürger mit kleinerem Portemonnaie hierzulande ihr gutes Recht längst nicht mehr erkämpfen können. ○

Otto gegen Otto's

Die deutsche Otto Group will in der Schweiz einen Onlineshop aufbauen. Das in Sursee ansässige Unternehmen Otto's mit 146 Filialen in der Schweiz sieht dadurch seine Marke bedroht. Jetzt ebnet das Kantonsgericht Luzern den Weg für die Deutschen. Die Begründung ist abenteuerlich. *Von Florian Schwab*

Es ist ein Kampf von David gegen Goliath: hier die Schweizer Handelsfirma Otto's mit einem Jahresumsatz von schätzungsweise 700 Millionen Franken, dort der Versandhändler Otto Group aus Deutschland, der jährlich Waren im Wert von 13,7 Milliarden Euro verkauft. Nach eigenem Bekunden ist die Otto Group nach Amazon der zweitgrösste global operierende Onlinehändler. Bisher gelang es den beiden Unternehmen, mehr oder weniger glimpflich aneinander vorbeizukommen – trotz der Ähnlichkeit im Namen –, indem sich jede der Firmen auf ihre Kernmärkte konzentrierte. Die Otto Group war zwar auch in der Schweiz aktiv, aber unter anderen Marken wie beispielsweise Jelmoli. Die Schweizer ihrerseits begruben ihre Pläne für eine Expansion nach Deutschland vor gut zwanzig Jahren, vor allem aus namensrechtlichen Gründen.

Doch im Jahr 2016 entschlossen die Deutschen, den Otto-Frieden einseitig aufzukündigen. Ihr Ziel ist es, in der Schweiz einen Onlineshop einzurichten, und zwar unter der Adresse www.otto-versandhandel.ch. Wie sich Mark Ineichen, CEO von Otto's, gegenüber dem *Boten der Urschweiz* erinnert, seien die Vertreter der Otto Group von Anfang an äusserst fordernd aufgetreten: «Sie kamen nach Sursee mit der Gewissheit, im Recht zu sein.» Man habe dem Konkurrenten aus Deutschland angeboten, einen Onlineshop unter der Adresse www.otto.de/ch zu dulden, so Ineichen weiter.

Plötzlich ist alles anders

Damit gab sich die Otto Group nicht zufrieden. Sie ging aufs Ganze. Und so entschieden die Gebrüder Mark und Rolf Ineichen, denen seit dem Tod von Firmengründer und FDP-Nationalrat Otto Ineichen im Jahr 2012 das Unternehmen gehört, den Rechtsweg zu beschreiten. Sie sehen eine grosse Verwechslungsgefahr zwischen den beiden Angeboten. Das scheint



Verwechslungsgefahr: Otto's-CEO Mark Ineichen.



96 Prozent der Schweizer kennen dieses Logo.

angesichts der grossen Bekanntheit von Otto's in der Schweiz plausibel: Eine eigens in Auftrag gegebene Strassenumfrage ergab, dass 96 Prozent der Schweizer das Logo von Otto's kennen, aber nur 8 Prozent jenes des deutschen Otto-Versands – was etwa dem Anteil der Deutschen an allen Einwohnern der Schweiz entspricht.

Mit ihrer Klage wollten die Gebrüder Ineichen der Otto Group verbieten, in Zukunft in der Schweiz unter Verwendung der Begriffe «Otto» und «Otto-Versand» aktiv zu werden. In einem Zwischenentscheid verboten letztes Jahr sowohl das Kantonsgericht Luzern als auch das Bundesgericht vorsorglich die Registrierung der Internetadresse otto-versandhandel.ch, solange die Ansprüche nicht geklärt sind. Die «Hauptsachenprognose», also der voraussichtliche Verfahrensausgang, sehe günstig aus für das Surseer Unternehmen, liess das Kantonsgericht bei diesem Verfahren wissen.

Nun ist plötzlich alles anders. Mit Urteil vom 26. November 2018 hat das Kantonsgericht Luzern den deutschen Angreifern recht gegeben. Hat der Entscheid Bestand, kann die Otto Group die Internetadresse registrieren und fortan – neben ihrem deutschen Webshop, der seit je auch in die Schweiz liefert – zusätzlich einen Schweizer Onlineshop betreiben.

Die juristische Ausgangslage war schwierig, weil das Marken- und das Wettbewerbsrecht hier in Konkurrenz treten. Rein markenrecht-

lich betrachtet, liess die Otto Group ihre Marken in der Schweiz ein paar Jahre früher registrieren als Otto's im Jahr 1998 die seinen. Allerdings nutzten die Deutschen die Marke in der Schweiz seither nicht, was deren Schutz erschwerte. Zudem baute Otto's durch seine Geschäftstätigkeit bereits vor der Markenregistrierung einen weiterum derart bekannten Namen auf, dass dessen Verwendung durch einen Dritten wettbewerbsrechtlich verboten wäre, selbst wenn die Marke nicht geschützt wäre. Bei Namen mit einer solch tiefen Marktdurchdringung geben die Gerichte in der Regel dem Wettbewerbsrecht den Vorrang. Nach dieser Lesart hätte der deutsche Otto-Versand in der Schweiz unter diesem Namen nichts verloren.

Warum kamen die Luzerner Richter trotzdem zu einem anderen Schluss? Sie stützten ihren Entscheid einerseits auf die Einschätzung ab, dass Otto's «erst seit kurzem» im Onlinehandel aktiv sei, dass die beiden Firmen sich also in unterschiedlichen Märkten bewegten.

Der 126-jährige Staatsvertrag gehe den Schweizer Bestimmungen vor, so das Urteil.

Von Otto's wird dies bestritten. Man betreibe bereits seit 2007 einen Onlineshop. Zudem bezieht sich das Gericht auf einen Staatsvertrag zwischen der Schweiz und Deutschland aus dem Jahr 1892. Dieser besagt, dass eine Marke bei Verwendung in einem Land bei gleichzeitiger Nichtverwendung im anderen Land trotzdem markenrechtlich in beiden Ländern als genutzt gilt und damit geschützt ist. Dies bedeutet, dass die Nutzung der Marke «Otto-Versand» in Deutschland über die letzten Jahrzehnte auch in der Schweiz gewissermassen angerechnet wird. Dieser völkerrechtliche Vertrag gehe den anderslautenden Schweizer Bestimmungen vor, so das Kantonsgericht.

Unter Juristen ist jedoch umstritten, inwiefern dieser 126-jährige Staatsvertrag aus Zeiten des Kaiserreichs die Grundlage für einen solchen Entscheid sein kann. Klar ist nur, dass die entsprechende Bestimmung bislang kaum angerufen wurde und daher auch nur wenige Präzedenzfälle existieren. Und wenn, dann weisen sie eher in die entgegengesetzte Richtung: Der Europäische Gerichtshof hat den Staatsvertrag vor einigen Jahren als irrelevant klassiert. Das letzte Wort in Sachen Otto gegen Otto hat jetzt das Bundesgericht. ○



«*Treiber ist der Umsatz*»: Modehaus-CEO Manuela Beer.

Plötzlich sehr alleine an der Spitze

Manuela Beer erledigt ihren Job als PKZ-Chefin gut. Das macht die Sache für die Besitzerfamilie nicht einfacher.
Von Mark van Huissing und Nathan Beck (Bild)

An einem Freitagabend im vergangenen Juni taten Manuela und Hans Beer etwas, was sie selten tun: Sie besuchten einen gesellschaftlichen Anlass. Denn die Veranstaltung war zu gut, um abzusagen. Hugo Boss hatte eingeladen, Anlass war der bevorstehende E-Prix von Zürich, das erste Rennen für Elektroautos, das deutsche Modeunternehmen ist Partner der Rennserie. Und ein wichtiger Kunde von PKZ, der Schweizer Modehauskette. Zudem war der Rahmen angenehm – Veranstaltungsort «The Dolder Grand», Cocktails und Fingerfood, begleitet von Musik. Es ist nicht so, dass die Eheleute Beer ungern geladene Gäste

wären. Es ist vielmehr so, dass Manuela Beer keine ist, die Auftritte auf roten Teppichen oder an Apéros zur blauen Stunde sucht. Weil man nie weiss, wer sonst noch hingehet und einen findet. Sie mag Überraschungen nicht besonders. Sie zählt zum Menschenschlag, der es bevorzugt, sich so gut wie möglich vorzubereiten auf das, was passieren könnte. Und falls das erwartete Unerwartete passiert, muss Hans Beer eingreifen. Der Geschäftsleiter von Spar in der Schweiz ist, was man einen easy Typen nennt – man duzt sich mit ihm nach Minuten, er erzählt Geschichten, hört aber auch dem Gesprächspartner zu.

So weit, so unterhaltsam. Doch gelingt's einem als Journalist, der seit einiger Zeit auf ein weiteres Treffen mit Frau Beer wartet, so nicht, die Gelegenheit zu nutzen und in fast entspannter Umgebung mit ihr zu sprechen.

Hugo Boss und etwas Vegetarisches

Das offizielle Treffen findet dann im Oktober statt, im «Ornellaia», dem neusten Zürcher Restaurant der Bindella-Familie nahe der Bahnhofstrasse (ich war Gast von Frau Beers Arbeitgeber). Medard Meier, ihr Berater und ehemaliger Chef der *Bilanz*, ist bereits dort.

Sie kommt mit der kleinen Verspätung, die Frauen haben, wenn sie Männer im Restaurant treffen – sie wollen keinesfalls zuerst dort sein und allein warten. Sie hat ein hellblaues gemustertes Kleid von Hugo Boss an, das zu ihren Augen passt, und bestellt in fließendem Italienisch etwas Vegetarisches, was nicht auf der Karte steht, dazu Wasser, still sowie temperiert, *per favore*. Für das Gespräch nimmt sie sich Zeit. Sie ist auskunftsfreudig, offen, ehrlich, denke ich. Das ist die gute Nachricht. Die andere: Nichts, was sie sagt, ist neu für den, der Interviews mit ihr in den vergangenen zwei Jahren

in der NZZ am Sonntag oder der Sonntagszeitung gelesen hat.

Um fair zu bleiben: Manuela Beer teilt ein wenig News mit. Sie rechne damit, im laufenden Geschäftsjahr wieder zwei Prozent Wachstum erzielen zu können, wie das PKZ bereits im Vorjahr gelungen ist (Verkäufe von rund 160 Millionen Franken). Was in einem schrumpfenden Markt – der sogenannte stationäre Kleiderhandel läuft schlecht wegen Rabatten, Einkaufstourismus sowie zunehmender Bedeutung von Online-Mitbewerbern – nicht übel ist.

Sie interessiert sich sehr für Mode und Design, sagt sie (auch mir). Klar, die Modehauschefin, die davor Marketing- und Einkaufsleiterin bei Globus und früher zwei Jahre Marketingleiterin von de Sede, einem Schweizer Möbelhersteller, war, ist gut und modisch gekleidet. Dennoch neige ich zu Zweifeln daran, dass sie es liebt, ihren Look für den bevorstehenden Tag oder Abend zusammenzustellen. Sie ist im Herzen Marketingexpertin, hat Betriebswirtschaftslehre studiert an der Universität St. Gallen, anschliessend arbeitete sie im Marketing von Unilever, dem Nahrungsmittel- und Körper- sowie Textilpflegekonzern, ferner ist sie im Vorstand der Schweizerischen Gesellschaft für Marketing sowie der Zürcher Handelskammer.

Investieren im schwierigen Markt

Im Frühjahr 2012 wurden Manuela Beer und Jean-François Zimmermann interimistisch und gemeinsam zu Co-Geschäftsführern von Globus befördert. Frau Beer, sagt einer, der seinerzeit in leitender Stellung im Warenhaus arbeitete, rechnete sich bessere Chancen auf den obersten Posten aus. Doch es kam anders: Zimmermann, *le Romand*, wurde definitiver alleiniger Geschäftsführer. Was eine Niederlage für Beer war. Sie habe unbedingt CEO werden wollen, erinnert sich der Globus-Kadermann. Das erfuhr auch Olivier Burger, damals Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der PKZ-Gruppe. Er plante, sich aus dem Tagesgeschäft zurückzuziehen. Sobald er einen passenden Geschäftsführer hätte. Oder eine passende Geschäftsführerin – im Herbst 2014 übernahm Manuela Beer den Chefposten bei ihm.

Ein Jahr später starb Burger überraschend an einer Hirnblutung, er war 61. Und Manuela Beer war plötzlich sehr alleine an der Spitze der Modekette, die ihr Präsident und Vorgesetzter ein Arbeitsleben lang nach seinen Vorstellungen ausgebaut und geführt hatte.

Am 16. Dezember wird das drei Jahre her sein. Das Unternehmen hat seither, sagt Beer, den Umsatz gehalten, die Zahl der Filialen liegt bei 39, nachdem im Vorjahr ein Laden geschlossen und zwei neu eröffnet wurden. In einem schwierigen Markt macht sie ihren Job also gut, so sieht's aus. Und legt Wert darauf, dass man investiere: im vergangenen Jahr insgesamt mehr als zehn Millionen Franken,

etwa in die Informationstechnik, den Bau eines Zentrallagers in Muttentz sowie, den grössten Teil, in den Umbau von PKZ Women in Basel respektive die neuen Filialen in Chavannes und Rapperswil. Die Chefin will nämlich, dass das Geschäft wieder wächst. «Der Treiber ist der Umsatz», sagt sie.

Familienunternehmen ohne Familie

Auch qualitativ hat das Angebot zugelegt, seit sie entscheidet. Sie hat neue attraktive Marken in ihre Läden geholt, einige davon exklusiv für die Schweiz – Reiss und All Saints aus London zum Beispiel. «Ihre Markenselektion ist gut», sagt Thomas Herbert, Globus-CEO, «sie kann die kommerzielle Stärke von Marken genau einschätzen.» Oder sie verstärkt die Masskonfektionskompetenz, im PKZ-Men-Geschäft an der Bahnhofstrasse 46 gibt es eine sogenannte Mass-Bar. Und im PKZ-Women-Haus ein bisschen weiter unten an der Strasse (näher beim Bahnhof), dem grössten der Gruppe, das, nebenbei erwähnt, im Besitz des Unternehmens ist, steigern ein «Hiltl»-Restaurant im dritten Stock sowie zahlreiche Kaffee- und Prosecco-Ecken das Wohlbefinden/Einkaufserlebnis von Kundinnen.

Bloss, reicht das, um mit «einer strategisch problematisch aufgestellten mittelgrossen Gruppe», wie der Chef eines Schweizer Handelunternehmens PKZ beschreibt, bestehen zu können? Die Frage ist eine rhetorische. Und die Antwort, von Mitbewerbern: «Kaum.»

Zuerst zum Grundsätzlichen oder dazu, was das heissen soll: «strategisch problematisch aufgestellt». Die Grossen und Starken der Branche – Zara, Mango, H & M – sind wohl *too big to fail*, abgesehen davon, dass ihr Angebot mehrheitlich stimmig ist. Die Kleinen und Beweglichen, Lokalhelden mit drei oder weniger Ablegern und scharfen Kenntnissen ihrer Kundinnen und Kunden, dürften es ebenfalls schaffen. Einmal mehr ist die Mitte kein angenehmer Ort. Und die Mitte ist, wo PKZ ist – man hat nicht nur Geschäfte in Zürich, Basel, Bern, sondern auch in Thun, Chur, Zug oder Rapperswil.

Zweites Problem der Top-drei-Schwierigkeiten von PKZ und somit von Manuela Beer: der Online-Shop. Das Geschäft damit liegt bei rund zehn Millionen Franken jährlich. Die Information kommt von einem Mitbewerber – PKZ ist ein privates Unternehmen und veröffentlicht nur wenige und nicht sehr detaillierte Zahlen. Zehn Millionen also, seit Jahren. Was im Grunde alles sagt. Im World Wide Web muss man gross sein. Und stark wachsen. Sonst ist man ein Nano-Player. Zehn Millionen sind nicht nichts, es ist ein Achtungserfolg. Aber zehn Millionen hatte man bereits kurz nach der Eröffnung des Webshops vor sieben Jahren. Um das nächste Level zu erreichen, braucht es Investitionen. Würde es mehr Geld brauchen, als man für Umbauten und so weiter ausgab. Mit anderen Worten: mehr, als zur Verfügung steht.

Was zur Besitzerfamilie führt. Oder, zuge-spitzt ausgedrückt, zum Familienunternehmen ohne Familie. Olivier Burger hinterliess zwei Söhne und eine zweite Ehefrau. Von den Söhnen ist der jüngere, Maurice, 27, Verwaltungsrat und Vertreter der fünften Generation der von seinem Ururgrossvater 1881 gegründeten Firma; der zwei Jahre ältere Philippe hat keine offizielle Aufgabe im Geschäft, er ist Agrarwissenschaftler. Die Witwe, Hilda Burger-Calderon, eine Filipina, begrüsst Gäste bei PKZ-Modenächten, dürfte aber wenig zur Unternehmensführung beitragen.

Maurice Burger, sagt Manuela Beer, habe viel Retail-Kenntnisse. Als Sohn des Vaters habe er jahrelang mitbekommen, worum es geht im Geschäft mit Kleidern im Allgemeinen und bei PKZ im Besonderen. Mir ist er eher als an künstlicher Intelligenz und Machine Learning Interessierter aufgefallen; er arbeitet für das Berliner Start-up Merantix, in dem solche Anwendungen entwickelt werden (seine Mutter, Olivier Burgers Ex-Frau, ist meine Geschäftspartnerin). Weitere Verwaltungsräte sind Thomas Kern, ein Schulfreund Burgers und ehemaliger Globus-Chef, sowie Claude Lambert, ein Anwalt von Homburger mit Spezialgebiet Unternehmenskäufe und -zusammenschlüsse, er ist Präsident des VR.

Aktionäre von PKZ sind ausschliesslich Familienmitglieder, neben den erwähnten gehört etwa die Mutter des verstorbenen Olivier Burger dazu. Das Vermögen der Burgers schätzten Redaktoren der *Bilanz* Ende 2017 auf 150 bis 200 Millionen Franken. Der allergrösste Teil dürfte im Unternehmen investiert sein. Und dieses, mit Ausnahme der Immobilie Bahnhofstrasse 88 in Zürich, wird wohl, traurigerweise, eher weiter an Wert verlieren – 2010 wurden, mit fünfzig Filialen, noch 215 Millionen umgesetzt, ein Drittel mehr als heute.

«Fünfmal ja»

Auf dieses Gebiet lässt sich Manuela Beer nicht ein. Verständlicherweise. Was soll sie dazu sagen? Ausser: «Ich spüre grosses Commitment von der Familie für das Unternehmen.» Und, auf die Frage: «Denken Sie, die Familie will PKZ mittel- oder längerfristig behalten?» – «Fünfmal ja.»

Sie möge Überraschungen nicht besonders. Zähle zum Menschenschlag, der es bevorzugt, sich so gut wie möglich vorzubereiten auf das, was passieren könnte, stand am Anfang dieses Artikels über die Betriebswirtschaftlerin, HSG-Alumna und Marketingexpertin im Herzen. Über die Frau, die unbedingt CEO werden wollte. Und es geworden ist. Zum ersten Mal bei PKZ, wo sie ihre Aufgabe gut löst, obwohl die Rahmenbedingungen nicht so gut sind. Das nennt man in der Geschäftssprache *room for improvement*, auf Deutsch: Raum für Verbesserung. ○

Ein Poet trainiert Real Madrid

Der Argentinier Santiago Solari schrieb einst die besten Fussballkolumnen. Jetzt muss er den besten Fussballklub der Welt aus der Krise führen.

Von Peter Hartmann

Sieht so ein «Galaktischer» aus? Wie ein tadellos eleganter Gentleman aus einer Screwball-Comedy Hollywoods, liebenswürdig, mit perfekten Manieren. Während Jahren schrieb er vertrackt gescheite Kolumnen in *El País*, zum Beispiel über das Kafkaeske von Schiedsrichterentscheidungen. Sein Lieblingsdichter ist sein argentinischer Landsmann Jorge Luis Borges, der den lästerlichen Satz fallen liess: «Fussball ist populär, weil Dummheit populär ist.»

Jetzt trainiert dieser Cary-Grant-Wiedergänger namens Santiago Solari, 42, die Mannschaft des prestigeträchtigsten Klubs des Weltfussballs. Der Zweifel ist sein Schatten: Kann er das?

Die gleiche Frage stellte sich auch schon vor drei Jahren bei seinem Vorgänger Zinedine Zidane, der als Antwort dreimal hintereinander die Champions League gewann – und mit seinem abrupten, formlosen Abgang Ratlosigkeit und Chaos hinterliess. Als Nachfolger engagierte der allmächtige Real-Potentat Florentino Pérez den Nationalcoach Julen Lopetegui, einen ehemaligen Torhüter. Mit Lopetegui stürzte Real im freien Fall auf den neunten Tabellenplatz ab.

«Tolstoi-Figur»

Real hatte nicht nur Zidane verloren, sondern auch seinen Torautomaten Cristiano Ronaldo. Zidanes Credo hiess: Talententfaltung, Fantasie über Vorsicht. Lopetegui beschnitt den Spielern die Freiheiten und bewegte sie wie auf dem Schachbrett. Die Mannschaft meuterte gegen diesen Paradigmenwechsel und widersetzte sich auch dem Engagement von besessenen Konzepttrainern wie José Mourinho oder Antonio Conte.

So zauberte Präsident Pérez notfallmässig die Krisenlösung Solari aus dem Hut, im Vertrauen, das Wunder Zidane würde sich dank gleicher Vorzeichen wiederholen. Denn wie der Einspringer Zidane, der mitten in der Saison 2015/16 die Mannschaft übernommen hatte, hatte sich auch Solari als Nachwuchstrainer, einer von dreissig, im Unternehmen die Sporen abverdient, draussen in der weitläufigen Ciudad Deportiva in Valdebebas mit den zehn Übungsplätzen, alle belegt mit dem gleichen Rasenteppich wie das Bernabéu-Stadion. «Für mich ist entscheidend, welche Fähigkeiten die Spieler haben», gibt sich Solari bescheiden, «danach richtet sich die Taktik.»



Philosoph mit Stallgeruch: Trainer Solari.

Er war als Mittelfeldspieler auf dem Platz der Satellit des Superstars Zidane und leitete im Champions-League-Final 2002 in Glasgow gegen Bayer Leverkusen das Fabeltor Zidanes ein, einen geschraubten Fallrückzieher für die Youtube-Videothek. Zidane und Solari verbindet auch das gleiche Jugendidol, der Uruguayer Enzo Francescoli, der Zidanes Sohn den Vornamen gab. Solari hat mit Francescoli selber gespielt, noch in Argentinien bei River Plate in Buenos Aires, und er nennt ihn in einer Kolumne eine «Tolstoi-Figur», weil er, Francescoli, auf dem Platz mit den Füßen geniale Geschichten erzählte.

Das ist vielleicht etwas pathetisch-argentinische Tinte. Jorge Valdano, Argentinier auch er, Zuträger Diego Maradonas in der Weltmeistermannschaft von 1986, gilt mit seinen Kommentaren und Büchern als der Fussball-intellektuelle schlechthin. Er war auch schon

Trainer und Generaldirektor bei Real Madrid und schreibt über den Geistesverwandten: «Unter seinem Anzug steckt ein Ball voller Schlamm.» Heisst: Solari hat Stallgeruch.

Die Fussball-DNA hat er von seinem Vater Eduardo, Ex-Profi und Trainer wie auch sein Onkel Jorge Raúl Solari. Zwei Brüder spielen ebenfalls Fussball. Seine Cousine Natalia ist mit dem ehemaligen Real-Star Fernando Redondo aus einer reichen argentinischen Familie verheiratet, seine Schwester Liz Schauspielerin und Model. Seine Kindheit verbrachte Santiago in Barranquilla in Kolumbien und im mexikanischen Guadalajara, die Familie mit dem Wanderfussballer-Vater zog es aber immer wieder zurück in die Heimat nach Rosario, Geburtsstadt von Che Guevara, dem Trainer-Übervater César Luis Menotti, Weltmeister von 1978, von Lionel Messi und Ángel Di María. Zu Hause in Rosario ist Solari «El Indiecito», der kleine Indianer, benannt nach seinem Onkel Jorge «El Indio» Solari.

Jahre des Nachdenkens

Mit achtzehn schickte ihn der Vater zum Studium an das Richard-Stockton-College in New Jersey, und Santiago Solari erweiterte seine amerikanischen Literaturkenntnisse, aber als 1996 die Chance kam, das Angebot von River Plate, dem Nobelklub aus Buenos Aires, war die Berufswahl entschieden. In Spanien schloss er später nebenher als Sportlehrer ab.

Santiago Solari machte die Wunschkarriere aller argentinischen Auswanderer in Europa. Zuerst ein Jahr Atlético Madrid, fünf Jahre Real, drei Jahre Internazionale Mailand. Elfmal berücksichtigt für die argentinische Nationalmannschaft. Ein erfolgreicher Unauffälliger. Zum Ausklang Engagements in Mexiko und Uruguay. Einige Jahre des Nachdenkens, Schreibens und Kommentierens. 2013 WiederEinstieg als Jugendtrainer bei Real, regelmässiger Alltag, morgens Frühstück mit seiner Ehefrau und den zwei Kindern, pünktlich um neun in Valdebebas im Traineroffice. Zuletzt als Coach der Filialmannschaft Castilla in der Segunda Division B, Spaniens dritter Spielklasse, an Zidanes Stelle, und wie immer es weitergehen wird: «Im Leben sind wir alle nur auf der Durchreise.» Die selbst proklamierten «Galaktischen» stehen unter Überalterungsverdacht, aber seit Arbeitsbeginn des jüngsten Trainers bei europäischen Top-Klubs sind sie aus dem Abgrund auf den vierten Platz hochgeklettert und behaupten sich in der Champions League. Mission: possible. ○

Das kälteste Rennen der Welt

Zwei Abenteurer, ein US-Amerikaner und ein Brite, wetteifern darum, der erste Mensch zu sein, der solo und ohne Hilfsmittel die Antarktis zu Fuss durchquert. Zwei Drittel der Distanz liegen hinter ihnen. Sie sind beide noch am Leben. *Von Michael Bahnerth*

Es gibt keine weissen Flecken mehr. Die Welt ist vermessen, kartografiert, durchschritten vom Menschen, in Besitz genommen und entzaubert. Es gibt kein unentdecktes Land mehr unter diesem Himmel, und über dem Himmel leuchten Satelliten noch die hintersten Ecken aus. Es gibt nur noch diesen unermesslichen weissen Fleck, so gross, dass er ein Kontinent ist. Kaum Menschen leben auf ihm, und trotz-



Immer wieder «Graceland»: Colin O'Brady.

dem ist sein Eis der Boden für grenzenlose Tragödien und Triumphe; *Antarctica*. «Wild wie kein anderes Land unserer Erde liegt es da, ungesehen und unbetreten», sagte Roald Amundsen, der 1911 der erste Mensch am Südpol war.

Unfreiwilliges Duell

Nirgends wurde so verzweifelt und heldenmütig gestorben wie am unteren Ende der Welt. Nirgends tauten die Tugenden des Menschen so gut auf wie an diesem verlassensten Ort der Welt; Ernest Shackleton, Robert Scott, Amundsen. Und nirgends froren sie einen so schnellen Tod wie im ewigen Eis. Wer sich aufmacht zur letzten Welt, weiss nie, ob er wieder zurückkommt, weil es, wie der britische Polarforscher Apsley Cherry-Garrard schrieb, «die schlimmste Reise der Welt ist».

Vor zwei Jahren starb dort Henry Worsley mit 55 Jahren, ein britischer Entdecker und Offizier einer Eliteeinheit. Er wollte der erste Mensch sein, der die Antarktis solo und ohne Hilfsmittel durchquerte. Keine Nahrungsdepots, keine heisse Dusche in der Amundsen-Scott-Südpolstation. Alles Material, das er brauchte für die 1500 Kilometer lange, rund zweimonatige Tortur vom nördlichen Ronne-Eisschelf über den Südpol bis zum Ross-Eisschelf, war auf einen Schlitten gebunden, den er zog; 190 Kilo. Eine

Handvoll Meilen vor dem Ziel, das sind drei Tagesmärsche, wenn es gut läuft, und fünf für einen, der geschwächt ist und krank, rief er um Hilfe. Man brachte ihn nach Punta Arenas in Chile, aber es war zu spät.

Ende Oktober 2018 liefen sich in Punta Arenas zwei Abenteurer unfreiwillig über den Weg, die dasselbe Ziel hatten; zu vollenden, was Worsley nur fast gelungen wäre. Der eine ist der Brite Louis Rudd, der ein guter Freund von Worsley war, der andere der 33-jährige US-Amerikaner Colin O'Brady. Der Amerikaner ist vom Typ her ein Weltenstürmer mit all dem Abenteuerzeugs der Neuzeit im Gepäck; zweifacher Weltrekordhalter des Explorers Grand Slam (Nordpol, Südpol und die sieben höchsten Berge jedes Kontinentes), er schaffte sie in 139 und 131 Tagen. Rudd ist 49 Jahre alt, war Offizier der Royal Marines und kämpfte im Kosovo, im Irak und in Afghanistan. 2012 wiederholte er mit Worsley Roald Amundsens Tour zum Südpol.

Im April kündigte Rudd an, die Antarktis solo und ohne Hilfsmittel zu durchqueren. Im Oktober zog O'Brady nach. Aus jeweils einer Ein-Mann-Show wurde das «race across Antarctica», das unfreiwillige Duell zweier Abenteurer darum, der Erste zu sein und einen der vordersten Ränge in der Galerie der Unsterblichen zu besetzen.

Sie sprachen nicht viel in Punta Arenas, während der siebentägigen Überfahrt auch nicht, sie wünschten sich Glück bei der Ankunft, und am 3. November zogen sie ein paar Kilometer getrennt voneinander los in die Unendlichkeit des Eises, in der es keine Geräusche gibt ausser dem Knacken des Eises und dem Heulen des Windes. Als die Absenz von Geräuschen nach den ersten Tagen zu laut wurde, steckten sie

Rudds einzige Chance auf den Sieg scheint ein massiver Wetterumschwung zu sein.

sich Kopfhörer in die Ohren. Rudd hört 1980er-Jahre-Musik und die Biografie von Churchill. O'Brady hört Podcasts, und einen Tag hat er nichts anderes gehört als «Graceland» von Paul Simon. Immer wieder.

Beide kommen gut voran. Der arktische Sommer ist ein netter bisher, nur minus 28 Grad Celsius im Schnitt, vielleicht mal minus 35, wenn der Tag Schnupfen hat. Es gab ein paar miese Tage mit dem undurchsichtigen

whiteout, aber meist schien die Sonne. Sie leiden beide nicht an Erfrierungen, ihre Mägen sind intakt, und das grösste Problem ist der Schweiss auf der Haut, der gefrieren kann, sobald sie aufhören, sich zu bewegen. Eine tödliche Unterkühlung wäre die Folge.

Zwischen Triumph und Tragödie

Rudd schafft achtzehn Kilometer pro Tag, O'Brady ein paar mehr, und am 9. Dezember, dem 37. Tag der 901 Kilometer langen Reise zwischen Triumph und Tragödie, hat O'Brady den 89. Breitengrad überquert und ist noch 80 Kilometer vom Südpol entfernt. Am Südpol werden drei Fünftel der Gesamtstrecke hinter ihnen liegen, und danach geht es immer leicht bergab. Rudd ist etwa zwei, vielleicht drei Tagesmärsche hinter O'Brady. Das liegt daran, dass O'Bradys Beine jünger sind und Rudd länger schläft. Wenn der Brite um sieben Uhr morgens aufsteht, ist O'Brady schon unterwegs, den Tag aufgeteilt in acht Einheiten zu drei Kilometern.

Man darf Rudd noch nicht die Nummer zwei auf den Rücken heften. Bleiben die Wetterbedingungen gut, ist O'Brady nicht zu schlagen, und er wird etwa fünf oder sechs Ta-



Im arktischen Sommer bei -28 Grad: Louis Rudd.

ge vor Rudd am andern Ende der Antarktis angekommen. Rudds einzige Chance, das Rennen zu gewinnen, scheint ein massiver Wetterumschwung zu sein, also Stürme und Temperaturen unter minus 50 Grad. Im absoluten Grenzbereich des Lebens, wenn bei jedem Schritt der Tod nicht mehr nur ein paar Zentimeter hinterherläuft, sondern auf gleicher Höhe mitgeht und ein Tempo anschlägt, dem das Leben kaum hinterherkommt, wenn man nur noch sich hinlegen und für immer schlafen möchte, wenn da nur noch Wille ist, scheint Rudd der Coolere zu sein. ○

Lust am Königsmord

Der Aufstand der Gelbwesten trägt eine Kulturrevolution der Populisten aus der Provinz in die Hauptstadt. Macron reagiert mit einem «*mea culpa*», einer Liebeserklärung an die Franzosen und 100 Euro mehr Mindestlohn auf Staatskosten. Die Wut kann er damit kaum bändigen. Von Jürg Altwegg

Der Aufstand der *gilets jaunes* beschert den News-Sendern jeden Samstag Einschaltquoten, die sie nicht einmal während der Attentate erreichten. Siebzig Kamerateams berichten aus Paris. Meist sind die Übertragungen von epischer Langeweile. Gelbwesten promenieren über die Avenuen oder versammeln sich an Kreuzungen. Man sieht, wie sich die Truppen der Polizei bilden und sich bewegen.

Plötzlich geht ein Auto in Flammen auf. Die Plünderung einer Bijouterie, bei der ein bestens ausgerüsteter Bandit durch den Inhaber gefährlich verletzt wurde und sich dieser fluchend darüber beschwerte, ging über die Bildschirme. Auch die Vandalen beim Triumphbogen, wo Macron am 11. November vor den Augen der ganzen Welt das Ende des Ersten Weltkriegs vor hundert Jahren zelebriert hat, wurden live in die Stuben und auf die Handys übertragen. Die Tonspur zu den Bildern ist immer die gleiche: «Macron démission!»

Die Keimzelle der Revolte

Seit einem Monat wird Frankreich von bürgerkriegsähnlichen Szenen heimgesucht. Am vergangenen Samstag mussten im ganzen Land Fussballspiele abgesagt werden. Die Museen und grossen Kaufhäuser waren ebenso geschlossen wie der im November eröffnete Apple Store auf den Champs-Élysées. Hunderte von Demonstranten wurden verhaftet – auch vorsorglich.

Zu Beginn der Protestbewegung hatte Macron jegliche Konzessionen abgelehnt. Dann liess er vom Premierminister ein «Moratorium» für die Einführung der neuen Abgaben auf Benzin verkünden. An ihnen entzündete sich die Revolte. Auslöser des Volkszorns jedoch war die Geschwindigkeitsbeschränkung auf 80 Stundenkilometer auf Landstrassen. Seit mehr als zwei Wochen hat der Präsident eisern geschwiegen.

Sein Wahlprogramm hatte Emmanuel Macron als Buch mit dem Titel «Révolution» veröffentlicht. Mit der Last ihres historischen Erbes und dem permanenten französischen Bürgerkrieg zwischen Revolution und Reaktion wollte er aufräumen, links und rechts gleichzeitig regieren, der Vernunft und dem Pragmatismus verpflichtet. Doch vom historischen und narzisstischen Grössenwahn, der die Staatspräsidenten im Elysée ereilt, blieb er nicht verschont. Als «grossen Abwesenden» hatte er den «toten König» bezeichnet, auf dem «leeren Stuhl im Herzen der französi-

schen Politik» nahm er Platz und versprach, die «Vertikalität» der Monarchie zu restaurieren. Seinen Triumph feierte er vor dem Louvre, dem Schloss des Königs und grössten Museum der Welt, die ihren neuen Hoffnungsträger wie einen Messias feierte: «France is back».

Doch schneller noch als bei seinem Vorgänger François Hollande brachen die Beliebtheitswerte zusammen. Im Laufe des Sommers wurde Macron zum meistgehassten Präsidenten der Nation – vielleicht seit Pétain. Und schon schlägt ihm die ungebändigte Lust der Franzosen am Königsmord entgegen. Zurück ist die Revolution. Es sind die längsten und schlimmsten Ausschreitungen seit dem Aufstand der Studenten vor fünfzig Jahren. Der November 2018 erscheint als Gegenrevolution zum Mai 68. Es ist eine Kulturrevolution der Populisten, als deren «Vater» und Pionier der Historiker Marcel Gauchet gerade Robespierre porträtiert und rehabilitiert hat. Die Gelb-

Der November 2018 erscheint als Gegenrevolution zum Mai 68.

westen verweigern sich der Ideologie des Multikulturalismus und der Ökologie, die aus dem Mai 68 hervorgegangen sind. Sie wehren sich gegen die kulturelle Arroganz der herrschenden Eliten, die 1968 ihre Sozialisierung und politische Taufe erlebt hatten. Es ist ein Aufstand der «France profonde» aus der Tiefe der Provinz.

«Kettenraucher und Dieselfahrer»

Wie ein Blitz aus heiterem Himmel, der den selbsternannten Jupiter im Elysée traf, sind die *gilets jaunes* als neue Sansculotten auf den Strassen und Plätzen aufgetaucht. Sie tragen ihre gelben Warnwesten der Autofahrer wie die Jakobiner ihre Mützen und singen die Marseillaise. Eine flachere Bewegung kann man sich nicht vorstellen, es gibt weder Anführer noch Strukturen. Gelb ist eine der letzten Farben, die mit keiner politischen Identität verbunden sind.

Unsäglich waren die ersten Reaktionen aus der Regierung: «Kettenraucher und Dieselfahrer». Schnell wurde daraus eine «braune Pest». Die Beschimpfung des Volks konnte die Gewaltbereitschaft nur beflügeln: die welt-offenen hedonistischen Gewinner der Globalisierung – in den Städten – gegen ihre Verlierer

an den Rändern, die am Samstag protestieren, weil sie unter der Woche arbeiten. Die aufgeklärten «Gutmenschen» des ökologischen Umbaus gegen die tumben und unverbesserlichen Populisten. Die Partei des Fortschritts gegen die hinterwäldlerischen und fremdenfeindlichen Nationalisten. Grün und Geld gegen Gelb und Armselig. Die einen fürchten das Ende der Welt, die anderen sind am Monatsende stier.

Bardot posiert in Gelb

Der linke und libertäre Philosoph Michel Onfray hat sich auf die Seite der *gilets jaunes* geschlagen. Sie kämpften, sagt er, gegen die «Prekarisierung» und die linksliberalen Medien, die «das einfache Volk beschimpfen». Er nennt sie beim Namen: *Libération*, *Le Monde*, *L'Obs*. Die verbale Gewalt vieler Intellektueller und Journalisten, die einst fanatische Anhänger von Maos «Kulturrevolution» und Pol Pot waren, ist verstörend.

Mit Sympathie reagierten zumindest in ihren gewaltfreien Anfängen unpolitische Volksschauspieler, Komiker, Schlagersänger, populäre Stars auf die Bewegung. Brigitte Bardot posierte mit einer gelben Weste. Der Historiker Jean-Pierre Le Goff nennt es eine Revanche der «Spiesser». Die kulturelle Arroganz der Pariser Elite wird von den *gilets jaunes* stärker empfunden als die soziale Ungleichheit – die in Frankreich weniger ausgeprägt ist als in den meisten europäischen Ländern.

In ihrer Radikalisierung wurden die *gilets jaunes* zusehends für die Verschwörungstheorien rund um den Migrationspakt der Vereinten Nationen anfällig. Frankreich hat Untersuchungen eingeleitet, um die Rolle von Facebook-Konten, die möglicherweise aus Russland die Revolte anfeuerten, zu untersuchen. Das von Macron erlassene Gesetz über Fake News gilt ausdrücklich nur in Zeiten des Wahlkampfs, an Revolutionen hatte man nicht gedacht. Für den Vandalismus beim Triumphbogen machte der Soziologe Emmanuel Todd, der Macron und den Euro gleichermassen ablehnt, die «agents provocateurs» der Polizei verantwortlich.

Auf Twitter spottete Trump über Macrons Rückzieher bei der Benzinsteuer und die Unmöglichkeit, seine Klimaziele zu erreichen. Der Aufstand vermies das Weihnachtsgeschäft und verschreckt Unternehmen, die sich nach dem Brexit in Frankreich niederlassen wollten. Von den laut *Bilanz* 300 reichsten



Alles für die Franzosen: Gelbwesten in Paris.

Einwohnern der Schweiz haben 54 einen französischen Pass. Es ist Macron nicht gelungen, sie zur Rückkehr zu bewegen. Zwei neue sind hinzugekommen, der Bijoutier Boucheron und ein Immobiliencycoon. «Auch die Kinder verlassen das Land», so die Bilanz.

Macron geht in die Knie

Die Reichensteuer, die zum Symbol des gelben Volkszorns geworden war, will Emmanuel Macron nicht wieder einführen: «Es gab sie während vierzig Jahren, in denen es Frankreich nicht besserging.» Auch seine Ansprache im Fernsehen wurde mit ein paar Takten der Marseillaise eingeleitet, dreizehn Minuten dauerte sie.

Macron ging in sich und in die Knie. Demütig wie nie sprach er zu seinem Volk. Alles, was er wolle und mache, sei nur für sie, die Franzosen. Er kündigte die Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns von 1498,47 Euro pro Monat um hundert Euro an – auf Staatskosten, um die Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen nicht zu beeinträchtigen.

Noch am Tag zuvor hatte die Arbeitsministerin jegliches Zugeständnis beim Mindestlohn als unmöglich bezeichnet. Verschiedene

Sozialabgaben werden ausgesetzt und Überstunden generell von jeglicher Belastung befreit, wie schon unter Sarkozy. Ihn hatte Macron letzten Freitag heimlich getroffen. Den Arbeitgebern empfiehlt er, ihren Angestellten eine Gratifikation zu gewähren. Die Kosten seiner Ankündigungen werden auf rund zehn Milliarden Euro geschätzt, mit den

Macron ging in sich und in die Knie. Demütig wie nie sprach er zu seinem Volk.

Maastricht-Kriterien sind sie nicht vereinbar. Vage verspricht Macron Einsparungen im Staatshaushalt und Massnahmen gegen die Steuerflucht. Drei Monate lang solle eine «nationale Debatte» über die Steuergerechtigkeit, den exzessiven Zentralismus, den öffentlichen Dienst und die Einwanderung dauern: «Ich will den Puls des Landes fühlen.»

Das Land, in dem achtzig Prozent der Bevölkerung mit den Gelbwesten sympathisieren und mehr als die Hälfte der gut 30000 Gemeindepräsidenten erklären, dass sie spätestens bei den nächsten Wahlen 2020 zurück-

treten wollen. Macrons schliessende Worte: «Vive la République. Vive la France».

Neuer Gorbatschow?

Ein Jahr nach dem Mai 68 schickten die Franzosen sein Vorbild Charles de Gaulle in die Wüste, Macrons eigenes Schicksal ist ungewiss. «Keine Veränderung, keine Wende», erklärte am Tag danach der Fraktionschef seiner Partei, Richard Ferrand: «Nur eine Beschleunigung. Alle getroffenen Massnahmen zur Förderung der Kaufkraft sind im Regierungsprogramm vorgesehen.» Damit liegt er gar nicht mal so sehr daneben. Einen verbindlicheren Eindruck von der Stimmung und der Aufnahme der Versprechen, die rund 15 Millionen Citoyens betreffen, wird erst der kommende Samstag ermöglichen.

Alexis de Tocqueville hat in seinem Klassiker über das Ende des Ancien Régime beschrieben, wie der König 1789 mit seinem Nachgeben das Aufkommen der Revolution begünstigte. Der Überwindung einer «alten Welt» hat sich der gewählte Monarch Macron verschrieben. Nach seiner Rede an die Nation besteht die Gefahr, dass er zu ihrem Gorbatschow wird. Fortsetzung folgt. ○

Rule, Britannia

Der Brexit ist ein grandioses Schauspiel. Dessen Bühne steht im Westminster, wo die Members of Parliament – eine Art Klubmitglieder, nicht Abgeordnete, bitte – über das Schicksal der Nation entscheiden. Ein Theaterbesuch. Von Hanspeter Born

Friedlicher Adventssamstag im alten Londoner Stadtbezirk City of Westminster, seit alters Sitz des Parlaments. Von hier wird das Vereinigte Königreich regiert. Hier schlägt das Herz jenes Englands, das ewig England sein wird.

Der Fussgänger, der über die Westminster Bridge zum prachtvollen viktorianischen Parlamentspalast schlendert, muss feststellen, dass für Fahrzeuge der Zugang gesperrt ist. Es soll vermieden werden, dass – wie im März 2017 – ein Wahnsinniger über die Brücke auf den Parlamentsparkplatz rast und Menschen umbringt.

Begrüsst wird der Wanderer auf der Ostseite des Parlaments von einem rotgewandeten fröhlichen Samichlaus, englisch *Father Christmas* – oder weil die amerikanische kulturelle Eroberung fortschreitet: *Santa Claus*. An seiner Seite, statt eines Rentiers oder eines Esels, ein ebenfalls in Rot gekleideter Bernhardinerhund.

«Das Ende ist nah», kündigt ein von zwei schwarzen Zeugen Jehovas hochgehaltenes Plakat. Wäre es das doch nur, denkt mancher Einheimische, der das Brexit-Geschwätz satthät.

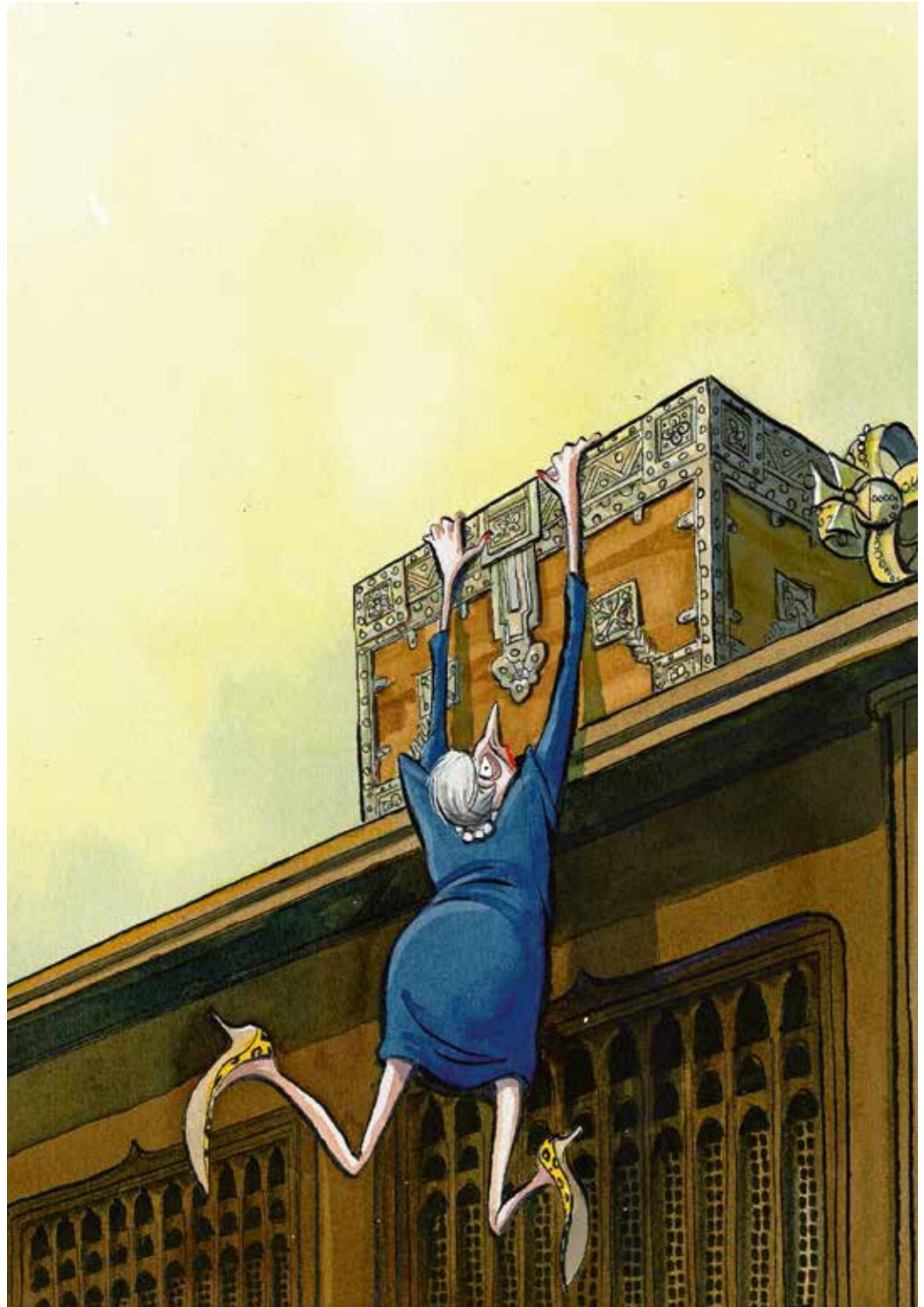
Mrs May spricht

Man sei mittlerweile *numb*, «stumpf» oder «gefühllos», meint Claudine, 45, Lehrerin und Mutter dreier Kinder, eine Britin mit Schweizer Wurzeln. Über zwei Jahre lange habe man hitzig über den Brexit diskutiert, jetzt möchte man nur noch, dass die Politiker damit Schluss machen. Brexit, kein Brexit, eine Norwegen-Lösung, eine Kanada-Lösung, irgendeine Lösung, egal, nur Schluss.

Kommentatoren wie Peter Hitchens sind gleicher Auffassung: «I am sick of it», schreibt er. *Sick* oder *not sick*: Am Dienstag, wenn das Unterhaus über Theresa Mays «Withdrawal Agreement» mit der EU abstimmen werde, sei alles glücklich vorbei – glaubte man. Am Montagnachmittag dann der Theatercoup: Mrs May teilt dem wieder einmal prallvollen Haus mit, dass die Abstimmung verschoben werde.

Ihre Minister hatten noch am Morgen behauptet, es sei zu 100 Prozent sicher, dass man am Dienstag abstimmen werde. Inzwischen hat die Premierministerin eingesehen, dass sie einer Riesenschlappe entgegengeht. So entschied sie sich, mit Shakespeares Falstaff gesprochen: «Das bessere Teil der Tapferkeit ist Vorsicht.»

Immerhin kam das Publikum ihretwegen zu einem der recht raren Grosskampftage in den Commons, wie der den «Gemeinen» vorbehaltenen Rat gemeinhin genannt wird. Früher durften nur wenige Privilegierte, die sich hartnäckig um Erlaubnis bemüht hatten, das Spektakel auf der *Strangers' Gallery* verfolgen. Seit 1985 übertragen TV-Stationen die wichtigsten Sitzungen, alle andern sind im Internet einsehbar.



«Das Ende ist nah.»

Die Premierministerin beginnt. Sie habe sich viele Meinungen angehört, sagt sie. Die Opposition quittiert dies mit Huronengelächter. Ihr Rückzugsabkommen, erklärt May, sei die einzige Lösung für den vom Volk gewünschten Ausstieg aus der EU. Mehr Gelächter.

Oppositionschef Jeremy Corbyn schüttelt den Kopf: «Die Regierung hat die Kontrolle über die Ereignisse verloren und befindet sich in einem Zustand kompletter Verwirrung.» Wenn die Premierministerin nicht imstande sei, das Abkommen fundamental zu ändern, müsse sie denjenigen Platz machen, die dies könnten. Er meint damit sich selber.

Die Frage der Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit des Vereinigten Königreichs zur Europäischen Union ist für das Land, das aus vier Nationen besteht, eine der wichtigsten Fragen seit Ende des Zweiten Weltkriegs. Das Volk hat in einem Referendum darüber abge-

Das Volk hat gesprochen, man kann eine solche Befragung nicht endlos wiederholen.

stimmt, aber Referenda sind nicht Teil der in Grossbritannien seit dreieinhalb Jahrhunderten herrschenden repräsentativen Demokratie. Der letzte Entscheid liegt beim Parlament.

Wer das britische politische System verstehen will, muss das Parlament verstehen.

Autorität eines Fussballschiedsrichters

Bräuche, Traditionen, Gepflogenheiten – viele davon jahrhundertealt – bestimmen den Verlauf der Beratungen. Wieso sitzen die Mitglieder des House of Commons auf Bänken einander gegenüber und nicht, wie bei uns und anderswo, im Halbrund?

Die Berater des Königs versammelten sich einst in der rechteckigen St.-Stephans-Kapelle, die dem vom Monarchen bewohnten, erstmals im 11. Jahrhundert gebauten Westminster-Palast angegliedert war. Dort sassen sie auf den längs der beiden Seitenwände aufgestellten, für die Chorherren bestimmten Bänken. So sitzt man immer noch, in der einen Hälfte des heutigen Ratssaals die Anhänger der Regierung, auf der andern die Opposition.

Kein Member of Parliament (MP) – eine Art Klubmitglieder, nicht Abgeordnete, bitte – hat einen festen Platz. So sass am Montag Boris Johnson, der sich als künftiger Premier sieht, schweigend auf der obersten, hintersten Bank in einem Ecklein.

Der Speaker – vor zwanzig Jahren trug er noch eine Perücke, heute bloss eine Seidenrobe – präsidiert mit der Autorität eines energischen Fussballschiedsrichters. Er bestimmt, wer Fragen stellen darf. Er verlangt gebieterisch: «Order, order!» Er tadelt. Er kann einen Platzverweis erteilen.

Oft bestehen Debatten einzig darin, dass die Members eine Frage stellen und ein auf der vordersten Bank sitzender Minister im Namen der Regierung antwortet. Sicher ein Dutzend Mal musste May am Montag einem aufgebracht Oppositionsmitglied erklären, wieso sie keine zweite Volksabstimmung, kein

people's referendum, will: Das Volk hat gesprochen, man kann eine solche Befragung nicht endlos wiederholen.

Synonym für «reden» ist im parlamentarischen Gebrauch *get to one's feet*, auf die Füsse kommen. «Winston got to his feet», liest man in Tagebüchern aus dem Zweiten Weltkrieg und weiss dann, dass Churchill eine seiner berühmten Reden geschwungen hat.

Der Redner im Unterhaus richtet sich nicht an die Versammlung, sondern direkt an den Speaker. Von den andern Mitgliedern redet er in der dritten Person – im Fall eines Gegners vom *right honourable gentleman*, von der *right honourable lady*, im Fall eines Parteifreunds vom *right honourable friend*. Bis vor kurzem war es verpönt, Namen zu nennen. Jeremy Corbyn war lange nicht Jeremy Corbyn, sondern *the Member of Islington North*. Heute ruft der Speaker die Mitglieder mit ihrem Namen auf. Das ist einfacher, wenn man 650 von ihnen im Kopf behalten muss.

In den späten Abendstunden, nach der Bierpause in den um das Unterhaus gelegenen Pubs wie dem «Red Lion», kann es zu lärmigen Szenen kommen. «Order, order!», brüllt dann die Baritonstimme von Speaker John Bercow, der Unhöflichkeiten nicht zulässt. Ein höhnischer kurzer Zwischenruf ist erlaubt, aber wehe, man lässt ein Member nicht ausreden. Gebärdet sich das Publikum auf der Galerie ungehörig, lässt der Speaker den *serjeant at arms* Ordnung schaffen. Die Galerie wird geräumt.

Am Montag schritt ein wichtigtuerischer junger Labour-Mann zum Thron des Speakers, packte den davor liegenden zehn Kilo schweren *mace*, wie der Amtsstab heisst, und marschierte damit zur Tür. Er wollte die Sitzung eigenmächtig abkürzen. Ohne *mace*, das Symbol des Monarchen, darf das Haus nämlich nicht tagen. Der Lümmel wurde raschestens entworfen.

Die montägliche Szene erinnerte an einen Tag im Mai 1976: Der Speaker gab einen Abstimmungserfolg der Labour-Regierung bekannt, 304 zu 303 Stimmen. Die Labour-Members stimmten lärmig die Sozialistenhymne «The Red Flag» an – zur Melodie von «O Tannenbaum». Darauf ergriff der für seine Löwenmähne bekannte Michael Heseltine – heute Lord Heseltine und immer noch hoffnungslos europhil – den *mace* und schwenkte ihn drohend vor der Regierungsbank. Damals wurde die Sitzung abgebrochen.

Wird ein Redner langfädig, lässt der Speaker ihn dies merken, sei's auch nur mit einem Blick. Notorische Leimsieder wie Philip Hammond lassen den Saal aufächzen. Hammond ist *Chancellor of the Exchequer*, Schatzkanzler, wörtlich «Kanzler des Schachbretts», in andern Ländern heisst er Finanzminister.

Viele der im Parlament gebrauchten Ausdrücke bedürfen der Auslegung. Im Oberhaus,

«the other place», wie die Unterhausabgeordneten sagen, präsidierte früher der *Lord High Chancellor*, der gleichzeitig Justizminister war. Das Amt wurde auch *Woolsack* genannt, weil der hohe Lord auf einem mit Wolle gefüllten Kissen sass.

Eine Abstimmung ist eine *division*. Das Haus teilt sich insofern, als die *Ayes* in die Ja-Lobby marschieren, die *Noes* in die Nein-Lobby. Im Oberhaus sagt man nicht ja oder nein, sondern «content» oder «not content». Unzufriedenheit ist rar, meist stimmen die Herren Lords gar nicht ab.

Oberhaus der klugen Köpfe

Dem in Schottland aufgewachsenen Premier Tony Blair war es ein Herzensanliegen, die ehrwürdigen britischen Institutionen des

Unzufriedenheit ist rar, meist stimmen die Herren Lords gar nicht ab.

Königreichs zu modernisieren und europakompatibel zu machen. Es versties gegen die Gewaltentrennung Montesquieus, dass die *Law Lords* im Oberhaus nicht nur gesetzgeberische, sondern auch richterliche Funktionen ausübten. Folglich zwängte Blair die Schaffung eines Obersten Gerichtshof durch.

Unter Blair, der immer noch von einer Rückkehr Britanniens in den europäischen Schoss träumt, wurde auch die Dauer einer Legislatur auf fünf Jahre festgenagelt. Früher konnte der Premier in eigener Person und ohne sein Kabinett zu fragen, zur Königin gehen und sie um Parlamentsauflösung inklusive Neuwahlen bitten, was sie natürlich immer tat.

In den siebziger Jahren entpuppte sich Harold Wilson als Meister des Versteckspiels: Lässt der Labour-Premier im Februar neu wählen, vor den Sommerferien oder erst im Herbst?, rätselte man. Das Rätselraten gibt es heute nicht mehr. Für vorzeitige Wahlen braucht es eine Zweidrittelmehrheit, praktisch also die Zustimmung der Opposition.

Auf Blairs Konto geht auch die fast totale Kastration des Oberhauses. Bereits die Parliament Act von 1911 hob die Gleichrangigkeit von Lords und Commons auf. Die Räumlichkeiten des Oberhauses sind zwar feudaler und bequemer, aber Gesetze beschliessen kann es nicht mehr, nur diese verzögern.

Der Grossteil der heute rund 800 Lords sind von der Königin auf Vorschlag des Premierministers oder einer gemischten Kommission in den Adelsstand erhobene verdiente politische Schlachtrösser. Manchmal dient die Massnahme auch der Verbannung Missliebiger aus dem Unterhaus.

Den britischen Hochadel gibt es weiterhin, aber wenn ein Herzog oder ein Baron stirbt, erbt nicht wie früher der älteste Sohn den Sitz



probelesen

«FuW jetzt» begleitet Sie kompetent durch den Börsentag. Behalten Sie dank dieser sorgfältig kuratierten Selektion den Überblick über das Geschehen in der Wirtschafts- und Finanzwelt.

Wirtschaft jetzt den ganzen Tag



im Oberhaus, sondern die 96 weiterhin im Haus geduldeten Hochadligen wählen den Nachfolger aus ihren Reihen aus. Die einzige wirkliche Bedeutung des Oberhauses besteht heute darin, dass in ihm einige kluge Köpfe sitzen, auf deren Meinung gehört wird.

Im Jahr 1834 gerieten in einem Lagerraum des House of Lords aufbewahrte, zu Steuerzwecken verwendete *tally sticks* oder Zählstecklein in Brand. Der Westminster-Palast brannte lichterloh, und einzig die 1097 erbaute Westminster Hall mit ihrer grandiosen Eichenholzdecke konnte gerettet werden. Es war die Zeit nach dem Sieg über Napoleon und der grössten Machtentfaltung des British Empire. Ein neuer, noch grossartigerer, noch prunkvollerer Palast musste gebaut werden.

Ein Wettbewerb wurde ausgeschrieben und unter 97 Vorschlägen derjenige von Charles Barry und Augustus Pugin ausgewählt. Der

Es ist, als schämten sich die Mauern des chaotischen Brexit-Schauspiels.

Bau des Gebäudes mit seinen zahlreichen reichgeschmückten Sälen, Gängen und Vorräumen, den Lobbys, dauerte von 1840 bis 1870 und wurde von einer von Prinz Albert, dem deutschen Gatten Königin Victorias, präsidierten Kommission beaufsichtigt.

Die achteckige Central Lobby ist das Herzstück des heutigen Parlamentsgebäudes. Dort treffen sich Lords und Gemeine, und dort hat auch der Bürger Zugang. Alle können da den MP ihrer *constituency*, ihres Wahlkreises, treffen und ihre Anliegen vortragen. Daher der Ausdruck «Lobbyist» für Interessenvertreter, bei denen es sich allerdings heute weniger um besorgte Bürgerinnen oder Bürger, sondern mehr um reichbesoldete Heuerlinge handelt.

In der Nacht auf den 11. Mai 1941 traf eine Brandbombe den Palast. Der Unterhaussaal wurde ein Raub der Flammen. Der Luftwaffenangriff traf auch den berühmten Glockenturm mit einem kleinen Sprengkörper. Glas zersprang in Scherben, aber die Glocken, darunter der fünfzehn Tonnen schwere Big Ben, konnten weiter schlagen.

Heute ist der Glockenturm in Plastik eingepackt. Big Ben schweigt, Turm und Glockenspiel werden renoviert. Es ist, als schämten sich die Mauern des chaotischen Brexit-Schauspiels. Und was denken wohl die vier Bronzestatuen der Premierminister David Lloyd George, Winston Churchill, Clement Attlee und Margaret Thatcher, die in den Ecken der Members' Lobby stehen, von ihrer glücklosen Nachfolgerin Theresa May?

Churchill hat die Hände lässig in die Hüften gestützt, und die «Eiserne Lady» streckt vorwurfsvoll ihren Arm mit vorgehaltenem Zeigefinger aus. ○

Politik

War da nicht schon was?

Ganz Europa versucht, Grossbritannien zu isolieren und mit harten Bedingungen für den Brexit zu bestrafen. Das weckt ungute Erinnerungen an den Versailler Vertrag vor hundert Jahren.



Brisante Aussage: EU-Spitzenmann Selmayr.

Die Nachricht schlug im Vereinigten Königreich ein wie eine Bombe. Aus dem Umfeld von Martin Selmayr, deutscher Sekretär der Europäischen Kommission, sei Folgendes gesagt worden: «Der Verlust von Nordirland ist der Preis, den Grossbritannien für den Brexit zahlen wird.» Selmayrs brisante Aussage kolportierte niemand Geringerer als Dominic Raab, von Juli bis November 2018 britischer Minister für den Austritt aus der Europäischen Union.

Gebietsabtretungen als Strafe für die Wahrung der nationalen Souveränität? Da kommen schlechte Erinnerungen auf: 1919/20 beendete der Vertrag von Versailles den Ersten Weltkrieg auch völkerrechtlich. Doch die Deutschen wurden als angeblich alleinige Kriegsschuldige isoliert, bestraft und gedemütigt. Das Land verlor enorme Gebiete, welche die Sieger unter sich aufteilten. Die Deutschen aller Parteien waren entsetzt, ihre Vertreter unterzeichneten nur unter Protest. Die «Schande von Versailles» machte es Extremisten leicht, Schuldige zu benennen und sich als Retter des Vaterlandes aufzuspielen. Hitlers Aufstieg und seine Popularität in den dreissiger Jahren erklären sich daraus, dass der Diktator das Diktat von Versailles in Fetzen riss.

Auch andere Stimmen aus der EU zeugten unlängst von billigen Rachegefühlen. Wie sei-

nerzeit in Versailles der Kriegsverlierer Deutschland steht jetzt Grossbritannien am Pranger des Alleinschuldigen für den Brexit. Wie wenn nicht die EU die Personenfreizügigkeit, die Flüchtlingskrise und das Währungsdebakel veranstaltet hätte. Man mag es den britischen Nettozahlern, die wöchentlich 250 Millionen Pfund nach Brüssel überweisen, ganz einfach nicht verzeihen, dass sie sich von der Zollunion, dem Binnenmarkt und der EU-Gerichtbarkeit lossagen wollen. Die deutsche Kanzlerin Angela Merkel pochte laut auf harte Verhandlungen und wollte Grossbritannien keinerlei «Rosinenpickerei» zugestehen.

EU-Kommissions-Präsident Jean-Claude Juncker pöbelte im Europäischen Parlament den britischen Abgeordneten und Brexit-Befürworter Nigel Farage an. Die Osteuropäer drohten mit einem Veto gegen jegliches Entgegenkommen in der Einwanderungsfrage. Auch EU-Rats-Präsident Donald Tusk liess seinen Emotionen gegen Premierministerin Theresa May auf Instagram freien Lauf: «Ein Stück Kuchen gefällig? Tut mir leid, keine Kirschen.» Der damalige französische Präsident François Hollande forderte wie Juncker «Härte» beim Brexit und verlangte nicht weniger als «eine Drohung, ein Risiko, einen Preis». Es gehe jetzt darum, potenzielle Austrittskandidaten abzuschrecken, weil sonst die EU untergehe. Noch martialischer rief Maltas Premier nach einer «Einheitsfront» der gesamten EU gegenüber dem Vereinigten Königreich.

So richtig sauer

Der jetzige Brexit-Vertrag unterstellt die Briten rechtlich weiterhin dem Einfluss der EU. Die Zahlungsforderungen sind enorm, die Eindämmung der Zuwanderung aus dem EU-Raum illusorisch, die Grenzsituation auf der irischen Insel unbefriedigend. Gewaltige Reparationszahlungen wurden 1919/20 in Versailles auch Deutschland aufgelastet. Die Folgen waren eine Hyperinflation, die einseitige Abhängigkeit von den USA und das Versinken im Strudel der Weltwirtschaftskrise. Nun werden die Briten wegen des Brexit-Vertrags keinem Diktator zuzubeln und ihre grossartige demokratische Tradition nicht zerstören. Als stolze, global vernetzte Nation und als zweimaliger Befreier Europas wird das Vereinigte Königreich aber nicht vergessen, wie ihm die Politiker in Resteuropa das Leben so richtig sauer machen wollten. *Christoph Mörgeli*



«Mit bleibenden Werten»: CDU-Aufsteigerin Annegret Kramp-Karrenbauer.

Ritt auf dem Einhorn

Die CDU beschwört ein Ziel: Volkspartei zu bleiben, um jeden Preis. Gleichzeitig ist sie so gespalten wie nie zuvor. Die neue Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer hat kaum Zeit, die widerstrebenden Kräfte zu bändigen. Sie steht vor einer abenteuerlichen Mission. *Von Erik Ebneter*

Politik kann eine ernste Sache sein. Über eine Stunde lang redeten Annegret Kramp-Karrenbauer, Friedrich Merz und Jens Spahn am Freitag vor den CDU-Delegierten in Hamburg, um sich für den Parteivorsitz zu bewerben. Alle drei hielten die wichtigste Rede ihres Lebens, und alle drei hatten viel Zeit, sich nicht nur als Macher und Strategen zu inszenieren, wie es Politiker in solchen Momenten gerne tun, sondern auch als heitere Menschen, was meist ebenso wichtig ist, um die Wähler für sich einzunehmen. Aber diesmal war es anders. Als Kramp-Karrenbauer, Merz und Spahn ihre Reden vortrugen, lachte das Publikum in der Halle vielleicht zwei-, dreimal – und selbst dann eher aus Höflichkeit.

Es ging der CDU schon besser. Die Bundesrepublik, die es seit 1949 gibt, hatte bislang acht Kanzler, davon fünf Christdemokraten, die zusammen ein halbes Jahrhundert lang das wichtigste Staatsamt ausübten. Allein Angela Merkel, die abgetretene Parteichefin, re-

giert Deutschland seit dreizehn Jahren. Noch 2013 führte sie die Union aus CDU und CSU in der Bundestagswahl zu einem Ergebnis wie einst Konrad Adenauer und Helmut Kohl, die prägenden Figuren der Parteigeschichte: über 40 Prozent der Stimmen, was fast zur absoluten Mehrheit im Bundestag gereicht hätte. Heute, fünf Jahre später, kommt die Union in Meinungsumfragen auf Zustimmungsraten von kaum 30 Prozent, weniger als je zuvor.

Erschlagen von der eigenen Bedeutung

Es ist eine symbolische Grenze: Wer dauerhaft unter 30 Prozent liegt, kann nicht mehr glaubhaft beanspruchen, eine Partei für alle zu sein – eben eine Volkspartei, was in Deutschland, wo Stabilität über alles geht, ein Wert an sich ist. Der CDU droht, was der SPD schon widerfahren ist: die Verwandlung in eine reine Interessen- oder Klientelpartei. Und da die CDU, im Gegensatz zur SPD, immer regieren will, berührt diese Entwicklung ihr Selbstverständnis

ganz besonders. Das war am Parteitag in Hamburg mit Händen zu greifen.

Annegret Kramp-Karrenbauer, die als erste Bewerberin auf die Bühne trat, sagte in ihrer Rede: «Wir sind so etwas – CDU und CSU gemeinsam – wie das letzte Einhorn in Europa: die letzte grosse existierende Volkspartei. Und, liebe Delegierte, ich will, dass das so bleibt, ich will, dass das auch morgen so ist. Dieses Europa, dieses Deutschland, diese Welt braucht eine starke CDU. Dafür müssen wir kämpfen, das ist die Aufgabe, vor der wir gemeinsam stehen.» Der Applaus, der auf die Beschwörung folgte, dauerte ziemlich lang.

Friedrich Merz, der als Nächster an der Reihe war, fuhr im selben Stil fort: «Uns begleitet heute eine ganz aussergewöhnlich grosse internationale Öffentlichkeit. Auf uns wird geschaut, weil sich mit unserer Partei grosse Erwartungen verbinden. Wir sind in Europa wahrscheinlich eine der letzten, vielleicht die letzte grosse christdemokratische Volkspartei,

und das wollen, ja das müssen wir in den nächsten Jahren und Jahrzehnten auch bleiben.» Der Applaus war nun schon weniger lang.

Jens Spahn forderte schliesslich nochmals dasselbe mit nochmals anderen Worten: «Wir brauchen nicht den Applaus der Berliner Blase, wir brauchen das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger, denn wir sind die einzige verbliebene Volkspartei hier bei uns in Deutschland.» Und an anderer Stelle: «Ich will 2040 in einem Land leben, das auch noch von der Volkspartei CDU regiert wird.» Als das Publikum, von der eigenen Bedeutung inzwischen vermutlich halb erschlagen, nur still verharrete, sagte er: «Da war Applaus vorgesehen» – und sorgte damit immerhin für ein paar Lacher.

«Danke, Chefin»

Es war das erste Mal seit 1971, dass es zu einer Kampfwahl um den CDU-Vorsitz kam. Am Ende entschieden sich die Delegierten im zweiten Wahlgang mit knapp 52 Prozent der Stimmen für Annegret Kramp-Karrenbauer. Sie war die Kandidatin, die Angela Merkel politisch am nächsten steht und für Kontinuität bürgt. Aber was heisst schon Kontinuität, wenn die CDU um ihre Zukunft als Volkspartei bangt? Ob Kramp-Karrenbauer die widerstrebenden Kräfte bändigen kann, blieb in Hamburg gänzlich unklar. Ihre Mission gleicht einem Ritt auf dem Einhorn: bestenfalls abenteuerlich, eigentlich unmöglich.

Die Zahlen verdeutlichen es: Hätten nur 18 von 999 Delegierten anders gewählt, stünde nun Merz an der Parteispitze. Es ist schon fast ein Zufallsresultat, und es zeigt, wie gespalten die Partei, die sich als Union versteht, tatsächlich ist. Merz konnte sich noch so höflich bei Angela Merkel, seiner alten Rivalin, für den Einsatz über all die Jahre bedanken – es war allen klar, dass er vor wenigen Wochen in die Politik zurückgekehrt war, um ihre Arbeit als

Parteichefin seit 2000 gleichsam rückgängig zu machen. Fast die Hälfte der Delegierten war bereit, ihm zu folgen, während die andere Hälfte orangefarbene Schilder in die Höhe hielt, auf denen «Danke, Chefin» zu lesen war.

Merkel selbst hatte in ihrer Abschiedsrede gesagt: «Unsere CDU ist heute eine andere als im Jahr 2000, und das ist gut so.» Die Partei müsse den Anspruch haben, «nicht in die Vergangenheit zu blicken, sondern sich in die Zukunft zu orientieren – mit neuen Köpfen, mit neuen Antworten, mit neuen Strukturen, aber mit bleibenden Werten». Wo ihre Sympathien lagen, brauchte sie nicht hinzuzusetzen – es war offensichtlich. Trotzdem konnte sich Merkel, die dritte prägende Figur der Partei-

Hätten nur 18 von 999 Delegierten anders gewählt, stünde nun Merz an der Parteispitze.

geschichte neben Adenauer und Kohl, bis zum Schluss nicht sicher sein, auf welche Seite die Stimmung in der Halle kippen würde. Die alte CDU ist zurzeit, was Alexander Gauland über seine junge AfD sagt: ein gärer Haufen.

Das zeigte sich schon am nächsten Tag wieder, als Annegret Kramp-Karrenbauer ihren Kandidaten für das Amt des Generalsekretärs vorstellte: Paul Ziemiak, den Chef der Jungen Union, eigentlich ein Mann aus dem liberal-konservativen Lager um Merz und Spahn. Seine Nomination war als versöhnliche Geste gedacht, kam aber nicht besonders gut an: Ziemiak erhielt gerade einmal 62 Prozent der Stimmen – in der bürgerlich-soliden CDU, die ihre Führungsleute ungern blossstellt und meist mit starkem Mandat in die Verantwortung schickt, ein miserables Ergebnis. Erst im Februar hatte Merkel eine neue Generalsekretärin nominiert: Sie hiess Annegret Kramp-

Karrenbauer und konnte damals 99 Prozent der Delegierten hinter sich scharen.

Das schlechte Abschneiden von Ziemiak zeugt vom grossen gegenseitigen Misstrauen in der CDU. Dass die Junge Union, die als eher Merkel-kritisch gilt, vor dem Parteitag in Hamburg auffällig ruhig geblieben war, missfiel vielen Anhängern von Merz und Spahn. Sie witterten eine Absprache zwischen Ziemiak und Kramp-Karrenbauer: Wenn du deine Leute zurückhältst, belohne ich dich dafür mit einem wichtigen Amt. Belegen lässt sich das nicht.

Span, der heimliche Sieger

Wie fiebrig die Stimmung in der CDU ist, verdeutlicht auch die Verschwörungstheorie, die schon bald kursierte: Die Parteileitung soll veranlasst haben, das Mikrofon leiser zu drehen, als Merz ans Rednerpult trat, damit er die Delegierten nicht mit einer lauten Rede mitreissen konnte. Aber selbst wenn es so war, was sehr unwahrscheinlich ist, spielte es keine Rolle: Merz hielt eine brave, staatsmännische Rede, mit der er sich mehr um die Kanzlerschaft, weniger um den Parteivorsitz bewarb. Er hätte das Publikum auch nicht begeistert, wenn seine Stimme deutlich lauter durch die Halle geschallt wäre. Sein neuerlicher Rückzug aus der Politik, der sich abzeichnet, dürfte sein letzter sein.

So ist Jens Spahn womöglich der heimliche Sieger dieses Parteitags. Er schied zwar im ersten Wahlgang aus, erzielte aber nach einer beherzten Rede mehr Stimmen, als man ihm zugetraut hatte. Sollte die CDU in den Europa- und Landtagswahlen von 2019 schlecht abschneiden, könnten sich die Mehrheitsverhältnisse schnell zu seinen Gunsten ändern. Er mag den grossen Applaus für sich vorschnell eingeplant haben. Aber immerhin hat er die Partei schon einmal zum Lachen gebracht. ○



JETZT AM KIOSK!



**Frohe Weihnachten.
Für alle.**

Die Stiftung SOS Beobachter unterstützt Menschen in der Schweiz, die in Not geraten sind. Persönlich, rasch und unbürokratisch. Danke, dass Sie uns helfen, anderen zu helfen. www.sosbeobachter.ch

Stiftung
SOS
Beobachter

Merkels Erbe

Von Thilo Sarrazin — In der Amtszeit der Bundeskanzlerin fanden folgenschwere Weichenstellungen statt, die Deutschlands Zukunft langfristig prägen und grosse Gefahrenpotenziale enthalten.



Der Vorsprung von Annegret Kramp-Karrenbauer auf Friedrich Merz beim Kampf um den CDU-Parteivorsitz war knapp. Merz hatte in den fünf Wochen seit der Ankündigung

von Angela Merkel, nicht wieder als Parteivorsitzende zu kandidieren, Boden gut gemacht. Am Ende fehlten ihm auf dem Hamburger Parteitag bei 1001 Delegierten 18 Stimmen.

Mit hoher Wahrscheinlichkeit wird auch der nächste Bundeskanzler von der Union gestellt, und es ist ziemlich klar, dass dies Annegret Kramp-Karrenbauer sein wird. Die krisengeschüttelte Schrumpf-SPD ist für das mächtigste Staatsamt in Deutschland für lange Zeit aus dem Rennen, und für einen Bundeskanzler der Grünen, die auf dem Weg zur neuen Volkspartei des linken Lagers sind, ist es bei der nächsten Bundestagswahl 2021 noch zu früh.

Wenn Kramp-Karrenbauer also spätestens im Herbst 2021 Angela Merkel im Amt des Bundeskanzlers nachfolgt, wird sie die unfreiwillige Testamentsvollstreckerin ihres desaströsen Erbes sein und schnell entdecken, dass sie es nicht ausschlagen kann.

Der desaströse Charakter dieses Erbes wird gegenwärtig noch verdeckt durch die gute Konjunktur: Seit der Weltfinanzkrise von 2008/09 und bis in die jüngste Zeit hinein ist die deutsche Wirtschaft kräftig und anhaltend gewachsen. Die Zwangsjacke Euro belebte den deutschen Export wie die Unterbewertung der D-Mark in den sechziger und frühen siebziger Jahren, und die Reformen des Arbeitsmarktes von 2002 bis 2005 unter Bundeskanzler Schröder haben das Arbeitsangebot elastischer gemacht. Die Folge sind Beschäftigungsrekorde und die niedrigste Arbeitslosigkeit seit Anfang der neunziger Jahre.

In Merkels Amtszeit fanden drei folgenschwere Weichenstellungen statt, die Deutschlands Zukunft langfristig prägen und grosse Gefahrenpotenziale enthalten:

1 — Der überstürzte Ausstieg aus der Atomkraft nach der Katastrophe in Fukushima erschwerte es Deutschland, seine CO₂-Ziele zu erreichen. Der jetzt forcierte Kohleausstieg kann das nicht kompensieren. Eine weitere Gefährdung erfährt das CO₂-Ziel durch den irrationalen Kampf gegen den Dieselmotor, der zudem

die Zukunft des grössten deutschen Industriezweigs, der Fahrzeugindustrie, gefährdet.

2 — Die Zerstörung des Konzepts der Währungsunion, wie es im Maastricht-Vertrag niedergelegt war, nur um Griechenland um jeden Preis im Euro zu halten, führte die Euro-Zone auf die schiefe Bahn einer Transferunion und kann doch nicht verhindern, dass jetzt Italien die Autorität der Europäischen Kommission der Lächerlichkeit preisgibt, indem es fiskalische Vorgaben bewusst missachtet. Den politischen Schaden wird man nach der Wahl zum Europaparlament im Sommer 2019 abschätzen können.



Unfreiwillige Mutter der AfD: Kanzlerin Merkel.

3 — Die Flüchtlingskrise des Jahres 2015 warf ein Schlaglicht auf die ungelösten Probleme des Schengen-Raumes. Angela Merkels Fehlentscheidung, die Grenzen zu öffnen, wurde korrigiert, indem Ungarn und die Türkei ihre Grenzen schlossen. Die gegenwärtige und künftige Fluchtmigration aus Afrika und dem Nahen und Mittleren Osten ist weder administrativ noch konzeptionell bewältigt. Das Versagen auf europäischer und nationaler Ebene ist offenkundig und hat in Deutschland den beispiellosen Vertrauensverlust für die Union und die SPD eingeleitet.

Mit diesen Weichenstellungen wurde die Bundeskanzlerin Merkel unfreiwillig zur

Mutter der AfD. Im Februar 2013 war die Alternative für Deutschland aus Protest gegen den Bruch des Maastricht-Vertrages als Professorenpartei gegründet worden. Im Sommer 2015 schien sie sich im lähmenden Führungsstreit schon wieder selbst zu zerlegen. Wenige Wochen später, im September 2015, begann stattdessen mit der Flüchtlingskrise ihr unaufhaltsamer Aufstieg. Gegenwärtig hat sie in den meisten bundesweiten Umfragen die SPD überflügelt. Es wird immer wahrscheinlicher, dass die AfD sich zu einer stabilen Kraft am rechten Rand des Parteienspektrums ähnlich der SVP, der FPÖ oder der Dänischen Volkspartei entwickelt.

Von den etablierten Parteien wird die AfD gegenwärtig noch geächtet, und ihre glaubwürdige Abgrenzung gegenüber rechtsradikalen Personen und Ideen muss noch verbessert werden. Wenn man das einmal unterstellt, dann ist die AfD gekommen, um zu bleiben, denn auf absehbare Zeit wird die gesellschaftliche und politische Zukunft von zwei Megathemen bestimmt:

Das sind Fragen der natürlichen Umwelt und der Nachhaltigkeit bis hin zur Bekämpfung des Klimawandels. Dafür stehen originär die Grünen.

Das ist zum anderen die Einhegung der Folgen der Globalisierung – insbesondere, was unerwünschte, kulturfremde Migration angeht. Dafür hätte eine von einem Typus wie Franz Josef Strauss geführte Union stehen können. Angela Merkel verkörpert das Gegenteil davon, und sie führte als Bundeskanzlerin auch die Union in die gegenteilige Richtung. Die Folgen sind neben dem Absturz der Volksparteien Gründung und Aufstieg der AfD.

Die zentrale Aufgabe der Union, die über ihre Zukunft als Volkspartei entscheidet, besteht darin, diesen Wettbewerb von rechts zu unterbinden. Das wird nicht durch Diffamierung, sondern nur durch Anpassung der eigenen Inhalte möglich sein, vielleicht ist es dazu bereits zu spät.

Eine AfD, die sich langfristig bei 15 bis 25 Prozent der Wählerstimmen etabliert und für die übrigen Parteien als nicht koalitionsfähig gilt, würde die Möglichkeit zum demokratischen Regierungswechsel für die Zukunft erschweren oder ganz verhindern. Das wäre für die Demokratie nicht gut. Schlecht wäre es auch, wenn die übrigen Parteien in dem Fanal, das der Aufstieg der AfD ist, nicht den Aufruf sehen, ihre Politik zu ändern, und die ungelösten Fragen der Migration weiterhin vor sich hin schwelen lassen.

Annegret Kramp-Karrenbauer wird sich im Kanzleramt um eine Antwort nicht lange drücken können.

Thilo Sarrazin ist ehemaliger deutscher Bundesbanker und Bestsellerautor. Er schreibt einmal pro Monat exklusiv für die *Weltwoche* über die deutsche Politik.

«Man kann Russland keinen Deut trauen»

Hybridkrieg, erzwungene Falschaussagen von Gefangenen, gezielte Blockade, um die Ukraine vom Welthandel fernzuhalten: Artem Rybchenko, Botschafter der Ukraine in der Schweiz, nimmt Stellung zum neu aufgeflamten Konflikt mit Russland. *Von Urs Gehrig und Karl-Heinz Hug (Bild)*

Erneut steht die Ukraine im Brennpunkt der Weltpolitik. Seit der Annektierung der Krim durch Russland 2014 kommt es in den östlichen Grenzgebieten zu Russland regelmässig zu bewaffneten Kämpfen. Am 25. November ereignete sich südlich der Strasse von Kertsch ein neuer kriegerischer Zwischenfall. Zwar sind nicht alle Details des Vorfalles geklärt, doch Zweifel über den Aggressor scheinen keine zu bestehen. Filmdokumente zeigen, wie russische Schiffe ein ukrainisches Schlepperboot rammten. Daraufhin eröffneten die Russen das Feuer auf zwei ukrainische Kanonenboote.

Die meisten westlichen Länder verurteilten die russischen Aktionen. Einzelne Medien (unter ihnen die *Weltwoche*) wiesen aber auch darauf hin, dass die jüngste Krise dem ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko nicht ungelegen komme. Am 31. März 2019 muss er sich Neuwahlen stellen. Seine Zustimmungswerte liegen bei unter 10 Prozent. Nach dem jüngsten Zwischenfall warf sich Poroschenko in einen Tarnanzug und verlangte einen neunzig-tägigen Ausnahmezustand für das ganze Land. Das Parlament wies diese Forderung zurück. Es stimmte für einen auf dreissig Tage befristeten Ausnahmezustand, der auf die meisten Provinzen, die an Russland grenzen, beschränkt ist. Der ukrainische Botschafter in Bern, Artem Rybchenko, der Präsident Poroschenko persönlich gut kennt, nimmt Stellung zur aktuellen Krise.

Botschafter Rybchenko, hat Ihr Präsident Petro Poroschenko die jüngste Krise zu seinen eigenen Gunsten ausgenutzt?

Solche Kritik ist uns wohl bekannt, sie kommt üblicherweise aus Russland. Selbst der Präsident dieses Landes [Wladimir Putin, d. Red.] hat sich entsprechend geäussert. Aber solches Verhalten ist in einem demokratischen Land wie der Ukraine nicht möglich. Präsident Poroschenko ist gesetzlich verpflichtet, unser Land zu verteidigen. Russische Truppen stehen an unserer Ostgrenze. Wegen der jüngsten Krise vor der Strasse von Kertsch sind wir gezwungen, uns auf diesen Konfliktherd zu fokussieren. Das könnte Russland ausnutzen und irgendwo in unser Land eindringen. Das Ausnahmegesetz ermöglicht es uns, die ganze Armee im erforderlichen Ausmass zu mobilisieren.

Kam der Konflikt für Ihr Land überraschend?
Leider führt Russland seit längerem einen Hybridkrieg [Mischform aus diversen Kon-



«Der tägliche Konflikt im Osten unseres Landes macht unsere Armee stärker»: Botschafter Rybchenko.

fliktmitteln, die offen und verdeckt von militärischen oder zivilen Akteuren eingesetzt werden, d. Red.] gegen die Ukraine. Seit dem Sommer zeigt Moskau an der Strasse von Kertsch ein aggressiveres Auftreten. Unsere Schiffe wurden angehalten und kontrolliert. Die Prozedur dauerte jeweils bis zu sieben Stunden. Die Aktion vom 25. November war die erste offene Aggression Russlands seit dessen Besetzung der Krim 2014. Wenn Moskau seither in Aggressionen involviert war, stritt es seine Beteiligung stets ab. Diesmal war für die ganze Welt ersichtlich, wer verantwortlich ist. Die Russen haben eines unserer Schiffe ge-

rammt. Sie schossen mit scharfer Munition. Sechs unserer Seeleute wurden verletzt, drei davon schwer. Die Russen haben internationales Gesetz gebrochen.

Moskau wirft den ukrainischen Seeleuten vor, russische Grenzen verletzt zu haben. Das russische Staatsfernsehen hat Videoaufzeichnungen ausgestrahlt, auf welchen drei ukrainische Gefangene erklären, dass sie absichtlich Forderungen Russlands, anzuhalten, ignoriert hätten.

Schauen Sie das Video an, dann werden Sie sehen, dass die Gefangenen ihre Statements von einer Vorlage ablesen.

Mit anderen Worten, es handelt sich nicht um Geständnisse, sondern um unter Druck zustandgekommene Aussagen?

Zu 150 Prozent. So funktioniert Russland. Sie schauen dir in die Augen und lügen, ohne mit der Wimper zu zucken. Man kann ihnen keinen Deut trauen. Es dauerte eine Weile, bis unsere Anwälte mit den Gefangenen Kontakt aufnehmen konnten. Diese sind gemäss internationalen Konventionen Kriegsgefangene. Soweit wir informiert sind, teilen unsere Männer die Zelle mit Russen. Experten sind sich ziemlich sicher, dass die russischen Mitinsassen keine gewöhnlichen Gefangenen, sondern russische Agenten sind, die unsere Landsleute ausspionieren.

Wie hat sich für die Ukraine die Situation im Asowschen Meer seit der russischen Annektierung der Krim 2014 verändert?

Das Asowsche Meer ist ein Binnenmeer. Der einzige Zugang zu unseren Häfen Berdjansk und Mariupol führt durch die Strasse von Kertsch. Russland kontrolliert diese Seestrasse. Obwohl die internationale Gemeinschaft die Annektierung der Krim als Verletzung des internationalen Rechts verurteilt, schafft Russland Fakten. Das Land hat eine siebzehn Kilometer lange Brücke zwischen der Krim und Russland errichtet. Sie wurde absichtlich tief gebaut, damit Hochseeschiffe nicht darunter durchfahren können.

Sie sagen, Russland habe die Brücke absichtlich tief gebaut, um die Ukraine vom Weltmarkt fernzuhalten?

Kleine Frachter können passieren, aber Hochseeschiffe kommen nicht mehr durch.

Welche Lösung schwebt Ihnen vor?

Ein Schritt wäre, dass unsere Partner näher an die Konfliktzone heranrücken.

Sie meinen, Nato-Schiffe sollten in das Asowsche Meer vorstossen?

Nicht ins Asowsche Meer. Unsere Schiffe wurden südlich der Strasse von Kertsch im Schwarzen Meer angegriffen. Wenn Nato-Schiffe dort patrouillieren würden, könnten sie Russland unter Druck setzen. Grundsätzlich ist die Unterstützung des Westens stark und klar. Aber wir erwarten weitere Schritte der Nato. Und Sanktionen. Sie zeigen gute Resultate. Eine weitere Idee unseres Präsidenten ist es, russischen Handelsschiffen, die aus dem Asowschen Meer kommen und in internationale Gewässer einfahren, Sanktionen aufzuerlegen.

Seit Jahren zeigt sich Russland über Nato-Aktionen in seiner Nachbarschaft alarmiert. Können Sie Moskaus Sorgen nachvollziehen?

Nur militärisch orientierte Länder können solche Ängste äussern. Schauen Sie doch die Ukraine an, wir sind ein Land mit einem normalen demokratischen System; warum sollte irgendjemand Angst vor uns haben. Die Ukraine ist ein unabhängiges Land. Momentan treten wir nicht der Nato bei.

Aber das ist Ihr erklärtes Ziel.

Russland kann mit seinen Waffen Nato-Staaten wie Bulgarien, Rumänien, die Türkei erreichen. Wir bringen unser Land auf ein Nato-Niveau – was normal ist. Als unsere neue Regierung nach der «Revolution der Würde» 2014 an die Macht kam, war die Armee in einem erbärmlichen Zustand. Material wurde ge-



«Wir erwarten weitere Schritte der Nato.»

stohlen und auf dem Schwarzmarkt verkauft. Es gab einen Plan von fremden Mächten, unsere Armee zu schwächen. Russische Agenten sassen in Ministerien unserer Regierung. Sie haben ihr Ziel erreicht. Als die Russen die Krim annektierten, fehlte es unserer Armee an allem. Heute zählt unsere Armee zu den zehn wehrhaftesten Europas. Der tägliche Konflikt im Osten unseres Landes macht uns stärker. Ich bin stolz auf unsere hochprofessionelle Armee.

Letztes Jahr haben die USA damit begonnen, in Otschakiw am Schwarzen Meer ein Marine-Operationskontrollzentrum für die ukrainische Navy zu bauen. Die Russen könnten dies als weiteren Beweis einer wachsenden Bedrohung für ihr Land verstehen.

Warum sollte sich die Ukraine darum kümmern, was ihr Nachbar denkt? Haben die Russen uns gefragt, ob es in Ordnung sei, die Krim zu besetzen? Wenn sie die Sowjetunion wieder ins Leben rufen und die ganze Region kontrollieren wollen, dann wird das nicht klappen.

Abgesehen von den USA, wen zählen Sie zu Ihren verlässlichsten Partnern?

Als Botschafter der Ukraine in der Schweiz möchte ich betonen, dass wir sehr gute Beziehungen zu Ihrer Regierung pflegen. Als die Schweiz im Krisenjahr 2014 den Vorsitz der OECD innehatte, war der damalige Bundesrat und Aussenminister Didier Burkhalter sehr entgegenkommend. Heute gibt es eine enge Kooperation im humanitären und technischen Bereich, die wir sehr schätzen. Im derzeitigen Konflikt hat die Schweiz Russland dazu aufgerufen, die ukrainische Besatzung und die Schiffe «mit sofortiger Wirkung zurückzuführen und von weiteren Schritten,

welche die Durchfahrt durch die Meerenge von Kertsch behindern könnten, abzusehen» [Antwort des Bundesrates in der parlamentarischen Fragestunde letzten Montag, d. Red.]. Natürlich unterhält die Ukraine eine enge freundschaftliche Beziehung mit der EU und allen Staatschefs der G-7-Länder. Dies nicht zuletzt dank dem persönlichen Engagement von Präsident Poroschenko.

Westliche Sympathien für die Ukraine haben sich in letzter Zeit abgekühlt. Reformen, die der Westen angemahnt hat, werden verschleppt. Die Ukraine gilt als korruptestes Land Europas, knapp vor Russland. Warum macht Ihr Land bei der Korruptionsbekämpfung nicht vorwärts?

Um Korruption zu bekämpfen, braucht es Instrumente. Es braucht Zeit, diese Instrumente aufzubauen. Wir haben ein nationales Anti-Korruptions-Büro eröffnet. Wir haben eine spezialisierte, unabhängige Strafverfolgerstelle eingerichtet. Das Anti-Korruptions-Gericht steht fast bereit. Aber es ist nicht so einfach, diesen Mechanismus in Gang zu setzen, während an unserer Ostgrenze ein Krieg tobt und die Lage auf der Krim uns das Leben schwermacht.

Sie sagen, der militärische Konflikt sei der Grund dafür, dass die Korruption nicht gründlich bekämpft werde?

Ich sage, dass die militärischen Aktionen im Donezbecken viele Ressourcen aufzehren. Zeit, Leute, Finanzen.

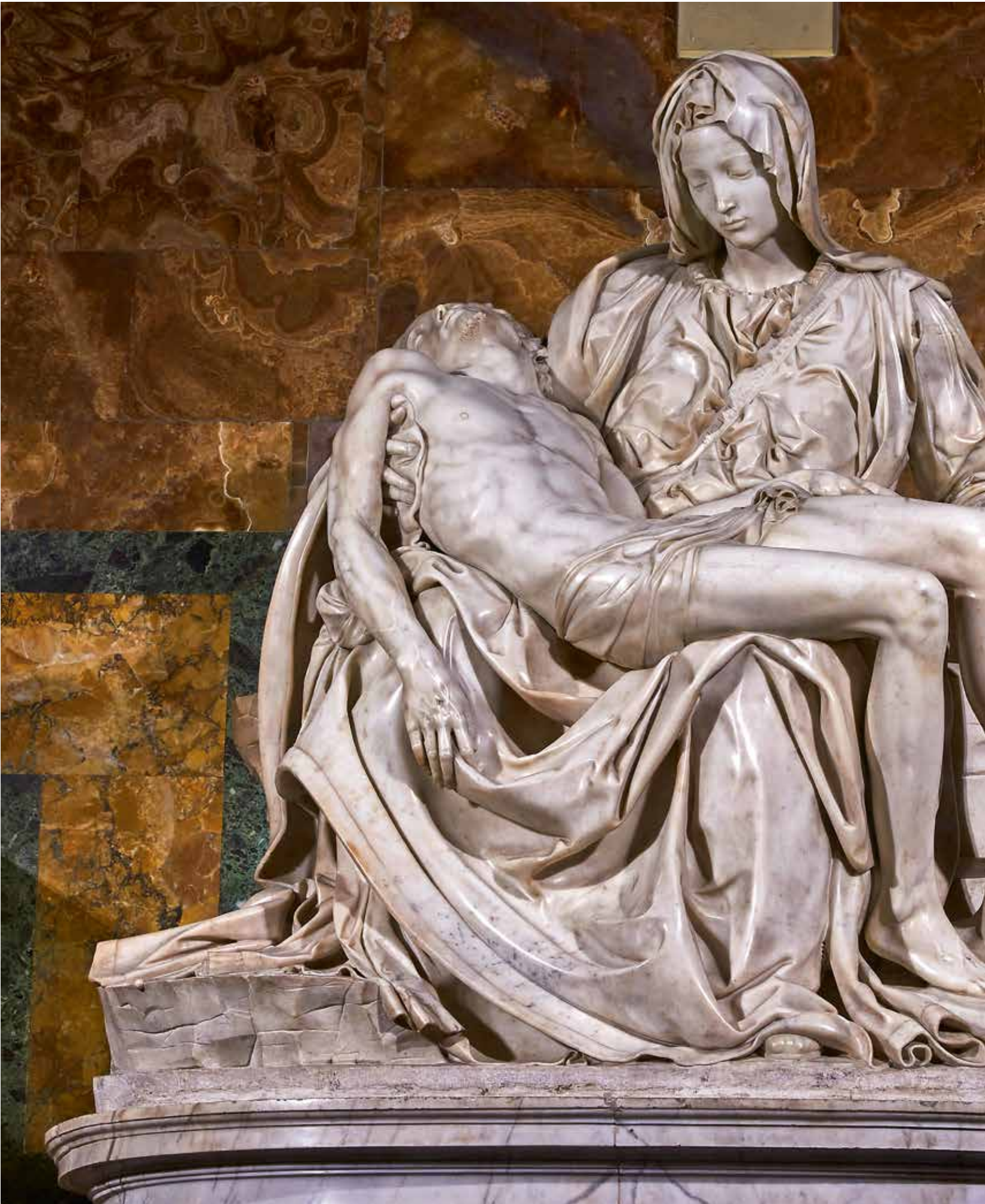
Die Ukraine ist gemäss Statistik des Internationalen Währungsfonds auch das ärmste Land Europas. Dies, obwohl Ihre Regierung lukrative Hilfe aus dem Westen erhält. Warum ist es Ihnen bisher nicht gelungen, die Wirtschaft in Schwung zu bringen?

Wir sind das wichtigste Agrarland in Europa. Wir haben Korn und Grips, wir haben eine florierende IT-Industrie. Wir haben Start-up-Projekte in der ganzen Welt.

Warum also sitzen Sie am bitteren Ende der Armenbank Europas?

Nun, es ist einfach, Statistiken zu zitieren, aber versuchen Sie einmal, Mitglied eines Teams zu sein, das sich rund um die Uhr abmüht, ein 45-Millionen-Volk zurück zu einem normalen, stabilen Leben zu führen. Wenn wir zum Beispiel eine Million Dollar aus der Landwirtschaft einnehmen, können wir sie nicht in Pensionen und in die Stabilisierung der Wirtschaft investieren, sondern müssen sie für die Sicherheit im Kriegsgebiet im Donezbecken einsetzen. Dies ist eine Folge des Hybridkrieges, den uns Moskau aufzwingt. Es ist eine gezielte Strategie, um uns zu schwächen. Dessen ungeachtet sind wir während der letzten paar Jahre wirtschaftlich stärker geworden. Dies zeigt: Die Strategie meines Landes funktioniert.

Artem Rybchenko, 35, ist seit Juni Botschafter der Ukraine in der Schweiz. Er ist verheiratet und Vater zweier Töchter.



Erotik und Fürsorge: Michelangelos «Pietà» im Petersdom.



Die Kirche ist weiblich

Von Peter Keller

Der Vater, ein Gott; die Mutter, eine einfache Frau und Mutter aller Mütter, erst profan, dann heilig, heilige Muttergottes. Maria, die einen zärtelnden, anschmiegsamen, tyrannischen, aber doch guten Sohn voller Liebe heranzog, ist der Ort, an dem jeder Mann sein will, die Mutter, die jeder Mann einmal verlor – er wurde erwachsen, ersetzte die Mutterliebe mit der Liebe zu einer Frau, die nie mehr dieselbe war, nie dieselbe sein konnte wie die Liebe zur Mutter.

Wo die Mutter wiederfinden, wenn nicht im Bilde Marias, die der Katholizismus seit der weihnachtlichen Geburt Christi zur demütig verklärten Mutter aller Mütter erhebt? Die Mutterbrust ist Marienbrust, nicht die schlaffe Tütenbrust prähistorischer Göttinnenstatuetten, keine athletische Artemisbüste, sondern die Elfenbeinbrust, an die jeder Sohn insgeheim zurückwill.

Es waren mittelalterliche Mönche, die die «Maria lactans», die stillende Maria, malten, sich selber manchmal an den unteren Bildrändern mit offenen Mündern, Milch empfangend. Die «Madonna del Latte» von Ambrogio Lorenzetti ist die erste Darstellung der Jesus stillenden Maria aus dem 14. Jahrhundert, die Maria-lactans-Visionen sowie ihre ersten Darstellungen reichen noch viel weiter zurück. Ab 1112 begann der bedeutendste Mönch des Zisterzienserordens, Bernhard von Clairvaux, die Heilige Jungfrau in Kirchenliedern exzessiv zu preisen, eine Malerei zeigt ihn gar, wie er Milch von der stillenden Maria empfängt.

Die Verherrlichung des Stillens und der Mutter ist also die ältere Fantasie, die ideale Frau verkörpert seit Maria Erotik und Fürsorge. Die Milch Marias – so der Glaube – ist ebenso heilig wie das Blut ihres Sohnes, bewirkt Wunder, denn es ist die Milch, die Gott in sie gebracht hat. Im 16. Jahrhundert war die Verehrung der heiligen Muttermilch derartig angewachsen, dass der Reformator Calvin nicht umhinkonnte, zynisch zu witzeln, es gebe ja keine Stadt, kein Kloster oder keinen Konvent mehr, die nicht behaupteten, im Besitz von Marias Milch zu sein, keine Kuhherde hätte solche Mengen zustande bringen können, geschweige denn eine Frau.

Mutter und Braut zugleich

Maria ist die erste Mutter, die die westliche Welt feierte. Die mittelalterlichen Theologen schufen aus ihr eine innige Zweifaltigkeit aus Mutter und Sohn: Christus ist König auf dem Throne, von dem aus er die Jungfrau – seine Mutter und «Braut» zugleich, die wiederum

die Kirche symbolisiert – krönt. Viele der schönsten Kathedralen wurden Maria geweiht («Notre-Dame de...»), über Eingangsportalen symbolisierten Rosettenfenster die jungfräuliche Schönheit, treten wir in eine Kathedrale ein, kehren wir – dies ist eine symbolische Lesart – in den Mutterleib zurück: Innerhalb und im Bilde der majestätischen Mutter vereinigt sich die Menschheit mit Gott. Das Portal der Lateranbasilika in Rom, bis heute die eigentliche Bischofskirche der Päpste, trägt die Inschrift: «*Omniurbis et orbis ecclesiarum mater et caput.*» Sie ist Mutter und Haupt aller Kirchen der Stadt Rom und des Erdkreises. Die Kirche ist weiblich.

Prousts schönste Worte

Natürlich finden sich bei Paulus oder späteren Kirchenlehrern herabwürdigende Aussagen zur Frau in der Schöpfung und Gesellschaft. Doch wer das Christentum als frauenfeindlich schmäht, zeigt vor allem eines: seine eigene Unkenntnis der biblischen und ikono-

Wer das Christentum als frauenfeindlich schmäht, zeigt vor allem seine Unkenntnis.

grafischen Überlieferung – und dass Maria auch zur Urgestalt der literarisierten Mutterliebe wurde.

Die vielleicht schönsten Worte über das Reich der Mutter hat Marcel Proust gefunden: «Unser ganzes Leben war nichts anderes gewesen als eine Übung, mit der sie mir beibrachte, an dem Tag, an dem sie mich verlassen würde, ohne sie auszukommen, und zwar schon seit der Kindheit, als sie sich weigerte, zehnmal zurückzukehren, um mir gute Nacht zu sagen, bevor sie abends ausging; als ich sah, wie der Zug sie mitnahm, wenn sie mich auf dem Land zurückliess, oder als ich sie später in Fontainebleau, genau in dem Sommer, da sie nach Saint-Cloud gefahren war, unter jedem erdenklichen Vorwand jede Stunde anrief. Diese Ängste, die mit einigen am Telefon gesprochenen Worten, mit ihrem Besuch in Paris oder mit einem Kuss aufhörten, wie nachdrücklich erlebe ich sie jetzt, da ich weiss, dass nichts mehr sie wird besänftigen können.»

Die Verehrung Marias und der Frauen rund um Jesus ist inniger und überwältigender als jedes kirchlich portierte Gestänker. Allein schon die Pieta von Michelangelo, der in Marmor gehauene Leichnam Christi auf dem Schoße Marias, widerlegt den Mythos des frauenfeindlichen Christentums.

Heidi versucht Bundesrätin zu werden

Wenn ich einem jungen Schriftsteller einen Stoff ans Herz legen könnte, ich wüsste genau, welchen: Die Fortsetzung der beiden Heidi-Bücher von Johanna Spyri ist längst überfällig geworden.

Von E. Y. Meyer und Celine Geser (Illustration)

Für viele Schriftsteller, wenn nicht für die meisten, sind es nicht die mangelnden Stoffe, die ihnen zu schaffen machen. Eines ihrer grössten Probleme ist, im Gegenteil, dass sie nicht zu wenige, sondern zu viele Stoffe haben.

Ein wichtiger Teil der Arbeit eines Schriftstellers liegt gar nicht im eigentlichen Schreiben, sondern darin, sich für einen dieser Stoffe zu entscheiden und sich dann nur noch diesem einen zu widmen, bis er ihn schreibend bewältigt hat. Alle anderen Stoffe müssen dann warten, wodurch sich eine immer länger werdende Liste bilden kann, die sich dann ständig verändert.

Tempora mutantur, nos et mutamur in illis. Die Zeiten ändern sich, und wir ändern uns in ihnen.

Je nachdem, wie seine Wahl ausgefallen ist, kann es dann natürlich passieren, dass ihm, wenn er zu lange wartet, ein anderer Schriftsteller den Stoff noch wegschnappt – wozu dann der Spruch passen würde, den man Michail Gorbatschow einst in den Mund gelegt hat: «Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.» Allerdings kann es, da solche Sprüche oder «Weisheiten» bei näherer Betrachtung meist doch nicht ganz stimmen, auch andersherum sein: dass Stoffe, die zu früh behandelt werden, nämlich ebenfalls vom Leben bestraft werden.

Je älter ein Schriftsteller wird, desto klarer wird ihm meist auch, dass er, wenn es gutgeht und sein Gesundheitszustand es zulässt, höchstens noch ein paar wenige Stoffe wird zu Büchern verarbeiten können. Die übrigen Stoffe kann er dann getrost dem wohlthätigen Vergessen anheimfallen lassen.

Aber er könnte, wenn ihm noch eine altruistische Ader verblieben wäre, natürlich auch versuchen, wenigstens den einen Stoff, den er am meisten bedauert nicht mehr schreiben zu können, einem jüngeren Schriftsteller nicht nur zu empfehlen, sondern ihm diesen aus einem zutiefst empfundenen, echten Bedürfnis heraus ans Herz zu legen.

Wenn ich das tun wollte, wäre das – so wie ich es zurzeit sehe – eindeutig die längst überfällig gewordene Fortsetzung des, wie Donald Trump es in seiner bekannten zurückhaltenden Art wohl ausdrücken würde, «erfolgreichsten Schweizer Roman-Zweitellers aller Zeiten».

Wie der geneigte Leser sowohl in der Schweiz wie anderswo auf der Welt sicher

bereits bemerkt haben dürfte, handelt es sich dabei natürlich um die nur wenige Jahre nach ihrem Erscheinen in den Jahren 1880 und 1881 zu einem grandiosen Welterfolg gewordenen, von der Zürcher Schriftstellerin Johanna Spyri verfassten beiden Bücher, die, in der Trump-Sprache ausgedrückt, «für immer und ewig» mit der von dem altmodischen Frauenamen Adelheid abgeleiteten, auch heute noch beliebten Koseform Heidi verbunden bleiben werden.

Band eins mit dem Titel: «Heidis Lehr- und Wanderjahre». Und Band zwei mit dem Titel: «Heidi kann brauchen, was es gelernt hat».

Zwei frühe Weltbestseller also, die inzwischen mit Hilfe der neuen technischen Medien wie Film, Fernsehen und Internet bis hin zu Comic-Versionen weltweit in einer unüberschaubar gewordenen Fülle verwertet und vermarktet worden sind und die ein derart intensives romantisches und idealtypisches Bild der Schweiz geprägt haben, dass diese festgefahrene oder eingefrorene Sicht der Schweiz auch heute noch auf der ganzen Welt weit ver-

Der Weltbestseller hat das romantische und idealtypische Bild der Schweiz geprägt.

breitet ist und sich weiterhin so hartnäckig hält, dass dieser Sichtweise inzwischen wohl der Rang eines Mythos zugestanden werden muss. Ein Mythos, der äusserst wirksam ist. Was weiter nicht verwundert, da er gerade auch in den Hinterköpfen der Schweizerinnen und Schweizer immer noch mehr oder weniger geheime, wenn nicht allergeheimste und vielleicht sogar allermenschlichste Sehnsüchte bedient – obwohl diese Menschen, zu denen auch ich gehöre, in ihren Vorderköpfen und in ihrem rationalen Verständnis natürlich wissen, dass sie in der Realität jetzt in einer ganz anderen Schweiz leben.

Die längst überfällig gewordene moderne (oder meinetwegen auch postmoderne) Fortsetzung dieser beiden aus dem 19. Jahrhundert stammenden Heidi-Bücher wäre jetzt, nachdem schon bald ein Fünftel des 21. Jahrhunderts vergangen ist, mit einer nicht zu unterschätzenden Dringlichkeit zu schreiben. Nicht zuletzt auch in Bezug auf die immer noch umstrittene und nicht gewährleisteteste gesellschaftliche Gleichstellung der

Frauen mit den Männern – und dies beileibe nicht nur aus dem Anlass der gerade wieder einmal über die Bühne gegangenen Bundesratsersatzwahlen, aber auf eine geheimnisvolle, untergründige Weise halt vielleicht doch von dieser inspiriert.

Der einzig logische Titel für eine moderne, in der heutigen Zeit spielende «Heidi»-Fortsetzung müsste lauten: «Heidi wird Bundesrätin», oder doch zumindest: «Heidi versucht Bundesrätin zu werden». Dies wäre die ultimativ höchste noch zu erreichende Stufe in der Steigerungsskala gegenüber den beiden Vorgänger-Büchern.

Die Romanheldin, das heutige Heidi, wäre in diesem Buch dann also zum Beispiel eine gestandene Frau aus einem Alpenkanton,



Dass Heidi keine Kinder haben würde, wäre kein

die eine Grundausbildung als Lehrerin und danach ein Studium der Politologie absolviert hätte, bevor sie als Mitglied der Regierung ihres Kantons ganze vierzehn Jahre lang eine respektable und respektierte Justizdirektorin gewesen wäre, bis sie schliesslich von der politischen Partei, der sie angehören würde, als Kandidatin für einen freigewordenen Sitz im Bundesrat, also der aus sieben gleichberechtigten Mitgliedern bestehenden, als Kollegialbehörde agierenden Landesregierung der Schweiz, aufgestellt worden wäre.

Gleichzeitig mit ihr hätte, um die Spannung im Romanplot zu optimieren, da ja auch diese Fortsetzung wenn möglich ein Weltbestseller werden sollte, die gleiche politische Partei aber eben noch eine weitere, ebenfalls aus einem Alpenkanton stammende, nicht minder gestandene Frau zur Kandidatin für den der Partei zustehenden Sitz nominiert. Eine insgesamt mehr oder weniger respektierte, praxiserprobte Rechtsanwältin nämlich, die ihrerseits bereits seit dreizehn Jahren Mitglied des Nationalrats, der Grossen Kammer des Parlaments der Schweizerischen Eidgenossenschaft, gewesen wäre. Diese würde natürlich nicht ebenfalls Heidi heissen kön-

nen, sondern, im Gegenteil, einen auf den ersten Blick eher mit Gewalt assoziierten Vornamen tragen, der in Wirklichkeit aber, wie allerdings nur die wenigen noch des Lateins mächtigen Bewohner der Schweiz sofort wissen würden, mindestens genauso lieblich wie Heidi wäre, da er, ins Deutsche übersetzt ganz einfach Veilchen bedeuten würde.

Für eine solche Zweierkandidatur, die nur aus Frauen besteht, hätte sich diese politische Partei nicht zuletzt aus politischer Korrektheit heraus entschieden und aus dem Glauben, unbedingt dem herrschenden Zeitgeist folgen zu müssen. Obwohl nach dieser Nominierung böse Zungen, so natürlich immer noch in dem Roman, umgehend behaupten würden, dass die beiden «vom weltweiten Artensterben noch verschont gebliebenen Schweizer Bergbienen», kaum in der Lage sein würden, auch nur einigermaßen genügend «biologisch unbedenklichen Honig» für das Land herbeizuschaffen.

Aber weil die Schweiz, so die bösen Zungen weiter, heute ja ohnehin weder Milch noch Honig mehr brauchen würde, sei es deshalb umso erfreulicher, dass eine andere, weniger christliche, sondern, im Gegenteil, ausge-

sprochen liberale, wenn nicht sogar neoliberale Partei für den zweiten freiwerdenden Bundesratssitz eine in einem hohen Mass sprachbegabte und in Fremdsprachen sattelfeste Dame aufgestellt habe. Eine Frau, die ein Faible für international als hochwertig angesehene Schweizer Damenbekleidung sowie für Accessoires aus mongolischem Rosshaar haben solle.

Denn das seien doch, so die bösen Zungen, die Dinge, die das Land jetzt am allerdringlichsten brauche und die nicht nur die Schweizer Frau, sondern, wenn die Frau damit ausgestattet sei, auch den Schweizer Mann glücklich machten.

Eine Besonderheit, die dagegen für unsere Romanheldin Heidi wiederum von Vorteil sein könnte, wäre andererseits zum Beispiel, dass sie, ohne dies natürlich öffentlich zuzugeben, eine heimliche Verehrerin und ein Fan des, wie sie findet, blendend aussehenden amerikanischen Schauspielers Johnny Depp sein würde. Eines zwar drei Jahre älteren, aber immer noch äusserst jugendlich aussehenden Hollywoodstars, an den sie zwar nicht gerade Tag und Nacht, aber doch ziemlich oft denken würde, so dass ihr sein Nachname manchmal leider auch bei nicht ganz passenden Gelegenheiten plötzlich ganz automatisch aus dem Mund fahren würde, zum Beispiel wenn sie die Frage eines Parteikollegen aus der Basis beantworten sollte. Ein Malheur, das sie dann aber mit einem Coming-out ihrer Johnny-Depp-Verehrung elegant so würde erklären können, dass sie damit keineswegs eine Herabwürdigung des Parteikollegen habe zum Ausdruck bringen wollen, sondern dass dies, im Gegenteil, als ein grosses und ganz besonderes Kompliment für diesen Mann zu verstehen sei.

Ein weiterer Vorteil für unsere Romanheldin könnte sein, dass sie im Gegensatz zu ihrer parteiinternen Konkurrentin, die unverheiratet wäre und als Single leben würde, schon seit gut zehn Jahren mit einem vierzehn Jahre älteren eine anscheinend (obwohl ebenso unverheirateterweise wie ihre Konkurrentin) gutfunktionierende Fernbeziehung über eine kilometermässig indes nicht besonders grosse Distanz pflegen würde. Mit einem gestandenen Mann, der alle paar Jahre nicht nur seinen Job, sondern auch die Branche wechseln und der als jovial und umgänglich gelten würde sowie als Pragmatiker mit gesundem Menschenverstand.

Dieser könnte in dem neuen, von einem jüngeren Schriftsteller verfassten Fortsetzungsroman somit eine geradezu ideale moderne Verkörperung des in Johanna Spyris Romanen Geissenpeter genannten Jugendfreundes von Heidi sein, den unsere deutschen Nachbarn allerdings wiederum gern auch Ziegenpeter nennen, obwohl mit diesem Wort in seinem ursprünglichen Sinn eigentlich die Infek-



Nachteil.

tionskrankheit Parotitis epidemica oder, einfacher gesagt, Mumps bezeichnet wird.

Denn gerade von diesem Geissen oder eben Ziegen hütenden und betreuenden Vorfahren würde dieser Nachkömmling in dem Roman nämlich genau jene Eigenschaften vererbt bekommen haben, die eine plausible Erklärung für die unkonventionelle Karriere sein könnten, die der Mann, so die Imagination in dem Roman, durchlaufen haben würde. Eine Karriere, die er wie heutzutage so viele Schweizer als Banklehrling begonnen haben würde, bevor er dann, nach einigen Zwischenstationen, dank jener von seinen Hirten-Vorfahren ererbten, für diesen Beruf unabdingbaren Eigenschaften, die da eben Simultanerfassung und Panikresistenz wären, ein grossartiger Linienpilot geworden wäre.

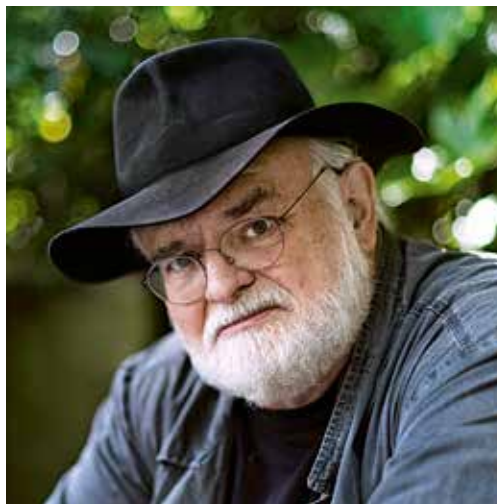
Des Weiteren wäre er CEO einer Luftfahrtgesellschaft geworden, die natürlich nicht die im Oktober 2001 gegründete Swissair sein könnte, sondern eine kleinere, aber feine andere Schweizer Fluggesellschaft; Verwaltungsrat, Verbandspräsident und Piloteninstruktor, um danach, so seine imaginierte derzeitige Tätigkeit, jedem, der seine Honorare zu bezahlen imstande wäre, seine Consulting-Dienste als Kommunikationsberater anzubieten, da Lobbyieren, Kommunizieren und Netzwerken, so die Medien, seine Kernkompetenz ausmachen würden.

Ein kleines Handicap, das im Vergleich zu jenem, das er beim Golfspielen hat, noch um einiges geringer ausfallen würde, wäre dabei vielleicht allerdings, dass er nicht der gleichen politischen Partei wie unser Heidi angehören würde, sondern jener Partei, die bei den Wahlen seit Jahren die meisten Stimmen erhält und damit beansprucht, das ganze Schweizer Volk zu vertreten.

Dass Heidi keine Kinder haben würde, wäre indes kein Nachteil, da dies bei ihrer Konkurrentin ebenso sein würde. Hingegen könnte der Umstand, dass Heidi, dem allgemeinen globalen Gesundheitstrend zum Trotz, weiterhin eine Raucherin wäre, bei einigen der Mitglieder des Parlaments, die sie zu wählen hätten, einiges an Stirnrunzeln hervorrufen, da diese festgestellt haben würden, dass Raucher, bei langen Sitzungen, während deren Rauchen nicht gestattet ist, leicht recht aggressiv würden werden können.

So weit, in groben Zügen skizziert, meine, um es nochmals zu betonen, völlig unverbindlichen Tipps für das Schreiben eines solchen Romans.

Falls sich für diesen Stoff, für das Schreiben einer modernen Fortsetzung der «Heidi»-Bücher, für das ich mich als ein Angehöriger der Babyboomer-Generation (1940 bis 1965) zu alt fühle beziehungsweise für dessen Verfassen ich nicht mehr genügend Zeit habe, nun allerdings keiner der gestandenen Literaten



«Ende gut, alles gut»: Autor E. Y. Meyer.

aus der nachfolgenden Generation X oder Golf (1965 bis 1980) interessieren würde, könnte sich natürlich auch ruhig, was vielleicht sogar noch besser wäre, eine Nachwuchsschriftstellerin oder ein Nachwuchsschriftsteller von der mir natürlich besonders sympathischen Generation Y (1980 bis 2010) seiner annehmen.

Jener Generation also, die, da der Buchstabe Y englisch *why* (warum) ausgesprochen wird, eine besonders charakteristische Neigung zum Hinterfragen haben soll – eine Eigenschaft, die, wie ich glaube, heutzutage vielleicht dringender als je gebraucht wird. Nachwuchsschriftsteller, von denen es in der Schweiz inzwischen nun ja bereits eine erfreulich grosse Anzahl gibt, obschon die Aussichten für einen Grossteil von ihnen, gerade weil sie immer mehr werden, wie ich befürchte, wohl nicht sehr rosig sein werden.

Entsprechend gibt es jetzt in der Schweiz eben auch fast unendlich viel mehr junge Menschen, die nicht Schriftsteller, sondern Popsänger werden wollen. Wenn sie wirklich musikalisch begabt sind, sogar Songwriter oder anderenfalls dann halt Rapper, möglicherweise sogar Gangster-Rapper, obwohl man sich das in einem so wohlgeordneten Land wie der Schweiz doch noch nicht so richtig traut.

Und so wird man in diesem Land nun halt eben immer mehr von einer hauptsächlich in einschlägigen Schweizer Dialekten gesungenen sogenannten modernen (oder sollte man besser und hoffnungsvoller modischen sagen), ganz spezifischen Schweizer Musik überschwemmt, deren Interpretieren, wenn es sich um mehr oder weniger grölende oder säuselnde Männer handelt, Namen tragen wie von der Heide oder sich zum Beispiel Gölä oder Stress oder Nemo nennen.

Oder, wenn es Frauen sind, in einem so wohlstandsgesättigten Land, wie es die Schweiz ist, so verräterisch vielsagende Namen haben wie Hunger oder sich, als First Ladies of Pop, nicht minder aussagekräftige Künstlerpseudonyme

zugelegt haben wie Evelinn Trouble oder, wundert's, eben auch Heidi.

Heidi allerdings nicht einfach nur so. Sondern, um das, was dieser Name ausdrücken soll, im Sinne von «Ende gut, alles gut», noch klarer und eindeutiger zu machen, mit einer ein positives Ende einer auch von Schwierigkeiten und Widrigkeiten geprägten Ereignisfolge signalisierenden Zugabe versehen.

Nicht nur Heidi also, sondern Heidi Happy. Dass mir selber der «Heidi»-Stoff so an meinem inzwischen halt auch schon mit einem zum Glück bis jetzt noch gutfunktionierenden Stent ausgestatteten Herzen liegt, hat einerseits damit zu tun, dass die in der Kriegs- und Nachkriegszeit schweizweit bekannten sogenannten Silva-Bücher, billig zu kaufende Bücher, in die man mit Hilfe der von eingekauften Produkten abgelösten Silva-Punkten dann darin einzuklebende Sammelbilder erhalten konnte und deren erste Publikationen eben die beiden Bücher «Heidi I» und «Heidi II» waren, für meine Schwester Silvia und mich zu den wichtigen Büchern unserer Kindheit gehörten.

Und andererseits liegt es aber ebenso an der Tatsache, dass mein Vater, gute fünfzig Jahre später, unmittelbar bevor er wegen eines Aneurysmas ins Spital eingeliefert wurde und dort nach einer fünfstündigen Operation verstarb, sich auf unserem damaligen Schwarzweissfernseher an seinem Feierabend noch eine Folge einer Serienverfilmung der Heidi-Geschichte angesehen hatte.

Die Schweiz als Heidi- oder als *Märli*- beziehungsweise Märchenland – und die Schweiz als Todesland.

Wie dem nun aber auch immer sei.

Im Hinblick auf die Resultate des letzten eidgenössischen Abstimmungssonntags bin ich, nach reiflicher Überlegung und langem Nachdenken, inzwischen zum eindeutigen Schluss gekommen, dass nach der Ablehnung der Hornkuh-Initiative jetzt unbedingt eine Initiative fällig wäre, die verbietet, dass Männern Hörner aufgesetzt werden und dass die Einhaltung dieses Verbots von Sozialdetektiven rund um die Uhr bis in die Schlafzimmern und in die Waschküchen hinein überwacht wird.

Und dass eindeutig nachgewiesene Verstösse gegen das Verbot (am besten per Videobeweis, wie neuerdings bei Fussballspielen) danach von ausnahmslos fremdbestimmten, vorzugsweise aus dem EU-Raum stammenden, äusserst dominanten fremden Richterinnen oder, wenn es Frauen betrifft, Richtern auf das allerstrengste bestraft werden sollen.

E. Y. Meyer, geboren 1946, lebt als Schriftsteller in Bern. Sein Erstlingsroman, «In Trubschachen» (1973), ist ein Klassiker der Schweizer Nachkriegsliteratur. Zuletzt erschien von ihm «Apotheose» (Stämpfli).

T wie Tyrann

Ein Shakespeare-Forscher redet seinen Landsleuten ins Gewissen: Man könne vom grossen Dramatiker in der heutigen politischen Situation viel lernen. Von Hanspeter Born

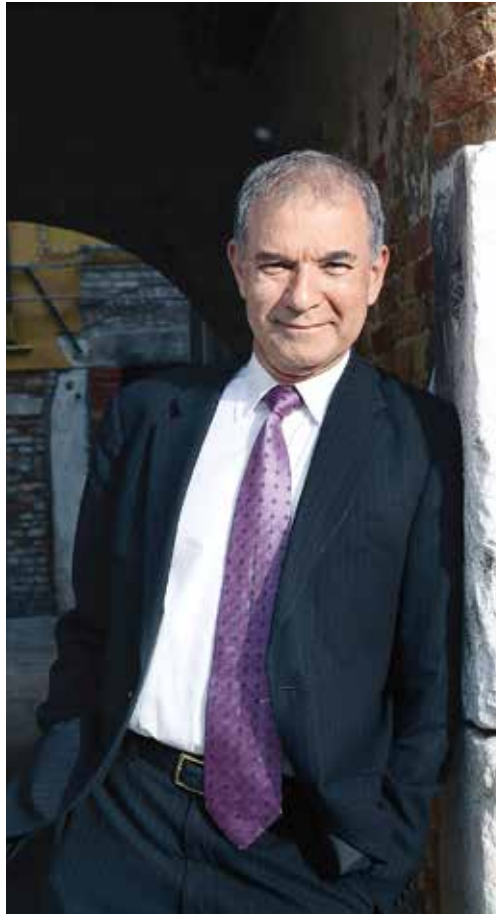
Not of an age but for all time.» In den Worten seines Kollegen Ben Jonson gehörte Shakespeare nicht einem Zeitalter, sondern allen Zeiten. Niemand weiss dies besser als die Shakespeare-Forscher, die ihr Leben in seinem Schatten fristen.

Professor Stephen Greenblatt ist ein geachteter Shakespeare-Forscher. Karrierestufen des jetzt 75-jährigen: Yale, Berkeley – Vietnam, Free Speech Movement, Foucault; heute ist er immer noch Professor of Humanities in Harvard. Er sieht sich berufen, seinen Mitmenschen die Welt zu erklären, die Welt gemäss Shakespeare. Der mit einem Pulitzer und viel sonstigen Awards ausgezeichnet Professor Greenblatt ist ein Freund der gepflegten Erzählkunst: «Vor nicht sehr langer Zeit, obschon es scheint, als sei ein Jahrhundert vergangen, sass ich in einem grünenden Garten in Sardinien und äusserte meine wachsende Besorgnis über das Ergebnis einer bevorstehenden Wahl.» Ein befreundeter Historiker wollte von ihm wissen, was er dagegen tun werde. «Was kann ich tun?», fragte Greenblatt zurück. «Du kannst ein Buch schreiben», sagte der Freund. «And so I did.»

Spiel mit dem Tod

Das Buch heisst «Tyrant: Shakespeare on Politics», in der deutschen Fassung «Der Tyrann. Shakespeares Machtkunde für das 21. Jahrhundert». Weniger gewitzten Geistern hilft der Autor nach: Shakespeare habe «wieder und wieder mit der tief beunruhigenden Frage gerungen», wie ein ganzes Volk einem Tyrannen wie Richard III. oder Macbeth verfallen kann: «Wie lässt man sich von einem Führer anziehen, der offensichtlich zum Regieren nicht geeignet ist, jemandem, der gefährlich impulsiv, bösartig hinterhältig oder der Wahrheit gegenüber gleichgültig ist?» Wie kann ein stolzes Volk sich «der Unverschämtheit des Tyrannen» und «seiner spektakulären Unanständigkeit» fügen?

Der Name, der mit T beginnt, kommt auf 200 Seiten kein einziges Mal vor. Nicht nötig. Greenblatt belehrt uns, dass das England Shakespeares unserer Zeit gleicht: Es gab Terrorismus, Folter, Spionage, Gegenspionage, Verschwörung, Intrigen, Fremdenhass, Aufstände, Populismus und viel anderes Böses mehr. Herrscher lenkten von sozialen Problemen ab, indem sie gegen die Andersgläubigen in den Krieg zogen. Die Katholiken waren die Islamisten jener Zeit. So schreibt der Autor:



«Umarmung der Besitzlosen»: Greenblatt.

«Wie die Tötung von Osama bin Laden 2011 konnte die Köpfung von Maria Stuart die Gefahr des Terrorismus in England nicht beenden.»

Theaterleute spielten mit dem Tod, wenn sie in ihren Stücken politische Fragen anschnitten. Shakespeare, klug wie er nun einmal war, entzog sich dem Zorn der Zensoren, indem er seine Stücke im Fantasieland oder in der Antike ansiedelte. Über Julius Cäsar, Marcus Antonius und Kleopatra liess sich ge-

Über Julius Cäsar oder Kleopatra liess sich gemächlich dichten, ohne vor den Kadi gezerrt zu werden.

mächlich dichten, ohne vor den Kadi gezerrt zu werden. Auch über englische Könige, sofern sie mindestens ein Jahrhundert tot waren. Richard III. und Macbeth sind Greenblatts Mustertyrannen. Richard, der «begnadete Betrüger», lässt sich von der Freude an der Macht aufgeilen. Er ist ein Bully, wird

leicht wütend, schlägt gegen jeden zu, der sich ihm in den Weg stellt: «Sexuelle Eroberung erregt ihn, aber nur durch den endlos wiederholten Beweis, dass er alles haben kann was er will. Er weiss, dass diejenigen, die er anfasst (grabs), ihn hassen.» Wer war es schon wieder, der sagte: «Grab them by the pussy»?

Shakespeare war gegen Populismus. Beweis für Greenblatt sind die Jack-Cade-Szenen in der wenig bekannten Trilogie über den glücklosen König Henry VI. Jack Cade ist ein vulgärer Demagoge, der den Pöbel mit leeren Versprechungen an der Nase herumführt. Brot will er radikal verbilligen und «kleines Bier zu trinken» zum Verbrechen erklären. Der Steve Bannon seiner Zeit, gewissermassen, auch wenn Greenblatt dies nicht sagt. Was er hingegen schreibt: «He promises to make England great again.» Ein Spässchen in Ehren. Dann wird der Professor ernst: «Populismus kann wie die Umarmung der Besitzlosen aussehen, aber in Wirklichkeit ist es eine Form zynischer Ausbeutung.»

Hört die Signale!

Für Shakespeare ist Tyrannenmord nicht die Antwort, er führt nur zu Chaos. Ermorden sollte man also Trump nicht, auch wenn man es möchte. Greenblatt findet die Lösung in «Coriolanus», dem schwierigen Spätwerk. In Shakespeares Stück bringen die Tränen von Mutter Volumnia ihren Sohn, den Kriegsherrn, dazu, die eigene Stadt Rom zu verschonen. Für Greenblatt sind aber die eigentlichen Retter der Stadt die wenig edlen, eigennützigen Volkstribunen, die er mit den «viel geschmähten Berufspolitikern demokratischer Kongresse und Parlamente überall» vergleicht. Diese Tribunen – offenbar gute linke Populisten vom Schlage Bernie Sanders – boten dem Tyrannen Coriolanus die Stirn und «beharrten auf dem Recht der gewöhnlichen Leute – Handwerker und Arbeiter, Händler und Lastenträger – sich ihre Wahl noch einmal zu überlegen». Amerikaner, hört die Signale!

Auf seinem Spielplatz, der Universität Harvard, kann sich Stephen Greenblatts des Beifalls sicher sein. 88 Prozent des Lehrkörpers geben Trumps Amtsführung die Note «very poor» und 8 Prozent die Note «poor».



Stephen Greenblatt: Der Tyrann. Shakespeares Machtkunde für das 21. Jahrhundert. Siedler. 224 S., Fr. 31.90

«Meine Kehle ist weiterhin ganz gut geölt»

Seit dreissig Jahren ist Cecilia Bartoli im CD-Geschäft. Nun blickt sie mit Rossini- und Vivaldi-Aufnahmen auf ihre Karriere zurück. Ein Gespräch mit dem 52-jährigen Superstar mit Schweizer Pass und Wohnsitz am Zürichsee über gestern und morgen. *Von Manuel Brug*

Cecilia Bartoli ist in der Opernwelt eine eigene Kategorie. Als einer der wenigen Superstars hat sie sich nicht nur beim legendären Plattenlabel Decca ihr eigenes Terrain geschaffen. Eben hat sie eine Gold-CD-Box mit Gioachino-Rossini-Aufnahmen herausgebracht – passend zum 150. Todestag des Komponisten, zu dem sie in letzter Zeit vermehrt zurückgekehrt ist. Sowie eine neue Vivaldi-Arien-Sammlung gemacht, die eine Reminiszenz ist an ihre Vergangenheit: Ihre CD von 1999 mit Vivaldis damals kaum gespielter Opernmusik ist bis heute mit über einer Million Exemplare ihr meistverkauftes Solo-Konzertalbum.

Ihre neuen Projekte wirken, als ob Sie endgültig Bilanz zögen. Müssen wir künftig auf Sie verzichten?

Aber nein, so weit sind wir nicht, weiterhin ist meine Kehle ganz gut geölt. Einiges geht schon noch. Und Spass am Singen und Auftreten habe ich sowieso. Stimmt die Technik, dann sind Barock und Belcanto eine sehr gesunde Vokalmischung. Ich habe inzwischen meine Stimme vollkommen unter Kontrolle, weiss, was sie braucht, wo sie sich wohlfühlt. Das ist toll. Denn dann kann man auch mal experimentieren.

Und trotzdem ziehen Sie jetzt Bilanz.

Das Wort ist so technisch! Sagen wir lieber: Ich leiste mir eine kleine Zwischenrechnung. Darauf hat mich Rossini gebracht. «Lieber Gioachino», habe ich gesagt – denn er ist wirklich ein echter und wieder sehr enger Herzensfreund –, «wie kommt es, dass wir uns so gut verstehen?» Neuerlich bin ich darauf gekommen, wie stark er via Mozart, den er ja verehrt hat und den ich ja auch schon sehr früh mit einem ganz Grossen wie Daniel Barenboim kennenlernen durfte, noch mit der italienischen Barockmusik verbunden ist und wie klug er diese aus dem Geist einer jüngeren Zeit neu erfunden hat. Ich habe mich daran erinnert, wie ich als gackerndes Küken schon als Rosina im «Barbier von Sevilla» auf der Bühne stand und wie er mich geleitet hat. Und wie er mich auf Vivaldi neugierig gemacht hat...

Wieso?

Irgendwie lag die Wiederentdeckung von Vivaldis Opernwerk damals in der Luft. Denn man kannte ihn ja höchstens als Schöpfer geistiger Vokalwerke. Durch Nikolaus Harnoncourt hatte ich erfahren, was es heisst, wenn man die Partituren dieser Zeit exakt recherchiert, wie anders es klingen kann. Das hat mich neugierig gemacht, und da mein damaliger Freund Claudio Osele ebenfalls dieses Terrain durchforschte, sind wir auf die



«Kleine Zwischenrechnung»: Opernsängerin Bartoli.

Idee einer Vivaldi-Arien-CD gekommen. Was haben wir gesucht, ausprobiert und verworfen, auch mit Giovanni Antonini und seinem Ensemble Il Giardino Armonico! Endlich konnte ich als Italienerin mit Landsleuten auch Barockmusik machen. Das hat einen anderen *vibe* als mit deutschen oder französischen Spezialisten. Aber...

Aber?

... diese Arien waren so unglaublich schwer! Obwohl ich dachte, bei Rossini schon alles an Vokalakrobatik ausprobiert zu haben. Vivaldi hat wohl sogar die Kastraten, die für ihren langen Atem bekannt waren, bis an die Grenzen gefordert. Mir wurde oft schwarz vor Augen, ich fühlte mich wie ein Tiefseetaucher, dem der Sauerstoff ausgeht. Aber ich habe das gemeistert. Und gemerkt, wie wunderbar Vivaldi doch für Sänger zu komponie-

ren verstand, wie er für diese grandiosen Virtuosen einzigartige Brillantfeuerwerke abgebrannt hat, aber auch tief emotional deren ganzes Klangfarbenspektrum auszuloten verstand. Nun, ich war jung, ich konnte und wollte es sportiv, musste wohl meine Grenzen testen. So haben wir uns damals mehrheitlich für Spektakuläres entschieden. Heute freilich liebe ich die kontemplative, innerliche Musik viel mehr.

Mit welchem Ergebnis?

Dass ich eben unbedingt ein zweites, verhalteneres Vivaldi-Album machen wollte. Material gab es ja noch genug. Und die eine oder andere Rakete lasse ich schon noch krachen. Aber das Schöne am Älterwerden ist, dass sich Werte und Präferenzen verändern. Und ich merke auch, wie mein treues Publikum bei den ruhigeren Titeln umso intensiver zuhört, sich viel stärker auf die Arien und auch ihren Gehalt einlässt. Daran wollte ich noch schrauben. Ausserdem ist die Vivaldi-Forschung weiter vorangeschritten, die jüngsten Erkenntnisse wollte ich mit einem Experten der Turiner Vivaldi-Edition teilen – wie eben mit Jean-Christophe Spinosi und seinem französischen Barockensemble Matheus.

Was unterscheidet Vivaldi von Händel, den Sie ja auch viel singen?

Er ist handfester, weniger spirituell. Händel ist wirklich das Genie der Barockmusik, weil er Gefühle auf eine Art ausdrückt, die heute noch zupa-

ckend modern sind. Das habe ich bei Figuren wie Ariodante oder Alcina bemerkt, die ich ja erst kürzlich gesungen habe. Die haben Empfindungen, für die ich mich nicht in irgend-

«Ich fühlte mich wie ein Tiefseetaucher, dem der Sauerstoff ausgeht.»

eine Vergangenheit versetzen muss, die mir sehr nah und unmittelbar sind. Ich merke auch, wie sich diese Charaktere mit meiner Lebenserfahrung verändern. Deshalb empfinde ich es als grosses Privileg, für mein Barockprojekt an der erstaunlich intim klingenden Mailänder Scala auch noch mal zur Cleopatra zurückzukommen. Ich bin zwar keine junge verliebte Frau mehr, aber in ihren

neun Arien gibt es einen viel grösseren Kosmos zu entdecken. Vivaldi ist da handwerklicher, jedoch auch auf einem unglaublich hohen Niveau. Seine Musik ist aber auch praktische Daseinshilfe. Sie lehrt, dass das Leben schön, wenn auch kurz ist, und Sie müssen davon profitieren. Carpe diem. Das ist die Lehre dieser Musik.

Sie haben zwar nicht die Renaissance der Vivaldi-Opern ausgelöst, aber sie mit ihrem Konzeptalbum vorangebracht. Warum sind Sie nie in einer Vivaldi-Oper aufgetreten?

Schade, nicht? Es hat terminlich einfach nie geklappt, obwohl ich einige Anläufe unternommen habe. Aber ich bin ja noch bis 2021 bei den Salzburger Pfingstfestspielen Intendantin. Mal sehen, was sich da verwirklichen lässt. Es gibt da ein Vivaldi-Oratorium, «Juditha triumphans», das ist szenisch angelegt, wie oft die geistliche italienische Barockmusik, da hätte es eine tolle Rolle für eine Frau mit Erfahrung in einer extremen Situation.

Und es kommt im Januar in Amsterdam szenisch heraus.

Ach ja? Das muss ich unbedingt sehen!

Warum kümmern Sie sich jetzt um Nachwuchssänger?

Das macht vor allem meine Mutter Silvana Bazzoni, und sie macht das ganz toll. Ich wollte mich mehr um Kollegen bemühen, die noch einen CD-Anschub brauchen. Deshalb dieses Sub-Label «Mentored by Bartoli» bei Decca. Mein wunderbarer Tenorpartner Javier Camarena steht längst auf den grossen Bühnen der Welt, hat auch schon ein paar Soloalben besungen. Aber bei einem Major herauszukommen, ist immer noch etwas anderes. Und mit einer zum Teil ersteingespielten Auswahl von Arien des bedeutenden Belcanto-Tenors Manuel García, der den «Barbier von Sevilla» uraufgeführt hat, leisten wir auch gerade im Rossini-Jahr noch einen wertvollen Repertoirebeitrag. Das von mir gegründete Ensemble Les Musiciens du Prince – Monaco hat auch zu tun. Ich bin doch bekannt für meine Win-win-Deals. Jetzt aber will ich erst mal für Vivaldi gewinnen.

Wird es in 20 Jahren nochmals ein Vivaldi-Album geben?

Sicher nicht von mir, aber mal sehen, vielleicht werde ich dann in irgendeiner Weise weiterhin der Musik dienen? Neugier liegt in meinen Genen. Und ich möchte von meinen Erfahrungen möglichst viele profitieren lassen, ihnen Freude machen! Mein Rat an junge Leute ist immer der gleiche: eine solide Technik, die das Geheimnis einer guten Karriere ist. Die Idee danach ist aber, nicht Karriere, sondern Musik zu machen.

Cecilia Bartoli: Antonio Vivaldi; Rossini-Edition (beide Decca)



Keinerlei Abnützungerscheinungen: Ursus & Nadeschkin in Winterthur.

Humor

Nonsens der Oberklasse

Ursus & Nadeschkin sind mit einem neuen Programm zurück. Nach über drei Jahrzehnten gehören sie noch immer zum Besten, was die Schweiz in Sachen Komik zu bieten hat. Von Rico Bandle

Um zu verstehen, wie Ursus & Nadeschkin funktionieren, reicht ein Blick auf deren Tourneepan. Sage und schreibe achtzehn Testvorstellungen vor Publikum gaben sie, bevor sie letzte Woche die offizielle Premiere ansetzten. Bei ihrer temporeichen Hochpräzisionskomik muss jede Silbe, jede Bewegung passen, das Timing auf die Hundertstelsekunde abgestimmt sein. Dass die beiden unter realen Bühnenbedingungen proben und dabei jede Publikumsreaktion austesten können, ist Ausdruck ihrer Popularität: Bei ihnen sind die Leute bereit, auch für Probevorstellungen Eintritt zu bezahlen – fast alle achtzehn waren komplett ausverkauft.

Und das ist wenig erstaunlich. Ob man ihre Bühnenfiguren mag oder nicht, eines bleibt unbestreitbar: Was sie handwerklich bieten, sucht seinesgleichen, und zwar nicht nur in der Schweiz, sondern weit darüber hinaus. Das Komikerduo funktioniert wie ein komplexes Uhrwerk, das auch nach über dreissig Jahren keinerlei Abnützungerscheinungen aufweist, wie sich an der Premiere im Casinotheater Winterthur zeigte.

«Der Tanz der Zuckerpflaumenfahre» lautet der etwas umständliche Titel ihres zehnten Bühnenprogramms. Nadeschkin trägt noch immer ihren Nudel-Haarschopf. Niemand käme auf die Idee, dass sie schon fünfzig Jahre alt ist.

Jeder Schulbube, der nur halb so energiegeladent ist, wird heute mit Ritalin ruhiggestellt. Ursus, der sich so wunderbar naiv stellen kann, bleibt ihr perfekter Konterpart: Er versucht sie mal mehr, meistens aber weniger erfolgreich zu bändigen. Die beiden, die schon so lange zusammenarbeiten, ohne privat ein Paar zu sein, wissen genau, wie das menschliche Zusammenleben funktioniert: dass sich Harmonie und Disharmonie bedingen, dass blindes Vertrauen grobe Missverständnisse nicht ausschliesst, weil sonst das Leben langweilig wäre.

In einer Nummer vertont Nadeschkin mit allerlei Requisiten eine Ansage von Ursus. Sachte weist Ursus seine Partnerin darauf hin, dass ein bestimmtes Geräusch an dieser Stelle nicht passt. Als sie akzeptiert, möchte er das nächste Geräusch weghaben. Das geht so weiter, bis keines mehr da ist. Es ist eine melancholische Nummer, die für die Veränderung steht, die das Duo durchgemacht hat: Waren ihre Programme einst Requisitenschlachten, spielen sie nun vorwiegend auf einer leeren Bühne. Da sind einfach nur Ursus und Nadeschkin, die einen ganzen Saal zum Lachen bringen. Mehr ist für einen starken und vergnüglichen Theaterabend auch gar nicht nötig.

Ursus & Nadeschkin: Der Tanz der Zuckerpflaumenfahre. Tourneepan: www.ursusnadeschkin.ch



Die Bibel

Friede auf Erden

Von Peter Ruch

Amen, ich sage euch: Solchen Glauben habe ich bei niemandem in Israel gefunden (Mat 8,10). Ein Offizier dient Jesus als Vorbild für den Glauben. Wie er seinen Soldaten zutraut, dass sie seine Befehle erfüllen, traut er Jesus die Kräfte zu, seinen gelähmten Knecht durch das Wort zu heilen. Der Link zwischen militärischer und göttlicher Befehlsgewalt irritiert. Obwohl das Evangelium *Friede auf Erden* verheisst, verurteilt es das Militär nicht. Schon das Alte Testament enthält auf diesem Gebiet missliebige Aussagen, etwa *dass sowohl der Krieg als auch der Frieden seine Zeit hat* (Kohélet 3,8).

Bald kann Europa auf 75 Jahre fast ohne Krieg zurückblicken. Wie wunderbar! Dennoch ist der Krieg nicht unmöglich geworden. Europa lebt seit Jahrzehnten über seine Verhältnisse und dürfte eines Tages in Verknappungen schlittern. Ausserdem ist Russland zu seiner alten Gewohnheit zurückgekehrt, auf andere überzugreifen, weil die eigene Wertschöpfung nicht ausreicht. Im Krieg geht es wörtlich darum, dass der Angreifer etwas «kriegt». Das Kriegsrisiko nimmt zu. Was kann ein friedliebendes Land wie die Schweiz tun? Seine Behörden haben die Aufgabe, die Bevölkerung zu schützen. Neben der Diplomatie braucht es eine Verteidigungsarmee. Sie ist ethisch unproblematisch. Ein Krieg darf uns nicht überrumpeln. Deshalb ist der Zeitpunkt gekommen, die Armee aufzustocken. Ich höre die Einwände: Unnötig! Kein Geld! Lieber mehr für Gesundheit und Soziales ausgeben! – Hier ist Tiefenschärfe gefordert. Seit 1990 sind die Bundesausgaben um 125 Prozent gestiegen. Die Verteidigungsausgaben sind um 15 Prozent gesunken. Die Kosten für die soziale Wohlfahrt wurden um über 250 Prozent erhöht. Jetzt haben wir ökonomisch gute Verhältnisse. Das ist die beste Gelegenheit, Gelder (vor allem) von der sozialen Wohlfahrt auf die Verteidigung umzulegen. Die präzise Verwendung müssen militärische Fachleute ermitteln. Gottes Friedensverheissung zeigt die Richtung an. Aber der irdische Friede war noch nie ohne Anstrengungen zu haben.

Peter Ruch war reformierter Pfarrer in drei Gemeinden.



Frei von hollywoodschem Zuckerguss: «Shoplifters».

Kino

Vom rechnenden Huhn zu Mackie Messer

Die Feiertage sind die Zeit des Geniessens. Das sind die am besten dazu geeigneten Filme und Serien. Von Wolfram Knorr

Im Kino:

Shoplifters — Nach ihrer Diebestour im Supermarkt entdecken Vater und Sohn im abendlichen Dämmerlicht ein kleines Mädchen, das offenbar auf einem Balkon ausgesperrt wurde. Spontan beschliessen die beiden, das offensichtlich hungrige Mädchen mitzunehmen. Aus dieser Konstellation entwickelt sich eine der rührendsten Familiengeschichten mit verzaubertem Touch. Die fünfköpfige Familie, die in einer kleinen Hinterhofwohnung am Rande des Existenzminimums haust, wird halt einfach eine sechsköpfige. Die Oma, die Mutter, alle reihen sie das Mädchen in den Kreis der Familie ein, auch wenn Vater Osamu ab und an zu bedenken gibt, dass die Fürsorge sie suchen könnte. Egal, man lebt eine Idylle. Hirokazu Koreeda, dessen letzter Film, der hintergründige Krimi «The Third Murder», erst kürzlich in den Kinos lief, ist ein Meister japanischer Erzählkunst: leise, beiläufig und zugleich von magischer Spannung. Neben den sozialen Befindlichkeiten legt Koreeda dramaturgisch fein wie auf einer japanischen Tuschzeichnung die Zugehörigkeiten von Osamus Familie Schritt für Schritt frei. Ein «Krimi» der besonderen Art und grosser Familienfilm, frei von hollywoodschem Zuckerguss. ★★★★★

Widows — Es sollte ein grosser Coup werden, und er ging gründlich schief. Zurück bleiben

die Witwen. Als Veronica (Viola Davis), die Frau des Anführers Harry (Liam Neeson), von einem Gangster aufgesucht und unter Druck gesetzt wird, die zwei Millionen, die der Gatte ihm schulde, gefälligst ranzuschaffen, nimmt Veronica die Sache in die Hand, plant einen Gegenschlag und setzt ihn unerbittlich um. Steve McQueen («Hunger»), ein Meister in der Darstellung von Obsessionen, zeigt in «Widows» (nach einer britischen TV-Serie) die Gier der Männer, die über Leichen gehen, während die Frauen aus reiner Verzweiflung und Selbsterhaltung handeln, ohne Solidarität. McQueen, der als Künstler begann und für «12 Years a Slave» 2014 den Oscar für den besten Film gewann, zeigt unerbittlich menschliches Verhalten. ★★★★★

A Polar Year — Der Idealist Anders will unbedingt als Grundschullehrer ins nördlichste Nest Grönlands. Dort wird einer gebraucht. Die dänische Lehrerbeauftragte lässt den Romantiker ziehen. Einmal ganz oben im Norden, kommt die grosse Ernüchterung. Die Grönländer mögen die Dänen nicht und die Kinder tanzen Anders auf der Nase herum. Mit Laien besetzt, grandiose Landschaften. Ein Vergnügen für Ethno-Freunde. ★★★★★

Mackie Messer – Brechts Dreigroschenfilm — Brecht, der Schlawiner, der sich für seine

«Dreigroschenoper» bei John Gays «Beggar's Opera» bediente, wollte sein Stück selber verfilmen. Das führte zu heftigem Krach, bis vors Gericht. Brecht-Kenner Joachim A. Lang machte daraus einen Film im Film, ziemlich überfrachtet. Nur was für Brecht-Fans. ★★☆☆☆

Astrid — Die Schöpferin von Pippi Langstrumpf, Ronja Räubertochter, Kalle Blomquist und Co. war als Tochter eines Pfarrhofpächters in ihrer Jugend selbst so rebellisch wie ihre Kinderbuchfiguren. Mit achtzehn Jahren kam sie an eine Zeitung – und wird vom Chefredaktor, einem dreissig Jahre älteren Familienvater, geschwängert. Ein Skandal in den 1920ern. Astrid flüchtete nach Stockholm, ihr Kind kam zur Pflegemutter, aber bald musste sich Astrid um ihr Kind kümmern. Grosses, klassisches Erzählkino von beeindruckender Schönheit, mit einer grossartigen Entdeckung: der 23-jährigen Alba August als Astrid. ★★☆☆☆

Auf Netflix:

The Ballad of Buster Scruggs — 1964 räumte der US-Schriftsteller Thomas Berger in «Little Big Man» (1970 verfilmt) mit dem heiligen Ernst des Westerns auf. Held Jack Crabb (Revolverheld, Büffeljäger et cetera), der die komplette Westerngeschichte durchlief, war die Don-Quijote-Figur einer durch und durch komischen Gattung. Wer einmal hinter die Kulissen blicke, so Berger, sehe nur noch haarsträubende Kuriositäten. Die Brüder Joel und Ethan Coen blicken gerne hinter die Kulissen, auch und besonders hinter die der Traumfabrik («Hail, Caesar!»). In ihrem jüngsten Streich, dem Episodenfilm «The Ballad of Buster Scruggs», dringen sie hinter die Kulissen des Westerns und hinter die, die Hollywood für die Western aufbaute. Heraus kam eine Groteske über amerikanischen Irrsinn. Weil die Coens



Don-Quijote-Figur: «Buster Scruggs».

keinen Produzenten fanden, sprang sofort Netflix für die herrliche Demontage des Westerns ein. Buster Scruggs, der singende Cowboy, eine Parodie auf den Roy Rogers der 1930er Jahre, reitet ganz in Weiss mit weissem Hut durchs Monument Valley und legt jeden um, der seine Jovialität nicht erwidert. In einer anderen Episode stösst ein Kerl (James Franco) nicht nur auf ein Bankhaus, völlig isoliert in der Steppe – son-

dern auch zweimal auf einen Galgen. Höhepunkt ist die «schwingenlose Singdrossel», ein arm- und beinloser junger Mann, der Abend für Abend in den Kässern, schön geschminkt, Klassikertexte wie Shakespeares «Sturm» deklamiert. Sein Impresario (Liam Neeson) trifft eines Tages einen anderen «Künstler», der mit einem rechnenden Huhn, genannt «Gallus mathematicus», viel erfolgreicher ist. Neeson kauft dem Kollegen das Tier ab, das von da an besser ernährt wird als der arme Torso. Der schielt ängstlich in Richtung Käfig, in dem das fette Huhn höhnisch gackert. Schwärzester Humor, skurrile Komik, absurde Situationen in grandioser Landschaft. Hinter den Kulissen tobt der Wahnsinn. ★★☆☆☆

Black Mirror — Die Serie ist nicht neu, wurde mit neun Emmys ausgezeichnet, geht jetzt in die fünfte Staffel und lief immer ein wenig unter dem Radar der medialen Wahrnehmung. Sie besteht, vom britischen Comedian und TV-Autor Charlie Brooker entwickelt, aus abgeschlossenen Episoden über die Schattenseiten des Technikwahns, der gerade wieder durch die Meldung über genmanipulierte Babys in China makabre Aktualität gewonnen hat. Alle Episoden sind originell und beunruhigend. Zwei möchte ich herausgreifen: In «Arkangel» kann, dank eines CPS-Implantats, eine Helikoptermutter die Vitalwerte ihrer Tochter steuern und immer sehen, was diese gerade macht. Bis der Mutter die Überwachung zum Verhängnis wird. In «Der Wille des Volkes» fordert ein Kidnapper, der eine britische Prinzessin in seiner Gewalt hat, kein Geld, sondern dass der Premier mit einer Sau kopuliert. Klingt wie ein mieser Witz; aber wie das Internet den Verstand verliert, ist Brit-Kunst. ★★☆☆☆

1983 — Die erste polnische Netflix-Serie, ein Polit-Thriller noir über das beunruhigende Phänomen, dass im Jahre 2010 der Eiserne Vorhang noch immer nicht gefallen ist, hat surreale Qualität. Widerständler versuchen klandestin, hinter die Gründe zu kommen; auch ein desillusionierter Kommissar will wissen, was 1983 schief lief. Kafkaesk. ★★☆☆☆

Baby — «Wer im Aquarium lebt, sehnt sich nach dem Meer», findet Chiara (Benedetta Porcaroli), einer der gelangweilten Teenies aus Parioli, dem Nobelviertel Roms. Die vom Autorenkollektiv Grams (Antonio Le Fosse, Eleanora Trucchi, Marco Raspanti, Giacomo Mazzariol und Re Salvador) geschriebene Mini-Serie (sechs Folgen) bezieht sich auf einen Skandal aus dem Jahre 2014: Die Staatsanwaltschaft deckte einen Sexskandal um eine erst Vierzehnjährige aus Parioli auf. Ihre Kunden kamen aus den angesagten Kreisen. Deprimierend an der Serie ist weniger das Verhalten der Teenies als vielmehr das der Erwachsenen. Das Milieu-Ambiente geht unter die Haut. ★★☆☆☆

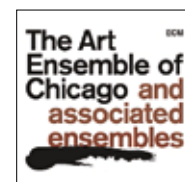
Jazz

Bergspitzen einer fernen neuen Musik

Von Peter Rüedi

Gesammelte Werke, sagte mal einer, sind Grabmäler, Gedenkstätten, bei denen die Fragwürdigkeiten eines jeden Lebenswerks hinter dem monumentalen Ganzen verschwinden. Manchmal freilich erinnern wir uns aus solchem Anlass auch an die Koransure, die der exzentrische Fürst Pückler-Muskau (1785–1871) auf die Pyramide setzen liess, unter der er im Park von Schloss Branitz beigelegt wurde: «Gräber sind die Bergspitzen einer fernen neuen Welt». Kein schlechtes Motto für den CD-Würfel mit 21 Scheiben, mit dem ECM dem Art Ensemble of Chicago, der Grenzen sprengenden Avantgarde-Formation der sechziger und siebziger Jahre, ein Denkmal setzt. Und sich selber auch. Ist doch das Münchner Label soeben ein halbes Jahrhundert alt geworden.

Mit der Anthologie, die nicht nur das Œuvre des Quintetts aus Roscoe Mitchell, Joseph Jarman, Lester Bowie, Malachi Favors und Famoudou Don Moye im Haus Manfred Eichers enthält, sondern auch die Folgen dokumentiert, Produktionen unter Roscoe Mitchells Namen zumal und die unter dem von Lester Bowie erschienenen, aber auch solche vom in Chicago geborenen Jack DeJohnette und selbst ein transatlantisches Grossunternehmen des britischen Saxophonisten Evan Parker (mit Roscoe Mitchell, versteht sich) – mit dem Würfel «The Art Ensemble and Associated Ensembles» dokumentiert ECM unwiderlegbar, was Kenner der Materie längst wissen: dass die äusserst erfolgreiche Marke ECM für weit mehr steht als für einen von gewissen Free-Puristen verachteten «ECM-Sound», ein Klangdesign, das vermeintlich jede Ästhetik des Widerstands ausstrahlt. Von wegen. Zwar ist die Musik des Art Ensemble keineswegs jener blindwütige Free Jazz der sechziger Jahre, sondern ein feinsinniges Amalgam von dem, was Bassist Favors «ancient to the future» nennt, die Verwandlung von Traditionen unterschiedlichster Herkunft in einen musikalischen Synkretismus der Zukunft. Die Dokumentation, jedem Musikliebhaber zu Weihnachten zu wünschen, ist ein leuchtendes Signal von den Bergspitzen einer fernen neuen Musik. Und eine Erinnerung an die Unversiegbare alter Quellen.



The Art Ensemble of Chicago and Associated Ensembles.
21 CDs. ECM 2630

Edwin Darlings Albtraum

Als der Kommandant des Gefangenen-Camps 198 im Morgengrauen die leeren Pritschen entdeckte, war einer der grössten Ausbrüche des Zweiten Weltkriegs längst im Gang. Die Jagd nach den flüchtigen Nazis zog sich durch Südengland bis zum Ärmelkanal. Dort verlor sich die letzte Spur. *Von Giles Milton*

Oberstleutnant Edwin Darling war überzeugt, Grossbritanniens sicherstes Kriegsgefangenenlager zu leiten.

Das Camp 198 in Bridgend in Südwales, von den Einheimischen «Island Farm» genannt, war von einem hohen Drahtzaun umgeben und verfügte über Suchscheinwerfer und Wachhunde. Nachts patrouillierten ständig Wachen dort.

Für diese Sicherheitsvorkehrungen gab es gute Gründe. Im Frühling 1945 waren über 2000 deutsche Kriegsgefangene im Lager untergebracht. Zu ihnen gehörten mehrere hochrangige SS-Offiziere und ein halbes Dutzend Kampfpiloten der Luftwaffe. Als diese eingefleischten Nazis in das Lager gebracht wurden, sangen sie trotzig, sie würden in England einmarschieren.

Darling wusste, dass jeder erfolgreiche Ausbruch eine propagandistische Katastrophe wäre.

Auf keinen Fall durfte es ein deutsches Pendant zum Ausbruch alliierter Gefangener aus dem Stalag Luft III geben. Die Männer, welche diesen Ausbruch durchgeführt hatten, waren als Helden gefeiert worden und sollten später durch den Hollywoodfilm «The Great Escape» Unsterblichkeit erlangen.

Am Abend des 10. März 1945 legte sich Darling schlafen, ohne zu ahnen, dass etwas im Busche war. Beim abendlichen Anwesenheitsappell hatte es keine unerwünschten Überraschungen gegeben, und die Gefangenen waren ohne Umstände in ihre Schlafbaracken zurückgekehrt.

Der einzige Hinweis darauf, dass etwas nicht stimmte, kam später in der Nacht, als Darling durch lauten Gesang der Gefangenen geweckt wurde. Völlig ungewöhnlich war das allerdings nicht, da die Insassen von Camp 198 oft bis spät in die Nacht sangen.

Diesmal diente ihr überschwänglicher Gesang allerdings einem Zweck: Sie hatten insgeheim seit vielen Monaten einen gigantischen Tunnel gegraben, der von der Hütte 9 in die Aussenwelt führte. In der zweiten Märzwoche wurde er fertig, und Dutzende Gefangene hofften, ausbrechen zu können.



Gigantischer Tunnel in die Aussenwelt: Flucht aus dem Camp 198.

Der 21 Meter lange Tunnel war ein Musterbeispiel deutscher Ingenieurskunst. Er drang zunächst tief in den lehmigen Untergrund vor und stieg dann an bis zu einer kleinen Öffnung in einem frisch gepflügten Feld jenseits der Umzäunung. Gegraben hatten ihn die Gefangenen mit Hilfe von Messern und aus den Küchen gestohlenen Kochgeräten.

Die Erde aus dem Tunnel wurde auf eine neuartige Weise beseitigt: Mit der Hilfe von alten Backsteinen und Ziegeln bauten die Kriegsgefangenen am einen Ende von Hütte 9 eine Wand. Durch einen Pseudoluftschacht darin konnte die Erde in den dahinterliegenden Hohlraum befördert werden.

Abgestützt wurde der Tunnel mit Holz aus Eichenbänken der Kantine. Der Boden war mit alten Kleidern belegt, damit die Ausbrecher nicht schmutzig würden. Es gab sogar eine elektrische Beleuchtung, die auch als Warnsystem verwendet wurde, wenn ein Wächter sich näherte.

Am bemerkenswertesten war die Luftversorgung: Aus Dutzenden von Milchdosen hatte man ein Rohr gebildet, in welches mit Hilfe eines vierflügeligen Ventilators Luft geblasen wurde.

Der grosse Ausbruch war minutiös geplant. Für jeden Gefangenen stand fest, zu welchem Zeitpunkt er durch den Tunnel flüchten sollte, und viele waren mit Landkarten vom Umland ausgerüstet. Manche planten, Autos zu stehlen und nach Cardiff zu fahren, in der Hoffnung, sich an Bord eines Schiffes zu stehlen und so auf den Kontinent zu gelangen. Besonders kühne Piloten hofften, ein Flugzeug zu stehlen und nach Deutschland zurückfliegen zu können.

Der Ausbruch begann kurz vor Mitternacht. Zu den Ausbrechern gehörten der SS-Offizier Karl Ludwig und sein Kamerad Heinz Herzler. Sie durchquerten den Tunnel und tauchten jenseits der Umzäunung auf dem Feld auf. Danach folgten sie ihren Kameraden in den nahen Wald.

Als sie auf der Landstrasse in Richtung Cardiff schlichen, kam ihnen ein heimkehrender Be-

trunkener entgegen. Sie versteckten sich in einer Hecke, um zu warten, bis er weiterginge. Doch ihr Versteck war schlecht gewählt. Der Mann verspürte ein dringendes Bedürfnis, schlingerte zu der Stelle, wo Karl Ludwig im Gebüsch versteckt war, und erleichterte sich – ohne zu ahnen, dass er auf einen SS-Offizier urinierte.

Die meisten Ausbrecher taten sich zu kleinen Gruppen zusammen. Eine vierköpfige flüchtete in einem gestohlenen Auto. Andere versuchten zu Fuss, noch vor dem Morgengrauen nahe gelegene Bahnstationen zu erreichen.

Im Camp 198 ahnte Oberstleutnant Darling nichts von alledem und schlief. Erst um 2.15 Uhr, gut zwei Stunden nachdem die ersten Gefangenen geflüchtet waren, hörten Lagerwächter ungewöhnliche Geräusche und begriffen, dass etwas nicht stimmte. Sie weckten Darling und schlugen Alarm. Beim Anwesenheitsappell ergab sich, dass um die neunzig Gefangene fehlten.

Bei Tagesanbruch begann eine landesweite Fahndung. Laut *Daily Express* flogen «Erkundungsflugzeuge über das Vale of Glamorgan, während Truppen, Angehörige der Bürger-

wehr und Polizisten, alle mit Maschinenpistolen bewaffnet, Wälder, Felder und Gräben absuchten».

Die deutschen Soldaten waren zwar gut ausgebildet, aber schlecht ausgerüstet, und sie fielen auf. Karl Ludwig und Heinz Herzler versuchten nach ihrem Missgeschick in der Hecke erst recht, nach Cardiff zu gelangen, wurden aber bald von einem Polizisten namens Philip Baverstock entdeckt und verhaftet.

Andere Ausbrecher hatten noch weniger Glück: Die meisten wurden wenige Kilometer vom Lager entfernt gefangengenommen und bald schon wieder in ihre Baracken gesteckt.

So lautete jedenfalls die offizielle Version der Geschichte. Aber wie viele entkamen tatsächlich? Und wie viele wurden wieder eingefangen?

Inoffiziellen Darstellungen gemäss flüchteten 84 Gefangene aus dem Lager – das sind 8 mehr als die Anzahl alliierter Kriegsgefangener, die aus dem Stalag Luft geflohen waren. Weil aber 14 sofort wieder gefangen wurden, hiess es (aus Propagandagründen) offiziell, nur 70 Deutsche seien ausgebrochen.

Als über den Fall im Parlament diskutiert wurde, versicherte Kriegsminister Arthur Henderson sein Land dessen, dass es tatsächlich 67 Gefangene gewesen. Der sparsame Umgang mit der Wahrheit hatte seine Gründe. Mehrere Tage nach dem Ausbruch wurden drei verdächtig aussehende Individuen – vermutlich ausgebrochene Deutsche – in der Nähe von Canterbury in der Grafschaft Kent gesichtet. Es gelang ihnen, ihren Häschern zu entgehen, und sie wurden nie mehr gesehen.

Ihr weiteres Schicksal ist unbekannt. Die wahrscheinlichste Variante ist, dass sie ein Boot stahlen und so nach Deutschland zu gelangen versuchten. Ob mit oder ohne Erfolg, weiss man nicht.

Ihre leeren Pritschen im Camp 198 müssen Edwin Darling aber unangenehm daran erinnern haben, dass während seiner Zeit als Kommandant einer der grössten Ausbrüche aus irgendeinem Gefangenenlager des Zweiten Weltkriegs erfolgte.

Giles Milton, 52, ist Historiker und Bestsellerautor. Seine Werke wurden in über zwanzig Sprachen übersetzt. Er schreibt an dieser Stelle wöchentlich über «Mysterien der Weltgeschichte». Der «Meister der Geschichtserzählung» (*Sunday Times*) lebt in London und im Burgund. www.gilesmilton.com

Aus dem Englischen von Thomas Bodmer
Nächste Folge: Der weibliche Robinson Crusoe



Fragen Sie Dr. M. Der Experte für alle Lebenslagen

Die Wirtschaftsaussichten sind nicht mehr so rosig wie auch schon, die Kurse fallen. Soll ich mich von meinen Aktien trennen? *Martin G., Oberhasli*

Wie Sie glaube ich auch, dass die langjährige weltweite Hochkonjunktur abflacht. Das heisst, es kommen wirtschaftlich weniger gute Zeiten. Man muss sich vergegenwärtigen, dass es in der freien Wirtschaft nie nur Hochkonjunkturen, sondern immer wieder Gegenreaktionen gibt. Aber es gibt auch nie nur wirtschaftlich schlechte Zeiten.

Ein Auf und Ab ist unvermeidlich. Das muss auch so sein. In den guten Zeiten, in denen eine starke Nachfrage besteht, verdienen alle gut, die Güter, Dienstleistungen oder anderes verkaufen. Das ist der Grund für eine gute Börsensituation. In guten Zeiten übersteigt die Nachfrage nach Gütern das Angebot. Das sind Zeiten, in denen die Wirtschaft – von der Nachfrage getrieben – investiert.

Als Beispiel: Wenn es vielen Leuten gutgeht, werden viele Autos gekauft, und

wenn viele Autos gekauft werden, produzieren die Autofabriken, was sie nur können, um diese Nachfrage zu befriedigen. Die Gewinne – und damit die Börsenkurse – steigen. Wenn dies nicht reicht, bauen die Produzenten die Kapazitäten aus. Meistens tun das alle gleichzeitig. Man kommt zu einem Punkt, an dem man von «gesättigten» Märkten spricht. Die Unternehmen senken die Preise, um die Produktion auszulasten. Die Gewinne beginnen zu sinken. Die Kapazitäten werden zurückgefahren, Arbeitsplätze abgebaut. Der Wert der Firma sinkt, die Börsenkurse fallen.

Ein frühzeitiges Zeichen dafür, dass der Höhepunkt der Hochkonjunktur erreicht ist – und in der Vergangenheit war dieses relativ zuverlässig –, sind die fallenden Aktienkurse. Die Börse reagiert schon, bevor die Konjunktur zurückgeht. Warum, was und wann genau passieren wird, kann niemand zuverlässig voraussagen, weil Konjunkturverläufe immer unsicher sind.

Ihre Frage, was Sie nun mit Ihren Aktien machen sollen, kann man nicht beantworten, ohne genau zu wissen, in welcher Vermögens- und Lebenssituation Sie stecken. Diese Fragen müssen Sie mit jemandem besprechen, dem Sie das alles offenlegen können und wollen, zum Beispiel einem Anlageberater.

Mailen Sie uns Ihre Fragen zu allen Lebenslagen an drm@weltwoche.ch. Oder schreiben Sie an Redaktion *Weltwoche*, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Die Fragen werden anonym publiziert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Gewinner der Woche

Neues Vertrauen

Die Geschichte der früheren Bravofly Rumbo Group ist untrennbar mit dem Namen Fabio Cannavale verbunden. 2004 startete der Jungunternehmer in Italien eine Billigflug-Website, die er sukzessive zu einem stattlichen Nischenplayer im Reisemarkt ausbaute. Bis heute amtiert er als CEO und kontrolliert die Mehrheit der Stimmrechte. Zwei Jahre nach der Gründung zog er mit der Firma nach Chiasso TI. 2015 erwarb die Firma die britische Lastminute.com, deren Wortlaut sie seither im Namen trägt. Nach dem Börsengang 2014 kollabierte der Aktienkurs – vor allem wegen Bedenken, ob die kleine Firma im umkämpften Markt mit sinkenden Margen Bestand haben würde. Zeitweise lag der Aktienkurs unter 10 Franken (Ausgabepreis: 48 Franken). Doch das gute Ge-

Aktienkurs von lastminute.com

Vom 4. bis 11. Dezember 2018, in Franken



QUELLE: SIX

schäftsjahr 2017 und der positive Ausblick für 2018 weckten bei Investoren Vertrauen. Die Lastminute.com Group erwartet einen Gewinn von 36 bis 38 Millionen Euro bei einem Umsatz von rund 280 Millionen. *Florian Schwab*



Thiel

Beichte

Von Andreas Thiel

Politiker: Vater, ich habe gesündigt.

Pfarrer: Sprich, mein Sohn.

Politiker: Ich habe eine Kommissionssitzung geschwänzt.

Pfarrer: Das ist nicht so schlimm, mein Sohn. Einige Vaterunser oder Ave-Maria werden genügen, um diese Schuld zu sühnen.

Politiker: Ich habe so ein schlechtes Gewissen. Denn diese Kommission ist wirklich wichtig. Es ist die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit. Die Arbeit dieser Kommission ist entscheidend für das Wohlergehen von Millionen von Menschen in diesem Land. Und als Berufspolitiker bin ich doch dem Wohlergehen dieser Menschen verpflichtet! Da wiegt eine geschwänzte Kommissionssitzung irgendwie besonders schwer.

Pfarrer: Du bist Berufspolitiker? Dann werden ein paar Vaterunser in der Tat nicht ausreichen.

Politiker: Nicht wahr?

Pfarrer: Ich glaube aber nicht, dass die geschwänzte Kommissionssitzung deine wirkliche Sünde ist.

Politiker: Was denn?

Pfarrer: Für dich als Christ gibt es gute, vernachlässigbare und schlechte Taten. Eine gute Tat ist, wenn du mehr gibst, als du nimmst. Eine vernachlässigbare Tat ist es, wenn du profitierst, ohne anderen zu schaden. Und eine schlechte Tat ist, wenn du anderen schadest.

Politiker: Aber als Sozialpolitiker tue ich doch nur Gutes.

Pfarrer: Du lebst vom Geld der Bürger. Das heisst, dass du mehr nimmst, als du gibst. Du machst Gesetze, die Millionen von Menschen betreffen. Sofern du nicht von Gott gesandt bist, ist die Gefahr gross, dass diese Gesetze nicht gut sind. Und mit schlechten Gesetzen schadest du Millionen von Menschen. Wenn du also diesen Bürgern, von deren Geld du als Berufspolitiker ...

Politiker: Entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche, Heiliger Vater, aber ich muss dringend zum Parlamentarier-Apéro. Wie viele Vaterunser, haben Sie gesagt?

Andreas Thiel ist Schriftsteller und Kabarettist.

Namen

Freudentränen für Cremeschnitten

Preisverleihung «Marmite Youngster 2019» in Zürich.

Von Hildegard Schwaninger

Wie viel Freude die Arbeit in der Gastronomie machen kann, erlebte man an der Preisverleihung «Marmite Youngster 2019» letzte Woche im Zürcher Club «Aura». Dicht an dicht standen da Prominenz und Nachwuchs aus dem Gastgewerbe, und man war sich einig: Die Branche mag hart sein – niedriger Lohn, lange Arbeitszeiten und oft unzimperlicher Umgangston –, aber die Arbeit ist beglückend, «weil man seine Kreativität ausleben und anderen Freude machen kann». So die Resonanz bei diesem fröhlichen, erfrischenden Event. Der «Marmite Youngster 2019» wurde zum achten Mal vergeben, es ist die Auszeichnung für die grössten jungen Talente der Schweizer Gastronomie. Namensgeberin für den Preis ist die Kulinarik-Zeitschrift *Marmite* (gegründet 1959), Herausgeber **Thomas Abegg** ist Gastgeber. Ausgezeichnet werden Glanzleistungen am Herd, im Service und – neu – in der Patisserie. Den Hoffnungsträgern der Schweizer Gastronomie also galt dieses Fest.

Rainer Maria Salzgeber präsentierte die Sieger und führte sie in kurzen Interviews dem Publikum vor. Immer wenn jemand auf die Bühne gerufen wurde, gab es ein Riesenhallo. Alle hatten Freunde und Kollegen mitgebracht, die dann vor Freude jubelten. In der Kategorie Service bekam den dritten Platz **Stefanie Trüb** vom Restaurant «Adlisberg» in Zürich. Sie sagte: «Ich habe den schönsten Job, den man haben kann.» Der Zweite im Service, **Michael Tajes Fasanello** vom «Park Hyatt» in Zürich, sagte, er

sei «leidenschaftlicher Gastgeber». Gold in der Kategorie Service bekam **David Fügler** vom «Relais & Châteaux Mammertsberg» in Freidorf TG. Ihm wurde der Preis von **Tanja La Croix** überreicht, die später auch noch den DJ machte. Fügler: «Ich bin ein Bäckerssohn. Wenn ich etwas anpacke, dann richtig!»

Als bester Koch der «Marmite Youngster 2019» wurde **André Kneubühler** vom Restaurant «Stucki» in Basel ausgezeichnet. Kneubühler («Ich gebe alles – und jetzt hat es auch mit dem Preis geklappt») war schon zweimal bei seinem Idol **Daniel Humm** in New York; sein Traum ist, «irgendwann ein eigenes Restaurant zu haben». Und im Kühlschrank hat der Gold-Gewinner immer «Konfi vom Mami». Silber bekam **Gabriel Heintjes** von Dinner by Gabriel Heintjes in Zürich («Mir ist Sport extrem wichtig, das gibt mir Stärke. Ich koche jeden Tag, und da muss man extrem Gas geben.»). Dritter wurde **Christopher Knippschild** vom «Mesa» in Zürich (war vorher im «You» im «Kameha Grand»).

Für die beste Patisserie ausgezeichnet wurden **Dominique Buchmann** von der Konditorei Buchmann in Münchenstein BL (Platz 3), **Matthias Fehr** von Swiss Pastry Design in Rüeggisberg BE (Platz 2) und – als Siegerin – **Esther Gurtner** (Chez Esther, Gümligen BE). Als sie mit Freudentränen auf die Bühne sprang, war sogar Salzgeber von so viel Emotion gerührt. «Das erlebe ich nicht jeden Tag.» Gurtner ist Unihockey-Spielerin, hat in der Nationalliga A gespielt, jetzt in der Nationalliga B («Weil ich



Fast verliebt

Sinn des Lebens

Von Claudia Schumacher

Auch noch auf der Suche nach Weihnachtsgeschenken? Mit «The gift that keeps on giving» wurde 1920 erstmals ein Produkt beworben: ein Radio der Marke Victor. Das Geschenk, das nicht aufhört, zu

geben – ein schöner Gedanke! Auch wenn wir in einer Wegwerfkultur leben, neigt der Mensch tief im Herzen dazu, Beständiges höher als Vergängliches zu werten. Eine Topfpflanze ist besser als ein Blumenstraus, und ein verschenktes Spotify-Abonnement toppt die einzelne CD, die man früher verschenkte.

Was aber das eigentliche Geschenk ist, das nicht aufhört, zu geben, ist mir gerade erst klar geworden. Blitzartige Erkenntnis, zwischen Schneekugeln und Adventskerzenlicht. Man könnte sagen, der Geist der Weihnacht suchte mich heim, brachial kitschig. Ich hatte einigen Glühwein intus und einen Lebkuchen-Zucker- rausch. Aber: Auch ausgenüchert glaube ich, den Sinn des Lebens jetzt erkannt zu haben.

Zurück vom Weihnachtsmarkt, schaute ich wieder mal «Breakfast at Tiffany's». In der Verfilmung des gleichnamigen Romans von Truman Capote spielt Audrey Hepburn eine



Gastronomin Trüb, Juror Ciapponi.



«Marmite»-Gewinner Buchmann, Gurtner, Fehr.



Moderatoren La Croix und Salzgeber.

neben der Konditorei nicht fünfmal in der Woche trainieren kann»), und bäckt nur, was sie selber gerne isst. «Ausser der Cremeschnitte, die mag ich nicht, aber ich mache sie trotzdem, weil sie sehr beliebt ist.» Der Preis wurde ihr überreicht vom Motorradrennfahrer **Jesko Raffin**.

Die Sieger des «Marmite Youngster 2019» bekommen – neben dem begehrten Titel – für ihren Einsatz noch ein Zusatzgeschenk: eine Reise im Privatflugzeug nach Barcelona, zu der sie ein oder zwei Freunde mitnehmen dürfen. Die Sieger: «Dann lassen wir es krachen.»

Maximilian Müller, letztjähriger Preisträger, Platz eins Kategorie Küche, erfüllte sich nach der Auszeichnung den Wunsch, ein Jahr lang in Portugal zu arbeiten. «Ich hatte ein tolles Jahr und eine sensationelle Resonanz auf den Preis.» Sein Beruf, sagt er, biete die Möglichkeit, zu reisen und die Welt kennenzulernen.

In der Jury war auch **Hubert Erni**, der zehn Jahre lang das Restaurant «Blinker» in Cham ZG hatte. Es ist geschlossen, «weil es wirtschaftlich schwierig wurde. Das Lokal wird von einer chinesischen Kette übernommen, die die doppelte Miete, 20 000 Franken im Monat, bezahlt.» Erni, der sich dem Pensionsalter nähert, ist nicht unglücklich über die Situation. An der Art Basel macht er seit Jahren das Catering in der Collectors Lounge, er wird das weitermachen und würde gern in der Gastronomie bleiben, «aber als Angestellter, nicht mehr als Unternehmer».

Unter den Gästen: die Gastro-Grössen **Tanja Grandits** und **Rolf Hiltl** (Vegi-König), Buchautorin **Maya Lalive d'Epina** («Mental stark am Berg»), Kabarettist **Jürg Randegger**, Sänger **Bligg**, Seiltänzer **David Dimitri**, Regisseurin **Grazia Covre** (Salto Natale), Komödiant **Walti Dux**, Schauspieler **Isabelle Florido**.

Im Internet

www.schwaningerpost.com

bezaubernde Durchgeknallte, ein fragiles Party-girl. Die depressive Frohnatur hat regelmässige Panikattacken, und dann rennt sie zu Tiffany, dem New Yorker Nobeljuwelier, weil die Dinge nur dort ewig schön sind, und das beruhigt sie. Die junge Frau tanzt am Abgrund, rennt vor einer komplizierten Vergangenheit mit einem Ehemann weg, bei dem sie sich gefangen fühlte. Sie glaubt daran, «wild» zu sein und niemandem zu «gehören». Sie zelebriert die Bindungslosigkeit – und droht daran zu zerbrechen.

Mir gefiel immer, dass Hepburn trotz ihrer Grandezza mitunter diese ungelungenen, geradezu schrulligen Bewegungen macht beim Spielen der flatterhaften Holly Golightly. Dass der Film aber auch die Quintessenz der Bibel enthält, war mir gar nicht klar.

Holly Golightly verliebt sich in einen Schriftsteller, und diese Liebe widerstrebt allem, woran sie glaubt: Der Typ ist mittellos und will

sie ganz für sich. Trotzdem lässt sie sich am Ende auf ihn ein, denn: Er braucht sie. Also muss sie sich überwinden. Ihrer Angst ins Gesicht sehen. Bleiben, sich binden und brauchen lassen.

Und genau darin besteht der Sinn des Lebens: Nichts auf der Welt hievt dich schneller aus deiner Misere als ein Mensch, der dich braucht. Jemand, für den du stark, gut und hilfreich sein musst. Der heute so trendige Gedanke, der Mensch komme sich nahe, wenn er alleine ist, im Schweigekloster oder auf einer langen, einsamen Wanderung: Blödsinn. Der Mensch erfüllt sich in der Abhängigkeit von anderen. Darum geht es an Weihnachten, versinnbildlicht durch ein Kind in der Krippe: verletzlich, abhängig und bedürftig. Der Sinn des Lebens besteht darin, sich selbst zu verschenken. Das ist alles.



Unten durch Strahlen

Von **Linus Reichlin**

Nehmen wir mal an, du gehst zum ersten Mal ins Solarium, denn deine neue Freundin hat dich im August auf Kreta kennengelernt, als du braun warst. Im Oktober begann sie davon zu schwärmen, wie attraktiv du im August mit deiner braunen Haut auf dem weissen Bettlaken ausgesehen hast. Im November sagte sie, Donald Trump gehe auch ins Solarium, man sehe es daran, dass seine Tränensäcke bleich seien im Vergleich zum Rest. Im «Sonnenstudio Pattaya» verlangst du bei der stark geschminkten Frau, die das Studio leitet, eine Augenschutzbrille, die die Tränensäcke nicht abdeckt. Sie sagt, die Tränensäcke seien immer das Problem, das liege nicht an der Schutzbrille, aber sie kenne einen Trick. Sie rät dir, während der Besonnung die Tränensäcke mit dem Finger nach unten zu ziehen. «Aber dann fällt doch der Schatten der Hände auf mein Gesicht!», sagst du, und sie sagt: «Sie müssen die Hände seitwärts halten, wie wenn Sie sich die Augenlider straffziehen, um auszusehen wie ein Chinese.» Gott, ist das kompliziert!

«Es ist nur am Anfang schwierig», sagt die Frau, die gar nicht besonders braun ist – warum eigentlich nicht? Du fragst sie, und sie sagt, sie habe Hauttyp I, Keltischer Typ, sie dürfe sich nur einer Besonnung bis maximal UVI 3 aussetzen. Sie ist aber gar nicht rothaarig, sondern brünett, und sie hat dunkelbraune Augen! So sahen höchstens Keltenkinder aus, deren Mütter sich mit römischen Perückenhändlern eingelassen hatten. Du fragst die Frau, ob denn in diesem Studio auch alle Sicherheitsvorschriften eingehalten würden, es sehe für dich nämlich so aus, als würde sie ihren eigenen Bestrahlungsröhren nicht trauen. Sie sagt, ihre Grossmutter komme regelmässig hierher, sie werde doch nicht ihre Grossmutter grillen! Du erfährst, dass die Grossmutter 72 ist, und denkst: «Das Langlebigste an einem Menschen ist seine Eitelkeit!» Warum tut diese Grossmutter sich das an, sie könnte doch ebenso gut hellhäutig ins Grab sinken, das sieht doch dort unten niemand! Glaubst sie, dass Gott so oberflächlich ist wie deine neue Freundin, die nur braungebrannte Männer lieben kann? Die Frau drückt dir ein Badetuch in

>>> Fortsetzung auf Seite 74

die Hand, damit sollst du nach der Besonnung deinen Schweiss wegputzen. «Von wo?», fragst du, und sie sagt: «Na von dort, wo Sie liegen.» «Ich will dort liegen, wo Ihre Grossmutter immer liegt», sagst du, und die Frau sagt: «Das ist für Ihren Hauttyp zu schwach, Sie brauchen mindestens eine Affinity 900, Kabine 3.» Na gut, manchmal muss ein Mann ein Risiko eingehen, man kann nicht sein ganzes Leben in zu schwachen Bräunungsgeräten verbringen. Du ziehst dich aus und legst dich in die Affinity 900, auf der das Wort «Turbo» steht. Jetzt müsstest du den Startknopf drücken, aber du zögerst. Solltest du nicht vielleicht sicherheitshalber dein Unterhemd und die Hose wieder anziehen? Sollst du dich wirklich nackt der Gewalt dieser Turboröhren aussetzen? Stellt sich ein Hirsch in der Jagdsaison ungeschützt auf eine Lichtung wie auf einen Präsentierteller? Aber würde es dem Hirsch andererseits etwas nützen, wenn er Hosen trüge? Also setzt du dir die Schutzbrille auf und drückst den Startknopf.

Es beginnt total zu winden, das ist die Körperlüftung. Du lachst, denn du durchschaust den Trick: Sie belüften einen, damit man nicht merkt, dass die Haut heisser wird, als das Bundesamt für Strahlenschutz es erlaubt. Aber was soll's, als Mann muss man ein bisschen Hitze ertragen können, die Kriege der Zukunft werden in den Wüsten des Nahen Ostens ausgetragen, schon die der jüngsten Vergangenheit wurden ja dort geführt. Während du dich fragst, ob die US-Army ihre Wüstenkämpfer zu Trainingszwecken ins Solarium schickt, ziehst du mit den Fingern deine Tränensäcke runter und zählst auf hundert. Länger willst du hier bei aller Liebe zu deiner neuen Freundin nicht bleiben.

Linus Reichlin ist Schriftsteller und lebt in Berlin.



Wein

Muhammad Ali unter den Weinen

Von Peter Rüedi

Beim Wein wechseln die Trends langsamer als in der Kleiderbranche. In einem Weinberg die Fendant-Stöcke auszureissen und durch Petite Arvine zu ersetzen, lässt sich nicht von einem Tag auf den nächsten bewerkstelligen. Aber selbstverständlich gibt es auch beim Wein Moden. Über den Glasrand gepeilt, liesse sich sagen: üppig, «barrikiert», alkoholisch ist out, schlank, säurebetont, frisch, leicht ist in. Allein, kaum heben wir an, so zu generalisieren, müssen wir einräumen, dass ein solcher Trend allenfalls die Weinkenner betrifft, Fachleute und die, die sich für solche halten, keineswegs aber die Kundenschaft, die ihren Weinbedarf beim Grossverteiler deckt, *au fur et à mesure*, wie der Franzose sagt, von Woche zu Woche und ohne den Ehrgeiz, einen eigenen Weinkeller anzulegen. So gesehen ist der Trend zu mehr Eleganz statt barocker Fülle auch eine Art Insider-Snobismus.

Das ist das eine. Kommt dazu, dass ein sozusagen anorektisches Weinideal zuweilen auch Kenner in Frage stellen – zumindest, wenn es

stur und absolut gesetzt ist. So bricht in der Dezemberausgabe des Fachblatts *Decanter* Kolumnist Andrew Jefford eine Lanze für Weine, deren hoher Alkoholgehalt die Folge ihres Terroirs und Klimas, also Teil ihrer natürlichen Kondition ist, wenn immer die Reifung der Trauben nicht künstlich durch eine (zu) frühe Lese gestoppt wird. Tatsächlich gibt es Weinliebhaber, die sich bekreuzigen, kaum haben sie auf der Etikette einen Alkoholgehalt von 13 Prozent und darüber entdeckt. Natürlich gibt es forcierte, marmeladige, penetrant alkoholische Weine, die auch mir ein Graus sind. Aber einen grossen oder auch nur bekömmlichen Wein, gleich welcher Gewichtsklasse, macht allemal die Balance aus. Alkohol ist ein Faktor neben vielen (Säure, Tannine, Substanz etc.).

Die Spezial-Reserva des Ribera-del-Duero-Produzenten Valtravieso, die Gerstl zu einem Hammerpreis anbietet (schnell zugreifen: insgesamt wurden nur 2000 Flaschen abgefüllt), ist in diesem Zusammenhang ein Paradebeispiel. Sie bringt 15 Prozent Alkohol auf das Etikett, ist aber, dank der Höhenlage der Reben (rund 1000 m ü. M.) und grossen Differenzen zwischen Tages- und Nachttemperaturen vor der Lese, von einer Finesse, Souplesse und Eleganz, die das alkoholische Gewicht hinter der vielschichtigen Aromatik vergessen lassen. Dass dieser Muhammad Ali unter den Weinen (aus Tempranillo, Merlot und Cabernet Sauvignon gebaut) allerdings eine Lebenserwartung mindestens bis Mitte des übernächsten Jahrzehnts hat, liegt freilich auch an seinem hohen Alkoholgehalt. Dieser macht seine Tiefe und Substanz nicht aus, aber er hat seinen selbstverständlichen, natürlichen Anteil daran.

Valtravieso Ribera del Duero Reserva Especial Privada 2015. 15 %. Gerstl, Spreitenbach. Fr. 29.–. www.gerstl.ch



Salz & Pfeffer

Innenhof in Saint-Germain

Von Andreas Honegger

Der Laden von Ralph Lauren am Boulevard Saint-Germain in Paris – schräg gegenüber dem «Café de Flore» und dem «Les Deux Magots» – ist kreativ und elegant, und

man muss ihn nur schon um seiner Gestaltung willen besuchen. Das Herz des Ladens sind allerdings sein reich mit Pflanzen geschmückter, wunderschön gebauter Innenhof und das darum herum angelegte Restaurant. Wir konnten im Oktober noch problemlos im Freien essen, unter grossen Sonnenschirmen auf Gartenmöbeln mit weichen Kissen. Auch die Räume im Innern sind gekonnt gestaltet, mit einem Cheminée, das jedem Schloss zur Ehre gereichte, und Ledersesseln, die zum gemütlichen Verweilen einladen. Erstaunlich viele Junge machen es sich im «Ralph's» bequem, obwohl die Preise durchaus dem Niveau der Marke entsprechen.

Bei einer amerikanischen Marke darf der Burger nicht fehlen, und «Ralph's Burger» ist ein wahrer Magnet für die Besucher: viel saftiges, grilliertes Hackfleisch, gebratener Speck, Saucen, Zwiebelringe, Essiggurken und eine dem Gaumen schmeichelnde Sauce! Auch die Pommes frites werden, hübsch in Papier ver-

packt, im silbernen Kelch serviert (29 Euro). Die (hervorragenden) Lobster kommen aus Maine, die Krabben aus Maryland, das Rindfleisch für die Steaks von Laurens eigener Farm in Colorado. Natürlich stehen Salate und zahlreiche gesunde, grüne Vorspeisen auf der Liste. Aber es werden andauernd Burger an einem vorbeigetragen. Sie sind in verschiedenen Varianten – auch vegetarisch – erhältlich. Das Lokal hat aber auch ein Angebot vom Grill: Es gibt Rib-Eye-Steaks oder Cowboy-Steaks zu 350 respektive 550 Gramm. Atlantiklachs, Hummer und Turbot sind aufgelistet und ein grosses, dünnes – und saftiges – Chicken-Paillard. Beim Wein darf es ein französisches Produkt sein. Wir erfreuten uns an einer Flasche eines herausragenden Pouilly-Fumé, der perfekt in diesen Innenhof passte.

Restaurant «Ralph's», 173, Boulevard Saint-Germain, F-75006 Paris. Tel. +33 1 44 77 76 00



Auto

Herzchirurgie für Laien

Der Bugatti Chiron ist nicht vergleichbar mit einem anderen Fahrzeug. Das gilt auch für den Bausatz von Lego Technic. *Von David Schnapp*

Das grösste Vergnügen meines Autojahres 2018 war die Fahrt mit einem Bugatti Chiron von seinem Entstehungsort im elsässischen Molsheim nach Paris zu einem Mittagessen im Restaurant «Epicure» und wieder zurück – Pariser Feierabendverkehr inbegriffen (*Weltwoche* Nr. 21/18). Der Chiron ist ein Auto wie kein anderes – von der Form über Leistung und Technik bis hin zum Preis. Das Ende der Fahrt machte mich ein wenig wehmütig, ich wäre auch nach über 1000 Kilometern gerne sitzen geblieben in dem Auto mit diesem unglaublichen Motor aus 16 Zylindern und 4 Turboladern im Rücken. Der Bugatti wäre sogar ein problemloses Alltagsauto, wenn man eine kleine Portion Exzentrik in sein Leben integrieren kann.

Als Ersatz diente mir in der zweiten Hälfte des Jahres dann immerhin der hochstehende Bausatz von Lego Technic, welcher der dänische Spielzeughersteller in Zusammenarbeit mit dem Automobil-Edelproduzenten entwickelt hat. Lego Technic ist für Kinder jeden

Alters (ab etwa 16 Jahren) sowieso eine grossartige Lebensschule. Man wird beim Bauen einer hochkomplexen Konstruktion wie dieses Chiron aus Kunststoffteilen selbst als 45-Jähriger noch in Disziplinen wie Ausdauer, Frustrationstoleranz, Konzentration, Arbeitsorganisation und Exaktheit geschult.

Der Lego-Bugatti ist zwar eine Spielerei, aber kein leichtes Vergnügen. Das Modell im Massstab 1:8 wird aus 3599 Teilen gefertigt, wobei der Aufbau des Fahrzeugs in derselben Reihenfolge erfolgt wie der Original-Chiron. Dafür gibt es gleich zwei dicke Bücher mit insgesamt über 600 Seiten Bau-Instruktionen.

Beindruckende Konstruktion

Als Erstes wird der Motorblock mit der Hinterachse und dem fest mit dem Aggregat verzahnten Doppelkupplungsgetriebe aufgebaut. Man mag das für kindliche Naivität halten, aber nach den ersten Stunden, die ich allein für Teil 1 brauchte, bildete ich mir ein, nun etwas mehr von den inneren technischen

Vorgängen eines Hochleistungsautomobils verstanden zu haben.

Der Lego-Bugatti ist mit so viel Liebe zum Detail und einer genialen Akribie konstruiert, dass er nicht nur einen ziemlich grossen Lernnutzen beinhaltet, sondern auch ein ganz akzeptabler Ersatz für einen Chiron in Lebensgrösse zu sein vermag. Jedenfalls solange man an ihm baut. Das kann ziemlich lange dauern; Monate sogar, wenn man schrittweise vorgeht und zwischen einzelnen Konstruktionsstapen auch noch andere Lebensaufgaben abarbeiten muss. Aber das Ergebnis ist alle Zeit, alle Mühe und allen Ärger wert, den man sich ziemlich schnell einhandeln kann, wenn man nicht zu jedem Zeitpunkt hellwach ist.

So gesehen, ist der Chiron von Lego Technic wie Herzchirurgie mit Kunststoffteilchen für Laien – aber natürlich ohne potenzielle menschliche Verluste. Man beschäftigt sich für lange Zeit mit den filigranen Details einer beeindruckenden Konstruktion, die das eigene Vorstellungsvermögen übersteigt. Die Bewältigung dieser Aufgabe bringt einen auf jeden Fall voran: menschlich und feinmotorisch.

Lego Technic Bugatti Chiron
Teile: 3599. Massstab: 1:8.
Masse: 14 (H) x 56 (L) x 25 (B) cm
Offizieller Verkaufspreis: Fr. 469.–

Darf man das?

Leser fragen, die *Weltwoche* antwortet



Darf man in einem gehobenen (oder abgehobenen) Restaurant von der mitgebrachten Wasserreserve Gebrauch machen? Oft wird ja ordinäres Hahnenwasser zu übersetzten Preisen verrechnet. Oder riskiere ich da ein «droit de capsule» (Zapfenrecht)?

Kurt Bühlmann, Mont-sur-Rolle

Hahnenwasser wie beim Picknick konsumieren dürfen Sie beim besten Willen nicht, das wäre schlechter Stil. Was Sie aber dürfen: eine Karaffe Wasser verlangen – umsonst! In Zürich gibt es Restaurants, in denen sogenanntes Züriwasser oder «ZH₂O» aufgestellt wird – für rund drei Franken pro Liter. Diese Ausgabe lohnt sich: Sie haben nämlich für wenig Geld gelernt, dass Sie im falschen Lokal sitzen.

Mark van Huisseling

Ihre Fragen zum modernen Leben mailen Sie uns bitte an darfmandas@weltwoche.ch. Oder schreiben Sie an Redaktion *Weltwoche*, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Jede veröffentlichte Zuschrift wird mit einem *Weltwoche*-Abonnement honoriert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Leserbriefe

«Die Messer der langen Nacht blieben stumpf oder existierten gar nicht.» *Walter Messerli*

Keine Ränkespiele

Nr. 49 – «Fadengerade an die Spitze»; Gottlieb F. Höpli über Karin Keller-Sutter

Der vergangene Mittwoch war kein guter Tag für die Medien. Die Messer der langen Nacht blieben stumpf oder existierten gar nicht. Es gab keine Ränkespiele und keine wilden Kandidaturen. Auch die *Weltwoche* fand keinen Grund, dem Mainstream entgegenzuwirken. Richtig war, dass die SVP die offiziellen Kandidaturen von FDP und CVP ohne Wenn und Aber unterstützte und so den beiden gewählten Frauen im ersten Wahlgang zu glanzvollen Ergebnissen verhalf. In Zukunft darf die SVP dasselbe Verhalten von den anderen Parteien erwarten. Man darf gespannt sein auf die Reaktionen der anderen Parteien, wenn die SVP später mit einem Zweivorschlag Köppel/Martullo-Blocher antritt. *Walter Messerli, Interlaken*

Umverteilungen reduzieren

Nr. 49 – «Wie Hansjörg Wyss Milliardär wurde»; Beat Gygi über den Berner Unternehmer

Endlich stimmt eine Zeitung nicht nur kritiklos in den Lobgesang über Hansjörg Wyss' Spendentätigkeit ein, sondern geht der Frage nach, wie dieser zu solch einem Reichtum gekommen ist – nämlich schlicht durch das jahrzehntelange Verkaufen von überbewerteten Implantaten an hauptsächlich solvente Gesundheitswesen auf der ganzen Welt. Die drastische Reduktion von umverteilten Geldern aus dem Gesundheitswesen in andere Bereiche unserer Gesellschaft könnte eine vielversprechende Variante der Kostensenkung darstellen. Als Arzt habe ich durch das Preisgeben meines *intellectual property* einige Medizinaltechnik-Firmen reicher gemacht, und ich habe es satt, dass in den letzten Jahren die Kostensenkung im Gesundheitswesen immer nur auf dem Buckel der Spitäler und Ärzte ausgetragen worden ist.

Othmar Schwarzenbach, Steffisburg

Völlig unverträglich

Nr. 49 – «Schwarzmalerei aus Jerusalem»; Pierre Heumann über Yuval Noah Harari

Hararis überwiegend dramatische Sicht auf die heutige Zeit und die Zukunft ist so abwegig leider nicht. Die neuere Zeitgeschichte lässt die Frage aufkommen, wie lange das irdische Dasein noch einen Sinn ergibt. Die Menschheit will seit dem letzten Jahrhundert nach den Sternen greifen; den Mond hat sie schon vor fünfzig Jahren erobert, als Nächstes ist der Mars dran. Die Vorhaben im Jenseits werden aber zunehmend problematisch, vorab weil die

dort zu erwartenden klimatischen Bedingungen für uns Irdische völlig unverträglich sind. *Fritz Stauber, Seengen*

Innovations-Kolchose

Nr. 49 – «Blau ist das neue Rot»; Kolumne von Christoph Mörgeli

Die Allianz zwischen FDP und SP wird stark strapaziert werden, wenn deutlich wird, dass mit dieser Vorlage ein gigantisches Staatsprojekt in der Landwirtschaftszone umgesetzt werden soll. Mit dem Begriff Anschubfinanzierung signalisiert der Regierungsrat, dass noch weitere Kredite gesprochen werden müssen, um die gigantische Innovations-Kolchose auf einer Fläche von 90 Fussballfeldern mit Steuergeldern zu realisieren. Die Betrogenen sind die Bürgerinnen und Bürger der Anrainergemeinden, die von «Switzerland Innovation» eine staatliche Sonderwirtschaftszone vor ihrer Haustüre aufgedrängt erhalten, zu der sie nichts zu sagen haben. Wo bleiben die Stimmen der Grünen und Grünliberalen, des Natur- und Heimatschutzes, der Landwirtschaft und der Vernunft? *Cla Semadeni, Dübendorf*

Muttermilch ist vegan

Nr. 48 – «Darf man das?»; Kolumne in der *Weltwoche*

Menschenmilch für Menschenbabys ist natürlich vegan, denn gemäss Definition bedeutet vegan die «ethisch motivierte Abstinenz von Handlungen, die zum Leid von Tieren beitragen». Und selbst wenn wir uns zu den Tieren zählen wollen: Stillen verursacht kein Leid. Woher kommt bloss diese Antipathie gegenüber Veganern? Vegane wollen doch nur die Tiere schonen. Ich vermute Schuldgefühle, da sich die meisten bewusst sind, dass tagtäglich Schlimmes passiert mit den leidensfähigen Tieren. *Renato Werndli, Eichberg*

Korrigenda

Der von alt Bundesrat Didier Burkhalter verfasste Roman heisst in der deutschen Übersetzung «Wo sich Berg und See begegnen» und nicht, wie wir in der letzten Ausgabe schrieben, «Wo See und Erde sprechen». Wir bitten um Entschuldigung. *Die Redaktion*

Leserbriefe

Wir freuen uns über Ihre Zuschriften. Je kürzer Ihr Brief, desto grösser die Chance, dass er veröffentlicht wird. Darüber hinaus muss er sich klar auf einen in der *Weltwoche* erschienenen Artikel beziehen. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen.

E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
11					12						
13			14	15			16				
17				18			19				
20					21						
		22	23				24	25			
26	27						28				
29					30	31			32	33	
	34	35				36	37				
38					39						
	40					41					
	42				43		44				

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Lösungswort — Spektakel für Militärs

Die rosa eingefärbten Felder ergeben waagrecht fortlaufend das gesuchte Lösungswort.

Waagrecht — 1 Die Kleidung mag nicht modisch sein, doch sie ist salopp. 7 Oft sorgt solch ein kleiner Ausgang für Entspannung. 11 Dort in Graubünden kann man im Ort Seen sehen. 12 Wie man (halb) im Versteckten so redet. 13 Mit ihm fühlt man sich garantiert unwohl. 16 Was der Rhein für Basel, ist die Moldau für dort. 17 Elend, und dazu dürftig. 18 Ein richtiger Arbeitstag, und dies meist ohne Arbeit. 20 Der Artikel passt eher zu Männlichem. 21 Stoff, aus dem die Träume der Kolumbianer sind. 22 Einer Person energischen Widerstand entgegenstellen. 24 Sieht nach Regen aus, denkt Mister beim Gang durch das Luzerner Dorf. 26 Die Heilige aus Rom heisst wie das Sportidol aus der Schweiz. 28 Wasserquelle an öder Stelle. 29 Weit-sichtige Brillenträger haben es immer dabei. 30 Heilsamer Doldenblütler, hilft auch bei Bauchgrimmen. 32 Damit ist das Mus wirklich einsame Spitze. 34 Sie sorgt bestimmt für Unterhaltung und Spannung. 36 Das tapfere Schneiderlein konnte sich damit aus. 38 Nach innen gewölbt. 39 Vielleicht hat er ganz einfach die Heimat satt. 40 Genau deswegen ist der Delinquent einer. 41 Ach du grüne Neune, mag der Spieler denken, der es nicht hat. 42 Folgt sie auf einen Brief, ist's was von der Post. 43 Sagten 2012 viele Franzosen zu Hollande. 44 Zum Beispiel zum Beispiel.

Senkrecht — 1 Er bewirbt sich. 2 Schier göttlich, sich mit Speis und Trank so gütlich zu tun. 3 Der Name ist auch eisiger Sprung. 4 Wir lieben ihn oft über Generationen. 5 Ein Wert, dessen Ende am Anfang steht. 6 Was das Genie sagte, ist total relativ. 7 Ein Aufruf, der nur fast einer ist. 8 Beim Po, wo diese altehrwürdige Stadt dann liegt. 9 Wiegt im städtischen Verkehr vergleichsweise schwer. 10 Man kann sich oder jemanden – Einsatz vorausgesetzt. 11 Aus Frankreich stammender Satellit der Erde. 14 Für Tolkien-Fans: ein Zwerg aus dem Hobbit. 15 Nach 75 Lichtjahren erreichen wir das Doppelstern-System. 19 Womit ein Bau ganz einfach vervielfacht werden kann. 22 Er ist eine ziemlich klebrige Modeerscheinung. 23 Ein schöner Salat, vor allem, wenn man ihn im Munde hat. 25 Worauf man bestens fahren kann, oder dann spazieren. 26 Dorthin nach Osten blicken und dann gleich auch wundersam entrücken. 27 In Afrika als Land der tausend Hügel bekannt. 28 Indianerstamm mit Prärie-Kultur. 30 Er bietet Bergsteigern in den Pyrenäen einiges. 31 Französisch-Guayana umfasst auch wieder dieses Gebiet. 33 Schöner Markt innerhalb von eben dort am Lago Maggiore. 35 Geradezu mineralische Plauderei. 37 Fast schon eine Perle unter den Laubbäumen, bei Goethe königlich.

© Fritz Müller - Rätselfactory

Lösung zum Denkanstoss Nr. 596

M	A	I	D	W	I	R	R	S	P	A	S	S
A	U	R	E	L	N	I	U	K	A	L	T	E
S	T	E	U	E	R	B	E	O	E	R	D	E
K	O	N	T	O	E	S	E	L	S	I	N	N
C	U	N	A	R	T	U	B	E	O			
S	A	A	N	E	N	J	M	O	C	A	A	
T	R	U	G	A	B	G	A	R	R	N	F	L
E	S	O	P	I	D	I	S	K	R	E	T	
A	C	T	S	A	S	T	R	A	A	E	R	O
K	U	R	E	N	T	E	N	E	R	G	I	E
S	T	I	L	B	L	U	E	T	E	D	E	A
S	A	L	A	M	T	R	A	E	N	E		

Waagrecht — 1 MAID (engl. f. Hausangestellte) 5 WIRR 9 SPASS 14 AUREL 16 NUUK (Hauptstadt Grönlands) 18 ALTE 19 STEUERBERHOERDEN 20 KONTO 21 ESEL 22 SINN 23 UNART (franz. f. un art, eine Kunst) 25 UBE (UNESCO Biosphäre Entlebuch) 27 SAANEN (Violinist Yehudi Menuhin war Ehrenbürger) 29 MOCA (it. f. Mokka) 32 TRUG 33 ABGABE 36 NFL (USA: National Football League) 38 OPI 39 DISKRET 41 ACTS (engl. f. Handlungen) 44 ASTRA (lat. f. Sterne) 45 AERO (-Club) 46 KUREN 48 ENERGIE 49 STILBLUETE 50 DEAL 51 SALA (span. für Saal) 52 TRAENE

Senkrecht — 1 MASK (-e) 2 AUTOCAR 3 IREN 4 DEUTUNG INBER (IN BER-lin) 7 RUESTIG 8 RUHE 10 PARSEC (Mass der Entfernung von Fixsternen) 11 ALDI 12 STENO 13 SENN (war Präs. der Generaldirektion der SBG) 15 LEONE 17 KOLUMBIANER 24 ANAPA 26 BOES (-e) 27 STEAKS 28 AUSTRIA (symb. Staatsgestalt in Österreich) 30 ANREGEN 31 ALTOEL 34 BISTUM 35 ADRETT 37 FERIAE (Feste im alten Rom) 40 KARDE (Pflanze) 42 CUTS (von engl. Schnitte, typisch bei Boxern) 43 SELL (engl. f. veräussern, verkaufen) 47 NBA

Lösungswort — **STREITIGKEIT**

EMS
WIR DENKEN WEITER

EMS – Innovativ, weltweit
erfolgreich in den Geschäftsbereichen
Hochleistungspolymere
Spezialchemikalien



ROLEX

DIE CELLINI MOONPHASE

Eine einzigartige Interpretation der Mondphasen,
die klassische Eleganz mit einem Hauch von Moderne verbindet.
Rolex. Sie zählt nicht nur die Zeit. Sie erzählt Zeitgeschichte.



CELLINI MOONPHASE

BEYER

Zürich seit 1760 • Uhren & Juwelen
Bahnhofstrasse 31 • 8001 Zürich • Tel +41 (0)43 344 63 63
beyer-ch.com